

Stenographischer Bericht

56. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 25. Mai 2004

Inhalt:

Nachruf.

1. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen.
2. Wahl eines Ersatzmitgliedes des Bundesrates.
3. Wahl eines Schriftführers.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der Grünen und der SPÖ an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, betreffend Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Lechner-Sonnek.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.

Redner: Abg. Breithuber, Abg. Mag. Zitz, Abg. Petinger, Abg. Detlef Gruber, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Gödl, Abg. Hagenauer, Abg. Gennaro, Abg. Wiedner, Abg. Schrittwieser.

Beschlussfassung.

4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1792/1, betreffend den Förderungskatalog 2003.
Berichterstatter: Abg. Kasic.
Redner: Abg. Böhmer, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Riebenbauer, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Kasic), Abg. Mag. Zitz.
Beschlussfassung.
5. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1749/1, der Abgeordneten Gödl, Mag. Koller und Hamedl, betreffend Einführung einer Zusatzsteuer auf Alcopops.
Berichterstatter: Abg. Gödl.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 6.
Beschlussfassung.
6. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1758/1, der Abgeordneten Margarethe Gruber, Halper und Böhmer, betreffend Sondersteuer auf alkoholische Mixgetränke (Alcopops).
Berichterstatter: Abg. Böhmer.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 5 und 6: Abg. Mag. Zitz, Abg. Gödl, Abg. Graf, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Halper, Landesrat Dr. Flecker, Abg. Wiedner, Abg. Mag. Drexler.
Beschlussfassung.
7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1791/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2004 (erster Bericht für das Rechnungsjahr 2004).
Berichterstatter: Abg. Straßberger.
Redner: Abg. Wiedner, Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder.
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1722/1, der Abgeordneten Gross, Kröpfl und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend eine gerechte finanzielle Entlastung von PendlerInnen.
Berichterstatter: Abg. Gross.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 9.
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1753/1, der Abgeordneten Graf und Dietrich, betreffend Anspruch auf Freifahrt für alle Berufsschüler.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 8 und 9: Abg. Gross, Abg. Graf, Abg. Dr. Forenbacher), Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.

10. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1757/1, der Abgeordneten Prattes und Gennaro, betreffend Verlegung der Semesterferien in Wien und Niederösterreich 2005.
Berichterstatter: Abg. Prattes.
Redner: Abg. Prattes, Abg. List, Landeshauptmann Klasnic.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1496/1, der Abgeordneten Kröpfl und Detlef Gruber, betreffend die Erhaltung des Berufsschulstandortes Eibiswald.
Berichterstatter: Abg. Kröpfl.
Redner: Abg. Kröpfl, Abg. Majcen, Abg. Dirnberger, Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1778/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Eigentumswohnung TOP 37 im Kodolitschhof 4, 8490 Bad Radkersburg (⁸⁰/₃₄₃₈-Wohnungseigentumsanteile an EZ. 417, KG. 66331 Radkersburg, Kodolitschhof 1 bis 6) an Frau Petra Sefelin, 8490 Bad Radkersburg, Hauptplatz 30/3 um einen Kaufpreis von 60.000 Euro.
Berichterstatter: Abg. Bittmann.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1781/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Neunzehntelmiteigentumsanteiles an EZ. 140, KG. 61076 Zeierling im unverbürgten Ausmaß von 1642 Quadratmeter an Dorothea Pracher und Willibald Maier, 8522 Groß Sankt Florian, Grub 57 um einen Kaufpreis von 65.430 Euro.
Berichterstatter: Abg. Bittmann.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1747/1, der Abgeordneten Hamedl und Bacher, betreffend Einrichtung eines Kriseninterventionszentrums für Kinder und Jugendliche.
Berichterstatter: Abg. Hamedl.
Redner: Abg. Hamedl, Abg. Halper, Abg. Bacher, Landesrat Mag. Erlitz.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1748/1, der Abgeordneten Wicher, Tschernko und Hammerl, betreffend Beipackzettel von Medikamenten.
Berichterstatterin: Abg. Wicher.
Rednerin: Abg. Wicher.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1562/4, zum Beschluss Nr. 1209 des Steiermärkischen Landtages vom 28. Oktober 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten List, Graf und Ferstl, betreffend die Berichterstattung der Steiermärkischen Landesregierung über unerledigte und in Verwirklichung begriffene Anregungen des Rechnungshofes – Tätigkeitsbericht 2002 des Bundesrechnungshofes.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Lackner.
Redner: Abg. Kreisl, Abg. Prattes, Abg. Kreisl.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1556/2, zum Beschluss Nr. 1175 des Steiermärkischen Landtages vom 28. Oktober 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Wiedner und List, betreffend die europaweite Vereinheitlichung der Straßenmautsysteme.
Berichterstatter: Abg. Mag. Drexler.
Redner: Abg. Stöhrmann, Abg. Wiedner, Abg. Straßberger, Abg. Stöhrmann, Abg. Dietrich, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel.
Beschlussfassung.
18. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1776/1, betreffend den Bodenschutzbericht 2003.
Berichterstatter: Abg. Erwin Gruber.
Redner: Abg. Erwin Gruber, Abg. Böhmer, Abg. Mag. Zitz, Abg. Kaufmann, Landesrat Seitinger.
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1365/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Maßnahmen gegen die Bedrohung der heimischen Fischbestände.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Redner: Abg. Dietrich, Abg. Erwin Gruber, Abg. Mag. Drexler.
Beschlussfassung.

20. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1433/1, der Abgeordneten Mag. Drexler, Dr. Rauch und Mag. Koller, betreffend kostenloser drahtloser Internetzugang im öffentlichen Raum.
Berichterstatter: Abg. Dr. Rauch.
Redner: Abg. Mag. Koller, Abg. Stöhrmann.
Beschlussfassung.
21. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1562/3, zum Beschluss Nr. 1209 des Steiermärkischen Landtages vom 28. Oktober 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten List, Graf und Ferstl, betreffend die Berichterstattung der Steiermärkischen Landesregierung über unerledigte und in Verwirklichung begriffene Anregungen des Rechnungshofes.
Berichterstatter: Abg. Prattes).
Redner: Abg. Prattes.
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1780/1, betreffend B 114, Trieben-Sunk, Sonderfinanzierung.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Abg. Rieser, Abg. Margarethe Gruber, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel.
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1777/1, betreffend Übereinkommen – Nahverkehrsmaßnahmen an den Bahnlinien der Graz-Köflacher-Eisenbahn (GKE) für die Jahre 2004 bis 2007 für die Bezirke Graz, Graz-Umgebung, Deutschlandsberg und Voitsberg.
Berichterstatter: Abg. List.
Redner: Abg. List, Abg. Dirnberger.
Beschlussfassung.
24. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1737/1, betreffend land- und forstwirtschaftliche Förderung, Gemeindeaufsicht, Forschungsförderung, Austria Ferngas GmbH., Steirische Ferngas AG., Rohöl-Aufsuchungs AG., RAMSAR-Konvention, Transplantationswesen, Graz – Vereinigte Bühnen, Reinhaltungsverband Leoben.
Berichterstatter: Abg. Bacher.
Redner: Abg. Kreisl, Abg. Hagenauer, Abg. Mag. Drexler.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 56. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Herren des Bundesrates.

Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie um Aufmerksamkeit und die Gespräche in den Fensternischen einzustellen und weise darauf hin, dass ich die Sitzung eröffnet habe.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Ich ersuche Sie sich von den Sitzen zu erheben.

Am 5. Mai 2004 ist der Erste Landeshauptmannstellvertreter in Ruhe Herr Adalbert Sebastian im 85. Lebensjahr verstorben.

Adalbert Sebastian wurde am 22. Dezember 1919 in Graz als Sohn des Zentralbetriebsratsobmanns der Alpine-Montan-Gesellschaft, des Vizebürgermeisters von Donawitz, geboren.

Nachdem Sebastian die Volks- und Hauptschule in seiner Heimatgemeinde Donawitz abschloss, fand er seine erste Anstellung als Hüttenjunge bei der Alpine in der obersteirischen Stahlstadt. Schon damals hat sich der politisch Interessierte in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt, er wurde zum Jugendvertrauensobmann des Betriebsrats gewählt.

Neben seiner beruflichen Tätigkeit bildete sich Sebastian in Abendkursen weiter. Knapp vor der Matura im Jahr 1940 wurde er zur Kriegsmarine einberufen. Nach schwersten Belastungen im Kriege als Kompanieführer in Schwerin geriet Sebastian 1945 in russische Kriegsgefangenschaft, aus welcher er erst Ende 1946 heimkehren durfte.

Adalbert Sebastian heiratete seine Helen; dieser Ehe entsprang ein Sohn.

Adalbert Sebastian wurde nach dem Kriege wieder als Arbeiter in der Hütte Donawitz beschäftigt und betätigte sich parallel dazu als Funktionär in Gewerkschaft und SPÖ.

Bereits im Jahre 1949 wurde Sebastian als damals jüngster Abgeordneter in den Steiermärkischen Landtag berufen. Mit 1. Mai 1958 übersiedelte er als Landespartei sekretär der SPÖ nach Graz.

Im Juni 1960 wurde Adalbert Sebastian als Landesrat in die Steiermärkische Landesregierung gewählt, in welcher er das Ressort Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten übernahm. Mit großer Sachkompetenz hat Sebastian das steirische Krankenhauswesen auf ein hohes internationales Niveau gebracht.

Im September 1970 wurde Sebastian schließlich zum Landeshauptmannstellvertreter gewählt. Gleichzeitig wurde er Landespartei vorsitzender der SPÖ.

Von 1977 bis zu seinem Ausscheiden aus der Landesregierung im Jahre 1980 hat sich Sebastian als Referent für die Industriegemeinden der Steiermark intensiv für die Belange der durch die Umstrukturierung der Industrie Betroffenen eingesetzt.

Landeshauptmannstellvertreter Sebastian hat als überzeugter Demokrat das oft zitierte „steirische Klima“ prägend mitbestimmt, er hat mit seinem Fleiß aus eigener Kraft eine bemerkenswerte Laufbahn zurückgelegt.

Für sein politisches Wirken wurde Landeshauptmannstellvertreter Sebastian mehrfach mit hohen und höchsten Ehrenzeichen des Bundes, des Landes, aber auch der Landeshauptstadt ausgezeichnet.

Hohes Haus! Im Namen des Steiermärkischen Landtages sowie in eigenem Namen danke ich Herrn Landeshauptmannstellvertreter a. D. Adalbert Sebastian für die erbrachte Lebensleistung im Interesse des Landes Steiermark.

Der Steiermärkische Landtag wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich freue mich die Schülerinnen und Schüler der 4c-Klasse des Akademischen Gymnasiums unter der Leitung von Frau Prof. Mag. Brigitta Harnik begrüßen zu dürfen. Ich freue mich über den Besuch. (Allgemeiner Beifall.)

Herr Landtagsabgeordneter Erwin Gruber hat am 5. Mai 2004 sein 40. Lebensjahr gefeiert. Im eigenen Namen und namens des Steiermärkischen Landtages entbiete ich die herzlichsten Glückwünsche. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Bezüglich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass vier schriftliche Anfragen und sechs Anfragebeantwortungen gemäß Paragraf 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Gemäß Paragraf 7 Absatz 1 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983 bringe ich dem Hohen Haus zur Kenntnis, dass der Ausschuss für Verfassungs- und Verwaltungsreform in seiner Sitzung am 11. Mai 2004 die Anzeige, Unv 30/1, des Herrn Landtagsabgeordneten Günter Köberl, betreffend Anzeige einer leitenden Tätigkeit in der Wirtschaft beraten und genehmigend beschlossen hat.

Im Anschluss an diese Landtagssitzung werde ich eine Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft einberufen, in welchem über folgende Regierungsvorlage beraten werden soll:

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1835/1, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung für eine stille Beteiligung der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH., 8020 Graz, Nikolaiplatz 2 an der Firma Heissenberger & Pretzler Beteiligungs GmbH., 8045 Graz, Pfanghofweg 48a in Höhe von 1,250.000 Euro.

Im Anschluss an die Ausschusssitzung werde ich die 57. Landtagssitzung einberufen. Gegenstand ist der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die genannte Regierungsvorlage.

Eingebracht wurde am Montag, dem 24. Mai 2004 um 15.22 Uhr eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der Grünen und SPÖ an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schöggel, betreffend „Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs“.

Diese Dringliche Anfrage hat die gemäß Paragraf 68 GeoLT erforderliche Unterstützung.

Es wurde von zwölf Abgeordneten der Grünen und der SPÖ die Abhaltung einer Wechselrede beantragt.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß Paragraf 68 Absatz 4 GeoLT die Wechselrede statt.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des Paragrafen 68 Absatz 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16 Uhr beginnen.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragrafen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraf 55 GeoLT.

2. Wahl eines Ersatzmitgliedes des Bundesrates:

Mit Schreiben vom 26. April 2004 wurde mir seitens des Herrn Bundesrates Dr. Vincenz Liechtenstein mitgeteilt, dass er auf sein Bundesratsmandat mit Ablauf des 4. Mai 2004 verzichtet.

Dem bisher an dritter Stelle gereihten Bundesrat Dr. Vincenz Liechtenstein folgte der als Ersatzmitglied gereichte Herr Dr. Karl-Heinz Dernoscheg nach.

Seitens der Österreichischen Volkspartei wurde für die frei gewordene dritte Stelle als Ersatzmitglied Herr Manfred Kainz vorgeschlagen.

Nach Paragraph 62 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sind Wahlen im Hause mit Stimmzetteln vorzunehmen, wenn nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Wahl des Ersatzmitgliedes des Bundesrates durch Erheben der Hand durchzuführen.

Die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich weise darauf hin, dass nach Paragraph 62 Absatz 5 GeoLT alle Stimmen, die nicht dem Parteivorschlag entsprechen, ungültig sind.

Die Österreichische Volkspartei schlägt – wie erwähnt – Herrn Manfred Kainz als Ersatzmitglied für die dritte Stelle des Bundesrates vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

3. Wahl eines Schriftführers:

Mit Schreiben vom 27. April 2004 teilte Herr Klubobmann Walter Kröpfl mit, dass er mit gleichem Tage seine Funktion als Schriftführer des Landtages zurückgelegt hat.

Aus diesem Grunde gilt es heute einen neuen Schriftführer zu wählen.

Gemäß Paragraph 62 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sind Wahlen im Hause mit Stimmzettel vorzunehmen, wenn nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Wahl des Schriftführers durch Erheben der Hand durchzuführen.

Die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Seitens der Sozialdemokratischen Partei liegt folgender Wahlvorschlag für einen Schriftführer des Landtages vor: Herr Landtagsabgeordneter Werner Breithuber.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Herr Landtagsabgeordneter Werner Breithuber ist einstimmig zum Schriftführer gewählt. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1792/1, betreffend den Förderungskatalog 2003.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (10.14 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf Ihnen den Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1792/1, betreffend den Förderungskatalog 2003 zur Kenntnis bringen. Es ist ein sehr umfangreicher Bericht, der teilweise sehr detailliert die Förderungsmaßnahmen der einzelnen Abteilungen darstellt. Er liegt Ihnen vor und ich darf Sie bitten, den Ausschussbericht zur Kenntnis zu nehmen. (10.14 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Böhmer. Ich erteile Ihnen das Wort. Ich ersuche um Einhaltung der Redezeit.

Abg. Böhmer (10.14 Uhr): Werte Damen und Herren der Regierungsbank, Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen des Landtages, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir haben zum Tagesordnungspunkt 4 den Förderkatalog vor uns. Dieser bietet uns einen Einblick in die Vielfalt und in die Vielzahl von Förderungen und das in den verschiedensten Bereichen auf insgesamt 347 Seiten. In vielen Bereichen wird sehr ausführlich bis ins Kleinste detailliert dargestellt, was wo zu welchem Anteil gefördert wird. Es wird zum Beispiel Beispielsweise im sozialen Bereich, im Bereich der Schulen, Jugend und Familie, aber auch im Gesundheits- und Umweltbereich sehr viel dargestellt, komme aber schon zu einer ersten Kritik, die voriges Jahr die Kollegin Lechner-Sonnek auch angebracht hat: Der Kulturbereich ist leider wiederum eine Leermeldung und mit der Sportförderung bin ich auch nicht gerade zufrieden. Warum bin ich mit der Sportförderung nicht zufrieden? Positiv ist, dass es 516 Sportförderungsansuchen gegeben hat und positiv ist auch, meine Damen und Herren, dass insgesamt 3,4 Millionen Euro an Fördergeldern ausgeschüttet wurden. Was mir nicht so gefällt ist auf diesem einseitigen Förderblatt, dass alles so en bloc und alles im Großen dargestellt ist – ich nenne hier nur einen Posten –, es steht nicht, wer von den Dachverbänden was

bekommen hat bei fünf Förderfällen oder es steht nicht bei dem großen Posten der Sportbetriebe – hier geht es immerhin um 1,450 Millionen Euro –, es sind 226 Ansuchen, aber wie ist die Aufteilung der ersten und zweiten Division Bundesliga zu allen anderen. Zum anderen, und da komme ich zur Förderung, was Schule, was Jugend anlangt: Hier schaut man sich die nahezu über 100 Fördermaßnahmen an. So haben wir sehr viel an Maßnahmen, die Reparatur ankündigen und einige, die auch Prävention ankündigen. Was mir nicht gefällt, Frau Landesrätin, ist auch zum Beispiel, dass gerade in puncto Schulen die Privatförderungen, ich nenne hier nur die Freie Waldorf-Schule, die als Verein hier zitiert ist, dass hier in Sachen Förderung quasi wie in den vergangenen Jahren alles so abläuft, aber unsere Pflichtschulen permanent eine Reduzierung finden. Es ist egal, ob du heute in der Pflichtschule in der Steiermark einen besonderen Schwerpunkt setzt, ob du ein besonderes Leitbild hast oder ob du eine Schwerpunkthauptschule bist. Ich kann nur ein Beispiel sagen: Wir haben im kommenden Schuljahr im Bezirk Hartberg an der Hauptschule 32 Schüler und Schülerinnen weniger. Wir haben es aber mit einer Stundeneinbuße von 382 Stunden zu tun und immer wieder mit dem Argument der so genannten sinkenden Schülerzahl unter Angleichung der Maßzahl auf die ominöse Zahl 10 wird nicht mehr ausreichen, denn im Bezirk Hartberg ist die Maßzahl gerade bei unseren zwei Schwerpunktschulen 13,7. Das heißt, Schulen werden zusammengelegt, nicht nur zu Beginn eines Schuljahres aufsteigend, sondern wie es passiert, auch in den anführenden weiterführenden Schulklassen, das heißt, in einer dritten oder in einer vierten Klasse. Ich frage mich wirklich, ist es notwendig, noch Förderungen in der so genannten Reparaturpädagogik einzusetzen oder wäre es nicht höchst an der Zeit, dass wir unseren Schulen, von der Volksschule beginnend bis natürlich hinauf zu den AHS- und BHS-Schulen, dass wir hier gerade besondere Maßnahmen fördern, sei das in Lehr- und Lernformen, sei das im Projektunterricht, sei das im projektorientierten Unterricht oder seien das neue Beurteilungsformen? Ich frage mich wirklich, wir füttern verstärkt in der Steiermark – du brauchst nur am Freitag und am Samstag in die Printmedien schauen – Lerninitiativen, Lerninstitute. Es steigen die Nachhilfestunden und an den Schulen wird reduziert. Für mich ein fürchterlicher Widerspruch und ich erwarte mir hier von Ihnen, Frau Landesrätin, eine, sagen wir, alsbaldige Reparatur zum Wohle aller Schülerinnen und Schüler. Ich möchte aber ein Nächstes auch aufzeigen: Was fördere ich wie? Und da bin ich auf ein besonderes Schmankehl beim Kapitel Printmedien gestoßen, nämlich bei der Förderung von Printmedien ist auch die „Steirische“. Die „Steirische“, man würde meinen, ist eine Zeitschrift für Steirerinnen und Steirer und wenn man dieser „Steirischen“ auf längere Zeit zuschaut, was da alles präsentiert wird – bekommt man jede Woche, lieber Franz Riebenbauer –, bekommt man den Eindruck, in dieser „Steirischen“, die um 588.000 Euro, das sind in Schilling über 8 Millionen, jährlich gefördert wird, in dieser „Steirischen“ oder besser gesagt in der Steiermark gibt es nur ÖVP-Politikerinnen und ÖVP-Politiker und wenn einmal ein Politiker einer anderen Partei drinnen ist, dann ist das ein Unfall, ein journalistischer Unfall. Und ich mag sagen, das hat mich vielleicht, meine Herrschaften, und ich bin noch nicht am Ende, manches Mal geärgert, wenn ich wieder einmal so eine Beilage in der „Kleinen Zeitung“ – die „Steirische“ ist ja auch ein Styria-Kind – vorfand. Nur, meine Damen und Herren, seit dem, wie ich hier sehe, 15. Mai ärgert mich nichts mehr. Und ich bin froh, dass ich und dass kein SPÖ-Politiker, vielleicht auch, wenn es die anderen lesen, hier vorkommt. Denn es gibt immer so nette Witze, die für mich keine Witze sind, sondern die für mich fürchterliche und fast nicht denkbare mediale Entgleisungen sind. Ich darf vorlesen – es heißt: Ehrlich gesagt, weil jetzt überall vom Beitritt der Türkei zur EU die Rede ist und die Politiker meinen, der kommt zu früh, fällt mir ein „schiacher“ Witz ein: ÖVP-„Prawda“ – wie hier die „Steirische“: Erdbeben in der Türkei, 3000 Tote. Als Soforthilfsmaßnahme schickt Holland Lebensmittel. England schickt als Soforthilfsmaßnahme Medikamente, Österreich 3000 Türken. Ich möchte sagen, meine Herrschaften, das ist die tiefste Stufe des Journalismus und ich frage mich überhaupt, ist das noch Journalismus und frage mich als Zweites, ist es diese Zeitung überhaupt wert, gefördert zu werden? Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 10.22 Uhr.)

Präsident: Danke. Bevor wir zur nächsten Rednerin kommen, begrüße ich Herrn stellvertretenden Botschafter aus Großbritannien, Herrn Botschaftsrat Dr. Adrian Gamble und Frau Mag. Birgit Simschitz. (Allgemeiner Beifall.)

Weiters darf ich die Schülerinnen und Schüler der Vorbereitungsschule für die Schule zur Gesundheits- und Krankenpflege unter der Leitung von Frau Mag. Alexandra Krenn herzlich willkommen heißen. (Allgemeiner Beifall.)

Auch begrüße ich die Schülerinnen und Schüler der 6. Klasse des Bundesgymnasiums und Bundesrealgymnasiums Leibnitz unter der Leitung von Frau Prof. Ursula Waldhuber und Frau Prof. Elsbeth Hausegger sehr herzlich. (Allgemeiner Beifall.)

Nächste am Wort ist Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Lechner-Sonnek (10.25 Uhr): Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren im Plenum! Werte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Der Förderbericht, den wir jährlich erhalten, ist ein ganz dickes Paket Papier. Lobenswerterweise enthält dieses dicke Paket sehr, sehr viele Informationen darüber, was mit öffentlichem Geld in der Steiermark unterstützt worden ist, gefördert worden ist. Das ist eine gute Sache. Ich erwarte mir von einem Förderbericht die Auskunft auf die Fragen, die ich habe, um nachvollziehen zu können als Mitglied des Kontrollorganes Landtag, nämlich Kontrolle der Regierung ist unsere Aufgabe, ich erwarte mir, dass ich eine gute Grundlage habe dafür, meine Arbeit tun zu können. Wie Sie alle wissen, beschäftigen wir uns von den Grünen schon eine Zeit lang mit dem Einsatz der öffentlichen Mittel der Gemeinden, ob sie sinnvoll eingesetzt sind, ob sie nach

regionalen Überlegungen und Kriterien eingesetzt worden sind. Und dieser Förderbericht, der uns hier vorgelegt worden ist, bietet in dieser Frage keine Antworten. Es ist nicht möglich nachzuvollziehen, in welcher Gemeinde für welches Projekt welche Summe an Bedarfszuweisungen eingeflossen ist. Das wäre aber eine Voraussetzung, um zu schauen, ob Gemeinden sich miteinander da etwas überlegt haben und gedacht haben, ob sie ihre Entscheidungen aufeinander abgestimmt haben. Im Förderbericht des Landes gibt es zwar Zahlen zum Thema Bedarfszuweisungen, aber da werden dann so Summen gebildet, die ich für wenig aussagekräftig halte. Zum Beispiel, wie viel Geld ist im Jahr 2000 aus den Mitteln der Bedarfszuweisungen in die Errichtung von Rüsthäusern gegangen? Das ist eine Summe, mit der ich relativ wenig anfangen kann, weil ich ja nicht nachvollziehen kann, in welchen Gemeinden das der Fall war und ob es in dieser Gemeinde nicht schon zwei, drei andere Rüsthäuser gibt, denn dann denke ich mir, wäre es angezeigt, drüber nachzudenken, ob man da nicht etwas ändern sollte.

Wir haben seit Jahren unseren Wunsch geäußert, dass die Bedarfszuweisungen im Förderkatalog so ausgewiesen werden sollen, dass man eben diese Zahlen genau nachvollziehen kann, damit wir unsere Arbeit machen können. Das ist bis jetzt nicht der Fall. Aus der zuständigen Abteilung des Landes hören wir dazu, dass es sich um Daten handelt, die dem Datenschutz unterliegen. Das Bundeskanzleramt hat einen Verfassungsdienst und dieser Verfassungsdienst hat eindeutig festgestellt, dass es sich hier nicht um Daten und Zahlen handelt, die dem Datenschutz unterliegen, denn es sind ja keine Daten über einzelne Personen, ihre Einkommensverhältnisse, ihre Besitzverhältnisse, sondern es sind Zahlen von Geldmitteln, die Ihnen allen gehören, die aus Ihren Steuergeldern sozusagen ausgeschüttet werden und die im Interesse der Bevölkerung ausgeschüttet werden. Über diese Daten gibt es ja auch einen Nachweis in den Rechnungsabschlüssen und Budgets der Gemeinden. Darauf weist der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes auch hin, aber nichtsdestotrotz verweigert man uns, dem Landtag in der Steiermark, von Seiten der Regierung und von Seiten der Verwaltung noch immer die Transparenz, noch immer den Ausweis dieser Zahlen.

Ich möchte daher einen Entschließungsantrag einbringen zum Tagesordnungspunkt Förderbericht, und zwar:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens den rechtsstaatlichen Grundsatz anzuerkennen, dass öffentlich zugängliche Daten nicht geheim gehalten werden dürfen, zweitens die Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung vom 27. September 1999 betreffend Bedarfszuweisung an Gemeinden und Datenschutz endlich anzuerkennen sowie drittens dem Landtag im jährlichen Förderungskatalog über die Vergabe von Bedarfszuweisungen, aufgeschlüsselt nach Gemeinden, Projekten und Summen, Bericht zu erstatten.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie wirklich, diesen Antrag zu unterstützen, denn es gibt keinen Grund, uns diese Daten zu verweigern. Wenn uns diese Daten weiter verweigert werden, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir Vermutungen darüber anstellen, was Ihr Grund sein könnte, das zu tun. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 10.29 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Riebenbauer. Herr Abgeordneter, bitte!

Abg. Riebenbauer (10.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Verehrte Regierungsmitglieder! Meine geschätzten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen!

Dieser Bericht über die Förderungen in der Steiermark ist sehr umfassend und sagt wieder einmal aus, in wie vielen verschiedenen Bereichen das Land Steiermark Unterstützungen gibt. Man könnte darüber jetzt stunden- und tagelang diskutieren, in welcher Form was notwendig ist. Ich persönlich bin überzeugt davon, dass diese Unterstützungen, in welchem Bereich immer, für welche Organisationen immer sie gegeben werden, eine dringende Notwendigkeit sind. Herr Kollege Böhmer hat auch das Problem der Schulen angesprochen, dazu möchte ich eines sehr klar feststellen: Wir haben gemeinsam Lösungen zu suchen und zu finden, damit wir vor allem in den ländlichen Regionen möglichst alle unsere kleinen Schulen erhalten können. Wir wissen sehr genau, dass sinkende Schülerzahlen, sinkende Geburtenzahlen für uns alle eine große Herausforderung sind. Diese Herausforderung werden wir nicht mit parteipolitischem Hickhack lösen können, sondern in einer gemeinsamen Zusammenarbeit zum Wohle unserer steirischen Kinder.

Ein Zweites zu diesem Förderungsbericht, Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek hat diese Bedarfszuweisungen angeschnitten. Meine geschätzten Damen und Herren! Sie haben gesagt, ja, warum müssen wir in der Gemeinde mehrere Rüsthäuser unterstützen? Ja, meine geschätzten Damen und Herren, solange es in einer Gemeinde, wie es bei mir zu Hause ist, in der Gemeinde Pinggau, fünf Feuerwehren gibt, so lange werden wir auch fünf Rüsthäuser bauen müssen, weil es einfach notwendig ist. Gemeinsam können auch wir hier Überlegungen anstreben.

Und das Zweite zu den Bedarfszuweisungen, um das hier klar und deutlich zu sagen, Bedarfszuweisungen sind für mich – und ich bin schon fast 25 Jahre im Gemeinderat – eine Unterstützung für Aufgaben und Leistungen, die die Gemeinden zu erfüllen haben, wofür sie keine Einkommen haben. Eine klare Aussage. Und da sind wir dankbar seitens der Gemeinden, dass es diese Unterstützungen für Investitionen, die die Gemeinden aufbringen müssen, gibt. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ein Zweites, Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek, Sie haben gesagt, es ist nicht nachvollziehbar. Ich kann Ihnen nur eines sagen, jene Daten, die Sie veröffentlicht haben, sind auch nicht nachvollziehbar. Ich habe mich da eben deshalb, weil auch meine Gemeinde davon betroffen ist und weil wir laut diesem Bericht an letzter Stelle im Bezirk Hartberg sind, habe ich mich genau informiert in Absprache mit der Fachabteilung 7 und ich kann Ihnen nur sagen, bei uns in der Gemeinde Pinggau stimmen diese Zahlen, die von den Grünen veröffentlicht worden sind, nicht. Ich kann das mit der Fachabteilung beweisen.

Und ein Drittes, worüber ich mich zu Wort gemeldet habe, ist dieser Förderungsbericht, der natürlich auch den landwirtschaftlichen Teil beinhaltet. Wir haben in der vergangenen Woche alle über die Medien mitgeteilt bekommen, dass man eine Kompromisslösung gefunden hat für ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz. Ein Kompromiss, der von allen vier Parteien, die hier verhandelt haben, gutgeheißen wurde. Und ich finde es auch positiv, dass der Tierschutz in Österreich in Zukunft keine Landesgrenzen mehr kennt, sondern dass unsere Tiere in Gesamtösterreich gleich behandelt werden. Aber wir müssen natürlich auch Sorge tragen, dass wir dieses Bundestierschutzgesetz in der Realität, in der Tat umsetzen können. Und gerade im Bereich des Umstieges von der Käfighaltung, die ja in Zukunft verboten sein wird, werden wir Investitionen tätigen müssen. Im Bereich des Verbotes der dauernden Anbindehaltung, die auch verboten wird und wo momentan im Entwurf drinnen steht, Voraussetzung ist 90 Tage Weidehaltung, werden wir bei der Umsetzung und vor allen Dingen in kleinbäuerlichen Betrieben Probleme bekommen und Investitionen werden absolut notwendig sein. Ich kann mir nicht vorstellen, auf einem Nebenerwerbsbetrieb, wo der Mann arbeiten geht, die Frau zu Hause ist, dass es so einfach wird sein, die Tiere in den Auslauf zu bringen, der in Zukunft – so scheint es zumindest – vorgeschrieben ist. Und es wird und es ist ja auch in dieser Vierparteienübereinstimmung drinnen – es wird Ausnahmeregelungen geben. Und es wird – und ich sage das hier in aller Klarheit und Deutlichkeit – Ausnahmeregelungen geben müssen, wenn wir nicht haben wollen, dass so manche – vor allen Dingen kleinere Betriebe oder Betriebe, wo eigentlich die Frau die Arbeitskraft am Bauernhof ist – sagen, mir ist es genug, ich sperre zu, ich höre auf. Und deshalb, meine geschätzten Damen und Herren, möchten wir einen Entschließungsantrag einbringen betreffend Unterstützung der bäuerlichen Betriebe in der Steiermark im Zusammenhang mit dem neuen Bundestierschutzgesetz. Der Entwurf zum Bundestierschutzgesetz kann als Meilenstein im Bereich des Tierschutzes bezeichnet werden. In der praktischen Umsetzung wird es aber für manche Betriebe zu finanziellen Belastungen führen. Zahlreiche Betriebe mit Legehennen-Batterien müssen auf eine andere Haltungsart umgestellt werden. Das Gleiche gilt, wie schon erwähnt, natürlich auch für jene Landwirte, die vom Verbot der dauernden Anbindehaltung von Rindern betroffen sind. Im Vorjahr ist laut Förderungskatalog im Bereich der Qualitätsverbesserung für Pflanzenbau und Tierschutz ein Betrag von 1,282.203,68 Millionen Euro aufgewendet worden. Zur Unterstützung der Landwirte bei der Erfüllung der neuen Auflagen des Bundestierschutzgesetzes wird es aber notwendig sein, hierfür mehr Geld in die Hand zu nehmen. Natürlich ist auch der Bund, der dieses Gesetz beschlossen hat, aufgefordert einen Beitrag zu leisten. Darüber hinaus ist es erforderlich, für all jene Betriebe, welche nicht über die geeigneten Auslauf- oder Weideflächen verfügen oder die baulichen Gegebenheiten am Betrieb einen solchen nicht zulassen, wo es technisch nicht möglich ist, wo es vielleicht aus Sicherheitsgründen nicht möglich ist – ich denke an die Stierhaltung –, praxisgerechte Ausnahmeregelungen vorzusehen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens jene Landwirte, welche auf Grund der Auflagen des neuen Bundestierschutzgesetzes Investitionen tätigen müssen, bestmöglich zu unterstützen sowie zweitens an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, dass a) sich der Bund an der Förderung von Umstellungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem neuen Bundestierschutz beteiligt und b) für jene Betriebe, welche nicht über die geeigneten Auslauf- oder Weideflächen verfügen oder die baulichen Gegebenheiten am Betrieb einen solchen nicht zulassen, praxisgerechte Ausnahmeregelungen vom Verbot der dauernden Anbindehaltung von Rindern vorgesehen werden. Im Interesse unserer steirischen Bäuerinnen und Bauern ersuche ich Sie, unseren Entschließungsantrag zu unterstützen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 10.37 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Sie sagten kurz.

Abg. Lechner-Sonnek (10.37 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte Herrn Kollegen Riebenbauer antworten: Wissen Sie, was für mich nicht nachvollziehbar ist, dass es das überhaupt gibt, dass ein Mitglied des Landtages oder mehrere Mitglieder des Landtages jahrelang darum kämpfen müssen, dass ihnen Daten gegeben werden, Daten, die das öffentliche Budget zum Inhalt haben. Das ist für mich nicht nur nicht nachvollziehbar, sondern demokratiepolitisch eine Katastrophe, Herr Kollege Riebenbauer. Das darf es überhaupt nicht geben in einer Demokratie, dass öffentliches Geld, die Verwendung von öffentlichem Geld dem Kontrollorgan der Regierung nicht offen gelegt wird. Wir haben diese Situation in der Steiermark und im Bezug auf die Bedarfszuweisungen sind wir im Übrigen das einzige Bundesland, das eine solche Situation hat und der zuständige Herr Ministerialrat aus dem Bundesrechnungshof, der vor ein, zwei Wochen bei uns zu Besuch war, hat auch ganz deutliche Worte dazu gefunden – ich weiß nicht, ob Sie dabei waren. Eines noch zu den fünf Feuerwehren: Sie sagen, wenn man fünf Feuerwehren im Ort hat, dann muss man halt auch fünf Feuerwehrhäuser bauen. Ich finde es ganz interessant, wie Sie Politik sehen, wo Sie sagen, da kann man nur tun, was halt getan werden soll und wo Sie hingreifen und ändern. Das hat nichts mit dem Bedarf zu tun. Ein Beispiel: Es gibt auch einen Bedarf an Kinderbetreuungen, hochwertiger Kinderbetreuung, was aber Ihre Fraktion überhaupt nicht daran gehindert hat zu versuchen, dort

Personalreduktion zu versuchen. Da messen Sie mit zweierlei Maß, Herr Kollege. Und es ist ein Armutszeichen für die Politik, eine Bankrotterklärung zu sagen, es ist halt so wie es ist und da können wir nichts machen. Wir alle haben hier zu verantworten, dass mit öffentlichen Mitteln, mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verantwortungsbewusst umgegangen wird. Das ist unser Job, Herr Kollege. (Beifall bei den Grünen. – Abg. Mag. Drexler: „Den wir sehr gut ausüben, Frau Kollegin!“ – 10.39 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Kasic.

Abg. Kasic (10.39 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Mitglieder auf der Regierungsbank, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst lassen Sie mich ganz kurz noch zum Förderungskatalog sehr allgemein etwas sagen. Es ist, so glaube ich, ein sehr umfangreicher, sehr informativer und in vielen und über weite Strecken sehr ausführlicher, ja bis ins kleinste Detail aufbereiteter Katalog, wo, wenn man sich die Mühe macht, sehr genau jedes einzelne Vorhaben, jede einzelne Förderung herauslesbar ist. Ich muss auch feststellen, sehr geehrte Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek, wenn Sie sagen, Sie können nicht herausfinden, wenn nur pauschal drinnen steht, was etwa für die Feuerwehren, für den Bau von Rüsthäusern in diesem Land ausgegeben wird, wo das denn war, dann würde ich Sie einladen, etwas mehr unterwegs zu sein in diesem Land, weil dann sehen Sie nämlich, wo diese Rüsthäuser gebaut worden sind. Ich sehe Sie nämlich nicht bei irgendwelchen Eröffnungen, ich sehe Sie nicht dort, wo die Feuerwehren Sie brauchen. Wenn Sie mehr unterwegs sein würden, dann würden Sie wissen, wo in diesem Land für unsere Feuerwehren und für jene, die rund um die Uhr im Einsatz stehen, die notwendigen Mittel und das notwendige Rüstzeug auch für die Fahrzeuge zur Verfügung gestellt werden. Ein bisschen mehr die Augen auf und Sie würden sehen, was alles passiert. (Beifall bei der ÖVP.)

Lassen Sie mich aber noch etwas sagen: Manchmal denke ich mir schon, wenn ein Redner der sozialdemokratischen Fraktion an dieses Rednerpult kommt, dass wir in der Märchenstunde sind. Die Behauptung aufzustellen, dass in der „Steirischen“ nie ein SPÖ-Politiker vorkommt und das die „Steirische“ ausschließlich ein ÖVP-Beweihräucherungsblatt sei, ist ja wohl ein starkes Stück. Ich habe mir die Mühe gemacht, in der kurzen Zeit schnell ein paar Exemplare durchzuschauen. Auf der Titelseite Landeshauptmannstellvertreter a. D. Schachner, man schlägt auf, wieder Schachner, auf der nächsten Seite Landesrat Ertlitz, hier Landeshauptmannstellvertreter im Dienst Voves, dann weiter der künftige Bundespräsident Fischer abgebildet, auf der nächsten Seite wieder Bundespräsident Fischer im Wahlkampf. (Abg. Prattes: „Alte Einschaltungen!“) Das sind keine alten Einschaltungen.

Sie meinen, wenn etwa über den Wahlkampf und über den Wahlkampfauftritt von Herrn Präsident Fischer berichtet wird, dann sei es eine bezahlte Anzeige. Dann haben Sie wirklich vom Medienwesen keine Ahnung. Weiters ein ganz ausführlicher Bericht, wo nur Landesrat Flecker aktiv ist zum Thema „Kinder brauchen Wurzeln“ – alles redaktionell dargestellt und nicht alt, 15. Mai, 1. Mai. Es gibt aber natürlich auch noch andere Auftritte. Wenn Sie sich etwa anschauen, der jetzige Landeshauptmannstellvertreter Voves und Schachner sind in dieser Zeitung abgebildet. Ich glaube, dass die „Steirische“ sehr ausführlich und sehr objektiv Bericht erstattet. Liebe Kollegen von der SPÖ, lassen Sie mich noch eines sagen: Wer trägt denn die meiste Verantwortung in diesem Land? Wer sind denn jene Regierungsmitglieder, die die meisten Agenden haben und am meisten machen? Das sind die Mitglieder der ÖVP, sehr geehrte Damen und Herren der sozialdemokratischen Fraktion, und diese bringen auch die Leistungen und darüber wird berichtet. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil Sie die hohe Förderung angesprochen haben, die angeblich hohe Förderung von 588.000 Euro, dann darf ich schon daran erinnern, mit welcher hohen finanziellen Mitteln das Land Steiermark die „Neue Zeit“ – ich möchte nur daran erinnern, in wessen Eigentum sie gestanden ist – gefördert wurde oder mit welchen hohen Mitteln noch immer die SPÖ-Postille „SPÖ aktuell“ gefördert wird. Da stellt sich schon die Frage für mich, eine Zeitung, nämlich die eigentlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Gegensatz zur „Steirischen“ gelesen wird, wo erscheint denn diese „SPÖ aktuell“ noch? Welche Auflage hat sie denn und wann ist sie denn das letzte Mal erschienen? Ich würde, wenn Sie im Glashaus sitzen, nicht mit Steinen werfen, sondern sich einmal selbst an der Nase nehmen und zu schauen, wo diese Mittel wofür eingesetzt werden. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 10.34 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Mag. Zitz.

Abg. Mag. Zitz (10.43 Uhr): Guten Morgen! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste!

Ich möchte beantragen, dass zum ÖVP-Entschließungsantrag zum Tierschutzgesetz eine punktuelle Abstimmung stattfindet – Punkt eins, zwei, drei – und möchte hinweisen an die Kollegen von der ÖVP, dass wir im Landtag von grüner Seite uns mehrfach bemüht haben durchzusetzen, dass der Bund kleine, sozial schwache Betriebe speziell fördert, die möglicherweise Härten haben, wenn sie in Richtung Tiergerechtigkeit umbauen. Diese Anträge waren bei der ÖVP nie mehrheitsfähig. Es freut mich, dass Sie jetzt Schritte in diese Richtung setzen. Und einen Punkt, wo ich sicher nicht mitgehe, das ist der dritte Punkt von Ihrem Antrag, wo Sie möchten, dass es bezüglich Anbindehaltung bei Rindern noch mehr Ausnahmebestimmungen gibt. Sie

wissen, dass wir als Grüne im Bund das Tierschutzgesetz unterstützt haben und Sie können uns glauben, dass das bei uns in unserer Auseinandersetzung mit Tierschutzfachleuten nicht immer ganz einfach war, da auf eine ethnische und pragmatisch gute Lösung zu kommen. Die Grünen haben bei diesem Punkt Anbindehaltung im Tierschutzgesetz ein Stück nachgegeben. Die Anbindehaltung ist so geregelt, dass ich glaube, dass sie ziemlich sozial und auch tierverträglich ist. Und ich bin jetzt nicht dafür, diese Vierparteienentscheidung vom Bund noch einmal aufzumachen, wie die ÖVP Steiermark jetzt das leider vorhat. Deswegen mein Antrag auf punktuelle Abstimmung. (Beifall bei den Grünen. – 10.45 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Danke und stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren – ich komme jetzt zur punktuellen Abstimmung des ÖVP-Antrages –, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Unterstützung der Landwirte im Zusammenhang mit dem neuen Bundestierschutzgesetz, die Zustimmung geben zu Punkt eins mit folgendem Inhalt „... jene Landwirte, welche auf Grund der Auflagen des neuen Bundestierschutzgesetzes Investitionen tätigen müssen, bestmöglich zu unterstützen“, wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ein Handzeichen, bitte, und stelle damit die einstimmige Annahme des ersten Punktes des Antrages fest.

Ich stelle trotzdem fest, dass einige Damen und Herren scheinbar meinen Aufruf zur Abstimmung nicht hören. Beim Abstimmen bitte ich wirklich aufmerksam zu sein.

Zweiter Punkt dieses Antrages der ÖVP: „Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und zu erwirken, dass a) sich der Bund an der Förderung von Umstellungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem neuen Bundestierschutz beteiligt“, wenn Sie dem die Zustimmung geben, bitte ich um ein Handzeichen und stelle die einstimmige Annahme des zweiten Punktes a) des Antrages fest.

Punkt 2b) „Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, dass für jene Betriebe, welche nicht über die geeigneten Auslauf- und Weideflächen verfügen oder die baulichen Gegebenheiten am Betrieb eines solchen nicht zulassen, praxisgerechte Ausnahmeregelungen vom Verbot der dauernden Anbindehaltung von Rindern vorgesehen werden“ – ich ersuche Sie zum Zeichen der Zustimmung um Handhebung und stelle dazu die mehrheitliche Annahme des zweiten Punktes b) des Antrages fest.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum Entschließungsantrag der Grünen betreffend Offenlegung der Förderung für die Gemeinden. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe. Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Bei den Tagesordnungspunkten 5 und 6 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

5. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1749/1, der Abgeordneten Gödl, Mag. Koller und Hamedl, betreffend Einführung einer Zusatzsteuer auf Alcopops.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ernst Gödl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gödl (10.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte über den Antrag mit der Einl.-Zahl 1749/1 der Abgeordneten Gödl, Mag. Koller und Hamedl, betreffend Einführung einer Zusatzsteuer auf Alcopops.

Alcopops sind alkoholische Mischgetränke, die bei Jugendlichen sehr beliebt sind und wir haben im Ausschuss auch darüber beraten und ich darf diesen Ausschussantrag hier vorbringen, nämlich:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, auf die für die Jugendlichen immer beliebteren Alcopops eine Zusatzsteuer einzuführen. Die Steuereinnahmen sollen für jugendpräventive Arbeiten zweckgebunden werden. Ich bitte um Annahme. (10.50 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zum Bericht zu Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1758/1, der Abgeordneten Margarethe Gruber, Halper und Böhmer, betreffend Sondersteuer auf alkoholische Mischgetränke (Alcopops).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Böhmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhmer (10.50 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich komme zum Stück mit der Zahl 1758/1, betreffend Sondersteuer auf alkoholische Mixgetränke (Alcopops) der Abgeordneten Margarethe Gruber, Halper und Böhmer.

Wir haben bereits gehört im Vorspann des vorigen Antrages, dass in Österreich ein vermehrter Boom auf diese so genannten Mischgetränke aus Limonade und Alkohol besteht und dass es auch eine große Beliebtheit bei den Jugendlichen, allen voran bei immer jüngeren, ist. Und jetzt ist Folgendes zu tätigen: Nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion im Landtag wäre es äußerst wichtig, dass diese Getränke entsprechend gekennzeichnet werden, um auf die Gefährlichkeit des Alkoholinhaltes aufmerksam zu machen. Zudem wird vorgeschlagen, auf Mixgetränke mit Alkoholanteil eine Sondersteuer einzuführen und die daraus erzielten Einnahmen zweckgewidmet für Maßnahmen der Suchtprävention (zum Beispiel Aufklärungskampagnen) zu verwenden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, erstens auf Mixgetränke mit Alkoholanteil eine Sondersteuer einzuführen und die daraus erzielten Einnahmen für Maßnahmen im Bereich der Suchtprävention (zum Beispiel Aufklärungskampagnen) zu widmen und zweitens eine entsprechende Verpflichtung zur Kennzeichnung dieser Mischgetränke vorzusehen, um auf die Gefährlichkeit des Alkoholinhaltes aufmerksam zu machen. Ich bitte um Annahme. (10.51 Uhr).

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung und habe eine Reihe von Wortmeldungen. Frau Abgeordnete Zitz, bitte.

Abg. Mag. Zitz (10.51 Uhr): Guten Morgen noch einmal allerseits! Guten Morgen, Gäste, noch einmal!

Zu diesem Thema „Alcopops“ sage ich im Vorhinaus, dass die Grünen sowohl der Regierungsvorlage als auch den Entschließungsanträgen von den Freiheitlichen, ÖVP und SPÖ zustimmen werden, weil die Entschließungsanträge aus meiner Sicht – alle beziehen sich auf das Jugendschutzgesetz – durchaus miteinander kompatibel sind. Ich möchte Ihnen jetzt etwas vorlesen: „Rigo, Airwaves und Aromatherapy in der Kategorie Beste Markendehnung geht der Preis an Bacardi für die Einführung des Rummixgetränkes Rigo, das sich unter Jugendlichen großer Beliebtheit erfreut und zu einem Premiumpreis über die Ladentheken geht. Mit Rigo hat Bacardi eine ganz neue Zielgruppe erschlossen – nämlich jene jungen Leute, die ansonsten gerne zu Biermixgetränken greifen. Rigo hat aber nicht nur den Markt aufgemischt, sondern auch das Unternehmen, denn die Dehnung führte binnen kurzer Zeit zum Aufbau einer neuen tragenden Säule im Geschäft.“

Das, was ich jetzt zitiert habe, stammt aus einer deutschen Homepage, die jährlich die Markenaward 2003, 2004 und so weiter vergibt, nämlich die trendigsten, coolsten, klügsten Produkte, die auch sehr geschickt auf den Markt gebracht werden. Ich wollte dies am Eingang von meinem Statement deswegen bringen, weil man da sieht, dass die Tatsache, dass Alcopops am Markt sind, nicht etwas ist, was man Jugendlichen anlasten kann, sondern es ist Fakt, dass ein Teil von großen Konzernen, in dem Fall Konzerne wie Bacardi, der sonst sehr harte Getränke, konkret Rum, auf den Markt bringt, sehr klug, sehr strategisch unter Ausnützung aller werbepsychologischen Tricks sich die Zielgruppe der Jugendlichen vorknöpft. Und ich möchte es am Anfang von meinem Statement auch deswegen bringen um klarzustellen, das ist ein Thema, das wir im Landtag behandeln, aber es ist absolut kein Jugendthema. Die Leute, die Alcopops auf den Markt bringen, die dafür tolle Wirtschaftspreise bekommen, die trendig überkommen in großen Magazinen, sind Erwachsene und die Händler und Gastwirte, die diese Alcopops an junge Leute anbieten, sind natürlich auch Erwachsene.

Der zweite Punkt: Für mich ist klar, dass Alkohol sehr dosiert genossen ein Mittel ist, etwas ist, was uns allen gut schmeckt und das man in einer bestimmten Dosierung immer wieder auch trinken soll, und zwar mit Genuss. Da, wo ich ein großes Problem habe, ist, wenn Politiker von traditionellen Parteien öffentlichkeitswirksam auftreten bei bestimmten Events, wo es einfach darum geht, dass ganz viel gebechert wird. Das kann sein beim Bockbieranstich, wo es am Anfang noch zivilisiert zugeht, aber dann ziemlich schrill wird, das kann sein beim scheinbar neutralen Zeltfest, wo man am Anfang noch einander huldigt und nett miteinander umgeht und ab 22 Uhr ist die Stimmung so, dass viele Leute gar nicht mehr hingehen wollen, weil einfach die Atmosphäre so ist, dass man sich nicht mehr wohl fühlt – das gilt speziell auch für Frauen. Das ist ein Milieu, wo ich mich überhaupt nicht wohl fühle und wo ich weggehe, weil ich das absolut nicht in Ordnung finde.

Der dritte Punkt, der mich wirklich schockiert hat: Ich habe gestern gesehen, dass es leider auch in der Steiermark ein GTI-Treffen geben wird, so wie es jetzt in Kärnten stattgefunden hat. Sie wissen, wie es dort rundgeht, Alkohol wird in Strömen von Erwachsenen konsumiert. Man geht mit diesen seltsamen Fahrzeugen in einer Art und Weise um, dass es ganz schnell Reifenplatzer gibt. Das Ganze bringt etliche hundert Strafmandate in diesem berühmten Kärntner Ort. In der Steiermark wird es leider am 10. Juni ein GTI-Treffen geben unter dem Ehrenschutz von der Frau Landeshauptfrau. Ich möchte das bewusst am Anfang bringen, um zu zeigen, dass ich es einerseits absolut legitim finde, dass von Seiten des Landtages der Finanzminister aufgefordert wird, eine saftige Steuer auf Alcopops einzuziehen. Ich finde es auch legitim, dass man sagt, was kann man über Jugendschutzgesetz in der Steiermark an verbesserten Kontrollen durchführen? Das Ganze ist aber ein Thema, das Erwachsene in ihrer Rolle als Wirtschaftstreibende, als Händler, Händlerinnen oder als

selber Alkoholkonsumierende einfach auch betrifft. Einen Ländervergleich möchte ich noch machen bezüglich der gesetzlichen Grundlagen: Ich habe es auch interessant gefunden, dass die Frau Landesrätin Edlinger-Ploder eine rot-grüne Initiative von Deutschland, von der deutschen Bundesregierung volley im steirischen Landtag übernommen hat. Ich möchte dazusagen, dass ich diese deutsche Initiative zwar verstehe, aber dass ich einen klaren Kritikpunkt dran habe: Der deutsche Gesetzesvorschlag lautet: Eine Sondersteuer mit 89 Cent pro Flasche Alcopop wird ab 1. Juni gelten, aber in der Definition vom Gesetz nur auf süße, branntweinhaltige Getränke bezogen. Unsere große Befürchtung ist, dass es eine Marktverschiebung geben wird und die Leute, die diese Sachen herstellen, dann einfach das Getränk nicht mehr ganz so süß, sondern eher sauer und herb machen werden und damit dieser hohe Steuersatz auf diese Getränke nicht mehr anwendbar ist. Ich glaube, dass man deswegen, wenn man in Österreich diese Steuer einführt, sie so gestalten muss, dass dieses Schlupfloch einfach durch Geschmackänderung, also ein paar künstliche Aromen, die eher in Richtung säuerlich oder eher in Richtung herb gehen, und schon muss man diese Steuer nicht mehr zahlen, dass man in Österreich dieses Schlupfloch dezidiert zumacht. Ein zweiter Punkt noch: Es schaut so aus, dass es so eine Steuer in der Schweiz seit 1. Februar 2004 gibt, und zwar mit dem vierfachen Steuersatz, sprich 1,19 Euro mehr pro Flasche. Derzeit kostet dieses Getränk Rigo von Bacardi in einschlägigen Supermärkten 1,69 Euro – das wäre nahezu eine Verdoppelung. Ich glaube, dass es, gerade bezogen auf spezielle Steuern, um Lenkungseffekte auszulösen bei leider sehr kultigen Getränken wie Alcopops, da eine wesentlich bessere grenzübergreifende Kooperation geben muss. Die Schweiz ist nicht bei der EU, das heißt, da ist die Kooperation nicht so einfach. Etwas möchte ich auch noch anführen zur Erhärtung auch meines Arguments mit den sauren und herben Geschmacksausrichtungen. In Frankreich gibt es seit dem Jahr 1997 eine Alcopop-Steuer auf diese spezifischen Getränke. Dort ist der Markt für Alcopops ziemlich rasch und stark zurückgegangen, aber man hat dafür in Frankreich verschärft zu Getränken gegriffen, die sehr stark bierhaltig sind. Sie wissen, dass man auch Biere mit süßen Geschmacksaromen entsprechend verändern, „veredeln“ kann. Ich glaube, dass auf der Ebene der Besteuerung es nur sinnvoll ist, so vorzugehen, dass man tatsächlich eine EU-konforme Regelung trifft, weil das sonst immer wieder zu Marktverzerrungen führt. Ein Element, das ich noch anführen möchte, bezogen auf die Situation in der Steiermark, wo wir als Gesetzgeber Spielräume haben: Wie schon gesagt, wir werden sowohl den Freiheitlichen als auch den ÖVP-Antrag unterstützen, gleichzeitig halte ich aber für wirklich relevant den sozialdemokratischen Antrag, und zwar wirklich relevant, weil er einfach der pragmatischste und der konsequenteste ist. Die Sozialdemokratie, Mischa Halper wird das anschließend auch vorstellen, hat den konkreten Hinweis auf die Tatsache in ihrem Antrag drinnen, dass das Jugendschutzgesetz inhaltlich in Ordnung ist, aber dass der Vollzug überhaupt nicht hinhaut. In den Bezirkshauptmannschaften haben wir da krasse Defizite. Es gibt sehr wenige Kontrollen von Gastwirten, teilweise auch nur von bestimmten Gastwirten. Ich glaube einfach, dass man im Zusammenhang mit dem Jugendschutzgesetz definitiv noch einen Aspekt mit ins Kalkül ziehen sollte, nämlich die eigentlich sehr schweren Strafbestimmungen für Erwachsene, die dieses Gesetz umgehen. Wir haben derzeit in der Steiermark einen Strafsatz, was Händler und Händlerinnen betrifft, also Leute, die mit Gewinnsucht ausgerichtet arbeiten, von 727 Euro als Mindeststrafsatz. 727 Euro sind ziemlich wenig Geld. Ich glaube, dass man diesen Strafsatz dramatisch erhöhen müsste, um die Beweislast in diesem Bereich ein bisschen weg von den Jugendlichen zu nehmen und hin zu verschieben zu den Leuten in der Wirtschaft, im Gewerbe und im Handel. Es ist eine kleine Gruppe, aber sie existiert, die tatsächlich sehr unseriös diese Getränke weitergibt. Ein letztes Element, das ich noch anführen möchte: Aus Sicht der Grünen ist eine konsequente Suchtpolitik eine Politik, die einfach schaut, dass es Leuten in unterschiedlichsten Lebenslagen gut gehen kann. Ich glaube, die Tatsache, dass Jugendliche Alcopops konsumieren, teilweise sehr stark konsumieren mit entsprechenden Folgen, ist einfach auch ein Ausdruck, dass es für junge Leute oft unbefriedigend ist, in dieser Gesellschaft zu leben, dass es unbefriedigend ist, weil sie überhaupt nicht wissen, wie schaut es arbeitsplatzmäßig für mich aus, bin ich am Arbeitsmarkt gewünscht oder nicht gewünscht. Es ist für junge Leute oft sehr schwierig, in dieser Situation auch mit Partnerschaften, Beziehungen und so weiter zurechtzukommen, weil wir einfach in einer sehr schnelllebigen Zeit leben, wo man die Leute immer mehr dazu bringt, schnell zu konsumieren, schnell zu leben, möglichst viel auf einmal an Events zu konsumieren. Mein dritter Punkt ist: Wir haben in der Steiermark einen aus meiner Sicht gut funktionierenden Suchtbeirat, wo Fachleute aus unterschiedlichsten Bereichen drinnen sind. Ich glaube, dass dieser Suchtbeirat auf der Ebene von sehr konsequenter Antisuchtpolitik ziemlich gute Arbeit leistet. Ich glaube, dass das ein Thema ist, um das Ganze jetzt abzuschließen, was nur gut bearbeitet werden kann, wenn es eine wesentlich verstärkte Kooperation zwischen mehreren Regierungsmitgliedern zu diesem Thema „Suchtprävention“ gibt. Es ist fahrlässig zu sagen, dass das nur die Aufgabe vom Gesundheitslandesrat ist. Es ist genauso fahrlässig zu sagen, das ist nur die Aufgabe von der Jugendlandesrätin. Es braucht einfach ressortübergreifend entsprechende Kooperationen. Summa summarum: Die Grünen möchten die Regierungsvorlage und alle drei Anträge unterstützen, aber unter dem dezidierten Hinweis auf die Verantwortung von Politikern und Politikerinnen, die nicht in Situationen reingehen sollen, wo Kampftrinken angesagt ist. Noch einmal ein Hinweis, dass ich es fatal finde, dass die Frau Landeshauptfrau bei diesem unsäglichen GTI-Treffen höchstpersönlich den Ehrenschatz übernimmt. Das ist ein Signal genau in die falsche Richtung und letztendlich ist Antisuchtarbeit eine Arbeit, die konsequent nur ressortübergreifend und auch intergenerativ funktionieren kann. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 11.04 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Gödl.

Abg. Gödl (11.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Werte Landesrätin, meine Herren Landesräte! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Auditorium und liebes Publikum!

Ich darf einen schönen Vormittag wünschen und um 11 Uhr keinen guten Morgen mehr. Der Tag beginnt zumindest für uns um einiges früher. Sie sehen an der breiten Debatte, dass es ein Thema ist, das durchaus kontroversiell hier im Landtag einerseits behandelt wird, andererseits aber doch eine gewisse Einigkeit auch unter den vier Parteien besteht. Der Begriff „Alcopops“ geistert ja jetzt seit Monaten durch die Presse und von der Getränkeindustrie und auch von den Jugendlichen natürlich prinzipiell als „cooler Drink“ stilisiert und von den Gesundheitseinrichtungen oft als Einstiegsdroge in den Alkoholkonsum beziehungsweise in den Alkoholmissbrauch tituliert. Die Wahrheit liegt wie oft etwas in der Mitte, vielleicht nicht ganz in der Mitte, denn eines darf ich durchaus aus eigener Wahrnehmung schon auch konstatieren, dass der Konsum von diesen hochstilisierten Alcopop-Getränken von Jugendlichen durchaus sich verstärkt hat und er vor allem in den Diskos und bei größeren Fest- und Diskoveranstaltungen durchaus momentan zu einem Siegeszug ausgeartet ist. Und eine Studie aus Deutschland belegt diese auch eigene Wahrnehmung, die Bundesregierung in Deutschland hat ja zur Untermauerung ihrer Maßnahmen, die schon von meiner Vorrednerin, von der Edith Zitz angeführt wurden, umfangreiche Studien unternommen und anfertigen lassen, die zum Beispiel beweisen, dass der Bekanntheitsgrad von Alcopops zum Beispiel in der Zielgruppe der 14- bis 19-Jährigen von 1998 bis zum Jahr 2003 von damals 14 Prozent auf 90 Prozent gestiegen ist. Das hat natürlich mit der sehr, sehr effektiven Werbung zu tun, das hat natürlich damit zu tun, dass viele Getränkekonzerne sich gerade auf diesem Gebiet sehr stark bewegt haben. Und was auch genauso alarmierend ist, ist ein weiteres Faktum, nämlich die Konsumhäufigkeit, die auch sehr eklatant gestiegen ist. Und zwar besagt die Studie in Deutschland, dass im Jahre 1998 9 Prozent der 14- bis 19-Jährigen zumindest einmal im Monat so ein Getränk konsumiert haben und es im Jahr 2003 bereits 42 Prozent sind, die mindestens einmal im Monat zu diesen alkoholischen Getränken greifen. Und ich denke – und ich glaube, da sind wir uns auch einer Meinung – es ist schon Aufgabe von uns als gewählte Vertreter des Volkes und unserer Bevölkerung, jene Signale hier auszusenden, die einfach zeigen, welches Verhalten ist erwünscht und welches ist nicht so sehr erwünscht. Und eine Möglichkeit, hier einzugreifen, ist bei den Steuermaßnahmen unsere Wünsche einfach ablesbar zu machen. Und wir befinden uns dann, das hat die Edith Zitz ja schon ganz richtig ausgeführt, ja in guter Gesellschaft, die Franzosen haben im 97er Jahr da schon gehandelt und haben durch eine Verdoppelung dieser Getränkepreise quasi den Trend damals schon gebrochen und der Markt ist regelrecht eingebrochen. Wir sehen in der Schweiz, da gibt es seit Feber 2004 eine neue Steuermaßnahme, wo eben der Steuersatz selbst vervierfacht wurde und damit um über einen Euro diese Getränke im Handel auch verteuert wurden. Und wenn wir heute mit diesem Antrag – es ist im Übrigen keine Regierungsvorlage, sondern sind Anträge der Landtagsfraktionen – wenn wir dann diese in unserem Antrag Verdreifachung der Steuer fordern, dann tun wir es schon auch mit einem weiteren Hintergrund. Wir möchten natürlich, dass diese vermehrten Einnahmen nicht irgendwo in den staatlichen Budgets versickern, sondern ganz gezielt für jugendpräventive Maßnahmen herangezogen werden. Und da ist aus meiner Sicht absoluter Handlungsbedarf. Wenn zum Beispiel die Weltgesundheitsorganisation ausweist, dass 3,6 Prozent der Elfjährigen, der Elfjährigen, wohlgemerkt, bereits Alcopops konsumieren. 3,6 Prozent der Elfjährigen! Und da ist – glaube ich – Präventionsarbeit an die vorderste Stelle zu setzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich finde, dass wir da mit unserem Antrag der ÖVP auch komplett richtig liegen. Es hat vor kurzer Zeit, am heutigen Tag eine Aussendung auch der Ärztekammer Steiermark gegeben, die genau das fordert, nämlich die künftige Alcopopsteuer für die Gesundheit der Jugendlichen zweckzuwidmen, eben gezielt in die Präventionsarbeit einzugreifen und diese Mehreinnahmen einfließen zu lassen. Ich habe dann auf Grund der Presseberichterstattung am Wochenende einige Anrufe bekommen bezüglich dieses heutigen Beschlusses und da wurde aus meiner Sicht aus der genauen Überlegung richtigerweise darauf hingewiesen, dass das Jugendschutzgesetz nicht ganz konsequent formuliert ist. Denn wir wissen, der Alkoholgehalt ist ausgewiesen mit meist nur einem Alkoholgehalt wie ein Bier oder ein schwächerer Wein und daher würde es ja nicht in diese Regelung der 14 Volumsprozente fallen, die für Jugendliche von 16 bis 18 zu konsumieren verboten sind. Und die logische Konsequenz wäre natürlich schon hier klarzumachen, dass – wenn ich auf Grund einer Vermischung eines hochprozentigen Alkohols im Gesamten den Alkoholprozentsatz vermindere, es also schon trotzdem in das Verbot der 16- bis 18-Jährigen inbegriffen sein muss. Denn einem Wirt ist es natürlich heute verboten, ein Bacardi-Cola einem 17-Jährigen auszuschenken, aber es ist nicht ganz klargestellt (Abg. Lafer: „Ganz klar!“), ob die Alcopops in dieser Form auch verboten sind. Daher glaube ich, es ist richtig und zweckmäßig, es sind alle Anträge, die hier heute eingebracht werden, die zusätzlichen Entschließungsanträge richtig und wir sollten uns gemeinsam überlegen, wie wir im Jugendschutzgesetz hier eine klare Linie, auch klar unserem Wunsch um unsere Zielsetzung auch allen Beteiligten sowohl Jugendlichen als auch richtigerweise angeführt denen, die mit diesen Getränken handeln und diese Getränke ausschenken, auch zu erkennen geben. Daher darf ich im Namen der ÖVP auch einen weiteren Entschließungsantrag einbringen, und zwar von Frau Mag. Koller, von Hamedl und von meiner Wenigkeit, eben einen Antrag, betreffend Novellierung des Jugendschutzgesetzes betreffend Alcopops, um eben diese Klarstellung herbeizuführen. Ich glaube, wir sollten dann gemeinsam diskutieren, wie weit ist es wirklich notwendig oder wie weit müssen wir nur Erläuterungen dazu verändern oder wie weit ist überhaupt keine Änderung notwendig. Trotzdem möchten wir das hier klarmachen, dass wir um absolute Klarstellung bemüht sind und ich darf daher den Entschließungsantrag einbringen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Novelle zum Steiermärkischen Jugendschutzgesetz auszuarbeiten und dem Landtag vorzulegen, mit welcher der Erwerb und Konsum von „Alcopops“ durch Jugendliche zwischen dem 16. und 18. Lebensjahr verboten wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Und zum Schluss darf ich nur anführen, natürlich liegt prinzipiell der Konsum von Alkohol und anderen Drogen und Rauschmitteln im eigenen Verantwortungsbereich. Ich finde es schon eine nicht angebrachte Kritik von hier aus von meiner Vorrednerin zu sagen, dass eine Unterstützung einer Verantwortung eines Events quasi signalisiert, dass ich gewisse nicht erwünschte Verhaltensweisen fördere. Das finde ich schon eine unangebrachte Feststellung hier draußen, liebe Edith, denn wir unterstützen im Landtag – bleiben wir beim Thema Feuerwehr – die Feuerwehren, glaube ich, sehr massiv alle gemeinsam und wir können davon aber nicht ableiten, dass wir daher verantwortlich sind, wenn auf einem Feuerwehrfest betrunkene Menschen herumtanzeln. Das ist nicht erwünscht, aber auch damit nicht gefördert. Da möchte ich schon um mehr Differenziertheit bitten, denn so einfach könnt ihr uns Dinge nicht vorwerfen und das werden wir uns auch sicher in dieser Runde nicht gefallen lassen, denn Eigenverantwortlichkeit – glaube ich –, die liegt noch immer beim einzelnen Menschen und nicht bei uns da in diesem Haus oder bei einer einzelnen Person, bei der Frau Landeshauptmann, die dann für Dinge verantwortlich gemacht werden soll, die überhaupt in keinem echten Zusammenhang stehen. Danke! (Beifall bei der ÖVP.)

Damit bin ich auch schon am Schluss und wir, seitens unserer Fraktion, werden auch allen eingebrachten Entschließungsanträgen sowohl von den Sozialdemokraten als auch von den Freiheitlichen natürlich die Zustimmung erteilen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 11.14 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Graf. Danach Frau Abgeordnete Gruber.

Abg. Graf (11.14 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Neben den finanziellen Maßnahmen, über die wir hier diskutieren, betreffend einer Zusatzsteuer und der Zweckbindung, denke ich, liegt es an uns, für klare Gesetzestexte oder für Formulierungen zu sorgen, die nicht möglich machen, dass einer sie so interpretiert und der andere sie so. Denn im Steiermärkischen Jugendschutzgesetz steht, dass gemäß Paragraf 9 Absatz 1 Jugendlichen bis zum vollendeten 16. Lebensjahr der Konsum von Tabakwaren und alkoholischen Getränken gänzlich verboten ist. Nach Paragraf 9 Absatz 2 ist vom vollendeten 16. Lebensjahr bis zum vollendeten 18. Lebensjahr der Konsum von Getränken, die alkoholische Getränke mit über 14 Volumsprozent enthalten, verboten. Nun könnte man hier darüber diskutieren, ist es ein Getränk, das fertig ist, also ein Fertiggetränk, oder ist es Mixgetränk und betrifft diese 14 Volumsprozentgrenze auch diese Alcopops? Für mich ist es notwendig, dass es hier eine klare Willensäußerung gibt und dass diese Formulierungen, die im Jugendschutzgesetz vielleicht nicht ganz so klar formuliert sind, hier getätigt werden und dass es Informationen dazu gibt. Deshalb bringen auch wir einen Entschließungsantrag ein, der darauf abzielt, dass die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, erstens im Steiermärkischen Jugendschutzgesetz klar zu formulieren, dass Alcopops für Jugendliche vom vollendeten 16. Lebensjahr bis zum vollendeten 18. Lebensjahr verboten sind und zweitens ehest möglich eine Informationskampagne zu starten, die auf die gefährlichen Auswirkungen von Alcopops aufmerksam machen soll.

Dass die Formulierung nicht so klar ist, wird für mich auch bestätigt darin, dass es ein Rechtsgutachten gegeben hat, dass dieses in Auftrag gegeben wurde, das besagt, das Jugendschutzgesetz verbietet diesen Konsum. Damit es aber in Zukunft nicht mehr zu irgendwelchen Interpretationen des Gesetzes kommen kann und dass wir wirklich in die richtige Richtung gehen, dass wir hier den Willen aussenden, das zu verbieten zusätzlich zu den Maßnahmen, wie Zusatzsteuer und Zweckbindung, das ist unser Anliegen. Ich danke! (Beifall bei der FPÖ. – 11.17 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Gruber.

Abg. Margarethe Gruber (11.17 Uhr): Herr Präsident, werte Damen und Herren der Regierung, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Jugendliche!

Uns liegen zwei fast gleich lautende Anträge vor mit einigen Unterschieden, aber der Weg ist derselbe. Es wird auf die Gefährlichkeit hingewiesen und es wird vor allem darauf hingewiesen und es wird gefordert, dass die Mittel, die durch eine Sondersteuer eingenommen werden, für Suchtprojekte im Präventionsbereich herangezogen werden müssen. Frau Kollegin Zitz ist auf die breite Palette dieser Getränke eingegangen. Wir können sicher sein, dass die Kreativität der Erzeuger noch lange nicht zu Ende ist. Man bedenke, die Geschmäcker dieser Getränke und vor allem auch die Verpackung, die nicht einen unwesentlichen Beitrag dazu bringt, dass Menschen, vor allem junge Menschen dazu hingreifen und diese Getränke kaufen. Etwas sehr Kurioses ist mir passiert, dass ein Großmarkt bei der Abnahme einer gewissen Einkaufssumme gratis zwei dieser Alcopops mitgegeben hat. Auch das ist wieder ein Schritt, der eigentlich nicht notwendig wäre. Kollege Gödl hat darauf hingewiesen, wer schon diese Getränke konsumiert. Auch hier wird es in der Zukunft noch eine Verbreiterung geben, weil es schmeckt einfach nicht so, was der Inhalt ist. Es ist einfach Mogelei. Jetzt komme ich zur Verantwortung, zur Verantwortung, die jeder einzelne Mensch, der hier ist, der Elternteil ist, hat und auch die Verantwortung der Gesellschaft. Ich denke, Vorbild zu sein in allen Linien ist das, was wir unserer Jugend mitgeben müssen. Vorbild auch, was das Schulische betrifft. Ich darf nur kurz be-

richten, dass wir in unserer Stadt ein Suchtprojekt zusammen mit den Schulen machen, weil es wichtig ist, dass früh damit begonnen wird. Auch die Kindergärten sind bei uns bereits mit einbezogen, was das Thema „Sucht“ betrifft, und zwar auf einen anderen Punkt bezogen. Wir haben die Judenburger Genussstage gehabt, um zu zeigen, wie man umgeht mit gewissen Mitteln, wie man aus etwas, was eigentlich verwerflich ist, auch etwas Positives sehen kann. Kollegin Zitz hat schon gesagt, es geht uns nicht darum, jetzt alles zu verbieten, sondern es geht darum, den Umgang damit zu lernen. Das soll die Aufgabe jedes Einzelnen, das soll auch die Aufgabe der Gemeinschaft sein. Was das Jugendschutzgesetz betrifft, sollen die Jugendlichen schon sehr früh direkt damit konfrontiert werden, weil kein Mensch liest in einem Lokal das ganze Jugendschutzgesetz, sondern es soll schon in den Schulen begonnen werden, Jugendliche darauf hinzuweisen, was es bedeutet. Auf den Paragraph 9 Absatz 2 wird ganz gezielt meine Kollegin Mischa Halper eingehen. Ich möchte noch einmal an Sie appellieren: Schauen wir zusammen, dass wir Suchtprojekte über die Regierungsverantwortlichkeit hinweg zustande bringen, damit wir hier in der Steiermark auch gute Lösungen finden können. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 11.21 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Halper.

Abg. Halper (11.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, werte Regierungsmitglieder, Hohes Haus!

Es gibt klarerweise kein Problem zu beschönigen, schon gar nicht, wenn es um Jugend und Alkohol geht. Es gibt aber auch klare Fakten, die bereits ein Verbot von Alcopops mit sich bringen, wie etwa die Rechtsauffassung der Fachabteilung 11A mit dem klaren Wortlaut, dass vom Paragraphen 9 Absatz 2 sich Folgendes ergibt, dass für Jugendliche ab dem vollendeten 18. Lebensjahr sowohl der Konsum von reinen Alkoholika über 14 Volumsprozent als auch der Konsum von Mischgetränken, denen Alkoholika mit über 14 Volumsprozenten, egal in welcher Menge, zugesetzt sind, verboten ist, und zwar auch dann, wenn das dabei entsprechende Mischgetränk einen Alkoholgehalt von unter 14 Volumsprozenten aufweist – eine klare Rechtslage bei einem klar formulierten Jugendschutzgesetz des Bundeslandes Steiermark, egal ob frisch gemixt oder gemischt verkauft. Und es gibt auch einen Erlass an die Bezirkshauptmannschaften und auch an das Magistrat Graz, in dem ganz klar und deutlich geregelt ist, dass Alcopops für Jugendliche vom 16. bis 18. Lebensjahr verboten sind und dass die Bezirksverwaltungsbehörden angehalten werden, Kontrollen durchzuführen. Denn auch das ist ein Faktum, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Hapern tut es nicht bei der Tatsache, dass Alcopops jetzt in Mode sind, Alkohol war immer ein Thema bei der Jugend und es wird auch immer ein Thema bleiben. Es gibt hier nichts zu beschönigen. Aber Faktum ist ganz klar, und da müssen wir ehrlich damit umgehen, die Kontrolle funktioniert auf dieser Ebene nicht, auch nicht, wenn wir uns derzeit den Verlauf anschauen. Faktum ist natürlich auch, dass Tabakwaren verboten sind für Jugendliche unter 16 Jahren. Wir wissen alle leider ganz genau, dass zu einem Zigarettenautomaten sich jeder Jugendliche hinbewegen kann und sich mit einem Jeton die Zigarettenpackungen herausdrückt. Faktum ist aber ein großes und ein Drittes, nämlich die Tatsache, dass wir mit einem Verbot die sozialen Probleme der Jugend nicht lösen werden. Die Verantwortung liegt sowohl bei der Jugend, die Verantwortung liegt auch bei der Politik. Eines ist aber schon auch klar: Die Verantwortung liegt auch bei den Eltern. Man muss sich schon fragen, wo sind die Eltern, wenn ihr Kind Wochenende für Wochenende sich zuschüttet? Ich denke, kein Kind kommt auf die Welt mit dem Ziel, dass es irgendwann einmal eines von vielen ist, das in eine Kinderklinik oder auf die Station B8 im LSF wegen einer Alkoholüberdosis eingeliefert wird. Ich denke, wir müssen darüber sprechen und müssen dabei ehrlich sein, denn hier passiert ja etwas. Hier passiert etwas im Familienverbund, hier passiert etwas auf familiärer Ebene und ich frage mich schon, wo die Verantwortung der Eltern ist, die diese Kontrolle eigentlich innehaben. Das, was wir brauchen in diesem Bundesland, ist kein Verbot von einem Verbot, das es bereits gibt, denn das ist eine schizophrene und populistische Forderung. Das, was wir brauchen, ist ein ganz klares präventives Maßnahmenpaket. Denn etwas zu verbieten, das bereits verboten ist, und das durch einen neuen Wortlaut zu ersetzen, glaube ich nicht, dass es sehr zielführend ist. Ich darf daher heute einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Halper und Margarete Gruber einbringen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alle Bezirksverwaltungsbehörden dahin gehend anzuweisen, dass die Einhaltung des Verbotes des Genusses von alkoholischen Getränken gemäß Paragraph 9 Steiermärkisches Jugendschutzgesetz in Bezug auf so genannte Alcopops verstärkt kontrolliert wird. Ich ersuche um Annahme.

Des Weiteren habe ich bereits argumentiert, dass die derzeitige Gesetzeslage ausreichend ist, weil das Verbot bereits besteht, wodurch wir den Entschließungsantrag der ÖVP ablehnen werden und beim Entschließungsantrag der FPÖ bitten wir um eine getrennte Abstimmung. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 11.25 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Flecker. Herr Landesrat, bitte!

Landesrat Dr. Flecker (11.25 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe so den Eindruck, dass es unser Schicksal ist, dem Erfindungsreichtum der Verkaufsstrategen und der Marketingabteilungen bestimmter Konzerne immer wieder hintennachzurrennen. Wir werden durchaus angehalten, uns mit dem eigentlichen Grund zu befassen. Mit dem Grund, warum ist es einmal die Droge, warum ist es ein anderes Mal die Droge, die trendy werden kann und die Jugendliche nehmen? Es ist kein Problem, dem wir wirksam mit Verboten und zusätzlichen Besteuerungen zu Leibe rücken können, sondern es ist ein gesellschaftspolitisches, es ist ein soziales Problem und kein anderes. Und wenn gerade die Alcopops zurzeit eine gute Handelsware offenbar auch in der Politik sind, dann hauen wir uns mit aller Kraft auf das. Die nächste Handelsware kommt bestimmt und dann fordern wir wieder neue Gesetze, neue Steuern. Ich glaube, wir sollten uns wirklich mit dem Hintergrund beschäftigen und sollten uns auch ein bisschen bei der eigenen Nase nehmen als Politik, wenn ich denke, dass es zum Beispiel auch ein Flascherl gibt, das man verkauft, das man kaufen kann in Geschäften und in Gasthäusern, das Red Bull Vodka heißt. Und wir wissen, wie sehr die Politik des Landes Steiermark sich verneigt vor dem Fabrikanten dieses Produktes. Auch hier ist eine gewisse Nachdenkzeit angebracht und ist es auch überlegenswert, dass man – wenn man kritisch ist und sich hier überschlägt in kritischen Meldungen – auch andere Seiten dieser Medaille anschaut. Dass man natürlich Gewinne aus solchen Produkten auch in Vernünftiges investieren kann, ist ja nicht schlecht.

Ich darf ganz kurz aus der Jugendschutzgesetz-Statistik, nämlich das, was die gesetzlichen Maßnahmen und die Wirkung gesetzlicher Maßnahmen anlangt, aus dem Jahr 2002 zitieren:

Bemerkenswert ist, dass Verfahren gegen Jugendliche, die Gesamtzahl der Verfahren von 2001 auf 2002 um 47,5 Prozent gestiegen ist und dass die Verfahren wegen Alkoholkonsums um 19 Prozent von 2001 auf 2002 gestiegen sind. Interessant dabei ist allerdings, dass zwar die Verfahren gegen Jugendliche um 19 Prozent gestiegen sind, aber die Verfahren gegen Gastwirte und die Verfahren gegen sonstige Gewerbetreibende nur um 5 beziehungsweise 3 Prozent. Ich glaube, auch diese Einäugigkeit im Vollzug sollten wir sehr genau anschauen, weil wir da wahrscheinlich den Unschuldigeren an dem ganzen Prozess strafen und es lässt sich sehr deutlich in der Statistik nachweisen, dass es in der Steiermark einige Bezirke gibt, die überhaupt selten oder fast gar nicht strafen, wo die Anzahl der Strafverfahren ein Zehntel anderer Bezirke ausmacht. Und es gibt Bezirke in der Steiermark, wo zum Beispiel die Höchststrafen für solche Delikte gegenüber Gastwirten in einem Bezirk zum Beispiel die höchste Strafe 51 Euro verhängt wird, im höchsten Bezirk die Höchststrafe 1090 Euro beträgt. Also auch diese Ungleichheit in Vollzug und die Ungleichheit im Zugehen zu diesem Problem ist glaube ich eher ein Problem des Vollzuges und nicht das Problem des Gesetzes. Zur Frage des Gesetzes, weil es öfters angeschnitten wurde, darf ich ganz kurz etwas sagen: Frau Kollegin Graf und Herr Abgeordneter Gödl, grundsätzlich glaube ich, dass wir nicht den Weg gehen sollten, jedes Gesetz so kasuistisch zu gestalten, dass wir jede neue Erfindung am Markt fast per Namen im Gesetz nennen. Ich glaube, es gibt ja keine sicherere Auslegung als die, die in einem Erlass – die Frau Kollegin Halper hat das schon angeschnitten – das ist die authentische Interpretation – in einem Erlass, in einer Vollzugsanweisung an die Bezirkshauptmannschaften geht.

Eine solche Vollzugsanweisung ist am 4. Mai 2004 an die Bezirksverwaltungsbehörden gegangen mit dem Hinweis, ich zitiere nur kurz daraus: „Nach dem klaren Wortlaut des Paragraphen 9 Absatz 2 Jugendschutzgesetz ergibt sich, dass für Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr sowohl der Genuss von reinen Alkoholika über 14 Volumsprozent als auch der Konsum von Mischgetränken, denen Alkoholika mit über 14 Volumsprozent, egal in welcher Menge, zugesetzt sind, verboten ist. Und zwar auch dann, wenn das dabei entstehende Mischgetränk einen Alkoholgehalt von unter 14 Volumsprozent aufweist.“

Das ist eine eindeutige Interpretation und sie bezieht sich sogar auf ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 1. März 2002. Ich meine, wenn man es beim Lesen – und das ist nicht zynisch gemeint von mir – wenn man es beim Lesen nicht gleich so auslegen kann, heißt es noch lange nicht, dass es das nicht bedeutet. Wenn wir Gefahr laufen, für jeden Anlassfall eine so kasuistische Formulierung zu finden, dass das dann plakativ im Gesetz drinnen steht, dann werden wir permanent Novellierungen machen müssen. Dieser Zugang zur Art des Machens von Gesetzen, darum würde ich Sie bitten, das so zu akzeptieren, dass eine Formulierung, die auch unter Berufung auf Verfassungsgerichtshoferkennnisse eigentlich alles abdeckt vom Cola-Whisky über Red Bull Vodka bis hin zu den sonstigen Alcopops, auch als solche anerkannt wird, in Vollzug gehandhabt wird und in Vollzug vor allem auch so gehandhabt wird. Die Anweisung ist von der Abteilung ergangen, dass die Maßnahmen, die Verfahren in den Bezirken härter durchgeführt werden. Härter heißt intensiver in Verfolgung des Gesetzes, dass es nicht Bezirke geben kann, die Gesetze in dieser Hinsicht in Vollzug de facto ignorieren und dass man nicht nur die eine Seite straft, nämlich die Jugendlichen, die wahrscheinlich die Verführten sind in dieser Frage, sondern dass man auch diejenigen ebenso straft, die die Verführer sind beziehungsweise die, die am Verführen verdienen. Ich hoffe, dass wir mit diesem Weg eine gemeinsame Haltung zu dieser Frage wesentlich wirkungsvoller durchsetzen können und danke Ihnen fürs Zuhören. (Beifall bei der SPÖ. – 11.33 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner.

Abg. Wiedner (11.33 Uhr): Herr Präsident! Sehr verehrte Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Zuhörer!

Die Aussage des Herrn Landesrates Flecker hat mich veranlasst, noch schnell die Wortmeldung zu machen, wobei ich – was sonst normalerweise nicht unsere Art ist – in dem Fall in vielen Bereichen zustimmen kann, was Sie gesagt haben, darf aber vielleicht noch ein paar Ergänzungen einbringen.

Ein Gesetz ist immer recht und gut. Die Kontrolle ist das Problem dabei. Man kann natürlich nicht jedes Fest, jede Veranstaltung kontrollieren, weil so viele Möglichkeiten, so viele Gendarmerie- und Polizeibeamte haben wir nicht. Alkohol war immer ein Problem, ist ein Problem und wird in Zukunft auch eines bleiben, das man jetzt nicht beschönigen soll. Das Alkoholproblem betrifft, weil wir heute über die Jugend diskutieren, nicht nur die Jugend. Das Alkoholproblem geht durch alle Altersschichten. Das fängt beim 12-, 13-Jährigen leider heutzutage schon an und endet im hohen Alter. Es ist daher kein reines Jugendproblem, sondern ein Problem, das quer durch die Bevölkerungsschichten geht. Es ist, so meine ich, notwendig, hier wirklich Arbeit zu leisten in Sachen Prävention – das wurde heute schon gesagt. Aber eine Sache muss ich noch dazusagen, weil die Statistiken gekommen sind, hier gibt es Verurteilungen und hier sind kaum Steigerungen an Verurteilungen. Wir haben vorher schon gesprochen, Herr Landesrat, dass wir mit dem Phänomen leben, dass die Leute zu Veranstaltungen gehen – Gott sei Dank einerseits für den Veranstalter – und oft nicht bei dem Zeltfest konsumieren, sondern sich den Alkohol draußen am Parkplatz geben. Das wissen wir und das kennen wir. Der Alkohol wird gekauft irgendwo in einem Supermarkt und dann wird er in das Auto, in den Kofferraum gepackt und dann wird zum Fest gefahren. Beim Fest wird zwar etwas konsumiert, aber der richtige Rausch wird draußen am Parkplatz angetrunken. Wir müssen daher bedenken, dass wir auch hier Möglichkeiten und Voraussetzungen schaffen, dass gerade dieser Weg auch eingeschränkt wird, das heißt der Erwerb und der Verkauf. Wir wissen heutzutage leider, dass immer mehr zu den harten Getränken gegriffen wird – leider. Es sind viele Mischungen und viel Bier auch nicht unbedingt gesund, aber es geht um die harten Getränke und speziell in der Jugend ist es natürlich noch viel tragischer. Wir merken es ja auch bei den Zigaretten. Es gibt ja nur mehr den Verkauf von Marlboro. Es gibt ja nichts mehr anderes in dieser Richtung. Das ist scheinbar ein Trend, der sich hier fortsetzt, das aber wie vieles zu bekämpfen ist. Ob es jetzt mit einer genaueren Formulierung des Gesetzes ist, ist zu hinterfragen. Es ist aber sicherlich die Kontrolle zu verstärken und die Prävention verstärkt zu fördern und speziell die erwähnten Phänomene sind zu sehen, dass nicht immer in den legalen Lokalen, in den legalen Veranstaltungshallen gesoffen wird, sondern draußen auf Parkplätzen die Rausche angetrunken werden. (Beifall bei der FPÖ. – 11.37 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Mag. Drexler.

Abg. Mag. Drexler (11.37 Uhr): Herr Präsident, sehr verehrte Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren!

Es liegt mir in der Regel fern, nach den abschließenden Erwägungen eines zuständigen Regierungsmitgliedes noch Bemerkungen abzugeben. Aber die Wortmeldung des Herrn Landesrates Flecker hat mich doch dazu motiviert, zwei, drei Sätze zu dem Thema noch zu sagen. Herr Landesrat, wenn Sie sagen, Anfang Mai 2004 ist mittels Erlass für die Bezirkshauptmannschaften die Vollziehung des Gesetzes klaggestellt worden, dann ist das ja eigentlich der letzte Beweis dafür, dass eine Klarstellung im Gesetz nicht schlecht wäre. (Abg. Detlef Gruber: „Klarstellung und Vollzug ist etwas anderes!“) Wenn wir im März 2004 die Anträge zu dieser Problematik dieser Getränke eingebracht haben, dann ist ja schon dadurch, wenn dann im Mai 2004 die Bezirkshauptmannschaften entsprechend informiert waren, klar, dass die Sensibilisierung für das Thema eigentlich sinnvoll war. Und wenn es eines Erlasses bedarf, um diese authentische Interpretation des Gesetzes darzubieten, wie Sie gesagt haben, dann ist das eigentlich der Beweis dafür, dass hier eine klarere Formulierung, die von Haus aus keine Zweifel aufkommen lässt, nicht schlecht wäre und für sich betrachtet noch keine schädliche Kasuistik im Gesetz wäre, sondern im Gegenteil, es geht um eine generelle Norm, die aber jeden Zweifel schließt oder ausschließt, dass hier diese Mixgetränke quasi nicht davon erfasst werden. Ich denke, wir sind da in der Sache nicht weit auseinander und ich darf daher doch dabei bleiben und darum bitten, auch die entsprechenden Entschließungsanträge, wie mir scheint, von FPÖ und ÖVP zu unterstützen, weil ich glaube, man sollte sich hier keinen Konflikt erzeugen, der eigentlich kein Konflikt ist, sondern im Gegenteil, es ist überhaupt kein Problem, wenn wir eine entsprechende Formulierung finden. Und da sind Sie allein schon eigentlich Garantie genug dafür, dass man eine solche Formulierung mit Sicherheit finden kann, denn ich glaube, das sollte möglich sein – das zum einen.

Zum Zweiten, weil Sie es nicht unterlassen konnten, irgendeinen zynischen Bezug wieder herzustellen im Zusammenhang mit Red Bull, weil Sie das nicht unterlassen konnten, noch einmal auf Red Bull hinzukommen. Weder mir noch der Homepage von Red Bull ist ein von Red Bull von Haus aus gemixtes Getränk bekannt. Dass Produkte von Red Bull selbstverständlich, wie die von sehr vielen Getränkeherstellern wahrscheinlich sogar bis hin zu Apfelsäften, dann nachträglich gemixt werden können von den Kunden, wie immer sie das dann halt gerne hätten, das ist die eine Sache. Aber dass man daraus jetzt sozusagen Red Bull einen Strich drehen möchte und das noch dazu in einen Zusammenhang mit diesem einmaligen Investment in der Obersteiermark bringt, nämlich in einen schlechten Zusammenhang, das war die Sequenz an Ihrer Wortmeldung, die mich tatsächlich gestört hat, weil es eigentlich nicht notwendig gewesen wäre. Daher, abschließend, bitte ich um die Unterstützung unserer Entschließungsanträge. (Beifall bei der ÖVP. – 11.40 Uhr.)

Präsident: Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1749/1, das ist der Tagesordnungspunkt 5, ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Novellierung des Jugendschutzgesetzes, betreffend Alcopops, Tagesordnungspunkt 5, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest

Wir kommen damit zum Entschließungsantrag der SPÖ. Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend den verstärkten Vollzug des Alkoholverbotes für Jugendlichen in Bezug auf Alcopops, zu Tagesordnungspunkt 5 zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest

Es wurde für den Antrag der FPÖ eine punktuelle Abstimmung verlangt, somit komme ich zum Entschließungsantrag der FPÖ.

Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Änderung des Jugendschutzgesetzes zu Punkt eins, der lautet: Die Landesregierung wird aufgefordert, im Steiermärkischen Jugendschutzgesetz klar zu formulieren, dass Alcopops für Jugendliche vom vollendeten 16. Lebensjahr bis zum vollendeten 18. Lebensjahr verboten sind. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages zu Punkt eins fest.

Punkt zwei: Die Landesregierung wird aufgefordert, ehemöglichst eine Informationskampagne zu starten, die auf die gefährlichen Auswirkungen von Alcopops aufmerksam machen soll. Die Damen und Herren, die dem Punkt zwei zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages zu Punkt zwei fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1758/1, das ist Tagesordnungspunkt 6, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1791/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2004 (erster Bericht für das Rechnungsjahr 2004).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (11.44 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, verehrte Landesregierungsmitglieder, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2004 (erster Bericht für das Rechnungsjahr 2004). In diesem Sinne wird nunmehr berichtet, dass in der Zeit vom 2. Februar bis 29. März 2004 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 10,471.243,50 Euro durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung übersichtlich angeführt.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Ordentlicher Haushalt: Bindung von Ausgabenersparungen 6,287.799,50 Euro, Mehreinnahmen 593,637 Euro.

Außerordentlicher Haushalt: Mehreinnahmen 3,589.807 Euro.

Der Landtag wolle beschließen:

Der erste Bericht für das Rechnungsjahr 2004 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 10,471.243,50 Euro wird gemäß Paragraf 32 Absatz 2 des L-VG. 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. (11.45 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (11.45 Uhr): Herr Präsident! Sehr verehrte Frau Finanzlandesrätin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Zuhörer!

Der Punkt sieben und die außer- und überplanmäßigen Ausgaben sind ein Thema, das hier in diesem Hohen Hause behandelt werden sollte. (Abg. Riebenbauer: „Ein wichtiger!“) Ein wichtiges Thema, wie der Herr Kollege Riebenbauer mir zustimmt. Speziell dieses eine Geschäftsstück, wo außerplanmäßige Ausgaben von 10,5 Millionen Euro, also nach alter Rechnung etwa 140 Millionen Schilling, anders eingesetzt werden, war auch ein großer Diskussionspunkt im Ausschuss. Weil das sind doch Summen, die es unmöglich machen, ein Budget sinnvoll vorzubereiten, zu beschließen und einzuhalten, wenn dann nachher die Landesregierung

hergehen kann und mit den Millionen herumjongliert wie sie eigentlich will. Aber es geht um ein anderes Thema, die Finanz- und Wirtschaftspolitik der letzten Jahre war gezeichnet davon, dass das Land Steiermark einen hohen Schuldenberg abbauen konnte. Wir wissen, dass das Land Steiermark mit dem heurigen Jahr keine Bankschulden mehr hat. (Abg. Prattes: „Dafür andere!“) Du lachst, Kollege Prattes, dafür aber – pass auf den nächsten Satz auf – haben wir natürlich einen hohen Preis bezahlt. Der Preis war verdammt hoch insofern, als außerbudgetär natürlich Schulden aufgebaut wurden und das in beträchtlichen Höhen. Wir wissen, die KAGES hat nicht jene Zuschüsse bekommen, die sie gebraucht hat und hat dadurch bis zum Jahr 2005 einen Schuldenberg von 872 Millionen Euro, sprich 12 Milliarden – alter Rechnung – aufgebaut. Ab dem Jahr 2005, und auch hier gibt es bereits Anträge in diesem Hause, beginnt die Rückzahlung dieses Schuldenberges. Wie das Ganze noch passieren wird, ist mir noch nicht klar. Es wurde uns zwar von der Frau Finanzlandesrätin, die derzeit mit dem Kollegen Hammerl ein interessantes Gespräch führt – (Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Ich höre Ihnen gut zu!“) Ich hoffe, Sie hören mir zu. Ich höre Ihnen auch immer zu. (Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Das ist schön. Deshalb haben Sie auch einen so guten Antrag gemacht!“) Ich hoffe, Sie können ihn einhalten.

Aber wir sind bei anderen Sorgen, 872 Millionen sind von der KAGES zurückzuzahlen, wobei es mir, Frau Landesrätin, noch nicht klar ist, wie Sie das gemeint haben im Ausschuss, dass das eh alles locker, gerade das Budget nahezu nicht belastend gehen wird. Diese Rückzahlung wird das Budget sehr wohl belasten in den nächsten Jahren. Und es ist ja nicht so, dass es damit aus ist. Die KAGES braucht in den nächsten Jahren ja wieder Geld und nicht weniger, sondern wahrscheinlich mehr. Wir können ja in diesem Bereich, der Herr Kollege Landesrat Erlitz ist nicht hier, aber wir kennen ja den chronischen Geldmangel in diesem Ressort, es wird mehr werden. Jetzt frage ich mich, wie werden wir das Mehr schaffen in der Zukunft, in diesem einen Bereich?

Wir haben aufgebaut in der Landesimmobiliengesellschaft, wir haben zwar ausgelagert, alles an die Landesimmobiliengesellschaft verkauft, war maastricht-notwendig, weil eine weitere Verschuldung des Landes nicht möglich war und eine Darstellung des Überschusses gemäß Stabilitätspakt notwendig war, aber auch hier trifft uns in Zukunft das Problem, dass auch hier Schulden aufgebaut werden, wobei bei der LIG der alleinige Gesellschafter wieder das Land Steiermark ist und das Land Steiermark hier die Schulden abzutragen hat. Wir sind weitere Verpflichtungen eingegangen in diesem Lande. Wir haben sehr vieles gebaut, vom Kunsthaus angefangen bis zu vielen anderen Sachen. Es ist natürlich leicht zu bauen, aber es ist schwer zu erhalten. Neben diesen beiden großen Schuldenbergen, die aufgebaut wurden, ist es natürlich auch zu vielen anderen Belastungen gekommen. Wir haben uns bereits verpflichtet, für die Grazer Messe geradezustehen. Wir haben uns verpflichtet, für Red Bull einen nicht unbeträchtlichen Zuschuss von 90 Millionen in den nächsten Jahren zu leisten. Bei aller Wichtigkeit, Notwendigkeit, wenn es um Arbeitsplätze geht, weil es um Infrastruktur geht, ein richtiger Weg. Nur, ich frage mich rechtzeitig und heute schon, wie wird das Budget 2005 ausschauen? Und darum haben wir heute einen Entschließungsantrag in diese Richtung formuliert, weil wir gerade in den letzten Jahren immer darauf geschaut haben und deswegen auch im Budget zugestimmt haben, dass es zu einer Entschuldung kommt. Weil das größte Problem eines Landes, eines Betriebes ist es, wenn er in Schulden steckt und keine Gestaltungsmöglichkeit mehr hat. Und wir waren im Lande Steiermark bereits so weit, dass wir nahezu keine Gestaltungsmöglichkeit mehr hatten, weil der Zinsendienst das Budget schwerstens belastet hat. Genauso wie in einem privaten Betrieb, der Benni Bittmann gibt mir da sicherlich Recht, ich kann nur das ausgeben, was ich einnehme beziehungsweise Investitionen tätigen, die sich in der Zukunft rechnen. Es geht nicht darum, Geld zu vertranscheln, sondern Geld zu investieren in Infrastruktur, in Arbeitsplätze, die in Zukunft Beschäftigung und Einnahmen bringen. Und in diese Richtung geht auch unser Antrag heute.

Ich habe aber auch Probleme damit, dass wir wissen, dass das Jahr 2005 ja kein einfaches Jahr wird. Nicht nur die Rückzahlungen beginnen alle, wir haben auch 2005, sofern wir uns richtig erinnern, ein Wahljahr. Und gerade in Wahljahren ist es ja leider so, dass das Budget dann missbraucht wird für diverse Wahlzuckerln.

Schau bitte nicht so traurig, Kollege Majcen, du weißt es aus Erfahrung, so ist es leider.

Und auch deswegen in diese Richtung argumentiert, ich habe früher schon gesprochen, es wird ja nicht weniger bei den Ausgaben, sondern es wird in allen Bereichen mehr werden. Wir kennen nicht nur den chronischen Geldmangel im Spitalsbereich, wir kennen den chronischen Geldmangel im Sozialbereich, im Bereich der Infrastruktur, im Bereich der Gemeinden, überall wissen wir, dass man glaubt, es wird mehr. Freunde, wir wissen aber alle, es wird nicht mehr, sondern wir müssen wirklich mit den Mitteln sorgfältiger umgehen und nur dort investieren, wo es notwendig ist. Und notwendig wird es sein, meine Damen und Herren, endlich einmal bei den Ausgaben in die Strukturen einzugreifen. Das haben wir bis dato nicht gemacht. Wir haben uns herumgeschwindelt insofern, als wir ausgelagert haben und als wir verkauft haben. Nur, jetzt haben wir nichts mehr zu verkaufen und wir haben nichts mehr zum auslagern. Und jetzt beginnt das Problem. (Abg. Stöhrmann: „Ihr habt bedingungslos mitgestimmt!“) Nein, so war das nicht, lieber Freund! Bedingungslos war da nichts mit dem Mitstimmen. Bei den Verkäufen, lieber Freund Stöhrmann, erinnere dich, da haben wir ab und zu gesagt, ist das wirklich sinnvoll, sprich Verkauf der Wohnbaudarlehen? Da war von euch kein Wort zu hören, bitte. Dem wurde von euch bedingungslos zugestimmt, dass die Wohnbauförderungsdarlehen verkauft wurden. (Abg. Prattes: „Da hast du damals meiner Wortmeldung nicht zugehört!“) Aber ihr habt ohne große Diskussion zugestimmt bei dem Ganzen. Ich habe noch gesagt, Freunde, ob das sinnvoll ist, weil wir brauchen in Zukunft die Rückflüsse, das ist zu hinterfragen. (Abg. Prattes: „Der Landesfinanzreferent hat vom Finanz-

minister gelernt mit dem Ausverkauf!") Hier sind wir mehr oder minder allein auf weiter Flur geblieben. In der Zwischenzeit wissen wir, was mit den Wohnbauförderungsmitteln passiert ist. Wir haben sie überall dort eingesetzt, wo wir kein anderes Geld hatten. Wir haben jedenfalls verkauft, wir haben ausgelagert. Es gibt nichts mehr zu verkaufen, außer den 24 Prozent bei der ESTAG. Wann das passieren wird, Frau Landeshauptmann, werden wir wahrscheinlich erst in Zukunft irgendwann einmal erfahren und ob es zu einem vernünftigen Preis passieren wird. Dass ein Privater immer noch besser wirtschaftet als der Staat, das wissen wir auch. Das kann man unterschreiben, lieber Kollege Kröpfl. Das kann man sicherlich unterschreiben. Dass wir auch bei der Daseinsvorsorge bei all diesen Bereichen nicht weit auseinander sind, das wissen wir alle zusammen. (Abg. Stöhrmann: „Glaubst du auch das, was du sagst?“) Das glaube ich und das ist auch richtig so, lieber Kollege. Es geht jetzt aber um das Budget 2005. Es geht darum, speziell aus der Sicht des Wahlkampfes 2005, hier kein Ausufern des Budgets zuzulassen, sondern darauf zu schauen, wo geben wir das Geld hin und geben wir nur das aus, was wir haben und greifen wir jetzt wirklich endlich einmal in die Strukturen ein und gehen wir neue Wege. Dazu gibt es einen Antrag von uns und ich hoffe, dass eine breite Zustimmung kommen wird. Der Text des Antrages ist bekannt und ich bringe daher nur mehr den Antrag ein. Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens bei der Budgeterstellung und Budgetvollziehung derart vorzugehen, dass nach Möglichkeit keine Neuverschuldung des Landes erfolgt und zweitens, falls dies trotz aller Anstrengungen nicht möglich ist, eine Neuverschuldung nur für regionale Leitprojekte, mit denen Arbeitsplätze geschaffen werden, zukunftsweisende Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur beziehungsweise für Maßnahmen zur Absicherung des Wirtschaftsstandortes Steiermark vorzunehmen.

Ich ersuche im Sinne des Haushaltes des Landes Steiermark und der wirtschaftlichen Erholung des Landes um eine breite Zustimmung dieses Antrages. (Beifall bei der FPÖ. – 11.57 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder.

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (11.57 Uhr): Herr Abgeordneter Wiedner, ich habe Ihnen nicht nur gut zugehört, ich habe auch den Entschließungsantrag gut gelesen und ich bin Ihnen gerade im Antrag und im Beschluss sogar dankbar, weil es ist eine andere Wortwahl für das gleiche Ziel und da können Sie mir Recht geben und ich hoffe, Sie haben auch einiges gelesen. Das ist auch eine Meldung, die ich in den letzten Wochen immer wieder, eine Äußerung, die ich immer wieder getätigt habe. Zu sagen, dass die laufenden Kosten auch aus einem laufenden Budget bedeckt werden müssen und dass nachhaltige Investitionen, die aber länger wirken als deren Rückzahlung, natürlich es hin und wieder auch notwendig machen, so etwas wie Schulden, sprich Kredit oder Darlehen aufzunehmen. In diesem Sinne gibt es da sicher eine Übereinstimmung und ich hoffe auch, dass es sozusagen hier breite Zustimmung gibt von Seiten des Landtages. In Bezug auf Ihre Ausführungen bin ich auch froh, weil in vielerlei Dingen decken sich ja die Versuche, die Anläufe der Regierender mit den Intentionen, die Sie heute geschildert haben. Da kann ich den Landtag nur um Mithilfe bitten, denn der Landtag hat eine sehr wichtige Rolle, beispielsweise in der Budgethoheit, aber genauso eine wichtige Rolle, wenn es um Strukturveränderungen über Gesetzgebung et cetera geht. Offenen Armes darf ich Sie einladen, natürlich, tun wir etwas gemeinsam. Weil Sie das Budget 2004 angesprochen haben: Meines Wissens und meiner Erinnerung nach haben bis auf die Grüne Fraktion hier alle Parteien und Fraktionen zugestimmt. Es ist offen und transparent, wie dieses Budget zustande gekommen ist. Jetzt darüber zu diskutieren, ob dieser Verkauf ein Ausverkauf ist oder nicht, ist wahrscheinlich über verschüttete Milch reden. Es war vielen und allen klar, ich sage dazu, es passiert auch in anderen Bundesländern, auch mit Finanzreferenten anderer Fraktionen, weil es nun einmal durch den Stabilitätspakt notwendig geworden ist, gewisse Maßnahmen zu ergreifen. Dann komme ich auch schon zu Ihrer Frage, die anscheinend im Ausschuss trotz Erklärungsversuche Hofrat Wurm und meinerseits nicht gelungen ist, das darzustellen. Die so genannten KAGES-Darlehen sind ein formaler Weg, nicht maastricht-schädlich sozusagen, Zuschüsse an die KAGES zu bezahlen. (Abg. Wiedner: „Wer zahlt zurück?“) Sie sind in Wahrheit schon bezahlt, aber nicht als Zuschüsse, sondern als Darlehen. Das Gleiche wird sozusagen formal wieder – (Abg. Wiedner: „Wer bedient das Darlehen?“) Das ist ein Darlehen, das von Seiten des Landes gegeben wurde. Offiziell wird die KAGES jetzt zurückzahlen, aber das Land gibt das Geld dafür. Das ist ein reiner Buchungsvorgang. Wir haben diese Gelder in den letzten Jahren bereits ausgegeben. Wie Sie richtig sagen, die KAGES hat es ja auch gebraucht. Ich glaube, ich bin ein visueller Typ. Ich würde es Ihnen gerne aufzeichnen, kann es vielleicht so besser erklären als nur mündlich. In diesem Sinne herzlichen Dank. Es macht mir auch Mut für die Budgeterstellung 2005, wenn wir uns hier über gewisse Dinge einig sind und zwei Punkte, die hier als Beschlussformel dastehen, sind auf alle Fälle etwas, wo von Seiten der ÖVP in den letzten Jahren sehr vieles dazu geleistet wurde. Ich danke für die Mithilfe, für die Mitarbeit und ich hoffe, dass sie dann auch konkret erfolgen wird. (Beifall bei der ÖVP. – 12.00 Uhr.)

Präsident: Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Budgetpolitik des Landes, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Bevor wir in der Tagesordnung weitergehen, begrüße ich die Damen und Herren der Gemeindeverwaltungsschule des Steiermärkischen Gemeindebundes in Semriach in Begleitung von Herrn Hofrat Dr. Karl Paier der Gemeindeabteilung FA7A. (Allgemeiner Beifall.)

Auch heiße ich die Schülerinnen der 1c-Klasse der Vorbereitungsschule für die Schule zur Gesundheits- und Krankenpflege unter der Leitung von Frau Mag. Alexandra Krenn herzlich Willkommen. (Allgemeiner Beifall.)

Weiters begrüße ich die Schülerinnen und Schüler der 6. und 7. Klasse des Pestalozzigymnasiums Graz unter der Leitung von Frau Mag. Karin Knall. (Allgemeiner Beifall.)

Bei den Tagesordnungspunkten 8 und 9 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest. (12.02 Uhr.)

8. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1722/1, der Abgeordneten Gross, Kröpfl und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend eine gerechte finanzielle Entlastung von PendlerInnen.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (12.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die österreichischen Landwirte wurden im Zuge der so genannten Steuerreform durch die Reduktion der Steuer auf Agrardiesel massiv entlastet und diese Entlastung ist ihnen auch zu gönnen. Aber es ist nicht ausgewogene Politik, dass gleichzeitig zigtausende unselbstständig erwerbstätige Pendlerinnen und Pendler mit einer geringfügigen Anhebung des Pendler- und Pendlerinnenpauschales nur mit einem Bruchteil davon entlastet werden. Und eine Erhöhung des seit 1997 unveränderten amtlichen Kilometergeldes ist längst überfällig. Die Anhebung des Pendler- und Pendlerinnenpauschales um 30 Prozent, und nicht nur, wie von der Regierungsmehrheit beschlossen, um 15 Prozent sowie eine Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes von 36 auf 45 Cent sind gerechtfertigt und auch dringend notwendig. Von einem Ausgleich der seit zwei Jahren wirksamen Erhöhung der motorbezogenen Versicherungssteuer um 51,4 Prozent und der Autobahnvignette um 81,8 Prozent ist nichts zu sehen. Diese Erhöhungen belasten jede steirische Pkw-Pendlerin und jeden steirischen Pkw-Pendler mit 13,93 Euro im Monat. Deshalb fordert unter anderem auch die Arbeiterkammer Steiermark bereits seit Jahren eine Anhebung des Pendler- und Pendlerinnenpauschales um mindestens 30 Prozent.

Namens des Finanz-Ausschusses darf ich daher den Antrag stellen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, die Penler-/Pendlerinnenpauschale im Vergleich zum Vorjahr um 30 Prozent, und nicht nur um 15 Prozent sowie das amtliche Kilometergeld von 36 Cent auf 45 Cent zu erhöhen, zweitens in weiterer Folge in Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften mit den Interessenvertretungen der Pendler/Pendlerinnen und Experten/Expertinnen Überlegungen anzustellen und Untersuchungen durchzuführen, ob es langfristig sinnvoll sein kann, die Höhe der finanziellen Unterstützungen für Pendler und Pendlerinnen an das Vorhandensein verkehrsinfrastruktureller Voraussetzungen, wie das Angebot an öffentlichem Verkehr, zu binden, also wie weit es mehr oder weniger zumutbar ist, statt den eigenen Pkw ein öffentliches Verkehrsmittel für den Weg zur Arbeit zu benützen und welche die Kriterien für die Beurteilung einer solchen Zumutbarkeit sein könnten. Ich ersuche um Abstimmung. (12.04 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung und komme damit zum Bericht des Tagesordnungspunktes

9. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1753/1, der Abgeordneten Graf und Dietrich, betreffend Anspruch auf Freifahrt für alle Berufsschüler.

Berichterstatte ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (12.04 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Sehr verehrte Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung! Liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 1753/1. Es geht um einen Antrag der Kollegen Graf und Dietrich, Anspruch auf Freifahrt für alle Berufsschüler.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für alle Berufsschüler, egal, ob sie das öffentliche Verkehrsmittel täglich oder nur am Wochenende benützen, den Anspruch der Freifahrt zu ermöglichen. Ich ersuche um Annahme. (12.06 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Ich habe eine Wortmeldung von der Frau Abgeordneten Barbara Gross. Frau Abgeordnete, bitte, danach Frau Abgeordnete Graf in Vorbereitung.

Abg. Gross (12.06 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Frau Landesrätin! Meine Damen und Herren!

Im Finanz-Ausschuss ist der eben zitierte Antrag mit den Stimmen aller vier Landtagsparteien beschlossen worden, was ich ja schon als großen Fortschritt bezeichnen darf. Ich möchte nämlich daran erinnern, dass unsere Fraktion bereits am 28. November 2000 einen ähnlich lautenden Antrag eingebracht hat, den die FPÖ damals abgelehnt hat, weil die mehrheitliche Forderung nach der Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes im Nationalrat abgelehnt wurde. Wir werden aber nicht müde werden, meine Damen und Herren, diese Forderung wie auch im Jahr 2002 für die steirischen Pendler und Pendlerinnen weiter aufrechtzuhalten, bis diese Bundesregierung endlich ein Einsehen hat und die Belastungsschraube für Autofahrer endlich zurückdrehen wird. Das ist vor allem aus der Sicht der Pendler und Pendlerinnen ein Gebot der Stunde. Seit sieben Jahren, meine Damen und Herren, seit sieben Jahren ist das amtliche Kilometergeld auf 36 Cent eingefroren, obwohl die Inflationsrate inzwischen um 11 Prozent gestiegen ist und die Autokosten um 13 Prozent. Für Autofahrer, die mit dem Privat-Pkw dienstlich unterwegs sind, bedeutet das eindeutig einen Einkommensverlust, ganz zu schweigen auch vom Wertverlust des Fahrzeuges.

Meine Damen und Herren, nach Berechnungen des ARBÖ wird die so genannte Steuerreform den Landwirten elfmal so große Vorteile wie den Pendlerinnen und Pendlern bringen. Ich will hier sicher keine Berufsgruppen gegeneinander ausspielen. Aber diese Ungerechtigkeit kann einfach niemand mehr verstehen. Ein fairer Ausgleich für die Belastungen, die unsere Pendler und Pendlerinnen durch die Erhöhung der Versicherungssteuer, die Verteuerung der Autobahnvignette und durch die zweifache Anhebung der Mineralölsteuer hinnehmen mussten, ist ganz einfach Gebot der Stunde. Laut Berechnungen der Arbeiterkammer Steiermark wird die 15-prozentige Erhöhung des Pendler- und Pendlerinnenpauschales im Rahmen der Steuerreform durch die gleichzeitige Erhöhung der Mineralölsteuer kompensiert. In der Steiermark pendeln inzwischen rund 230.000 Steirer und Steirerinnen, das ist täglich im Durchschnitt eine Stunde lang vom Wohnort bis zum Arbeitsplatz. Und die Zahl der Pendler und Pendlerinnen in der Steiermark, meine Damen und Herren, wächst. Jeden Tag stundenlange Fahrten, oft hunderte Kilometer weit, die Treibstoffpreise steigen kontinuierlich an. Ist ja auch verständlich, meine Damen und Herren, der Hauptprofiteur der hohen Spritpreise ist vor allem der Finanzminister, der damit noch immer mehr Steuern kassieren kann, denn über 70 Prozent, meine Damen und Herren, des Treibstoffpreises, den wir zahlen müssen, sind ja Steuern. Ein weiteres tatenloses Zusehen der Bundesregierung, eine Nichtregelung der Treibstoffpreise ist ganz einfach nicht zu tolerieren.

Zum Zweiten ist sich unser Klub langfristig gesehen bewusst, dass sich die Problematik des erhöhten Autoverkehrs ohne Rücksichtnahme auf die verkehrsinfrastrukturellen Voraussetzungen noch steigern wird. Und darum haben wir in unserem Antrag auch aufgezeigt, dass in weiterer Folge in Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen der Pendler und Pendlerinnen und auch Experten und Expertinnen Überlegungen anzustellen sind und Untersuchungen durchzuführen sind, ob es nicht langfristig gesehen sinnvoll sein kann, die Höhe der finanziellen Unterstützungen auch an das Vorhandensein verkehrsinfrastruktureller Voraussetzungen zu binden. Es ist hoch an der Zeit, auch Überlegungen anzustellen, welche auch finanziellen Anreize man Pendlern und Pendlerinnen bieten kann, statt mit dem eigenen Pkw ein öffentliches Verkehrsmittel für den Weg zur und von der Arbeit zu benützen. In Zeiten, in denen es in Graz im Jahr 2003 an 138 Tagen eine Überschreitung der Feinstaubgrenzwerte gegeben hat, ist dies eines der wirksamen Mittel: der Umstieg auf den öffentlichen Verkehr.

Meine Damen und Herren, dieser Umstieg wird aber nur mit langfristig wirkenden Programmen und mittelfristigen Maßnahmenpaketen angenommen werden und dazu gehört auch eine Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel, aber auch der Tarifpolitik des Verkehrsverbundes. Die Preisgestaltung, meine Damen und Herren, für Pendler und für Pendlerinnen, arbeitnehmerfreundlicher zu gestalten ist ein Gebot der Stunde. (Beifall bei der SPÖ.)

Und zur Lösung der Verkehrs- und Mobilitätsprobleme des Ballungsraumes Graz werden wir uns ja heute noch bei der Dringlichen Anfrage zum Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs unterhalten. Und darum danke ich einstweilen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.12 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete Graf, bitte.

Abg. Graf (12.12 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen!

Ich beziehe mich auf den Tagesordnungspunkt 9, wo ein Antrag von uns im letzten Ausschuss einstimmig angenommen wurde, der für mich sehr wichtig ist. Es geht hier nämlich um den Anspruch auf Freifahrt für alle Berufsschülerinnen und -schüler. Bisher war es so geregelt, dass alle, die täglich das öffentliche Verkehrsmittel benutzt haben, die Freifahrt in Anspruch nehmen durften. Berufsschüler, die aber nur am Wochenende nach Hause gefahren sind, konnten nur eine Vorteilskarte der Bahn erwerben. Ich denke, eine Gleichstellung hier war äußerst notwendig, weil diese Lösung nicht zufrieden stellend war und diese Ungerechtigkeit wird nun hoffentlich behoben.

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt auch ein Antrag der ÖVP vor, die sich damit beschäftigt, eine Aufwertung der Kranken- und Gesundheitspflegeschulen im Bereich der Fahrtenbeihilfen zu erwirken. Und ich darf Ihnen dazu mitteilen, weil Sie auffordern, an die Bundesregierung heranzutreten: Es gibt eine in Begutachtung stehende Novelle zum Familienlastenausgleichsfonds mit Fahrtenbeihilfe für Praktikumsfahrten. Und diese Novelle war dem Stadtsekretariat für Familien besonders wichtig, weil es eben eine unbefriedigende Situation bei den Gesundheits- und Krankenpflegeschulen gegeben hat, weil der Schulstandort mit der praktischen Ausbildung nicht immer ident war. Ähnlichkeiten gibt es auch in Bereichen von höheren technischen Lehranstalten, Hotelfachschulen, Gartenbaufachschulen, Land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen und anderer diverser Fachschulen. Und es soll nun der Schulweg auf Fahrten zu Pflichtpraktika erweitert werden und außerdem wird der Schulbegriff für die medizinisch-technischen Fachbereiche und für die Gesundheits- und Krankenpflegeschulen auf die praktische Ausbildung ausgedehnt. Es wird so auch eine Fahrtenbeihilfe möglich sein und ab dem Schuljahr 2004/2005 wird das allen Schülerinnen und Schülern zugute kommen, die laut Lehrplan an eben einer solchen Schule ein Praktikum absolvieren müssen. Das ist ein Ausgleich auch dazu, dass diese Schülerinnen meist um einen Monat weniger Ferienzeiten haben. Die Familienlastenausgleichsnovelle sieht eben vor, dass diese Fahrtenbeihilfe in Form einer Pauschalabgeltung zur Gleichbehandlung aller Schülerinnen und Schüler dient und diese Neuerung ist wirklich sehr wichtig, weil wir eigentlich alles daransetzen müssen, eine qualifizierte Ausbildung der Jugend zu sichern und zu fördern. Die Kosten dafür sind rund 0,7 Millionen Euro. Ich denke, das ist eine gute Investition für all unsere Schülerinnen und Schüler, egal, an welcher Schule auch immer sie sind. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 12.15 Uhr.)

Präsident: Danke. Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler des Clara-Loewe-Gymnasiums des Nationalitätenklassenzuges in Deutsch aus Pécs mit den begleitenden Professoren. Einen herzlichen Gruß (Allgemeiner Beifall.)

Nächster Redner Herr Abgeordneter Dr. Forenbacher, bitte.

Abg. Dr. Forenbacher (21.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Frau Landeshauptmann, liebe Landesrätin, meine Damen und Herren!

Ich möchte Ihr Augenmerk auf eine Gruppe von „Berufsschülern“ lenken, nämlich die Schüler der Gesundheits- und Krankenpflegeschulen. Ich freue mich, dass Frau Mag. Krenn mit einer Klasse der Vorschule hier bei uns anwesend ist. Sie werden das Problem ja kennen. Die Schüler der Gesundheits- und Krankenpflegeschulen sind finanziell gegenüber den Lehrlingen deutlich schlechter gestellt. Sie bekommen ein Schulgeld von 80 Euro im ersten Jahr, 160 Euro im zweiten Jahr und 240 Euro im dritten Ausbildungsjahr. Dem gegenüber stehen Internatskosten von 109 Euro pro Monat. In der Schule, in der ich medizinisch-wissenschaftlicher Leiter bin, sind rund 50 Prozent der Schüler im Internat untergebracht und für diese Schüler, die dann nur am Wochenende die öffentlichen Verkehrsmittel frequentieren, Frau Abgeordnete Graf hat das schon gesagt, kommen stärkere finanzielle Belastungen dazu. Erschwerend bei den Schülern ist, auch das hat Frau Abgeordnete Graf schon gesagt, dass diese Schüler oftmals ihre Praktika auswärts absolvieren müssen. In diesen Praktika wird nicht nur unterrichtet, sondern es wird wesentliche Arbeit in den einzelnen Abteilungen der Spitäler geleistet. Sie haben eine wichtige so genannte systemerhaltende Funktion und leisten auch Nachtdienste. Und dafür werden diese Schüler finanziell nicht besonders bevorzugt. Meine Damen und Herren, ich möchte daher einen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages einbringen. Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die „Freifahrt für Lehrlinge und KrankenpflegeschülerInnen“ dahin gehend geändert wird, dass lediglich einmal ein Selbstbehalt von 19 Euro zu entrichten ist, auch wenn der Weg vom Wohnort zum Arbeitsplatz und der Weg vom Wohnort zur Berufsschule beziehungsweise Krankenpflegeschule nicht ident sind. Darüber hinaus sollte es auch für Internatsschüler, welche die öffentlichen Verkehrsmittel lediglich für die Heimfahrt am Wochenende benützen, entsprechende Vergünstigungen geben. Dieser Antrag soll uns helfen, die Ausbildung in den Gesundheitsberufen etwas attraktiver zu gestalten. Wir alle wissen, dass in Zukunft ein Mangel an ausgebildetem Gesundheits- und Krankenpflegepersonal droht. Ich bitte Sie daher, um die Versorgung zu gewährleisten, diesen Antrag zu unterstützen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 12.20 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer.

Abg. Hagenauer (12.20 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptfrau, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, nicht zuletzt aus Pécs, „Jo napot kívánok“!

Ich möchte zu dieser Frage der Pendlerpauschale kurz im Namen der Grünen Stellung nehmen. Wissen Sie, man könnte es sich einfach machen und sagen, was macht denn die Bundesregierung mit dem Geld? Was macht sie denn mit dem Budget und wer kriegt denn die Ermäßigungen? Sie haben hier den Diesel für die Landwirtschaft angeführt. Uns würde auch einfallen die Gruppe der großen Profiteure der letzten Steuerreform. Das waren multinationale Konzerne letztlich vor allem. (Abg. Bittmann: „Das stimmt nicht!“) Wenn man es damit bewenden ließe, könnte man sagen, na ja, gut, wenn diese Bundesregierung so viel Geld hat für Konzerne und Milliardäre, dann sollte sie doch wenigstens ein paar Euro haben für die Pendler, denen es bei Gott in der Regel finanziell nicht gut geht – verteilungspolitisch klare Sache. Wenn wir aber hier jetzt die

Verkehrspolitik hinein nehmen, dann schaut die Sache schon anders aus und dann müsste ein Antrag im Namen der Grünen so lauten, dass man sagt, die Bundesregierung soll für die Pendler das zur Verfügung stellen, was den Pendlern auch finanziell hilft. Sie deuten es hier im Punkt zwei an, wenn Sie sagen, in weiterer Folge und so weiter soll man sich das überlegen. Geschätzte Frau Kollegin Gross, liebe Freunde von der Sozialdemokratie, Sie führen zu Recht den Feinstaub als Problem an. Nur, den Feinstaub, wie Sie richtig feststellen, haben wir jetzt massiv und schon seit Jahren und nicht in weiterer Folge. (Abg. Gross: „Sie haben mir nicht richtig zugehört!“) Das heißt, das, was Sie hier, Sie gestatten mir das Wort „Eiertanz“, ganz vorsichtig und ganz schamhaft andeuten, was nämlich wirklich und sofort und schon längst notwendig wäre, dass nämlich der Staat sagt, was will ich. Ich habe ein Feinstaubproblem, ich habe ein Problem, auch ein Einkommenproblem der Pendler, nämlich dass ich den Pendlern ein Angebot machen kann, wo sie ihre Mobilität möglichst kostengünstig bewältigen können. Wenn das meine Ziele sind, dann muss ich Prioritäten setzen, weil ich habe jeden Euro nur einmal und dann muss ich genau das machen, was Sie im Punkt zwei angedeutet haben, nur nicht in weiterer Folge und irgendwie und andeuten, wie Sie das so schön schamhaft nennen, nicht andeuten, sondern besser hier und heute und sofort umsetzen. Kurz und gut: Es gibt Pro und Kontra bei diesem Antrag aus Sicht der Grünen – ich habe es schon gesagt. Summa summarum können wir diesem Antrag leider nicht zustimmen, weil es verkehrspolitisch jedenfalls das falsche Signal wäre. Wir hätten dem gerne zugestimmt, wenn Sie ihn so gestaltet hätten, wie ich das jetzt gerade vorhin ausgeführt habe. Ich danke fürs Zuhören. (Beifall bei den Grünen. – 12.24 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Klubobmannstellvertreter Majcen.

Abg. Majcen: Ich ziehe meine Wortmeldung zurück.

Präsident: Zurückgezogen! Damit kommen wir bereits zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1722/1, das ist der Tagesordnungspunkt 8, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1753/1 die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme des Antrages.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Freifahrt für Lehrlinge und Krankenpflegeschülerinnen, zum Tagesordnungspunkt 9 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1757/1, der Abgeordneten Prattes und Gennaro, betreffend Verlegung der Semesterferien in Wien und Niederösterreich 2005.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erich Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (12.25 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Frau Landesrätin!

Ich berichte zum Stück, Einl.-Zahl 1757, betreffend die Verlegung der Semesterferien in Wien und Niederösterreich 2005, und hier stellt der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 1757/1, der Abgeordneten Prattes und Gennaro, betreffend Verlegung der Semesterferien in Wien und Niederösterreich 2005, wird zur Kenntnis genommen. (12.25 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Der Herr Berichterstatter hat auch um das Wort gebeten. Bitte!

Abg. Prattes (12.26 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Mitglieder der Landesregierung!

Ich möchte eingangs sehr gerne erwähnen, dass im Rahmen der Ausschusssitzung sehr sachlich über dieses Thema gesprochen beziehungsweise auch diskutiert wurde. Es wurde auch ein Ausschuss-Antrag durch die ÖVP vorgelegt, dem wir nicht zustimmen werden können. Ich möchte das auch begründen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Nationalratsklub der Sozialdemokratischen Partei macht schon seit vielen Monaten darauf aufmerksam, dass durch eine unglückliche Ferienplanung, nämlich der Semesterferien des Jahres 2005, es eine wesentliche Überschneidung gibt. Nämlich durch die gleichzeitigen Semesterferien von fünf deutschen Bundesländern sowie Belgien und Niederlanden gemeinsam mit den Bundesländern Wien und Niederösterreich droht der österreichischen und damit auch und vor allem der steirischen Tourismuswirtschaft ein enormer Schaden, da durch die Terminkongruenz der Semesterferien eine starke Februarwoche wegfällt. Die Mitglieder des Nationalratsklubs haben in mehreren Initiativen versucht, bei der Bundesregierung und bei den beiden diese Regierung präsentierenden Parteien Verständnis dafür zu finden und sie auch aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass diese Ferienordnung geändert wird. Ich möchte hier noch einmal zum Vergleich anführen die so genannte Schiwelt Amade, eine der führenden Wintertourismusregionen. Dort quantifiziert oder prognostiziert die Gastronomie allein den Verlust durch diese Über-

schneidung beziehungsweise Zusammenlegung von 30 Millionen Euro. Bei den Bergbahnen belaufen sich diese semesterbedingten Verlustprognosen auf 5 Millionen Euro. Es ist nun nahe liegend, dass auch unsere steirischen Tourismusbetriebe Verluste in ähnlicher Höhe erleiden werden und der geballte Gästeansturm wird dazu führen, dass selbst langjährige Stammkunden in ausländische Orte und Betriebe ausweichen werden müssen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ein Gast einmal weg ist, dann ist es schwer, ihn wieder zu gewinnen. Jetzt ist mir schon klar, dass es ein Bundesschulzeitgesetz gibt, welches genaue Beschlussfristen vorsieht. Die Frau Landesrätin hat das das letzte Mal ausgeführt. Aber es ist notwendig, meine sehr verehrten Damen und Herren, nochmals – das ist aus unserer Sicht so gemeint – die Bundesregierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, dass diese verfehlte Ferienordnung korrigiert wird, damit die heimische Tourismusfremdenverkehrswirtschaft, welche knapp – und das muss man einmal wissen – 19 Prozent des heimischen Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet, weiterer, vielleicht nie wieder gut zu machender Schaden erspart bleibt. Jetzt wird es vielleicht heißen, na ja gut, die Landesregierung hat ohnehin am 1. März einen derartigen Beschluss gefasst, der am 2. März an die Bundesregierung weitergegangen ist. Aber ich mache darauf aufmerksam, wir haben weder eine Äußerung der Bundesregierung gehört, noch ist irgendeine Initiative im Nationalrat seitens der Regierungsparteien erfolgt. Deshalb fordern wir, dass wir nochmals mit allem Nachdruck an die Bundesregierung herantreten, dafür Sorge zu tragen, dass wenigstens ab dem Jahr 2006 diese unglückliche Ferienordnung korrigiert beziehungsweise beseitigt wird. Und zusätzlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist zu fordern, dass in weiterer Folge generell über die Ferienzeiten zu sprechen sein wird, um hier europaweite Regelungen zu treffen. Ich glaube – und da sind wir sicher einer Meinung –, hier geht es darum, unserer heimischen Tourismuswirtschaft entsprechend zu helfen und vor allem dafür zu sorgen, dass sie die dringend notwendigen Gästeeinlastungen auch erhält. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.32 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete List.

Abg. List (12.32 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Frau Landeshauptmann Klasnic! Geschätzte Damen und Herren im Steiermärkischen Landtag!

Ich darf beim Kollegen Prattes meine Wortmeldung anhängen und etwas hinterfragen. Im Konkreten frage ich die Frau Landeshauptmann der Steiermark. Sie, Frau Landeshauptmann, haben Anfang März einen Brief nach Wien abgesandt. Wir würden gerne wissen, was das Ergebnis und wie die Antwort auf diesen Brief ist. Haben Sie schon eine Antwort erhalten, die zum Positiven für die steirische Tourismuswirtschaft ist oder nicht? Wie sehen Sie die realen Chancen, wie kann die Antwort aussehen? Wann wird sie kommen? Um die Worte des Kollegen Prattes zu verwenden – ob es zumindest für 2006 funktionieren wird? Für 2005 – wenn es nicht funktioniert – werden wir sicherlich den einen oder anderen Urlauber leider vergrämen und ihn auch verlieren. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 12.33 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Frau Landeshauptmann, bitte!

Landeshauptmann Klasnic (12.33 Uhr): Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Diese Frage kann ich kurz beantworten:

Der Brief ist gekommen. Es lag Fristversäumnis beim Einreichen vor. Aus diesem Grunde konnte kurzfristig nicht stattgegeben werden. Die Landeshauptleutekonferenz hat einstimmig beschlossen, dass das Ministerium ersucht wird vorzuarbeiten, weil man ja weiß, wann die Termine in den Nachbarstaaten sind und es wird ein Programm für die nächsten vier bis fünf Jahre erarbeitet, eine solche Meldung gibt es auch heute schon in der Zeitung, damit ein solcher Zusammenfall nicht mehr stattfindet. (Abg. List: „Für 2005 nicht?“) Für 2005 war die Frist des Einreichens versäumt. (Beifall bei der ÖVP. – 12.33 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1496/1, der Abgeordneten Kröpfl und Detlef Gruber, betreffend die Erhaltung des Berufsschulstandortes Eibiswald.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Walter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (12.34 Uhr): Verehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin!

Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Kröpfl und Detlef Gruber. Dazu gibt es eine Vorlage der Landesregierung und von diesem Ausschuss gibt es einen schriftlichen Bericht. Dieser schriftliche Bericht ist fast wortident mit der Vorlage. Die wesentlichen Kernpunkte dazu sind, dass die Landesregierung feststellt, dass am Berufsschulstandort Eibiswald in Zukunft 700 Schüler weniger sein werden anstelle von 857, wie ursprünglich geplant wurde, dass es zu einer Adaptierung in Voitsberg kommen wird mit zusätzlichen Laborräumen und dass die Mehrkosten für den Ausbau in Eibiswald sich bei 11 Millionen Euro betragen hätten. In

den nächsten Wochen werden Gespräche mit den zuständigen Stellen stattfinden, damit in Eibiswald die Möglichkeit der Errichtung eines Schulsportdorfes geprüft wird. Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl.-Zahl 1496/1, der Abgeordneten Kröpfl und Detlef Gruber, betreffend die Erhaltung des Berufsschulstandortes Eibiswald, wird zur Kenntnis genommen. (12.35 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Ich danke für die Berichterstattung. Du hast dich auch zu Wort gemeldet. Ich erteile es dir.

Abg. Kröpfl (12.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben bereits am 30. September 2003 einen Antrag zur Erhaltung des Standortes der Berufsschule Eibiswald eingereicht, und zwar auch deswegen, weil unsere Region wirtschaftlich wirklich geschwächt ist. Der Raum Eibiswald gehört nicht zu den Besten in diesem Bereich. Wir haben dann auch etwas mehr als 2000 Unterschriften gesammelt, um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen. Es hat Gespräche gegeben zwischen Wirtschaftstreibenden aus den Regionen, den Lehrern aus den Regionen und der Frau Landesrätin. Diese Gespräche haben bisher leider nicht zu einem total befriedigenden Ergebnis für unsere Region geführt. Ich muss natürlich diese Entscheidung der Landesregierung, aber auch des Berufsschulbeirates zur Kenntnis nehmen. Ich sage aber, ich bin mit dem Teilergebnis einigermaßen zufrieden, dass nicht 857 Schüler abwandern, sondern eben nur 700. Was ich aber nicht ganz nachvollziehen kann, das sind aus der Infora-Studie die Kosten, die angeführt werden. Wenn man nämlich sagt, für den Ausbau der Berufsschule Eibiswald hätte man 11 Millionen Euro gebraucht und für eine Adaptierung in Voitsberg braucht man nur 3,2 Millionen Euro, dann ist das für mich zu hinterfragen. Ich bin neugierig, ob das auch tatsächlich so realisiert werden kann. Ich nehme diese Entscheidungen, wie ich schon gesagt habe, zur Kenntnis. Was ich aber nicht zur Kenntnis nehmen kann, das ist der letzte Punkt in der Regierungsvorlage, nämlich diese Ausgleichsmaßnahme, die Sie, Frau Landesrätin, anbieten. Wenn man nämlich so einer Region, die es wirtschaftlich ohnedies schon sehr schwer hat, auch weil sie verkehrsmäßig schwer erreichbar ist, weil es dort wenige Arbeitsplätze gibt, weil es dort wenige Ausbildungsplätze für die jungen Menschen gibt, dann anbietet, wir werden in Zukunft prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, dort ein Schulsportdorf zu errichten, dann ist das für mich etwas wenig, Frau Landesrätin. Ich würde mir erwarten, dass Sie, nachdem dieser Schülerabgang sukzessive vollzogen wird, uns tatsächlich konkrete Projekte vorschlagen, wie man den Wirtschaftsstandort Eibiswald, wie man diese Region zusätzlich stärken kann, weil nur ein Schulsportdorf allein wird zu wenig sein. Daher hoffe ich, dass Sie Ihrem großen Vorbild, wie ich annehme, Herrn Altlandeshauptmann Josef Krainer I., nacheifern werden, der damals schon erkannt hat, dass man die Grenzregionen ganz besonders fördern muss und deswegen dort sehr viele Berufsschulen in diesem Gürtel an der slowenischen, damals jugoslawischen, Grenze angesiedelt und das war eine sinnvolle Maßnahme. Wenn man jetzt dort Maßnahmen setzt und gewisse Regionen wirtschaftlich schwächt, dann muss es Gegenmaßnahmen geben. Ich hoffe daher auf Ihre Unterstützung, wenn Projekte aus den Regionen kommen, dass Sie diese Projekte dementsprechend unterstützen, damit die Grenzregion nicht noch weiter ausgehungert wird, damit die Grenzregion nicht noch weitere Verschlechterungen hat und damit man die Abwanderung, die dort derzeit schon stattfindet, ein bisschen hintanhaltan kann. Ich ersuche Sie wirklich um Ihre Unterstützung und hoffe, dass wir die einen oder anderen Projekte, Arbeitsplätze und Verbesserungen für die Region gemeinsam zusammenbringen. (Beifall bei der SPÖ. – 12.39 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Majcen.

Abg. Majcen (12.40 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Frau Landesrätin, meine sehr geehrten Damen und Herren im Plenum und im Zuschauerraum!

Direkt anschließend an das, was Herr Klubobmann Kröpfl jetzt gesagt hat, möchte ich doch sagen, dass ich glaube, dass diese Infora-Studie sehr sorgfältig die Berufsschulsituation in der Steiermark durchleuchtet und versucht hat, einen Ausgleich herbeizuführen zwischen den Standorten, die unterbelegt sind, also Aufnahmekapazitäten haben, und den Standorten, die vielleicht Überkapazitäten über die Jahre angesammelt haben. So erfreulich das für den einen oder anderen Standort sein mag und ist, so muss man doch das Gesamte im Auge haben. Ich darf herzlich dafür danken, dass die Diskussion zu dieser Infora-Studie, die sich über einen längeren Zeitraum von der Präsentation bis zur Beschlussfassung hingezogen hat, so sachlich geführt war, nicht emotionslos, aber doch in der Sache sehr präzise und dass es viele, viele gemeinsame Überlegungen gegeben hat, die darin gegipfelt haben, wie können wir das Berufsschulwesen in der Steiermark so ordnen, dass es für die nächsten fünf, zehn Jahre einen guten Bestand hat, auch mit der Optimierung der Infrastruktur unter größtmöglicher Berücksichtigung aller Aspekte, die dabei angeführt werden müssen. Ich möchte ausdrücklich Frau Landesrätin Edlinger-Ploder dafür danken, dass Sie diese Diskussion so offen geführt hat, weil es sind doch auch in der Diskussion da oder dort noch Änderungen vorgenommen worden. Schließlich und endlich hat der Berufsschulbeirat, dem alle Fraktionen und Vertreter der Wirtschaft, der gesetzlichen Interessenvertretungen und so weiter angehören, mit zwölf zu einer Stimme dieses Konzept beschlossen, weil man es für gut gehalten hat.

Es hat viele Wortmeldungen gegeben, aber es ist gut vordiskutiert worden. Wenn man dann irgendwo bei einem Punkt ist, dann muss man sagen, ja oder nein und das ist hier erfolgt. Die Verlegung der Schüler bringt wirklich Optimierung der Rahmenbedingungen für beide Standorte, jetzt gemeint und bezogen auf Eibiswald und Voitsberg. Es ist ganz einfach so, dass es damit ein Ende der – in den Studien steht es so – suboptimalen Unterrichtsbedingungen mit sich gebracht hat. Ich bedanke mich, weil das hier jetzt ein bisschen negativ geklungen hat seitens dieser Wortmeldung, die ich prinzipiell verstehe, sehr für die einvernehmliche Beschlussfassung, sowohl im Berufsschulbeirat als auch dann in der Landesregierung, weil es eine Sicherheit in der Entwicklung der Berufsschulen gibt und weil damit, was wir so lange und so oft gefordert haben, die Aufwertung des Berufsschulwesens in der Steiermark für die nächsten Jahre gewährleistet ist. Ich glaube, dass der Schritt ein sehr guter war, da oder dort natürlich verbunden mit einem Wermutstropfen, der aber woanders wieder als Freudenträne auftaucht, weil damit auch andere Standorte abgesichert werden können. Ich danke noch einmal für die Bereitschaft, das so zu diskutieren und den Berufsschülern in der Steiermark durch eine fundierte Unterlage zu beweisen, dass wir es mit ihnen nicht nur gut meinen, sondern sie auch ernst nehmen und diese duale Ausbildung, die in anderen Ländern als mustergültig angesehen wird, so gut fortsetzen und die Schulen so gut ausstatten, verbunden auch mit den Internaten. Ich glaube, dass das für das Land Steiermark ein ganz wichtiger Punkt ist, auf den wir gemeinsam stolz sein können. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.44 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Dirnberger.

Abg. Dirnberger (12.44 Uhr): Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann! Frau Landesrätin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf mich auch zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort melden, aus Voitsberger Sicht natürlich. Darf nahtlos anschließen beim Franz Majcen und wirklich gratulieren, dass dieses Konzept umgesetzt wurde, was erarbeitet worden ist in dieser Infora-Studio und darf ganz besonders mich bei dir, Frau Landesrätin, bedanken, dass du hier wirklich Ruhe bewahrt hast und ganz sachlich an die Dinge herangegangen bist und es auch eins zu eins übernommen hast. Dieses Konzept bedeutet ja, dass 22 Berufsschulen in 15 Standorten abgesichert sind. Mir ist schon klar, dass die Eibiswalder da nicht ganz glücklich darüber sind, dass da jetzt 700 Schüler nach Voitsberg verlagert werden, aber man muss schon fairerweise auch sagen, dass dieser Berufsschulstandort nie ausgelegt war auf diese Anzahl, dass er langsam gewachsen ist, ist ja nichts Schlechtes. Man muss aber fairerweise auch dazusagen, dass die Bedingungen nicht ganz optimal mehr für die Schüler waren. Und hätte man das so ausgebaut, dann hätte es immens viel Geld gekostet und diese Variante ist erstens einmal viel billiger und zum Zweiten sichert es auch die Standorte ab. So optimal oder so hervorragend wie hier zusammengearbeitet wurde bei der Erarbeitung der Studie, aber auch die Einwände aufgearbeitet wurden, wo eingebunden waren die Berufsschuldirektoren, die Lehrer, die Internate, die Fachabteilung, der Landesschulrat, die Landesimmobiliengesellschaft, die Wirtschaftskammer und natürlich die Infora-Leute selbst, das ist – glaube ich – vorbildhaft und da gilt es wirklich zu gratulieren. Ich darf mich bedanken, bin auch froh, dass der Herr Klubobmann von der SPÖ jetzt erkannt hat, dass der billige Populismus, den er vorher ein bisschen gefahren ist, keinen Sinn hat, dass er in Wirklichkeit auch eingesehen hat, dass das Konzept sehr schlüssig ist und dass es auch Zukunft für die Steiermark bedeutet, weil das wirkliche Problem ist ja, dass wir nicht mehr Schüler, sondern weniger Schüler haben. Und da ist es nicht leicht, dann alle Standorte aufrechtzuerhalten. In diesem Sinne nochmals recht herzlich danke, Frau Landesrätin. Ich hoffe, dass auch – wie vorgesehen – die Investitionen umgesetzt werden können, die in den nächsten fünf bis acht Jahren geplant sind, es sind immerhin 70 Millionen Euro. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 12.47 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Abschließend am Wort ist Frau Landesrätin Edlinger-Ploder, bitte.

Landesrätin Mag. Edlinger-Polder (12.47 Uhr): Ich möchte vielleicht mit dem anfangen, mit dem du, Herr Abgeordneter, geendet hast. Ich bitte Sie und ich bedanke mich auch noch einmal, dass wir hier im Landtag ja bereits beschlossen haben, dass es eigentlich und in allererster Linie um eine Investition in die Modernisierung, um eine Investition in eine Ausbildung, nämlich in die duale Ausbildung geht in Höhe von etwa 70 Millionen Euro. Früher hätten wir über eine Berufsschulmilliarde gesprochen und ich denke mir, dass das eigentlich einmal der erste Grund wäre, sich darüber zu freuen, weil wir hier wirklich ganz konkrete Schritte dazu gesetzt haben und nicht nur lange und breit und das wirklich mit allen Beteiligten und Betroffenen darüber geredet haben, sondern dass wir auch den Zeitpunkt gewählt haben zu sagen, so, jetzt gibt es eine Entscheidung und die steht unter einigen Prämissen. Und ich möchte sie heute noch einmal wiederholen, weil ich sie in vielen Gesprächen auch direkt in Eibiswald oder mit der Gruppe, die mich auch in Graz besucht hat, geführt habe.

Punkt eins ist – und da lege ich Wert darauf – ich bin Bildungspolitikerin und Bildungsreferentin. Und mein allererster Zugang bei den Berufsschulen ist die beste Ausbildung unserer Berufsschülerinnen und Berufsschüler. Ich glaube, das ist meine Aufgabe und die habe ich wahrgenommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Punkt zwei ist aber auch, und Sie haben – ich weiß nicht, ob ich mir das erlauben will oder darf, hier schon Vorbilder zu nehmen, wenn sie Josef Krainer I heißen, aber zu Recht gesagt, dass es damals, als es um den Aufbau dieser Standorte ging, besonders um einen regionalen Ansatz ging und besonders um den Grenz-

landansatz ging. Wir haben diese Prämisse auch in der Infora-Studio unter Platz eins gesetzt. Es geht um die beste Lösung unter der Einhaltung, dass alle 15 Standorte in der Steiermark erhalten werden und nicht, dass eine Region gegen eine andere ausgespielt wird, egal wo sie steht, ob in der Obersteiermark oder im Grenzland, im Süden unten. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben uns hier wirklich Wochen und Monate und wirklich viele Stunden und ich glaube, ich muss hier noch einmal erwähnen, dass hier wirklich auf allen Ebenen, ob das die Interessenvertretung war, ob das meine Fachabteilung war, ob das der Landesschulrat war mit den zuständigen Inspektoren oder die Berufsschulen selber, die Lehrer und Direktoren vor Ort, sie haben sich dort bestmöglich eingebracht und in wirklich vorbildlicher Weise. Tatsache ist, dass wir diese nachhaltige Investition – heute war schon die Rede davon –, die wird nur mit Darlegen bewältigbar sein, die über die LIG abgewickelt werden, 70 Millionen Euro sind nun mal keine kleine Summe, aber – und das ist auch der Punkt, warum ich mich selbstbewusst hinstelle und sage, ja, dafür nehmen wir Schulden auf – diese Schulden werden wir dann zurückbezahlt haben, wenn nach wie vor – und das war der Hintergrund dieser Studie – junge Menschen in unseren Berufsschulen ausgebildet werden. Und das mit moderner Einrichtung in einer guten Umgebung und auch in einem Standard und das war die Frage, die Sie vielleicht auch noch unzureichend beantwortet sehen, inwiefern der Vergleich ist, Investitionen in Eibiswald oder in Voitsberg, dass die Stufe so hoch ist oder die Differenz. Auch da muss ich Ihnen sagen, ich habe Ihnen schon aufgezählt, wer alles dabei war, also das ist drei-, viermal hin- und hergerechnet, debattiert, diskutiert worden. Tatsache ist, diese Kosten sind auf einer wirklich ordentlichen Schätzung basierend darauf, dass wir für alle Standorte einen gleichen Standard, eine gleiche Modernisierung und das ist eben, wenn man beim Internat Eibiswald sich das anschaut, in dieser Größe wäre das nur möglich gewesen, wenn man etwa 8 Millionen Euro allein ins Internat investiert. Und das war eine Frage des Kosten-Nutzen-Einsatzes und dafür sind eben auch Landespolitiker da. Und noch einmal, ich verstehe, dass eine Region sich sozusagen meldet. Aber ich glaube auch, dass man hier auf einer sachlichen Ebene bleiben muss und ich muss auch ehrlich sagen, ich war auch dieser Tage wieder in Eibiswald unten. Und das ist vielleicht die nächste Mitteilung, ich glaube wirklich, dass auch die Region sich dort durchaus auch nicht glücklich, aber respektabel und akzeptabel mit dieser Argumentation der Berufsschulstudie und des Berufsschulkonzeptes abgefunden hat. Warum war ich in Eibiswald? Gerade um diese Geschichte anzugehen, die Sie erwähnt haben, die auch in diesem Antwortschreiben da ist. Wir haben die ersten Schritte gesetzt. Es wird in Eibiswald ein Schulsporthaus geben. Die Gemeinde hat bereits ein ganz optimales Grundstück angeboten in der Nähe des neu zu bauenden Freibades, wo dieser Tage der Spatenstich da war. Es ist hier eine optimale Verbindung von Kräften und von Synergien, die vor Ort schon da sind. Wir haben uns auch schon länger unterhalten mit dem Koordinator Prof. Tutsch, dass jedes Schulsporthaus sozusagen ein Thema bekommt. In Eibiswald gibt es schon erste Überlegungen, das mit dem Radsport, mit den Radwanderwegen et cetera, mit dem grenzüberschreitenden Tourismus zu verbinden. Also wir sind hier mehr oder weniger in voller Fahrt und ich bin eigentlich sehr positiv gestimmt, dass wir auch ganz konkrete Maßnahmen, sprich auch im nächsten Jahr die ersten Bauten unter Anführungszeichen schon betrachten können. Ich möchte in dem Fall nur eines sagen, weil Sie angesprochen haben, es ist für eine Region ein bisschen zu wenig. Punkt eins ist, ich kann und muss mich um mein Ressort kümmern und ich habe wirklich geschaut und das ist belegbar, wie können wir dieser Region Saggautal und nicht nur der Gemeinde Eibiswald helfen. Tatsache ist, das passt dort hin, das macht auch Sinn. Ich kann es unterstützen aus meinem Ressort. Und wenn es um eine regionale Verteilung geht, denke ich mal, sind wohl alle Regierungsmitglieder und nicht nur ich alleine hier aufgerufen etwas zu machen. Und in dem Fall darf ich auch sagen, es ist angesprochen das neue Freibad, hier gibt es auch eine Vereinbarung mit der Frau Landeshauptmann als zuständige Gemeindeferentin, hier wirklich ein neues Freizeitzentrum entstehen zu lassen. Und auch hier gibt es Unterstützung. Eines möchte ich schon noch dazusagen, und das sage ich heute nicht das erste Mal, sondern das habe ich auch den Menschen gesagt, die mich hier besucht haben, auch in Eibiswald unten: Dieses Schulsporthaus war meine Idee und ist von meinem Ressort aktiv hinuntergetragen worden. Selbstverständlich werde ich mich auch bemühen, wenn Dinge und Ziele aus der Region formuliert werden, mitzuhelfen und sie in meinem Verantwortungsbereich umzusetzen. Bis dato kenne ich nur eine Liste, die vor etwa drei, vier Jahren entstanden ist, die diese Region Saggautal entworfen hat und dort sind sehr viele Punkte auch von Seiten der Frau Landeshauptmann bereits abgearbeitet. Das zu dem Punkt. Ich darf Sie aber noch einmal bitten, auch im Sinne der Ermutigung, die wir den jungen Menschen, aber auch den Betrieben, die wir auffordern, wieder vermehrt Lehrstellen anzubieten, hinauszugehen und zu sagen, das Land Steiermark, die Öffentlichkeit interessiert sich nicht nur für diese duale Ausbildung, sie investiert auch maßgeblich und auch in Zukunft. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.55 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 12 und 13 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

12. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1778/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Eigentumswohnung TOP 37 im Kodolitschhof 4, 8490 Bad Radkersburg (^{80/3438}-Wohnungseigentumsanteile an EZ. 417, KG. 66331 Radkersburg, Kodolitschhof 1 bis 6) an Frau Petra Sefelin, 8490 Bad Radkersburg, Hauptplatz 30/3 um einen Kaufpreis von 60.000 Euro.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (12.57 Uhr): Frau Präsidentin!

Ich berichte über die Einl.-Zahl 1778/1. Die landeseigene Eigentumswohnung TOP 37 im Hause Kodolitschhof 4, 8490 Bad Radkersburg (^{80/3438}-WE-Anteile an der EZ. 417, KG. 66331 Radkersburg, Kodolitschhof 1 bis 6) wurde schon 1999 von der Fachabteilung für das Sozialwesen als nicht betriebsnotwendig erkannt, da sie für die Wohnversorgung des Personals des Landesaltenpflegeheimes Bad Radkersburg nicht mehr benötigt wird und jährlich hohe Kosten anfallen. Seitdem wurde erfolglos versucht, diese Wohnung zu veräußern. In einer durchgeführten Ausschreibung wurde als Mindestanbot der geschätzte Verkehrswert von 78.386 Euro angegeben. Bei der Angebotseröffnung lag kein Angebot vor. Seither blieben die Bemühungen um einen Verkauf dieser Wohnung ohne Erfolg. Die Schwierigkeiten beim Verkauf von Eigentumswohnungen in der Stadt Bad Radkersburg haben sich aber auch beim Versuch gezeigt, die Wohnung TOP 11 im Kodolitschhof 2, die mit rund 57 Quadratmeter gegenüber der obigen mit rund 102 Quadratmeter wesentlich kleiner ist, zu veräußern. Auch hier lag bei Angebotseröffnung kein Angebot vor. Nach eigenen Angaben wurde Frau Sefelin, die sich nunmehr für die Wohnung TOP 37 im Kodolitschhof 4 interessiert, von der Stadtgemeinde Bad Radkersburg auf diese aufmerksam gemacht. Nach längeren Gesprächen und Diskussionen, in deren Verlauf sie unter anderem über den Verkehrswert, die offenen Darlehen und Kredite sowie die monatliche Vorschreibung der Annuitäten und Betriebskosten informiert wurde, legte sie zunächst ein Angebot über 50.000 Euro vor. Unter Hinweis auf die Richtlinien des Landes über den Verkauf von Immobilien wurde ihr mitgeteilt, dass dieser Preis keinesfalls akzeptiert werden kann und sie ersucht, falls sie Interesse an dieser Wohnung hat, ihr Angebot zu verbessern. Nunmehr hat sie ihr Angebot auf 60.000 Euro erhöht. Sie ist aber im Hinblick auf den Zustand der Wohnung, der einen beträchtlichen Investitionsaufwand erfordert, und der Situierung der Wohnung nicht mehr bereit, dieses Angebot zu erhöhen. Die offenen Darlehen und Kredite (rund 9465 Euro) müssten vom Angebotspreis in Abzug gebracht werden. Im Hinblick auf die großen Schwierigkeiten, die sich beim Verkauf von Wohnungen in Bad Radkersburg generell ergeben und die auch vom Bezirkshauptmann von Radkersburg bestätigt wurden, einerseits und die jährlich anfallenden Kosten, die vom Landesaltenpflegeheim in Höhe von derzeit 4925 Euro zu tragen sind, andererseits, vertritt die Landesfinanzabteilung die Auffassung, dass dieses Angebot von Frau Sefelin angenommen werden sollte. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 22. Dezember 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Verkauf der landeseigenen Eigentumswohnung TOP 37 im Kodolitschhof 4, 8490 Bad Radkersburg (^{80/3438}-Wohnungseigentumsanteile an EZ. 417, KG. 66331 Radkersburg, Kodolitschhof 1 bis 6) an Frau Petra Sefelin, 8490 Bad Radkersburg, Hauptplatz 30/3 um einen Kaufpreis von 60.000 Euro, nach den im Bericht dargestellten Modalitäten, wird genehmigt. (Beifall bei der ÖVP. – 13.01 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke für die Berichterstattung.

13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1781/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Neunzehntelmiteigentumsanteile an EZ. 140, KG. 61076 Zeierling im unverbürgten Ausmaß von 1642 Quadratmeter an Dorothea Pracher und Willibald Maier, 8522 Groß Sankt Florian, Grub 57 um einen Kaufpreis von 65.430 Euro.

Berichterstatter ist ebenfalls Herr Landtagsabgeordneter Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (13.01 Uhr): Frau Präsidentin!

Die Liegenschaft EZ. 140, KG. 61076 Zeierling mit dem darauf befindlichen Wohnhaus in 8523 Frauental an der Laßnitz, Unterer Bahnweg 26 steht zu neun Zehntel im Eigentum des Landes Steiermark und zu einem Zehntel im Eigentum des Sozialhilfeverbandes Deutschlandsberg. Diese Liegenschaft wurde im Jahre 1975 zur Wohnversorgung der Familie Siegfried und Anna Pracher mit ihren fünf minderjährigen Kindern um einen Gesamtkaufpreis von 41.423,52 Euro vom Land Steiermark und dem Sozialhilfeverband Deutschlandsberg angekauft. Nunmehr ist Frau Dorothea Pracher und ihr Lebensgefährte, Herr Willibald Maier, an den Sozialhilfeverband Deutschlandsberg mit dem Ersuchen um Erwerb dieser Liegenschaft herangetreten, um damit die Wohnversorgung der Eltern von Frau Pracher und derzeitigen Mietern, Siegfried und Anna Pracher, zu sichern. Letztere können diese Liegenschaft auf Grund ihrer finanziellen Situation nicht kaufen. Vom Sozialhilfeverband Deutschlandsberg wurde die allgemein beeidete und gerichtlich zertifizierte Sachverständige für Real- und Fahrnißschätzungen und Nutzwertfestsetzungen, Mag. Dr. Ilse Bauer, Kapfenberg mit der Bewertung der Liegenschaft beauftragt. Unter Berücksichtigung der von Familie Pracher erbrachten Eigenleistungen wurde der Verkehrswert der Liegenschaft von der Sachverständigen mit 72.700 Euro ermittelt. Die Interessenten sind bereit, diesen Betrag für die gegenständliche Liegenschaft zu bezahlen. Der Kaufpreis des Neunzehntelanteiles des Landes Steiermark beträgt daher 65.430 Euro. Der Sozialhilfeverband Deutschlandsberg wird seinen Einzehntelanteil an dieser Liegenschaft zeitgleich um 7270 Euro an die Kaufinteressenten veräußern. Mit der Kaufvertragserstellung und der grundbücherlichen Durchführung soll der mit der ständigen Vertretung des SHV Bruck an der Mur beauftragte Rechtsanwalt Dr. Gerd Folk beauftragt werden. Die

hiefür anfallenden Kosten sowie die Grunderwerbssteuer sind von den Käufern zu tragen. Zur teilweisen Deckung des Anteiles des Landes Steiermark an notwendigen Sanierungsmaßnahmen bei weiteren bestehenden Wohnobjekten dieser Art soll der Verkaufserlös auf VSt. 2/411318-0001, „Erlöse aus Liegenschaftsverkäufen“ vereinnahmt werden. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 1. März 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Verkauf des landeseigenen Neunzehntelmiteigentumsanteiles an EZ. 140, KG. 61076 Zeierling, BG. Deutschlandsberg, im unverbürgten Ausmaß von 1642 Quadratmeter an Frau Dorothea Pracher und Willibald Maier, 8522 Groß Sankt Florian, Grub 57 um einen Kaufpreis von 65.430 Euro wird nach Maßgabe der im Bericht angeführten Modalitäten genehmigt. (13.05 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Bitte, wenn Sie aufpassen. Es liegt keine Wortmeldung vor und wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 1778/1, Tagesordnungspunkt 12, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 1781/1, Tagesordnungspunkt 13, ihre Zustimmung geben, ersuche ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

14. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1747/1, der Abgeordneten Hamedl und Bacher, betreffend Einrichtung eines Kriseninterventionszentrums für Kinder und Jugendliche.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Eduard Hamedl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hamedl (13.06 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler. Dieser hat in seiner Sitzung am 8. Mai über den Antrag der Abgeordneten Hamedl und Bacher, Einl.-Zahl 1747/1, betreffend Einrichtung eines Kriseninterventionszentrums, beraten. Der Bericht liegt Ihnen vor.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend die Umsetzung des Kriseninterventionszentrums für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen und zu diesem Zweck erstens mit der KAGES in Verhandlungen zu treten, zweitens die Schaffung zweier neuer Facharztstellen für Kinder- und Jugendpsychiatrie am LSF zu ermöglichen sowie drittens zwei weitere Ausbildungsplätze für Fachärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie zu schaffen. Ich bitte um Annahme des Antrages. (13.06 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Herr Berichterstatter, Sie haben sich auch zu Wort gemeldet, bitte!

Abg. Hamedl (13.07 Uhr): Lieber Kurt! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann! Herr Landesrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vor gut einer Woche fand in Pöllau ein Symposium zur Kinder- und Jugendpsychiatrie statt. Bei diesem Symposium waren führende Fachleute aus ganz Österreich und auch aus dem Ausland anwesend, unter anderem unsere Experten wie Prof. Kapfhammer, Prof. Hofmann, Prof. Zapotoczky, Prof. Leixnering von Linz, und die haben dort über Krisen, Sucht und über suizidales Verhalten bei Jugendlichen geredet und es ging genau da auch um dieses Kriseninterventionszentrum. Ich habe dort an zwei Tagen an diesem Symposium teilgenommen und diese Fachleute haben mich bestärkt, dass wir dieses Kriseninterventionszentrum in der Steiermark ganz, ganz notwendig brauchen. Wir haben bereits im Ausschuss im März bei der Aussprache mit dem Herrn Landesrat Erlitz über die kinderpsychiatrische Versorgung geredet. Es hat dann auch eine Dringliche Anfrage gegeben, wo ebenfalls über die Errichtung dieses Zentrums diskutiert worden ist. Es ist eigentlich schon sehr viel gesagt, lassen Sie mir aber doch ein paar wichtige Dinge noch einmal sagen. Warum brauchen wir dieses Kriseninterventionszentrum? Wir haben eine momentane Steigerung allein im LSF in der Kinderstation um mehr als 40 Prozent. Für Kinder und Jugendliche in akuten Situationen, die in Lebenskrisen sind, so wie vor kurzem in Lieboch, wo eine Mutter sich vor den Zug geworfen hat, wo ein Jugendlicher am Schloßberg Selbstmord begehen wollte oder wo der Schüler sich aus dem Fenster der Schule in Rein gestürzt hat, ich glaube, für diese Leute muss es einfach andere Behandlungsmöglichkeiten geben als zurzeit nur die Einweisung in die psychiatrische Abteilung des LSF. Dass wir zu wenig Betten haben, wissen Sie. Ich habe schon gesagt, mehr als 40 Prozent Auslastung, das heißt 27 Betten jetzt mit 41 in der Gesamtheit belegt. Und ich glaube, was auch wichtig ist, wir müssen unseren Kindern und Jugendlichen die Schwellenangst nehmen, nicht einweisen in das LSF, sondern einfach eine Hilfestellung und eine Hilfe bei solchen Krisen und die Einweisung eher in ein Kriseninterventionszentrum. Im Antrag ist auch festgehalten, dass wir zu wenig Jugendpsychiater haben und zu wenig Ausbildungsplätze. Und Landesrat Erlitz hat da selbst in seiner Dringlichen Anfrage wörtlich von einer schlechten Versorgung diesbezüglich gesprochen. So weit einmal sozusagen diese fachliche Darstellung. Jetzt komme ich aber schon ein bisschen zu dem grotesken Verhalten der SPÖ und dem Abstimmungsverhalten bei der Errichtung dieses Kriseninterventionszentrums. Herr Landesrat, im März war eine Aussage von dir, dass sich seit Jahren die SPÖ für dieses Kriseninterventionszentrum stark macht

und dass jetzt die ÖVP endlich auch auf diesen Zug aufspringt. Bei der Dringlichen Anfrage eigentlich ganz das Gleiche, es ist wieder von der Wichtigkeit des Gesamtkonzeptes und von der Wichtigkeit der Einrichtungen eines Kriseninterventionszentrums geredet worden. Wir haben einen Entschließungsantrag eingebracht und wer hat dagegen gestimmt, meine Damen und Herren? Sie von der SPÖ. Dann haben wir einen Ausschuss am 8. Mai gehabt. Wieder wurde unser Antrag, der heute hier ist, zur Abstimmung gestellt. Wer stimmte wieder dagegen? Wieder die SPÖ. Also anscheinend, muss ich sagen, Herr Landesrat, stimmen deine Leute da nicht ganz mit dir konform. Du sagst, wir brauchen es und der Landtag oder die Kollegen stimmen dann dagegen. Ich habe schon das Gefühl, dass da die linke Hand nicht ganz genau weiß, was die rechte tut. Es wurde auch die Psychosomatik angesprochen. Und da muss ich noch einmal sagen. (Abg. Schrittwieser: „Das ist momentan bei euch, dass die rechte Hand nicht weiß, was die linke Hand tut!“) Warte ein bisschen! Du brauchst keine Angst haben, mach dir keine Sorgen um uns. Es ist zwar sehr lieb, aber du weißt, das kann man ein anderes Mal ausreden.

Die Psychosomatik ist ein wichtiger Teil in der psychiatrischen Versorgung, ganz ein wichtiger Teil, genauso wie andere Stationen, aber es ist kein Kriseninterventionszentrum. Das möchte ich noch einmal festhalten.

Ich habe mir da einige Zeitungsmeldungen herausgesucht, die darf ich Ihnen nicht verschweigen, kleiner Auszug aus dem Ideenreichtum, Radio Steiermark. Landesrat Erlitz sagt: „Bereits 11 Prozent der psychischen Patienten sind Kinder. Wir brauchen ein Kriseninterventionszentrum, eine Ambulanz sowie stationäre Betten sollen geschaffen werden.“

„Kleine Zeitung“, 19. Mai: „Volkspartei kritisiert Erlitz.“

Dann sagt aber der Herr Landesrat, er weise diese Kritik zurück. Dieses Zentrum sei ein Teil eines Gesamtkonzeptes, das vom Gesundheitsressort entwickelt worden ist.

In einer Gesundheitszeitung, „Süd-Ost-Journal“, wiederum: „Kriseninterventionszentrum und Tagesklinik werden gefordert“

„Kronenzeitung“: „Errichtung – wir machen gerne mit, besonders wenn die Volkspartei dafür ist.“

Herr Landesrat, ich hoffe, dass Sie heute nicht dagegen stimmen werden. Und ich denke mir, es soll keine Verhinderungspolitik sein in dieser Causa. Ich glaube Ihnen, dass Sie alle dieses Kriseninterventionszentrum wollen. Stimmen Sie also auch dafür. Und ich denke mir, erstens es muss möglich sein, bei 16.000 Beschäftigten in der KAGES so viel umzuschichten, dass wir dieses Zentrum errichten können. Und im Gesamtkonzept, wir haben eine Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie im LSF, wir haben eine Heilpädagogische Station, wir haben die Psychosomatik mit einer Ambulanz, fehlt eigentlich nur mehr genau dieses Kriseninterventionszentrum. Jetzt gibt es einen Regierungsbeschluss über eine Machbarkeitsstudie, Herr Landesrat, die du da sozusagen in Auftrag gegeben hast und es scheint, dass die SPÖ jetzt also doch dafür ist und nicht mehr diesen Zick-Zack-Kurs gehen will.

Sehr geehrte Damen und Herren, keine langen Studien mehr. Errichten wir dieses Zentrum, weil unsere Kinder und Jugendlichen eine besondere Hilfe brauchen. Und das geht nicht mit dem Bild eines Erwachsenen, sondern dazu brauchen wir speziell ausgebildete Kinder- und Jugendpsychiater. Stimmen Sie daher unserem Antrag zu. Ihrem Entschließungsantrag, Herr Landesrat, werden wir zustimmen, obwohl er nicht notwendig wäre. Es gibt den Regierungsbeschluss, dass diese Machbarkeitsstudie gemacht wird. Ich weiß zwar nicht, für was wir sie brauchen. Wir brauchen keine Studie, errichten wir dieses Zentrum. Ich ersuche auch, dass im Budget Vorsorge getroffen wird, und das liegt in deinem Verantwortungsbereich. Bitte stimmen Sie daher diesem Antrag zu und ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 13.15 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Halper.

Abg. Halper (13.15 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus!

Psychosoziale Entwicklungsdefizite sind eine sehr hoch komplexe Materie. Sie erfordern enormes Fachwissen, um entscheiden zu können, welche Auswirkungen die verschiedensten Abläufe im frühesten Kindesalter eigentlich haben. Dr. Gerald Hütter beschreibt das in seinem Buch „Kinder brauchen Wurzeln“ sehr gut. Ich war positiv überrascht, als ich gesehen habe, dass er als Referent bei der Tagung „KINDERLEBEN“ geladen war. Deshalb möchte ich ihn heute auch zitieren: Bäume brauchen Wurzeln, das weiß jedes Kind, und ein kleiner Baum kann umso besser wachsen und gedeihen, je kräftiger seine Wurzeln sind, mit denen er sich im Erdreich verankert und seine Nährstoffe aufnimmt. Nur wenn es einem kleinen Baum gelingt, tief reichende und weit verzweigte Wurzeln auszubilden, wird er später auch Wind und Wetter, ja sogar Stürme aushalten können. Kinder brauchen feste Wurzeln. Offenbar wissen das nicht alle Eltern, auch nicht alle Erzieher oder gar alle Bildungspolitiker. Sie halten das, was man an jedem Baum sehen, messen und zählen kann, also die Äste oder die Blätter oder auch nur die Früchte, für wichtiger als die verborgenen Wurzeln. Deshalb richten sie ihre Aufmerksamkeit darauf, ihre oder die ihnen anvertrauten Kinder so zu erziehen, dass sie möglichst große zahlreiche Äste, bunte Blätter und nützliche Früchte entwickeln und dabei vergessen sie, dass Kinder Wurzeln brauchen. Das, was wir sehen oder offensichtlich mitbekommen, das sind Schreckensmeldungen, wenn es um Suizide von Minderjährigen geht, wenn es um überfüllte Stationen im Bereich der Kinderpsychiatrie geht oder auch der Heilpädagogik oder wenn die Zahl der jungen Straftäter in den Justizanstalten zunimmt. Erst wenn etwas passiert, was schockiert, was betrifft, dann sehen wir diese Defizite, dann sehen wir

aber auch zum Teil schon psychiatrische Indikationen, die Kinder und Jugendliche mit sich tragen, da sie keine Wurzeln haben. Doch die Jahre der Kindheit sehen wir eigentlich nicht. Wie sich die Auswirkungen entwickeln, was ein Kind durchlebt, dass es zu solchen Defiziten kommt, das sehen wir leider auch nicht. Und dennoch haben wir eine Verantwortung, eine Verantwortung gegenüber diesen Kindern und auch eine politische Verantwortung jenen gegenüber, die sich nicht selber helfen können und die professionelle Hilfe brauchen. Ein Kriseninterventionszentrum ist eine notwendige Sache und sie ist auch sehr zeitgemäß. Denn wir dürfen heute eines nicht verschweigen, die Probleme werden größer werden, die Indikationen werden zunehmen und immer mehr werden wir es mit Pendel für Kinder zu tun haben, die so hohe Aggressionen mit sich bringen, dass sie eigentlich niemand mehr will. Aber wie auch Kinder Wurzeln brauchen, braucht ein Kriseninterventionszentrum Wurzeln. Das, was wir von Seiten der Sozialdemokratie nicht wollen und auch im letzten Ausschuss nicht haben wollten, war eine Horuck-Aktion. Wir haben deswegen im Ausschuss dagegen gestimmt, weil es uns wichtig ist, diesem Kriseninterventionszentrum Wurzeln zu geben, es genauestens zu planen und haben mit der Vorgangsweise, die in diesem Ausschuss gewählt worden ist, ein klares Nein dazu gesagt, weil wir dort verhindern wollten, dass ein Kriseninterventionszentrum zwar große Früchte trägt, nach außen schön ausschaut, von den Ästen und Blättern her, aber keine Wurzeln hat. Das heißt aber nicht, dass wir von Seiten der Sozialdemokratie gegen ein Kriseninterventionszentrum sind, im Gegenteil: Wir brauchen ein Modell und es war immer die Intention von Landesrat Erlitz, der schon zahlreiche Gespräche im Vorfeld darüber geführt hat. Wir brauchen aber ein Modell, das Hand und Fuß hat, ein Modell, das jenen hilft, die diese Hilfe brauchen und sie nicht mehr alleine bewältigen können, die aber auch in ein geordnetes und normales Leben geführt werden sollen, abseits von Justizanstalten und psychiatrischen Stationen. Wir brauchen aber auch dazu ein sinnvolles Umsetzungskonzept und einen Plan unter Einbeziehung aller bestehenden Strukturen: der Kinderstation im LSF, der heilpädagogischen Station, aber auch der psychosomatischen Station auf der Kinderklinik und viele andere Fachexperten und -expertinnen, die in diesen Bereichen arbeiten und wir brauchen die finanziellen Mittel dazu. Das, was wir hier brauchen und das, was unsere Intention ist und auch immer war, ist ein Modell mit Wurzeln für Kinder, die eine Zukunftschance brauchen, deren Probleme ausgemerzt und die neu definiert werden müssen und die einen Weg in die Zukunft haben wollen und der ihnen auch zusteht. Ich darf deshalb heute einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Halper und Mag. Lackner einbringen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens Bezug nehmend auf den Regierungsbeschluss vom 24. Mai 2004 über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudien zur Errichtung eines Kriseninterventionszentrums für Kinder und Jugendliche dem hohen Landtag zu berichten und zweitens hinsichtlich der Umsetzung dieser Einrichtung die notwendigen budgetären Vorkehrungen für das Jahr 2005 zu treffen.

Ich bitte um Annahme im Sinne der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.21 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Bacher.

Abg. Bacher (13.21 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich kann von meiner Vorrednerin Kollegin Halper – ist sie noch da? – vieles unterstreichen, vieles. Ich denke, du hast etwas ganz Wichtiges angesprochen: Kinder brauchen Wurzeln. Wir haben heute am Vormittag über Probleme des Alkohols hier im Haus gesprochen, über das Thema, wie bestrafe ich Jugendliche. Da fällt uns immer sehr viel ein, nämlich mit dem Zeigefinger immer dorthin zu zeigen, weil sie so viel Alkohol trinken, weil sie sich bei den Festen ständig niedersaufen und derartige Dinge mehr. Ich habe selber Kinder und ich weiß, wie schwierig das ist und ich weiß, wie oft Kinder einsam sind, wo niemand eine Zeit findet, mit ihnen zu reden – das ist ein wesentlicher Teil. Kollege Erlitz, wir haben gemeinsam am Sonntag bei der Feuerwehr feststellen können, Gott sei Dank feststellen können, dass es viele freiwillige Einsatzorganisationen gibt, wo Jugendliche sich freiwillig melden – Gott sei Dank, ob das die Feuerwehr ist, die Bergwacht, die Bergrettung, das Rote Kreuz, aber auch die Musik und, und. Es gibt im selben Ausmaß Kinder, Jugendliche, die keine Hilfe haben. Und auf das führt ja unser Antrag zurück, nämlich genau auf diese Gruppe, die nach Hilfe schreit. Kollegin Halper hat erwähnt, dass immer wieder leider sehr starke negative Beispiele an die Öffentlichkeit kommen. Ich bezeichne das immer wieder als Hilfeschrei. Wenn heute jemand mit seinem Leben nicht mehr zurechtkommt, dann muss man etwas tun. Da muss man Möglichkeiten schaffen, damit sie eine Ansprechperson bekommen. Wir leben in einer Zeit, wo wir leider nicht mehr Zeit haben miteinander zu reden. Das Hauptproblem ist ja, dass wir uns die Zeit oft nicht mehr nehmen. Ich verstehe ja deshalb nicht, warum das zu so einem Politikum ausartet, nämlich wenn eine Fraktion einen Antrag einbringt und sagt, ich will denen helfen, die Hilfe brauchen. Das verstehe ich nicht. Wenn du davon redest, dass Bäume Wurzeln brauchen, na selbstverständlich brauchen das unsere Kinder. Und wir selber als Erwachsene sind aufgerufen ihnen zu helfen. In erster Linie richtet sich der Vorwurf an uns selbst, an uns selbst! Unsere Kinder haben heute in Wahrheit alles, nur, was ihnen fehlt ist die Liebe, die Zärtlichkeit und das Gespräch. Das ist der Punkt! (Beifall bei der ÖVP.)

Und es ist natürlich auch – und ich verstehe dich, Herr Landesrat – finanziell zu dotieren, na selbstverständlich. Aber wenn ich das vergleiche. Wenn sich heute ein berühmter Chirurg melden würde und sagt, ich kann eine Operation nicht machen, dann hat der morgen das Personal. Wenn aber ständig Leute mit ihrem Leben nicht mehr zurechtkommen, dann fordern wir Studien, auch verlagern wir die Probleme auf jede Ebene, nur, wir lösen das Problem nicht. Das ist der Punkt!

Über die, die wir heute reden, die können sich selber nicht mehr artikulieren, die sind in einer Sackgasse. Und daher sage ich wirklich und ich bin betroffen, wenn einem nichts anderes einfällt, außer dass man wieder eine Studie braucht, dass man wieder einen Bericht braucht, anstatt dass man endgültig reagiert und sagt, jawohl, da müssen wir rasch helfen. Und irgendwie werden wir das schon zusammenbringen. Wir haben vieles in dem Landtag schon beschlossen, was von heute auf morgen auf uns hereingebrochen ist. Das ist es ja nicht. Wir wissen das seit Jahren, dass es diese Probleme gibt, nur, wir tun nichts, wir machen nichts. Wir verlangen immer irgendwelche Berichte von irgendwelchen Fachleuten. Das, was ich verlange, Herr Landesrat, von dir, ist zu entscheiden, zu entscheiden und zu sagen, jawohl, das Problem ist bekannt. Das sagst du selber, das sagt ihr, das sagen wir alle gemeinsam und jetzt lösen wir es. Und wir werden das auch zusammenbringen, dass wir im Sinne dieser Betroffenen das auch lösen. Und daher sage ich, bitte um Annahme. (Beifall bei der ÖVP. – 13.26 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist das zuständige Regierungsmitglied, Herr Landesrat Erlitz, bitte.

Landesrat Mag. Erlitz (13.27 Uhr): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Grundsätzlich gebe ich allen Recht, alles, was man für die Kinder tut, ist wichtig. Da stimmen wir völlig überein. Und ich gebe auch dem Kollegen Bacher 100-prozentig Recht, wir haben so viel Geld, wir haben so viel Geld für außerplanmäßige Aufgaben, die wir da jeden Montag in der Regierung beschließen im Wirtschaftsbereich, da denken wir nicht nach, da gehen Millionen hinein, so dass ich sage, die müssen auch da sein, wenn wir ein Kriseninterventionszentrum errichten. Selbstverständlich, das fordere ich auch ein, dass es da auch eine weitgehende Übereinstimmung gibt. Da stimmen wir völlig überein. Weil wenn nicht das Geld dafür da ist in erster Linie, dann wozu überhaupt? Gesundheit ist das wichtigste Gut, das wir haben und unsere Kinder quasi die wichtigste Ressource für die Zukunft. (Abg. Bacher: „Dann mach es! Bitte, Herr Landesrat!“) Selbstverständlich, deswegen auch mein Vorstoß gestern in der Regierung. Es hat nie einen Auffassungsunterschied gegeben, was den Inhalt anlangt, sondern nur in der Vorgangsweise. Wir hätten halt gerne einen Bericht vorher gehabt, wie man vorgeht. Aber ich habe jetzt ohnehin richtiggestellt durch den gestrigen einstimmigen Regierungsbeschluss, und ich freue mich, wenn die ÖVP heute mitgeht bei diesem Entschließungsantrag. Und die psychiatrische Versorgung ist eben auch ganz klar auf Grund steigender psychischer Erkrankungen, seelischer Erkrankungen und Probleme, wie wir gehört haben, diese psychiatrische Versorgung ist eben auch jetzt an die medizinische Versorgung des 21. Jahrhunderts anzupassen. Die Anforderungen sind andere und auch die Möglichkeiten der Medizin sind heute andere als noch vor 30, 40 Jahren. Im stationären Bereich haben wir zurzeit nur den Standort Graz mit der Landesnervenklinik Sigmund Freud und der Universitätsklinik für Psychiatrie zur Verfügung. Und am 27. April haben wir hier im Landtag ja gemeinsam beschlossen auch, dass für die Obersteiermark eine psychiatrische Station in Leoben eingerichtet werden soll. Aber es geht eben nicht nur um die stationäre Versorgung, sondern es gilt auch ein Paket hier zu schnüren, das eben besteht aus der stationären Versorgung, aus der teilstationären Versorgung, ambulanten Versorgung, aus dem extramuralen Bereich und eben dem Kriseninterventionszentrum. Und jedes dieser Module ist wichtig. Und ich habe gesagt, ich möchte zuerst einmal ein Paket haben, ein Konzept haben. Und jetzt nehmen wir aus dem Konzept ein Modul heraus, dieses Kriseninterventionszentrum, weil ich auch glaube, dass es zunächst gilt, das einmal zu realisieren und umzusetzen. Und in Übereinstimmung auch mit der ÖVP, völlig, bin ich auch der Meinung, dass es eben richtig und wichtig ist, jetzt diesem Modul Kriseninterventionszentrum den Vorzug zu geben, dass es umgesetzt wird. Aber – das muss ich auch sagen – man soll ja dabei nicht überhastet und hemdsärmelig vorgehen. Es ist die Frage, welches Personal in welchem Maß eingesetzt werden soll und woher die finanziellen Mittel letztlich kommen müssen. Da müssen wir reden darüber. Aber ich glaube ganz einfach, dass wir auch eben unseren jugendlichen Patienten es schuldig sind, hier wirklich professionell und profund zu planen und entsprechend vorzugehen. Und deswegen habe ich eben in der gestrigen Regierungssitzung beantragt, dass die KAGES und gleichzeitig meine Fachabteilung 8B, das heißt die Landessanitätsdirektion, bis Oktober des Jahres beauftragt ist, eine Machbarkeitsstudie vorzulegen für die Einrichtung so eines Zentrums. Und dieser Antrag ist auch einstimmig angenommen worden, weil ich glaube einfach, dass ein gutes Haus, das für die Zukunft errichtet wird, auch ein gutes Fundament braucht. Und ohne Plan kann ich kein Haus bauen und darum geht es. Ich brauche einen Plan zunächst, aber möglichst rasch. Nach dem Sommer muss der Plan da sein, dass wir wissen, wie wir dieses Zentrum errichten, was wir brauchen, was notwendig ist, welche relevanten Parameter zu berücksichtigen sind. Zum Beispiel muss eruiert werden, welche Größe soll es haben, brauchen wir hier eine Bettenstation, wie viele Betten müssen wir vorhalten, welche Mitarbeiter und wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und vor allem welchen Fachbereich brauche ich dafür? Und das alles, und was kostet es letztlich, das sollte mir diese Machbarkeitsstudie bringen. Ich werde hier in diesem Landtag dann berichten und dann gehen wir es umsetzen, wenn wir auch wissen, woher das Geld kommt.

Und nun zu dir noch, ich würde gerne sagen, weil du zuletzt im Ausschuss gesagt hast, ich kenne mich nicht aus. (Abg. Hamedl: „Ja, das stimmt!“) Der Herr Prof. Müller von der Kinderklinik sagt mir hier, und ich habe es hier wortwörtlich: Krisenintervention ist unser tägliches Brot. Die jungen Patienten/Patientinnen kommen in die Klinik, werden dort in der Interventionsstelle aufgenommen, nach einer Erstdiagnose entweder zur Behandlung behalten oder an das LSF weitergeschickt, vor allem drogensüchtige Jugendliche, psychotisch erkrankte Jugendliche kommen in das LSF. Psychisch auffällige Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebens-

jahr kommen auf die Abteilung von Prof. Scheer. (Abg. Hamedl: „Das ist die Psychosomatik!“) Noch einmal, und schon seit vielen Jahren auch in Form einer Krisenintervention, sagt der Herr Prof. Scheer, nicht ich. Die Station hat 14 Betten und behandelt vor allem Kinder und Jugendliche mit Alkoholproblemen, Essstörungen, Suizidversuchen und psychotischen Zwangsstörungen. Ich sage ja nicht, dass das die Psychosomatik, die Krisenintervention ersetzt, das sage ich ja nicht. Aber ich sage nur, so daneben liegen die zwei Herren Professoren nicht. (Abg. Hamedl: „Krisen werden aber anders behandelt!“) Nein, ich sage, jede Einrichtung mehr hilft dem erkrankten Jugendlichen, selbstverständlich, und nichts anderes. Ich habe auch letztlich nichts anderes gesagt, nur dass es das gibt und dass der Herr Prof. Müller sagt, Krisenintervention ist unser tägliches Brot. Das heißt aber nicht, dass wir das andere nicht brauchen. Na, selbstverständlich! Jede Einrichtung mehr schafft auch mehr Qualität.

Und das vierte Modul ist der extramurale Bereich, das Beratungszentrum draußen in der Peripherie, auch das brauchen wir. Und in diesem Bereich habe ich eben für das heurige Jahr ein bisschen mehr als 7 Millionen Euro zur Verfügung für den extramuralen Bereich. Das sind etwa 500.000 Euro mehr als im Vorjahr. Und mit diesen Mitteln ist es mir aber auch gelungen, den bisher unzureichend versorgten Bezirk Liezen und das Beratungszentrum Gröbming zu erweitern beziehungsweise auch zumindest am Ende – sagen wir, im letzten Viertel – dieses Jahres wird es möglich sein, auch ein Beratungszentrum Graz-Umgebung Süd einzurichten. Das heißt, wir bemühen uns ja ohnehin, mehr Qualität hineinzubringen. Das ÖBIG hat Richtlinien, weil wir vom Geld reden, herausgegeben, nach denen auf 7000 Einwohner ein Dienstposten in der extramuralen Psychiatrie anzustreben ist. Die Steiermark hat eine diesbezügliche Versorgungsquote von gut 40 Prozent. Das heißt, dass für eine bestmögliche extramurale Versorgung mindestens 100 zusätzliche Dienstposten noch benötigt werden. Bei einer Kalkulation von 40.000 Euro pro Dienstposten im Jahr sind das zumindest 4 Millionen Euro, von denen wir hier sprechen. Im Bereich der extramuralen kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung, die einen Baustein des Gesamtkonzeptes bildet, benötigen wir rund 1,4 Millionen Euro im Jahr zusätzlich, um die Versorgung der Steiermark ideal auszugestalten. All diese Summen kann ich aus meinem Ressort nicht aufbringen und umschichten. Wenn wir uns aber gemeinsam dazu bekennen, dieses Segment bestens auszugestalten, wird das Geld auch da sein. Ich bin überzeugt davon, dass wir es aufbringen werden, um in der Steiermark eine adäquate und entsprechende psychiatrische Versorgung zu bieten. In diesem Sinne bitte ich, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen und gemeinsam dieses Problem, auch das finanzielle Problem, das damit verknüpft ist, lösen. Selbstverständlich stimmen wir diesem Antrag gerne zu. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.36 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Kriseninterventionszentrum für Kinder und Jugendliche, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich begrüße die Verwaltungslehrlinge des Magistrates Graz unter der Leitung der Lehrlingsbetreuerin, Frau Renate Puchwein. (Allgemeiner Beifall.)

15. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1748/1, der Abgeordneten Wicher, Tschernko und Hammerl, betreffend Beipackzettel von Medikamenten.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Anne Marie Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (13.38 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann – Herr Landesrat ist jetzt leider nicht mehr da –, Hohes Haus!

Ich darf Ihnen den Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler auf Antrag der Abgeordneten Wicher, Tschernko und Hammerl, betreffend Beipackzettel bei Medikamenten, vortragen. Immer wieder beschweren sich Konsumenten, dass sie die Schrift auf den Beipackzetteln von Medikamenten nicht lesen können. Angesichts der Relevanz der Informationen ist aber darauf hinzuweisen und zu drängen, dass eine größere Schrift verwendet wird, so dass die angeführten möglichen Nebenwirkungen, eventuelle Allergie- und Unverträglichkeitswarnungen auch gelesen werden können und hoffentlich verstanden werden. Besonders blinde Menschen leiden unter der Tatsache, dass ihnen die Inhalte der Beipackzettel verschlossen bleiben. Um die Madrid-Strategie der Europäischen Union, welche die Normalisierung der Lebensbedingungen der Menschen mit Behinderung zum Ziel hat, umzusetzen, ist es daher an der Zeit, dass Beipackzettel auch in Brailleschrift erhältlich sind. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, sie möge auf die Pharmaindustrie dahin gehend einwirken, dass diese Beipackzettel mit größerer Schrift versehen und darüber hinaus ebenfalls Beipackzettel in Brailleschrift bereitzustellen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages beziehungsweise dieses Berichtes. (13.40 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Frau Abgeordnete, du hast auch um das Wort gebeten. Ich erteile es dir.

Abg. Wicher (13.40 Uhr): Hohes Haus!

Nur ganz kurz: Ich denke, es wird Ihnen allen schon des Öfteren so gegangen sein, dass Sie, wenn Ihnen vom Arzt Ihres Vertrauens ein Medikament verschrieben wurde, Sie es sich in der Apotheke geholt haben und Sie den Beipackzettel dann herausgeholt haben, wobei es oft so ist, dass nicht einmal auf der Schachtel, in denen Medikamente verpackt sind, die Schrift so leserlich ist, dass man sie sehr gut entziffern kann, was schon für normalsichtige Menschen schwer ist. Für Menschen aber, die eine gewisse Sehbehinderung haben, ist es oft unmöglich. Sie holen sich den Beipackzettel heraus und versuchen, diese winzig kleine Schrift zu entziffern. Manchmal wäre es vielleicht nicht schlecht oder fast besser, wenn man das, was auf diesen Beipackzetteln steht, nicht lesen könnte, weil es trifft einen ja manchmal der Schlag, wenn man sieht, wofür das zwar gut sein soll, aber es gibt so viele Nachteile, die ein Medikament auch bewirken kann. Nichtsdestoweniger meine ich, dass es ganz wichtig wäre, Beipackzettel und auch die Aufschriften auf Medikamentenverpackungen in größerer Schrift abzufassen. Ich möchte Ihnen nur, wenn es um die Wichtigkeit von Beipackzetteln im Grunde geht, darlegen, weil es mir selbst schon einmal passiert ist. Ich muss vorausschicken, dass ich eine Penzillinallergie habe. Meinem Hausarzt ist es auch passiert, denn er hat mir ein Medikament verschrieben, das gegen eine Mandelentzündung wirken sollte. Ich habe den Beipackzettel gelesen und bin draufgekommen, dass es sich um ein Penzillinpräparat handelt. Wenn ich nicht geschaut hätte und mich vergewissern wollte, ob das Medikament mir zuträglich sein sollte, hätte ich unter Umständen einen lebensbedrohlichen Zustand hervorrufen können. Um bei blinden Menschen jetzt anzukommen, um wirklich diese Madrid-Strategie der EU zu befolgen, wäre es notwendig, zumindest auf den Verpackungen von Medikamenten die Braille-Schrift anzubringen. Es ist nämlich nicht einzusehen, warum blinde Menschen, wenn sie nicht einer ständigen Betreuung bedürfen, auch ihre Medikamente selbstständig zu sich nehmen können. Um jetzt noch einmal kurz auf die Beipackzettel zurückzukommen: Ich glaube, dass auch die zum Teil nicht Lesbarkeit und zum Teil auch die abschreckenden Eindrücke, die durch das Lesen von Beipackzetteln hervorgehoben werden, oft oder in vielen Fällen dazu führen, dass Patienten diese Medikamente, weil sie es einfach nicht entziffern können oder sie sehr erschrocken sind über die Nebenwirkungen, die entstehen können, das Medikament einfach nicht nehmen. Dann liegen volle Medikamentenpackungen in Nachttischen. Manchmal sind Nachttische gar nicht mehr groß genug, um Medikamentenpackungen aufzunehmen. Sie gehen zu einem anderen Arzt, um sich von ihm etwas anderes verschreiben zu lassen. Das trägt natürlich auch dazu bei, dass die Kosten für Medikamente eminent steigen und vor allem auch nicht zweckmäßig angewendet werden. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Im Ausschuss waren wir ja schon einer Meinung. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 13.45 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen bereits zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

16. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1562/4, zum Beschluss Nr. 1209 des Steiermärkischen Landtages vom 28. Oktober 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten List, Graf und Ferstl, betreffend die Berichterstattung der Steiermärkischen Landesregierung über unerledigte und in Verwirklichung begriffene Anregungen des Rechnungshofes – Tätigkeitsbericht 2002 des Bundesrechnungshofes.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (13.45 Uhr): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Steiermärkische Landtag hat mit Beschluss Nr. 1209 vom 28. Oktober 2003 zu Einl.-Zahl 1562/1 die Steiermärkische Landesregierung im Zusammenhang mit dem Tätigkeitsbericht des Bundesrechnungshofes (Wirkungsbereich Bundesland Steiermark) für das Verwaltungsjahr 2002 aufgefordert, über den aktuellen Stand der Umsetzung aller unerledigten und in Verwirklichung begriffenen Anregungen aus Vorjahren zu berichten.

Zu den folgenden Punkten wird Stellung genommen:

A/1: Ehestmögliche Kündigung des Angliederungsvertrages mit der Sonderkrankenanstalt Theresienhof.

A/2: Konzentration der Versorgung von Lungenerkrankungen im Landeskrankenhaus Leoben bei verminderter Bettenanzahl.

B/1: Unterstützung der sanitären Aufsicht im Bereich der Pflege durch Schaffung der organisatorischen und personellen Voraussetzungen.

B/2: Vorlage eines Konzeptes der sanitären Aufsicht durch die Stadt Graz.

B/3: Unterstellung der Gesundheitsreferate unter einer einheitlichen Leitung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung.

C: Umwidmung beziehungsweise Schließung einzelner Krankenanstalten beziehungsweise ihrer Bereiche bei der Erstellung des neuen Krankenanstaltenplanes.

Der Landtag wolle beschließen – dies ist der Antrag:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1209 des Steiermärkischen Landtages vom 28. Oktober 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten List, Graf und Ferstl, betreffend die Berichterstattung der Steiermärkischen Landesregierung über unerledigte und in Verwirklichung begriffene Anregungen des Rechnungshofes – Tätigkeitsbericht 2002 des Bundesrechnungshofes, wird zur Kenntnis genommen. (13.48 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke! Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kreisl.

Abg. Kreisl (13.48 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann! Meine Damen und Herren!

Ich habe bereits bei der letzten Landtagssitzung im April dieses Jahres über den Verbleib der Augenklinik im LKH Leoben hingewiesen. Weiters bemüht sich die ÖVP des Bezirkes Leoben mit mir als Abgeordneten seit 28. April 2001 im Landtag, für das LKH Leoben die bereits vom seinerzeitigen Landesrat Dörflinger versprochenen Projekte wie Psychiatrie, OP-Bereich, Palliativmedizinische Abteilung in die Tat umzusetzen. Obwohl von Landesrat Dörflinger im Landtag im Jahr 2002 33 Millionen Euro für die erste Baustufe zugesagt wurden, ist keines dieser Projekte umgesetzt. Der Nachfolger von Landesrat Dörflinger, Herr Landesrat Erlitz, hat am 9. Juli 2003 im Landtag versprochen, dass die Palliativstation im Jahr 2004 gebaut und fertig gestellt wird und die Finanzierung dafür sichergestellt ist. Herr Abgeordneter Prattes hat sich in den Medien stark gemacht, dass Landesrat Erlitz ihm zugesichert hat, dass für das LKH Leoben ein Großprojekt zur Umstrukturierung in Ausarbeitung ist und welche Investitionen im Ausmaß von 100 Millionen Euro, sprich 1,4 Milliarden, vorsieht. Ich hoffe, lieber Kollege Prattes, dass dein Landesrat diese Versprechen einhält und du nicht nur versucht hast, mit deiner Aussage im Bezirk politisches Kapital zu schlagen. Genauer gesagt hoffe ich und wir alle im Bezirk hier oben, dass auch das Geld dafür vorhanden ist und dich der Herr Landesrat nicht im Regen stehen lässt. Ich kann meiner Familie nicht versprechen, ich kaufe ein Schloss, ich habe aber kein Geld dafür, da würde meine Familie mich für dumm halten. Ich weise nur darauf hin, lieber Kollege Prattes, dass du in der „Kleinen Zeitung“ am 14. Mai 2004 darauf hingewiesen hast, die Frau Finanzlandesrätin Kristina Edlinger-Ploder müsse halt das Geld dafür hergeben. Lieber Kollege, wenn man schon solche Versprechungen macht, muss man sich schon versichern, ob auch das Geld dafür vorhanden ist. Jedes Ressort hat ein Budget und die Aufgabe des Ressortverantwortlichen ist, dass er mit diesem Budget umgehen kann. Man kann nicht das Pferd von hinten aufzäumen, diese Art von Politik kaufen dir die Leute nicht mehr ab.

Ein weiteres Beispiel, lieber Herr Abgeordneter, in den „SPÖ-News“ im Internet des Bezirkes Leoben vom 11. Dezember 2003 steht geschrieben unter SPÖ, Landtagsabgeordneter Erich Prattes: „Die LKH-Augenabteilung muss in Leoben erhalten bleiben. Landesrat Erlitz unterstützt dies und sicherte finanzielle Hilfestellung zu. Landtagsabgeordneter Erich Prattes unterstrich, dass er wie bisher mit allen Kräften dafür kämpfen werde.“ Aber gar so lange hat der Kampf nicht gedauert. In einer Lokalausgabe „Der Obersteierer“ heißt es vom Abgeordneten Prattes: „Auch wenn die Augenabteilung nach Bruck gehe, gebe es am Standort Leoben 2004 eine Reihe von Investitionen.“

Ein Kämpfer für mich ist aber SPÖ-Nationalratsabgeordneter Karl Dobnigg, der unterstützt das überparteiliche Komitee für das LKH Leoben-Eisenerz für die Erhaltung der Augenabteilung. Diesem Komitee gehören unter anderem die SPÖ, die Grünen, KPÖ und die ÖVP und viele, viele mehr an. Du hast in der letzten Landtagssitzung die Unterstützung dieses Komitees durch Abgeordneten Dobnigg verleugnet. Über Ehrlichkeit in der Politik musst du noch vieles dazulernen. Die Menschen im Bezirk und im Land kaufen dir diese Vorgangsweise nicht ab.

Ebenfalls in einer Lokalausgabe „Der Obersteierer“ steht: „Bürgermeister Konrad und sein Abgeordneter Erich Prattes bedauern, den Kampf verloren zu haben.“ Der Kampf von Abgeordneten Prattes dauerte vier Monate und der Bürgermeister von Leoben hat erst gar nicht zu kämpfen begonnen. Er weist darauf hin, dass der Bürgermeister nichts machen kann. Gleichzeitig pfeifen es die Spatzen vom Dach, dass es den Anschein hat, dass die Augenklinik gegen eine Unterführung eingetauscht wird.

Ich zitiere einen Leserbrief der „Kleinen Zeitung“ zur Diskussion um die geplante Verlegung der Augenabteilung vom LKH Leoben nach Bruck: „Schluss mit dem nicht nachvollziehbaren Hickhack um die Standortverlegung der Leobner Augenabteilung. Aus medizinischer und logistischer Sicht hat die Obersteiermark auch weiterhin das Anrecht auf ein Schwerpunktspital, in dem durch Zusammenarbeit möglichst vieler Fachgruppen die Diagnostik und Therapie auch komplexerer Krankheitsbilder möglich ist, womit das Hauptargument der Verlegungsbefürworter – jeder kann nicht alles haben, Schwerpunkte müssen gesetzt werden – sogar bestätigt ist. Denn das Schwerpunktspital muss möglichst alles haben. Die Krankenhäuser der Grundversorgung müssen Schwerpunkte setzen. Aus historischen wie auch aus geographischen Gründen wurde Leoben seinerzeit als Standort für ein Schwerpunktspital gewählt, weshalb jetzt also verzweifelt an die politische Vernunft appelliert werden muss, bevor noch mehr Porzellan auf Kosten der obersteierischen Patienten zerschlagen wird.“

Herr Landesrat Erlitz, du hast vorhin 10.000 Unterschriften von der Bevölkerung des Bezirkes erhalten über die Augenklinik in Leoben. Ich bedanke mich in diesem Zusammenhang bei der Sprecherin, Frau Christa Pözl, die sich für dieses Komitee übermenschlich eingesetzt hat. Ich glaube, das ist einen Applaus wert. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, auch der Österreichische Gewerkschaftsbund fordert den Erhalt der Augenabteilung in Leoben, zum einen, weil es um Arbeitsplätze in Leoben geht und zum anderen, weil es um die rasche Versorgung etwa bei Arbeitsunfällen im Bezirk geht. Bürgermeister Konrad aus Leoben sowie Gesundheitslandesrat Erlitz meinten weiter bezüglich der Verlegung der Augenabteilung nach Bruck, diese 15 Minuten seien jedem zumutbar. Dazu kann ich nur sagen, nicht jedem steht ein Dienstwagen mit Chauffeur zur Verfügung. Der Normalbürger reist zum Beispiel um 8 Uhr mit dem Bus aus einem Stadtteil zum Bahnhof Leoben. Um 8.15 Uhr Ankunft am Bahnhof: Nächster Zug nach Bruck geht um 8.48 Uhr. Um 9.02 Uhr Ankunft in Bruck. Wer sehr gut bei Fuß ist, erwischt gerade den Bus um 9.05 Uhr, ansonsten fährt der nächste Bus um 9.20 Uhr. Bis zur Station Bärndorf dauert die Fahrt mit dem Bus zehn Minuten. Die sportlichen Teilnehmer erwartet ein Fußmarsch von zehn Minuten auf den Hügel, auf dem das LKH steht. Die sich mit dem Gehen etwas schwer tun, können auf den Citybus warten, der aber nur sporadisch fährt. Es erwartet uns eine Halbtagsreise in das LKH Bruck. Ich ersuche dich, sehr geehrter Herr Landesrat, diese 10.000 Unterschriften der Bevölkerung ernst zu nehmen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.56 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Prattes. Ich erteile es ihm.

Abg. Prattes (13.56 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Fritz, zum Unterschied von dir brauche ich kein Manuskript, weil ich mich in den vergangenen Monaten, ich möchte nicht sagen Jahren, sehr intensiv mit dem Landeskrankenhaus in Leoben auseinandergesetzt habe. Das, was du hier wieder abgeliefert hast, passt genau in das Schema der ÖVP der letzten Monate hinein, nämlich die Menschen verunsichern, mit Halbwahrheiten, mit Unwahrheiten in die Öffentlichkeit zu gehen und alle jene zu diffamieren, die sich wirklich bemühen, dass im Landeskrankenhaus Leoben etwas passiert. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Ersten: Unwahrheiten werden nicht wahr, wenn man sie öfters wiederholt. Ich habe das das letzte Mal schon richtiggestellt: Herr Nationalratsabgeordneter Karl Dobnigg ist nicht in diesem Komitee und hat auch ausdrücklich gesagt, er ist für die Augenklinik, aber er trete diesem Komitee nicht bei – das zu dieser Sache. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ist denn Faktum? Es ist eine neue Strukturierung der Landeskrankenhäuser angesagt. Man muss aber auch wissen, dass die Anstaltsleitungen von Bruck und von Leoben mit dem Anhang Eisenerz sich zusammengesetzt haben, um zu beraten, um zu diskutieren, wo soll was hinkommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ärztliche Leiter, wenn Primärärzte sich zusammensetzen und sich gemeinsam ein Konzept zurechtlegen, dann meine ich, ein kleiner Politiker ist kein Mediziner. Ich habe das einmal so zur Kenntnis zu nehmen und ich sehe das auch ein, weil im Zuge von Neustrukturierungen nicht alles möglich ist. Lieber Fritz Kreisl, wenn du diese ganzen Einrichtungen jetzt forderst, dann muss ich nochmals darauf hinweisen, dass im Jahr 2001 in der Sitzung der Landesregierung der damalige Landesfinanzreferent gesagt hat, der Finanzierungsplan für die KAGES bis 2004 sieht vor, bei den Personalkosten minus 700 Millionen Schilling einzusparen, bei den Investitionen 1,5 Milliarden Schilling einzusparen. Das ist Faktum. Wenn man heute hergeht und sagt, warum ist das oder das nicht gebaut worden, dann frage ich, wer ist denn für die Finanzen zuständig? Wer gibt denn die Mittel frei? Das ist Doppeltzungigkeit, das ist einfach eine Unerhörtheit. Lieber Fritz, eines darf ich dir auch noch sagen: Wenn du sagst, ihr seid seit 2001 dabei, um eine Psychiatrie und so weiter zu fordern, dann darf ich Folgendes dazu sagen: Ich lege dir gerne unser Arbeitsprogramm 2000/2005 für die Stadt Leoben vor. Da findest du das alles schon drinnen. Ich bin aber sehr froh, dass du auch dafür bist und nicht so, wie es, und das sage ich bewusst auch, der ÖAAB-dominierte Betriebsrat sagt, was kommt denn nach Leoben? Dort kommt eine Palliativstation, die Sterbenden, da kommt ein onkologischer Schwerpunkt, die Todkranken, und da kommt eine Psychiatrie, die Depperten. So wird gearbeitet und so wird Stimmung gemacht. Man spricht davon, dass eine Abteilung, was uns auch nicht freut, verlagert werden soll, dass aber 1,5 Milliarden Schilling oder 112 Millionen Euro nach Leoben kommen, davon redet man kein Wort. Im Gegenteil: Diese Dame, die diese so genannte überparteiliche Unterschriftenaktion initiiert hat, versteigt sich dazu, dass sie in der Presse mitteilt, die Psychiatrie soll nach Bruck kommen, weil dort gibt es einen Haufen an Wiesen. Da können die, die dort drinnen sind, in der Wiese spazieren gehen. Diese Dame hat, so scheint mir, keine Ahnung, was in dieser psychiatrischen Abteilung passieren soll. So möchte man die Menschen verunsichern, und das qualifiziert sich von selbst. (Beifall bei der SPÖ.)

Eines sage ich auch noch: Wenn hier so gesprochen wird, es passiert nichts am LKH Leoben, dann darf ich schon sagen, seit 1995 sind 550 Millionen Schilling investiert worden bis zum Vorjahr. Ich habe genau aufgeschlüsselt, was heuer passiert. Die Palliativstation wird gebaut. Es ist ein Departement der Hämatonkologie angesiedelt, das an der Abteilung der Inneren Medizin schon seit 1. März eingerichtet ist. Es wird, wie schon gesagt, eine Palliativstation errichtet. Es wird eine Magnetresonanztomografie um eine Million Euro kommen. Es wird ein Architektenwettbewerb gemacht für die OP-Räume. Und da jetzt herzugehen und zu sagen, der Bürgermeister Konrad und der Prattes haben sich nackt ausziehen lassen, dem LKH nehmen sie alles weg, dann frage ich mich, wo leben denn diese Menschen? Der Gipfel der Unterstellung war deine heute wieder getätigte Aussage, man tauscht eine Unterführung gegen die Augenklinik. Da muss ich dir eines sagen: Du bist ja nicht so weit von Leoben weg und du weißt, wie lange wir um eine Unterführung, eine behindertengerechte Unterführung kämpfen in Leoben. Das weißt du ganz genau. Du weißt auch, dass die ÖBB dabei ist, dass das

Land Steiermark dabei ist und dass die Stadt Leoben dabei ist. Jetzt ist es endlich so weit, dass wir im Juli beginnen können. Uns aber zu unterstellen, wir tauschen eine Unterführung oder wie es im Gemeinderat sogar Fraktionskollegen von euch gesagt haben, wir sind gekauft worden, das beurteilt sich selber. Eines kann ich wirklich vollen Mutes sagen und zu dem stehe ich auch: Man kann nicht alles haben. Es gibt eine neue Strukturierung bei den Krankenhäusern. Ich bedanke mich bei unserem Landesrat Erlitz, dass die Obersteiermark eine qualitativ hochstehende Einrichtung bekommt. Ich zitiere hier, er ist unverdächtig, Primarius Ralph, den Leiter der Gynäkologie, die jetzt von Bruck komplett nach Leoben kommt mit Ausnahme der Geburtenstation: Wenn dieser onkologisch-gynäkologische Schwerpunkt in Verbindung mit der Strahlentherapie errichtet wird, werden wir ein medizinisches Zentrum von europäischem Format haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Da können Sie jetzt mitwirken, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP und die FPÖ sitzt ja auch in der Landesregierung, dass er auch jene Unterstützung bekommt, damit diese finanziellen Mittel auch Wirklichkeit werden und nicht so, wie du sagst, ich zäume das Pferd von hinten auf. Was macht denn ihr? Ihr werft hier vor, der Landesrat tut nichts. Geld für Investitionen hat er keines, aber dann redet mit euren Leuten, dass wir dieses Geld auch bekommen, damit wir diese Sachen alle umsetzen können. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.03 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kreisl.

Abg. Kreisl (14.03 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe heute wieder vermerkt, lieber Kollege Prattes, du baust, und baust, und baust. Ich weiß nicht, woher du das Geld nimmst. Wenn ich heute etwas baue, muss ich zuerst schauen, ob ich das Geld dafür habe, aber nicht zu den Leuten sagen, ich baue, ich baue und nachher sagen, ihr müsst mittun. Ich meine, das ist ein Kinderspiel. Was du am Anfang gesagt hast, das glaube ich dir schon. Du hast gesagt, du brauchst kein Konzept. Ich glaube, du hast kein Konzept. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

17. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1556/2, zum Beschluss Nr. 1175 des Steiermärkischen Landtages vom 28. Oktober 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Wiedner und List, betreffend die europaweite Vereinheitlichung der Straßenmautsysteme.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (14.05 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Regierungsmitglieder!

Ich darf Ihnen berichten über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1175 des Steiermärkischen Landtages vom 28. Oktober 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Wiedner und List, betreffend die europaweite Vereinheitlichung der Straßenmautsysteme.

Sie kennen die Unterlage im Detail, wir haben sie im letzten Ausschuss auch entsprechend verhandelt, daher darf ich mich auf den Antrag beschränken.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1175 des Steiermärkischen Landtages vom 28. Oktober 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Wiedner und List, betreffend die europaweite Vereinheitlichung der Straßenmautsysteme, wird zur Kenntnis genommen. Ich darf Sie um Annahme bitten. (14.05 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Der Herr Abgeordnete Stöhrmann hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. Stöhrmann (14.06 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Herr Landesrat! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren!

Ich möchte diesen Tagesordnungspunkt dazu benutzen, um einen Unselbstständigen Entschließungsantrag betreffend die Mautflucht einzubringen, darf aber vorher einige Bemerkungen dazu sagen:

Das Thema „Mautflucht“ beschäftigt uns schon sehr lange. Schon voriges Jahr habe ich im Zuge einer Debatte mit dem Herrn Zweiten Landeshauptmannstellvertreter Schöggel dieses Thema angeschnitten und darauf aufmerksam gemacht, dass das in Zukunft ein großes Problem wird. In der Zwischenzeit haben sich nicht nur die Medien dieses Problems angenommen, vor allem wir Bürgermeister vor Ort, die wir mit den Dingen des täglichen Lebens wirklich täglich konfrontiert sind, nehmen immer mehr wahr, dass aufgeregte Bürger zu uns kommen und bezüglich der Mautflucht, des verstärkten Lkw-Verkehrs auf unseren Bundes- und Landesstraßen sich beschweren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, und ich bin eigentlich froh,

als ich heute gesehen habe, dass es drei Entschließungsanträge zu diesem Thema gibt, dass in der Zwischenzeit auch die konservativen Parteien in diesem Haus, nämlich ÖVP und FPÖ, erkannt haben, dass dieses Problem gelöst gehört. (Abg. Mag. Drexler: „Die konservativste Partei im Landtag ist die Sozialdemokratie!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich wäre es gut gewesen, diesen Antrag gemeinsam einzubringen. Ich habe auch bei der letzten Ausschusssitzung den Eindruck gehabt, dass es zu einem gemeinsamen Antrag kommen könnte. Ich weiß schon, dass es für viele aus Ihren Parteien nicht einfach ist, so einen Gesinnungswandel durchzuführen, hat doch der Kollege Straßberger erst vor einigen Wochen gemeint, dass Straßen, die gebaut worden sind, dazu da sind, dass man auch auf ihnen fährt. Natürlich, da hast du vollkommen Recht, Kollege Straßberger, nur, wir haben auch Millionen, ja sogar Milliarden investiert in Autobahnen, in Schnellstraßen, um den Verkehr von den betroffenen Ortschaften wegzubringen. Und das genau ist das Problem, das mit der Einführung der Maut am 1. Jänner schlagend geworden ist. Wie dringend dieses Problem ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich Ihnen an einigen Beispielen und Schreiben mitteilen. Ich zitiere hier keine Zeitungen, obwohl es da auch genug Möglichkeiten geben würde. Zum Beispiel die Gemeinde Werndorf ist auf jeden Fall an einer Lösung interessiert. Bürgermeister Rohrer und ich waren diesbezüglich auch schon vor zwei Wochen bei Landeshauptmannstellvertreter Voves vorstellig. Auch bei einer GU8-Versammlung im April wurde eine entsprechende Anfrage vom Bürgermeister Rohrer gestellt. Die enorme Zunahme der Lkw-Durchfahrten ist in Werndorf zurzeit das sensibelste Thema. Besorgte Bürger waren sogar schon vorstellig, um Unterschriftenaktionen oder sogar Blockaden zu fordern.

Ein weiterer Brief: Die Gemeinde Hieflau ist von den Mautflüchtlingsen sehr stark betroffen. Bei einer privaten Messung wurde in der Zeit von 9 bis 10 Uhr festgestellt, dass durch das Ortsgebiet von Hieflau 182 Fahrzeuge, davon 54 Lkw, rollten. Mit dem Problem Lkw-Mautflucht ist auch die Gemeinde Feistritz massiv betroffen. Parallel zur S 36 führt die Murtal-Begleitstraße L 518 in ihrer ganzen Länge durch das Gemeindegebiet. Seit Einführung der Lkw-Maut wurde von den Anrainern eine massive Zunahme des Lkw-Verkehrs beobachtet. Die Marktgemeinde Sankt Michael ist von dieser Mautflucht sehr stark betroffen, obwohl auf der B 116 und B 113 geht der Verkehr anstatt auf die A 109 durch das gesamte Ortsgebiet. Erschwerend kommt dazu, dass eine Transportfirma in Madstein und das ÖBB-Logistikcenter eine eigene Abfahrt auf die A 9 hätten, aber nunmehr durch das Ortsgebiet fahren. Also es werden in letzter Zeit teuer gebaute Abfahrten, das Gleiche haben wie auch im Mürztal im Bereich Kindberg, wo eine solche Abfahrt für die VOEST-Alpine neu gebaut wurde, sie werden nicht mehr benutzt, sondern die Frächter scheuen die Autobahn. Auch eine andere Gemeinde, zum Beispiel Bad Aussee, ist von der so genannten Mautflucht betroffen. Zwar ist die Fahrt über den Pötschenpass für Lkws nicht so einladend, aber es gibt eindeutig eine beachtliche Zunahme des Schwerverkehrs seit Installierung der Automaut für diese Fahrzeuge. Niklasdorf, auch durch eine Zählung belegt, schwer betroffen, signifikante Zunahme, Gefährdung auf Grund des vor Jahren erfolgten Rückbaues. Die Gemeinde von den Lkw-Mautflüchtlingsen, die über die B 23 Lahnsattelbundesstraße betroffen ist, und diesbezüglich gibt es seitens der Gemeinde Mürzsteg – hier geht es um die Gemeinde Mürzsteg – bereits eine Resolution, auch die Gemeinden Neuberg im Mürztal beziehungsweise Kapellen haben eine derartige Resolution schon abgeschickt. Die Dinge gehen quer durch die Steiermark. Die Gemeinde Lieboch ist von der Lkw-Mautflucht in hohem Maß betroffen. Wir haben uns diesbezüglich bereits an Zweiten Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögl gewandt und senden Ihnen bei Bedarf den Schriftverkehr.

Und so könnte man das beliebig weiter fortführen. Die Gemeinden und die betroffenen Bürger, die nun an Durchzugsstraßen ihre Wohnung haben, von dem vermehrten Lkw-Verkehr betroffen sind, die Auspuffgase, den Dieseldunst einatmen müssen, von dem sie jetzt Gott sei Dank auf Grund der Bauten der Autobahnen einige Jahre befreit waren, sie wehren sich. Und sie scheuen auch nicht vor Aktionen zurück. So heißt es zum Beispiel: Die Schwerfahrzeuge nutzen jede Gelegenheit, die Autobahn in Gratkorn-Nord und Süd zu verlassen, um über die B 67 auszuweichen. Weitere Aktionen werden vorbehalten.

Oder die Gemeinde Hieflau: Die Thematik ist für Vordernberg von ganz besonderer Bedeutung, weil die Achse Trofaiach-Hieflau-Steyr-Amstetten beziehungsweise Linz B 115 immer mehr als Ausweichroute genutzt wird. Weitere Schritte, die die genannten Gemeinden setzen wollen: Einbindung und Information der Presse, Aufforderung an den zuständigen Landesrat, in dieser Angelegenheit endlich etwas zu unternehmen. Beispiele aus anderen Bundesländern sind bekannt. Straßenblockade in den nächsten Wochen nach Absprache mit der BH. Diese Liste von Meldungen könnte man unendlich fortsetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das Ganze wird dadurch verschärft, dass andere Bundesländer sehr wohl auf diesen Umstand reagiert haben. Landeshauptmann Pröll in Niederösterreich hat schon vor längerer Zeit reagiert und hat Fahrverbote diesbezüglich erlassen. In Oberösterreich gibt es Derartiges und auch in anderen Bundesländern. Und ich frage mich wirklich, was kann Niederösterreich, was kann Pröll, was wir nicht können? Sind unsere Menschen Menschen zweiter Klasse? Müssen sie das so hinnehmen? Wir wollen das nicht.

Und deswegen habe ich mich auch, als ich diese drei Entschließungsanträge gesehen habe, sofort mit den Kollegen aus den anderen Fraktionen in Verbindung gesetzt und habe gemeint, wir sollten doch einen gemeinsamen Antrag einbringen. Ursprünglich hat es so ausgesehen, das wäre auch möglich. Aber wenn man eben mit den anderen Fraktionen dann an einem Tisch sitzt und diese Gespräche beginnt, dann zeigt sich eigentlich das alte Verhaltensmuster dieser beiden Parteien. Sie rücken sofort zusammen und sie sind nicht Gesprächsbereit in wirklichen elementaren Dingen (Abg. Wiedner: „Aufpassen, was du sagst!“), die diesen Antrag betreffen. Es geht nämlich darum, dass sich ÖVP und FPÖ nun doch auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt haben, in dem es heißt, dass Verkehrszählungen, die ja eigentlich schon längst durchgeführt werden hätten müssen, dass Verkehrszählungen abgewartet werden müssen und erst dann eine dement-

sprechende Verordnung seitens des zuständigen Straßenlandesrates erfolgen soll. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, lehnen wir im Interesse der betroffenen Bevölkerung vehement ab. Ich glaube, es ist lange genug zugewartet worden. Man braucht nicht mehr aufschieben, man braucht sich nicht mehr auf Verkehrszählungen konzentrieren. Eines sage ich Ihnen: Den Menschen draußen ist es ganz egal, ob jetzt der Verkehr um ein Prozent oder um 10 Prozent zugenommen hat. Es ist einfach so, dass die Lebensqualität in den betroffenen Orten unwürdig und nicht mehr tragbar ist. Daher muss sofort gehandelt werden und deshalb möchte ich den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Stöhrmann, Schrittwieser, Prattes, Margarethe Gruber und Dr. Bachmaier-Geltewa einbringen. Seit der Einführung der Lkw-Maut mehrten sich die Beschwerden der Bevölkerung über zunehmenden Lkw-Verkehr auf parallel zu bemauteuten Autobahnen und Schnellstraßen verlaufenden Landesstraßen B sowie auf Landesstraßenabkürzungen zwischen Autobahnen und Schnellstraßen, deren Benützung bis zur Einführung der Lkw-Maut anscheinend nicht lukrativ war. Laut Einschätzungen der Bezirkshauptmannschaften hat der Schwerverkehr auf der Ennstal- und Schoberpassstraße um 10 bis 15 Prozent zugenommen, auf der Friesacher Straße wurde eine Zunahme von 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr gemessen. Auf der Murtalbegleitstraße bei Kraubath, Sankt Stefan, Kaisersberg, Sankt Michael sowie im Raum Neuberg und Mariazell ist laut Gendarmerie sogar von einer Zunahme um 30 Prozent die Rede, so eine Medienmeldung. Verkehrslandesrat Schögggl beschwichtigt, bis Ende Juni muss man zumindest noch warten, erst dann lägen zuverlässige Verkehrszählungen vor, erst dann werde er vielleicht handeln. Wie die Steirerinnen und Steirer in den letzten Jahren in Verkehrsfragen leider schon gewohnt sind, ist die Steiermark wieder einmal im Handeln hinten nach. Der Landeshauptmann und Verkehrsreferent unseres Nachbarlandes Niederösterreich, Erwin Pröll, macht es uns wieder einmal vor, wie man schnell im Interesse seiner Bürger und Bürgerinnen handeln kann. Er erließ bereits mit Datum 4. März 2004 ein Transitfahrverbot für die B 18 (Hainfelder Straße) auf einer Länge von über 43 Kilometern. Andere Bundesländer, wie Oberösterreich, haben mittlerweile ebenfalls schon regionale Lkw-Transitfahrverbote erlassen. Ähnliche Regelungen wie in Niederösterreich fordern unter anderem die Gemeinden Mürzsteg und Kapellen in Resolutionen für die B 23 Lahnsattelstraße, die B 21 Gutensteiner Straße und die B 20 Mariazeller Straße. Umgesetzt hat Landeshauptmann Pröll dieses „Transitfahrverbot“ mit einem Erlass – den Wortlaut kann ich gerne zur Verfügung stellen. Was Landeshauptmann Pröll zur Entlastung seiner Landesbürger und -bürgerinnen durchsetzen kann, sollten auch Landeshauptfrau Klasnic und Verkehrsreferent Schögggl auch für die Steirerinnen und Steirer schaffen, wenn sie es wollen, und zwar sofort schaffen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, auf den in der Steiermark von „Mautflüchtlingen“ betroffenen Landesstraßenausweichrouten schnellstens Lkw-Transitverkehrsbeschränkungen, wie zum Beispiel vom niederösterreichischen Landeshauptmann auf der B 18 verordnet, zu erlassen, um die vom Lkw-Ausweichverkehr schwer belastete Bevölkerung zu schützen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sehe es nur als Ausrede an, wenn man sagt, erst nach Vorliegen der Verkehrszählungen soll gehandelt werden. Wir wissen alle, wie es mit diesen Gutachten aussieht. Bis jetzt war es nicht einmal möglich zu erfahren, wo Verkehrszählungspunkte im Müürztal stattfinden. Das hat Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl auch schon vor einem halben Jahr gesagt. Er hat bis jetzt keine dieser Zahlen zur Verfügung gestellt. Ich zweifle an, ob er in der Lage sein wird, das auch bis Ende Juni zu tun. Deshalb ersuche ich, schließen Sie sich unserem Entschließungsantrag an und handeln wir sofort im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.18 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Danke. Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler der Volksschule Tieschen unter der Leitung von Frau Rosemarie Bund und Eltern. (Allgemeiner Beifall.)

Nächste Wortmeldung von Herrn Abgeordnetem Wiedner. Bitte sehr.

Abg. Wiedner (14.19 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landeshauptmannstellvertreter, liebe Regierungsmitglieder, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Kollege Gangl ist wahrscheinlich auch ein Besucher der Volksschule Tieschen vor ein paar Jahren gewesen. Ich halte fest: Bernd Stöhrmann, SPÖ, lobt die Politik von Landeshauptmann Pröll. (Abg. Stöhrmann: „Wo er gut ist, ist er gut!“) Das ist natürlich eine neue Erkenntnis. (Abg. Stöhrmann: „Seit sieben Monaten wird dieses Thema diskutiert!“) Du ziehst halt gerade das heraus, was dir passt. Vielleicht mit dem Negativen zuerst: Es war leider nicht möglich, einen gemeinsamen Antrag zusammenzubringen. Wir haben noch längere Zeit darüber gesprochen und darüber verhandelt. Eines, lieber Bernd Stöhrmann: Wenn man verhandelt, muss man sich auch bewegen. Es bringt nur etwas, wenn man ein Ergebnis zusammenbringen will, dass jeder dem anderen einen Schritt entgegenkommt. (Abg. Stöhrmann: „Seit sieben Monaten!“) Bernd, das ist jetzt nicht das Argument, das ist jetzt nicht Sache, sondern bei einer Verhandlung ist es meines Erachtens nach so, dass jeder ein bisschen nachgeben muss, um eine Lösung zu finden, die man gemeinsam tragen kann. Du warst leider nicht bereit, auch nur einen Zentimeter von der ganzen Sache herunterzusteigen. Wir haben dann mit dem Kollegen Straßberger eine gemeinsame Lösung gefunden, die jetzt als Antrag vorliegt. Eines ist auch klar: Auch wir wollen eine Lösung im Sinne der Bevölkerung. Es bringt jetzt aber nichts, eine überstürzte Lösung zu machen, um dann nachher draufzukommen, dass wir in die falsche Richtung gelaufen sind. (Abg. Stöhrmann: „Sieben Monate, und ihr redet von überstürzt!“) Lieber Kollege Stöhrmann, wegen 14 Tagen jetzt etwas über das Knie zu brechen, das ist nicht sinnvoll und solche Dinge lehne ich ab. Es ist bis Juni die Verkehrszählung fertig. Herr Landeshauptmannstellvertreter hat es noch einmal versprochen, dass alles bis dahin fertig ist und er hat gesagt, dass es bis Ende Juni diese Verordnung geben kann. Und so ist jetzt der

Antrag auch formuliert. Es ist ja sinnlos, Anträge zu formulieren und die Regierung damit zu beschäftigen, wo wir im Vorhinein wissen, dass das nicht umsetzbar ist, dass das nicht machbar ist. Wir gehen ansonsten mit diesen Vorschlägen in die falsche Richtung. Es werden ja trotzdem noch viele draufkommen, dass diese Verkehrszählung völlig andere Werte bringen wird, als manche subjektiv empfinden. Wir haben auch diskutiert über den Quellverkehr und wir haben diskutiert über den Zielverkehr. Wir müssen aufpassen, was wir hier mit diesem Verkehr machen. Es bringt ja nichts, hier schnell eine Verordnung zu erlassen, damit wir etwas getan haben, die Zeitungen dann schreiben können, wir sind ohnehin alle so gut und wir machen alles so schnell. Erwähne dich an etwas zurück. Erwähne dich eine Viertelstunde oder 20 Minuten zurück, wie dein Herr Landesrat Erlitz bei der Spitalsgeschichte dafür gekämpft hat, zuerst zu erheben, eine Studie zu machen und dann umzusetzen. Alle seid ihr dahinter gestanden, dass das sinnvoll ist und bei dem Bereich soll das nicht sinnvoll sein? Das verstehe ich nicht, lieber Freund. (Abg. Stöhrmann: „Das hätte schon längst passieren können!“) Es wird aber passieren. Du weißt ganz genau, dass das passieren wird. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel: „Das ist nur ein Politikum, das ihr haben wollt!“) Da geht es jetzt nur um eine schnelle Schlagzeile in den Medien. Da geht es um keine qualitätsvolle Arbeit. Was wir wollen ist eine qualitätsvolle Arbeit. Ich bedanke mich daher beim Kollegen Straßberger, dass wir jetzt gemeinsam etwas Sinnvolles produziert haben. Ich darf daher diesen Antrag einbringen. Die Begründung kann ich mir ersparen und der Text ist bekannt. Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sofort nach Vorliegen der erforderlichen Verkehrszählungen, spätestens jedoch bis Ende Juni 2004 eine geeignete Verordnung zu erlassen, die gewährleistet, dass Lkws in Zukunft nicht – um die Lkw-Maut zu umgehen – auf niederrangige Straßenstücke im Bereich des Bundes- und Landesstraßennetzes ausweichen. Von diesen Beschränkungen soll der Ziel- und Quellverkehr ausgenommen werden, sofern dies nicht den EU-rechtlichen Bestimmungen widerspricht. Meine Damen und Herren, das ist ein Antrag, der in die Zukunft weist. Das ist ein Antrag, der Sinn macht. Ich ersuche um Unterstützung. (Beifall bei der FPÖ. – 14.24 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (14.24 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Verehrte Landeshauptmannstellvertreter! Meine Damen und Herren Regierungsmitglieder! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Hohes Haus!

Wenn hier im Steiermärkischen Landtag eine Verkehrsdiskussion stattfindet, dann bräuchte man nur die Protokolle vor zehn Jahren ausheben und man hört eigentlich immer dasselbe. Natürlich, verehrte Damen und Herren, hat sich mit 1. Jänner 2004 auf dem hochrangigen Straßennetz etwas getan und ich denke nur zurück, wie in diesem Haus auch vehement die Lkw-Maut eingefordert worden ist und insbesondere von der SPÖ. Gott sei Dank ist dieses System bei uns in Österreich aufgegangen. Man brauchte nur über die Grenzen schauen, nach Deutschland, hier hat dieses Projekt kläglich versagt und bei so einem großen Projekt und bei so einer Neugier gibt es natürlich auch Kinderkrankheiten, überhaupt keine Frage. Das sind die so genannten Mautflüchtlinge, das ist für mich kein schöner Ausdruck, ich sage das auch, aber es sind einige Frächter, die sich dieser Gewohnheit hingeben. Letztendlich glaube ich, muss man hier gerade die Transportunternehmungen schon auch loben, die diese Mauteinrichtungen an und für sich kommentarlos oder fast kommentarlos hingenommen haben, wenn auch mit Kosten verbunden. Letztendlich, sage ich Ihnen, zahlt soundso der Konsument. Da brauchen wir uns gar nichts antun, weil die Rechnungen lauten so: Fracht plus Mautgebühr, Strich, Summe. Das ist an und für sich der Rechnungsbetrag. Aber natürlich gibt es dann auch wieder Begleitstraßen, die halt dort oder da von einigen – jetzt sage ich das wirklich sehr vorsichtig – einigen schwarzen Schafen benutzt werden und diesen Herrschaften muss man die Leviten lesen. Und ich glaube, man kann nicht generell, wenn jetzt irgendwer sagt, Jesus Maria, jetzt fahren um drei Lkws oder zehn mehr, jetzt sage ich das als betroffener Anrainer der S 6 in Müzzzuschlag und in Langenwang, da ist es glaube ich notwendig, dass man hier wirklich von Fakten spricht und dass man hier die Verkehrszählungen durchführt und hernimmt. Ich sage das ganz offen und ich habe mich erkundigt, dass schon an sehr vielen Straßen der Verkehr gezählt wurde und es gibt zum Beispiel eine Straße, eine Begleitstraße, die alte Schoberpassstraße, die ist wirklich stark frequentiert. Ich sage das, da fahren fast um 30 Prozent mehr Lkw und dort muss man Maßnahmen setzen. Eines möchte ich sagen, man muss ein bisschen vorsichtig sein. Ich glaube, man muss hier von den Einheiten ausgehen und nicht immer von den Prozenten. Hier gibt es natürlich auch umgekehrte Argumentationen, aber das ist auf jeden Fall zu beachten und hier gehören Sofortmaßnahmen gesetzt. Nachdem die Verkehrszählungen abgeschlossen sind, kann man ohne Weiteres Maßnahmen setzen. Zu dieser so genannte Lahnsattelstraße über Müzzsteg, Neuberg nach Müzzzuschlag. Wenn ich heute einen Antrag von der SPÖ lese, dass es dort heißt, 30 Prozent mehr Verkehr, dann ist das wirklich sehr populistisch. Ich darf Ihnen sagen, ich habe mich erkundigt. Im Jänner waren es dort 4,65 Prozent mehr, im Februar 4,41 Prozent und im März 6,12 Prozent. Und jetzt frage ich dann schon, verehrte Damen und Herren, nach dem Ziel- und Quellverkehr, den müssen wir dort einmal ins Auge fassen. Und wer kontrolliert das dort? Das wird natürlich auch eine Sache für sich sein. Das Müzztal ist noch nicht abgeschlossen, hier ist man dabei. Hier wurde mir aber auch gesagt, dass gerade Verkehrswege, die durch Städte führen, wo gewisse Geschwindigkeitsbeschränkungen stattfinden oder mit Hindernissen wie bei den Einmündungen, Kreisverkehre und dergleichen, das sind für die Transportwirtschaft Hindernisse und Hemmnisse und die werden vom Zeitmanagement her gemieden.

Natürlich gibt es den einen oder anderen, der das auch in Kauf nimmt. Genauso sagt man, dass Bergstrecken an und für sich nicht bevorzugt werden für solche Ausweichstrecken. Ich will das jetzt gar nicht zur Diskussion stellen, ob Hiefrau jetzt eine Transitstrecke ist oder nicht. Bitte schön, über das lässt sich, glaube ich, streiten.

Ich meine daher, dass der Antrag, den wir gemeinsam mit der FPÖ gemacht haben, sehr sinnvoll ist, dass man zuerst hergeht und die Verkehrszählungen abwartet. Dann aber muss gehandelt werden. Und, Herr Landeshauptmannstellvertreter, da bitte ich dich schon sehr höflich, dass du auch da sehr dahinter bist, und wenn die Verkehrszählungen vorliegen, dass man dann auch hier sofort Maßnahmen setzt und dass das nicht noch länger hinausgezögert wird. Wir bitten dich, dass das bis Ende Juni auch über die Bühne geht.

Lassen Sie mich einen Satz zu dem Antrag der SPÖ sagen. Ich sage Ihnen ganz offen – der Kollege Stöhrmann hat auch gesagt, okay, den Satz tun wir heraus –, solange Sie in Ihrer Begründung so untergriffige Formulierungen setzen, werden wir nicht aus der Sache, aber aus der reinen Formalität eure Anträge abweisen und euren Anträgen nicht zustimmen (Beifall bei der ÖVP.), denn dieser Antrag ist wieder ganz, ganz abscheulich formuliert, ich sage das, Herr Präsident. Und daher stimmen wir nicht zu.

Ich bitte Sie, ihr werdet ja wahrscheinlich unserem Antrag auch zustimmen. In diesem Sinne danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.30 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Nochmals zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stöhrmann.

Abg. Stöhrmann (14.31 Uhr): Herr Präsident, meine werten Herren Landesräte, Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ein Wort zu diesem „abscheulichen“ Antrag, wie ihn der Kollege Straßberger genannt hat.

Noch einmal, wir sind in der Sache ja nicht weit auseinander, uns trennt vielleicht ein Monat. Und im Endeffekt, bei diesen Verhandlungen habe ich auch gesagt, wenn wir die sofortige Maßnahme beschließen, dann werden vielleicht die Verkehrszählungen auch schon vorliegen und können eingearbeitet werden. Das ist überhaupt keine Frage. Zu dem stehe ich auch nach wie vor.

Mir geht es nur darum, für die Menschen, die draußen von diesem Umstand schwerstens betroffen sind, ein Zeichen zu setzen. Und das haben wir mit dem Antrag, mit dem gemeinsamen Antrag der beiden Fraktionen nicht, denn dort wird wieder aufgeschoben und das wollen wir nicht.

Aber zurück zu diesem „abscheulichen“ Antrag. Dieser „abscheuliche“ Antrag wurde in Form eines normalen Antrages eingebracht und in der letzten Ausschusssitzung – die Damen und Herren werden sich erinnern können, als der Ausschuss Verkehr und Infrastruktur aufgerufen wurde und man diesen Ausschuss eigentlich seitens der ÖVP dazu benutzt hat, um den Herrn Zweiten Landeshauptmannstellvertreter, der verantwortlich ist für Energiepolitik, in sehr polemischer und da meine ich manchmal sogar unverschämter Art und Weise zu attackieren (Beifall bei der FPÖ) und damit die ganze Zeit des Ausschusses verbraucht hat und wichtige Probleme, die für die Bevölkerung dieses Landes zu lösen sind, wieder hintangeschoben hat – dieser Antrag, der damals eingebracht wurde, ist wortident mit dem heutigen Entschließungsantrag. Und so viel mir bekannt ist – der Herr Direktor Anderwald möge mich korrigieren – hat die ÖVP (Abg. Riebenbauer: „Da war diese Formulierung nicht drinnen!“) damals das ins Kalkül gezogen, diesen Antrag zu unterschreiben, und so viel ich weiß, hat sie ihn auch unterschrieben. Das zu diesem „abscheulichen“ Antrag. (Beifall bei der SPÖ. – 14.34 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (14.34 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Kollege Stöhrmann, du hast so schön gesprochen von den Menschen draußen. Ich bin einer dieser Menschen draußen, weil ich genau neben einer dieser Ausweichrouten im Murtal lebe. Und das war Anfang des Jahres katastrophal, es ist ein Lkw-Zug nach dem anderen vorbeigerollt und wir hatten eine Situation wie schon zehn, 15 Jahre nicht mehr. Es war die Situation wie quasi vor dem Bau der Schnellstraße.

Und ich habe selbst ähnlich argumentiert wie du. Ich bin zum Kollegen, zum Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schöggel, gegangen und habe gesagt, furchtbar, du musst etwas tun, sofort, das ist nicht auszuhalten. Und der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat immer gemeint, wir brauchen aber eine ordentliche Begründung, wir brauchen eine Verordnung, die hält. Das, was wir machen, das müssen Nägel mit Köpfen sein und wir können nicht jetzt eine Maßnahme treffen, die dann in kürzester Zeit wieder aufgehoben wird. Gestern hat es in unserem Ort eine Verkehrszählung gegeben. Meine Familie hat sich auch daran beteiligt. Und siehe da, die Frequenz hat sich dramatisch verändert. Während im Jänner, Februar und März noch ein Lkw-Zug nach dem anderen vorbeigerollt ist, war gestern bei der Zählung offensichtlich, dass sich die Situation für die Anrainer bereits wesentlich verbessert hat. Zum Glück! Aber ich gebe mich damit auch nicht zufrieden, so wie du und ich bin froh, wenn jetzt Ende des Monats die Fakten am Tisch liegen, wenn wir dann eine Verordnung haben werden, eine Verordnung, die mit Zahlen untermauert ist und die dann auch hält, die wasserdicht ist. Das wollen wir, glaube ich, als Anrainer. Wir wollen nicht irgend eine Maßnahme, die kurzfristig wieder aufgehoben werden kann. Was wir wollen, ist eine Sicherheit, dass diese Maß-

nahme auch in Zukunft hält. In diesem Sinne bin ich schon froh, wenn die Verordnung heraußen ist, sei es Nachtfahrverbot, sei es Gewichtsbeschränkung oder anderes mehr, dass die Anrainer wieder die Lebensqualität haben, die wir alle wollen. (Beifall bei der FPÖ. – 14.36 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (14.37 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Kollegen auf der Regierungsbank, Hohes Haus!

Mir ist das Problem natürlich schon bewusst. Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich auf diese Anträge gewartet hätte mit Maßnahmen, wären wir noch nicht so weit, wie wir jetzt sind. Wir haben mit der EU-Erweiterung, die ist ja nicht, die EU-Erweiterung – (Abg. Stöhrmann: „Haben Sie auf meine Anfrage voriges Jahr reagiert?“) Nein, für dich ist es vielleicht überraschend, weil es gibt Teile im Mürztal, da überreißt man halt nicht so recht, was los ist. Aber es ist so, dass wir ja seit Jahren wissen, darf ich bitte um Aufmerksamkeit bitten, auch in meiner Fraktion, dass es die EU-Erweiterung geben wird (und die hat stattgefunden mit 1. Mai) und dass es zu Produktionsverlagerungen kommt, dass wir Gott sei Dank eine prosperierende Wirtschaft haben. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage jetzt etwas, vielleicht für den Verkehrsreferenten Mutiges, wenn Sie eines Tages in der Früh aus dem Fenster schauen und Sie sehen keinen Lkw mehr, dann ist es besser, Sie legen sich wieder ins Bett, weil dann ist die Wirtschaft zusammengebrochen. Das ist nämlich das Problem, wer produziert, der transportiert. Wir haben auch Gott sei Dank, in den Regionen ist es gelungen, Betriebe anzusiedeln, Firmen anzusiedeln, die natürlich Rohmaterial hinführen müssen, die Fertigprodukte wegführen müssen. Das ist ein wichtiger Punkt und gerade das Mürztal ist ja gesegnet, Gott sei Dank, mit vielen Betrieben, die Transporte durchführen müssen.

Bei dir in der Gemeinde ist es vielleicht nicht gelungen, alle diese Betriebe anzusiedeln, die du gerne gehabt hättest, die sind in Langenwang, die sind in Kindberg, in den anderen Gemeinden, in anderen Gemeinden. (Abg. Stöhrmann: „Das Mürztal ...!“) Lautstärke erhöht nicht die Kraft der Argumente. Lautstärke erhöht nicht die Kraft der Argumente! (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Vielleicht versuchst du mit dem Kopf zu reagieren und nicht mit dem Kehlkopf!“)

Bemühe ich mich ja. Aber wenn man in anderen Gemeinden, Langenwang, Kindberg, Mürzhofen, sehr, sehr erfolgreiche Betriebsansiedelungen hat, vielleicht in Mitterdorf nicht so erfolgreich – kann ich nicht beurteilen – aber es wird natürlich produziert, Gott sei Dank, und transportiert und dort sind wir nämlich bei einem Punkt. Wesentlich: Viele Unternehmen werden wahrgenommen als so genannte Mauteinsparer, wie auch das Wort Mautsparer, lieber als Mautflüchtling, weil sie erstens einmal inländische Unternehmen sind, die durchaus den Quell- und Zielverkehr durchführen müssen, weil sie ihre Ab- und Beladestellen anfahren müssen und es gibt auch eine Reihe einheimischer Frächter, die Autos und Züge im Ausland angemeldet haben und die natürlich mit ausländischen Kennzeichen unterwegs sind und daher von der Bevölkerung durchaus als ausländische Lkws, als Transitverkehr wahrgenommen werden, obwohl sie so quasi unter steirischer und österreichischer Flagge fahren. Wie gesagt, seit November laufen die Zählungen, also wir haben nicht gewartet auf diese Anträge, sondern seit November haben wir 115 Zählstellen und es werden auch noch händische Zählungen durchgeführt, weil wir einfach wissen müssen, wie sich der Verkehr entwickelt und wenn der Vergleich mit Oberösterreich oder Niederösterreich oder Tirol, den ich besonders schätze, herangezogen wird, in Oberösterreich hat der zuständige Kollege Maßnahmen für Ende Juni angekündigt. Und da ist überhaupt kein Unterschied! In Niederösterreich ist die Situation etwas anders, aber es hat inzwischen ja sogar der Verfassungsgerichtshof festgestellt, dass nicht alle Verordnungen, die das Land Niederösterreich erlässt, auch tatsächlich rechtskonform sind. Denken wir an das berühmte Naturschutzgesetz, das uns so lange in einem der wichtigsten Infrastrukturvorhaben behindert hat. Und Tirol, meine Damen und Herren, dort hat das Schlamassel überhaupt angefangen, weil man geglaubt hat, mit einer Verordnung die einheimischen Frächter schützen zu können durch andere Mautgestaltung und daher sind wir in Europa faktisch an den Rand der Unzumutbarkeit gekommen. Also wir arbeiten seit November.

Am 29. Jänner 2004 habe ich bereits sämtliche Bezirkshauptleute zu einem Gespräch und die Verkehrsreferenten eingeladen, weil mir das wichtig war, die Veränderungen festzustellen. Und damals waren schon Klagen im Mürztal und im Neuberger Tal, die mir nicht ganz zugänglich waren, weil ja damals die Lahnsattelstraße auf Grund der Schneefälle sehr schwer passierbar war für Schwerverkehr. Und damals waren die Meldungen der Bezirkshauptleute, Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung, Hofrat Thierriecher, es ist bisher kein Umgehungsverkehr bemerkbar, auch die Befürchtung hinsichtlich der Strecke Lannach-Lieboch ist nicht eingetreten. Bezirkshauptmannschaft Leoben, Hofrat Dr. Kreuzwiesner: „Auf der Schoberpaßbundesstraße in Wald am Schoberpaß deutlich verstärkter Verkehr“, „an der B 113 bemerkbar“, „Beschwerden sind aus dem Raum Kalwang vorhanden“, „Verkehrsvermehrung rund 15 Prozent“, muss man natürlich aber von den absoluten Zahlen ausgehen. Wenn ich 30 Lkws habe in 24 Stunden und ich habe eine Steigerung von 100 Prozent, sind es 60, meine sehr verehrten Damen und Herren. Daher müssen wir schon die Basiszahlen berücksichtigen. Bezirkshauptmannschaft Weiz, Hofrat Taus: „Es gibt bereits jetzt konkrete 24-Stunden-Zählungen. Der Lkw-Verkehr auf der B 54 beträgt rund 8,5 Prozent. Im Dezember 730 Lkw, im Jänner waren es sogar nur 6,4 Prozent, es wurden 604 Lkw gezählt. Es wird ein Ansteigen vermutet.“ Ich habe das Protokoll hier. Bezirk Bruck, Mag. Preiner: „Es gibt eine leichte Verkehrserhöhung auf der Mariazeller Bundesstraße. Auch hier allerdings lässt der Beobachtungszeitraum auf Grund der Witterung derzeit keine Schlüsse zu.“ Wir haben weiter gezählt und wir brauchen im Sinne der Rechtssicherheit diese Entwicklungen und wir wissen

eines, dass bereits wieder eine gewisse Rückverlagerung auf das höherrangige Straßennetz stattfindet, weil natürlich die Frächter kalkulieren und natürlich wissen, dass die Zeiteinsparungen im höherrangigen Straßennetz die Mauteinsparung wesentlich überkompensiert.

Am 27. Mai 2004 wird im Bundesministerium Verkehr, Innovation und Technologie mit Bundesminister Gorbach eine Verkehrsreferentenkonferenz aller Bundesländerverkehrsreferenten stattfinden, wo akkordierte Maßnahmen beschlossen werden. Und am 8. Juni, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir das nächste Mal mit den Bezirkshauptleuten, die letztlich die Verordnungen ja durchführen und umsetzen müssen, die ganz gezielten Maßnahmen beraten, Entscheidungen treffen und die Maßnahmen umsetzen. So, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind an einem konkreten Problem mit konkreter Arbeit erfolgreich unterwegs und wir werden dieses Problem natürlich weitestgehend lösen, wo es möglich ist. Es wird nicht überall möglich sein. Das ist wahrscheinlich nicht im Sinne der Wirtschaft und es ist auch nicht im Sinne der an den Strecken liegenden Unternehmen und es ist letztlich auch nicht im Sinne der Arbeitnehmer, bei diesen Transportunternehmen arbeiten, die übrigens Zusammenarbeit signalisiert haben. Es hat sowohl der Vertreter der Frächter als auch der Vertreter der Wirtschaftskammer entsprechende Mitarbeit und Zusammenarbeit mit uns signalisiert.

Das heißt, am 8. Juni werden die Entscheidungen fallen. Es ist dann aus gesetzlichen Gründen eine Begutachtungsfrist von 14 Tagen einzuhalten, so dass wir Ende Juni faktisch unsere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, weil wir die Probleme der Bevölkerung ernst nehmen, konkret setzen können und wir werden das dann umsetzen.

Und wir werden diese Maßnahmen natürlich – und auch Sie sind aufgerufen zur Evaluation dieser Maßnahmen –, das heißt, wir werden diese Maßnahmen evaluieren, von Zeit zu Zeit überprüfen. Wir werden wahrscheinlich unter Umständen einmal den einen oder anderen Straßenzug neu dazunehmen müssen und bei einem anderen die Verordnung wieder aufheben können. Das ist ein Prozess. Der Prozess ist eingeleitet. Wir sind am Terminplan. Wir werden rechtssichere und vernünftige Regelungen haben, die sowohl für die steirische Wirtschaft, für die steirische Transportwirtschaft, als auch für die Anrainer verträglich und verkraftbar sind.

Ich bitte die Bevölkerung der Steiermark von dieser Stelle aus um Geduld bis, wie wir immer gesagt haben, Ende Juni. Dann werden wir so weit sein, die Maßnahmen setzen zu können. Und, bitte, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese wichtige Frage sollte nicht zu einem Parteipolitikum werden. Danke! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 14.46 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 17 liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Verhinderung von „Mautflüchtlingen“ und die Einführung von „Transitfahrverboten“, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ, betreffend Maßnahmen gegen die Umgehung der Lkw-Maut, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

18. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1776/1, betreffend den Bodenschutzbericht 2003.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Erwin Gruber (14.47 Uhr): Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Bodenschutzbericht 2003.

Im Steiermärkischen landwirtschaftlichen Bodenschutzgesetz ist im Paragraphen 2 Absatz 6 festgelegt, dass die Steiermärkische Landesregierung durch Verordnung ein Steiermärkisches landwirtschaftliches Bodenschutzprogramm zur Erhebung und Kontrolle des Belastungsgrades landwirtschaftlicher Böden zu erlassen hat und dass über das Ergebnis der Untersuchungen jährlich ein „Bodenschutzbericht“ zu erstellen und dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis zu bringen ist.

Der Bodenschutzbericht 2003 – es handelt sich bereits um den 16. derartigen Bericht – präsentiert die aktuellen Ergebnisse der Bodenzustandsinventur im Bezirk Deutschlandsberg, wo in den Jahren 1995 bis 1999 insgesamt 56 Untersuchungsstandorte eingerichtet worden sind, in detaillierter Weise.

Bis Ende des Jahres 2003 wurden im Rahmen der Bodenzustandsinventur insgesamt 921 Standorte eingerichtet. Das vollständige Untersuchungsnetz mit rund 1000 Standorten soll im Jahr 2006 erreicht sein.

In 14 steirischen Bezirken ist die Bodenzustandsinventur bereits weitestgehend abgeschlossen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 23. Februar 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bodenschutzbericht 2003 wird zur Kenntnis genommen. (14.48 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Als Erstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Berichterstatter Abgeordneter Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Erwin Gruber (14.49 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, liebe Regierungsmitglieder, Hohes Haus!

Ich bin eingangs einmal sehr dankbar für den Bodenschutzbericht – er ist von der Fachabteilung 10B unter Hofrat Dr. Köck erstellt worden –, weil wir alle wissen, dass ein gesunder Boden Grundlage jeglichen Lebens ist und vor allem auch Grundlage einer guten und gesicherten Trinkwasserversorgung ist. Erstellt wurde dieser Bodenschutzbericht auf Grundlage des steirischen Bodenschutzgesetzes, laut Bodenschutzprogrammverordnung, vom Referat für Boden- und Pflanzenanalytik.

Der Zeitraum der Messungen beziehungsweise der Gutachten beläuft sich auf die Jahre 1995 bis 1999 im Bezirk Deutschlandsberg. Es sind insgesamt 56 Untersuchungsstandorte ausgewählt worden und es gibt eine Vielzahl von Parametern, die hier angeführt worden sind. Diese gliedern sich letztendlich in drei große Gruppen:

Erstens: Die allgemeinen Bodenparameter – betrifft den Humus- und den Säuregehalt des Bodens.

Zweitens: Den Nährstoffgehalt der Böden – bezieht sich auf Stickstoff, Phosphor, Kalium und auf die Spurenelemente.

Drittens: Den Schadstoffgehalt der Böden. Hier bezieht sich der Bericht auf die mineralischen Schadstoffe, wie Schwermetalle Cadmium, Kupfer und Blei, sowie auf die organischen Schadstoffe. Das sind die chlorierten Kohlenwasserstoffe, wie DDT, oder Rückstände von Herbizideinsatz.

Bevor ich ein bisschen auf das dann eingehe, darf ich noch die vorherrschenden Bodentypen vorstellen, die sich im Bezirk Deutschlandsberg präsentieren. Da sind einmal die Anmoore. Es sind da die Auböden, die Gleye, die Rendsinen und der Ranker, sowie Braunerde, Pseudogleye und Reliktböden.

Ich möchte jetzt ein bisschen auf die Ergebnisse der Bodenzustandsinventur eingehen, und zwar einmal zuerst auf die allgemeinen Bodenparameter.

Der Humusgehalt im Bezirk Deutschlandsberg auf den landwirtschaftlichen Böden ist überall zufriedenstellend. Der pH-Wert der Untersuchungsstellen ist bei 50 Prozent der Stellen zu sauer – der Landesschnitt ist hier 38 Prozent – und das bezieht sich darauf, dass die Ursachen einfach da sind, weil das Ausgangsmaterial im kalkfreien Bereich liegt. Bis zu 98 Prozent haben wir hier als Grundlage in dem kalkfreien Bereich. Es ist da, glaube ich, sehr wichtig, dass man gelegentlich Kalkungen für die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit nach gezielten Düngeplänen vornimmt.

Der zweite Parameter des Zustandsberichtes bezieht sich auf die Nährstoffe. Auch hier allgemein ein paar Hinweise.

Im Phosphorbereich liegen wir im landesweiten Schnitt. Bei ungefähr der Hälfte der Böden gibt es einen Phosphormangel. Im Kaliumbereich sind wir in der Masse bei einem hohen oder oberen Versorgungsgrad insgesamt. Hier ist es erforderlich, und das beweist auch das Gutachten, dass gezielte Düngermaßnahmen vollzogen werden, auf Grund von Bodenuntersuchungen, dass dieses Unverhältnis zwischen Phosphor und Kalium ausgeglichen wird.

Im Bereich Magnesium, Bor, Kupfer, Zink, Mangan und Eisen haben wir generell in Deutschlandsberg eine sehr gute bis hohe Versorgungsdichte. Was die Fluorgehalte betrifft, da ist es so, dass die Werte teilweise erhöht sind. Das ist zurückzuführen auf die Immissionen durch die Industrie und den Verkehr, auch aber zum Teil durch verunreinigte Düngemittel. Es sind aber hier keine Schäden, und das ist, glaube ich, das Wichtige dabei, an Pflanzen feststellbar.

Der dritte Parameter, bezüglich des Bodenzustandsberichtes, ist die Schadstoffbelastung. Da ist es auch so, dass auf Grund von Umwelteinflüssen, sprich Industrie und Verkehr, es teilweise leicht erhöhte Cadmium- und Bleiwerte gibt, aber nur in Oberflächenbereichen und lokal sehr, sehr begrenzt.

Es gibt auch geringfügige Rückstände an organischen Schadstoffen. Wenn ich an das DDT denke – obwohl es schon seit Jahrzehnten nicht mehr verwendet wird und verboten ist, gibt es da lokal sehr begrenzt ganz geringfügige Rückstände.

Auch das Atrazin – kommt vom Herbizideinsatz, also von den Pflanzenschutzmittel – ist teilweise als Rückstand noch da, auch sehr, sehr begrenzt. Es ist aber bereits seit 1995 verboten.

Ich glaube, dass diese Rückstände allesamt vernachlässigbar sind.

Das Positive zum Abschluss am Bodenschutzbericht, der insgesamt ja sehr positiv ist. Wenn wir zurückschauen, vor 20, 30 Jahren, wie sich Umweltschutz, Industrie und Landwirtschaft entwickelt haben, da hat man größte Bedenken haben müssen, dass es zu großen Umweltverschmutzungen kommt und dass auch die Gewässerstruktur gefährdet ist.

Dank vieler Maßnahmen, dank Umweltbewusstsein, dank Weiterbildung ist es gelungen, dass sich heute die Böden wieder in hervorragendem Zustand präsentieren. Ich glaube, da muss man einmal einen ganz großen Dank unserer Bauernschaft aussprechen, die die Zeichen der Zeit erkannt hat und auch Maßnahmen reguliert hat, die sie selber nicht verursacht hat.

Ich möchte noch ganz kurz zum Entschließungsantrag der Grünen Stellung nehmen bezüglich Bleischmelze in Schwanberg. Da ist es jetzt Gott sei Dank gelungen, auf Druck der Regierungsmitglieder, dass bereits seit voriger Woche alle emittierenden Anlagen geschlossen sind. Somit hat sich also die Forderung, die im Entschließungsantrag der Grünen drinnen ist, erledigt.

Wir werden aber trotzdem mit dem Antrag mitgehen, weil wir auch für den umfassenden Bodenschutz auf jeden Fall gerade stehen.

Der Entschließungsantrag der SPÖ zu dem darf ich auch kurz Stellung nehmen, da hat mir gerade der Kollege Riebenbauer gesagt, dass wir da auch mit hinauf gegangen sind und dass wir uns natürlich dazu bekennen, dass es ein gerechtes System in der Betriebsprämie für die Kürbisbauern gibt. Da ist sehr viel in Diskussion, wir machen da auch starken Druck seitens des Bauernbundes, Richtung Bundesregierung, Richtung AMA und wir gehen auch selbstverständlich mit dem Antrag mit der SPÖ und sind da auch selber drauf, weil wir einen gerechten Ausgleich für die Kürbisbauern wollen.

So bitte ich noch einmal abschließend, den Bodenschutzbericht zur Kenntnis zu nehmen und die Anträge eben, die sehr wichtig sind, gemeinsam zu beschließen. (Beifall bei der ÖVP. – 14.55 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Böhmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhmer (14.55 Uhr): Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Auch ich habe mir den Bodenbericht oder die so genannte Bodenzustandsinventur des Bezirkes Deutschlandsberg durchgesehen und möchte in meinem Vorspann zwei Grundbemerkungen tätigen. Ich habe im Umweltschutzbericht 2002 folgende gefunden: Und zwar, dass es immer um so genannte Grundprinzipien für heute und morgen in puncto Nachhaltigkeit geht. Und wir haben heute in zwei Themen besonders gesehen, worum es bei der Nachhaltigkeit geht. Dabei geht es in erster Linie um das Vorausplanen. Ich denke hier an den Förderkatalog. Aber ich denke auch an die Krisenpräventionsgeschichte vor auszuplanen und dann auch richtige Maßnahmen zu setzen. Und der dritte Satz, der mir da so gedanklich übrig geblieben ist, es ist nichts irreparabel. Es ist alles, wenn auch im Kleinen, wenn auch im Beschwerlichen mit den richtigen Maßnahmen reparabel.

Da steht unter anderem in diesem Grundprinzip erstens einmal, wir sollen ein Vorsorgeprinzip umsetzen. Das bedeutet, dass wir – und damit meine ich auch uns hier im Steiermärkischen Landtag – Verantwortung für das Erbe künftiger Generationen ernst nehmen sollen und für die natürlichen Ressourcen zu garantieren haben. Ich glaube, das haben wir mit diesen Bodenschutzberichten. Auch das ist Lebensqualität, auch das ist für mich Nachhaltigkeit. Es geht unter anderem auch darum, die lokale Identität zu stärken und auch die Vielfalt zu erhalten, worauf ich dann später noch eingehen werde. Ziel all dieser Bodenberichte ist es, dass wir mit Ende des Jahres 2006 in etwa 1000 Beobachtungsstandorte in der ganzen Steiermark haben und dass wir eigentlich wissen, dass die Böden von einem Nullniveau über der Oberfläche bis zu 70 und 80 Zentimeter in die Tiefe untersucht sind. Und bei jedem dieser Bodenberichte ist auch die kleine Kritik angebracht, meine Damen und Herren, dass doch dieses Vier-mal-vier-Kilometer-Rasterverfahren etwas zu grob ist. Ich bin zufrieden, denn wir haben dann für die Jahre nach 2006 weiterhin Tätigkeiten für unsere Nachfahren. Was ich noch für positiv empfunden habe, ist, dass wir bei uns in der Steiermark – auch das dürfte eine Einzigartigkeit sein – ein Bodenprobenarchiv haben, sowohl vom unmittelbaren entnommenen Zustand, als auch im gemahlten Zustand, und Vergleiche auf Jahrzehnte uns sehr wohl immer wieder zeigen werden, wie, sage ich, hat sich unsere Verwitterungsschicht, wie hat sich unser doch so wichtiges Substrat verändert. Der Kollege Gruber hat über die einzelnen Werte gesprochen, die möchte ich mir ersparen. Was bei diesen tertiären und quartären Böden der Fall ist, wir haben, wie du selbst gesagt hast, keinen besonderen Kalkgehalt und diesen gilt es eben dann mit Hilfe eines ordentlichen Düngungsprogrammes nachzusetzen. Was mich aber zu meiner Wortmeldung vor allem in puncto Nachhaltigkeit und auch als Konsument bewegen hat herauszugehen, ist dieser Zusatz, der hier unter dem Thema „Spezialkulturen des landwirtschaftlichen Versuchszentrums Wies“ unter dem Referatsleiter Ing. Helmut Pelzmann beziehungsweise dessen achtseitige Abhandlung, wo es um das von mir schon erwähnte Vorsorgeprinzip, um die lokale Identität, um die Vielfalt geht. Denn diese Abhandlung hat das ausgezeichnet gezeigt. Es zeigen die einzelnen Abschnitte genau die Möglichkeiten über praxisnahe Versuchsarbeit, über Versuchsarbeit, wie sie Zukunft haben sollen und wie sie auch meines Erachtens Zukunft haben werden.

Meine Damen und Herren, da besteht unter anderem für den Gemüsebauern, für den Erwerbsgärtner und auch für den Kräuterproduzenten eine, glaube ich, unverzichtbare Vorarbeit. Dazu sei nur ganz kurz erwähnt, sowohl der Gemüsebau in der Steiermark als auch der gärtnerische Zierpflanzenanbau für mich, ich denke jetzt gerade, weil der Tasch Kurtl herschaut und der Kollege Köberl, nicht jeder hat Narzissen, das heißt, viele müssen sich die Pflanzen quasi ins Balkonkisterl holen und dafür brauchen wir Produzenten. Das heißt, gerade dieser Anbau von derartigen Zierpflanzen, aber auch der Anbau von Arznei-, Gewürz- und so

genannten Färbepflanzen zeigt die besondere Möglichkeit einer Vorsorge, einer neuen Möglichkeit von Wirtschaftsquellen und auch einer Möglichkeit von Wirtschaften in puncto Qualität vor Quantität. Zum Beispiel nehmen wir nur her den so genannten wieder entdeckten vielfältigen Kürbis und ich denke dabei bitte nicht nur an die Ölspur und an die Kürbiskerne, die uns Männern gerne zugesprochen werden, sondern ich denke an den Kürbis als Speisemittel. Und diese 1170 Hektar im Bezirk Deutschlandsberg sind sicher nicht nur eine ertragreiche Einnahmequelle, sondern sind für mich auch ein wesentlicher, sage ich, ergänzender Teil, wenn nicht sogar ein Hauptteil so mancher, nicht nahezu tagtäglicher Küche. Denn der Kürbis, um es nur ganz kurz zu sagen als Biologielehrer und da geht mein Herz ein bisschen durch, er liefert Vitamine, er liefert herrliche Minerale wie Kalium, Kalzium, Magnesium und Eisen. Er ist ballaststoffreich und er ist auch geschmackvoll und er ist, wenn wir sagen wollen, im Gegensatz zu der auch schmackhaften Melone oder zur Gurke, wirklich ein wertvoller Nahrungsmittel- oder Lebensmittelergänzer und das ist für mich Nachhaltigkeit. Zum Thema Kürbis wird dann noch meine Kollegin Monika Kaufmann einige Worte sagen.

Abschließend bitte sei mir erlaubt, eine persönliche Bemerkung zu tätigen. Unser Boden ist mehr als nur ein Verwitterungsprodukt, habe ich schon gesagt. Ich glaube und ich bin überzeugt, dass unser Boden in der Steiermark, aber auch in Österreich Nahrungsquelle ist, aber dass er auch Erwerbsquelle ist. Im Bezirk Deutschlandsberg sind es nahezu 5000 Erwerbsbauern oder Betriebsinhaber, die von Bodenfrüchten leben. Und letztendlich meine ich noch, ist das Lebensmittel Boden auch die Grundlage, dass wir abschließend, weil es schon blinkt, dass wir uns abschließend erinnern, verstärkt dem biologischen Landbau zu widmen. In diesem Sinne möchte ich für die Aufmerksamkeit recht herzlich danken. (Beifall bei der SPÖ. – 15.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (15.04 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Ich möchte im Namen der Grünen einen Entschließungsantrag einbringen, der leider sehr aktuell ist, bezüglich Bleischmelze in Schwanberg. In Schwanberg besteht bekanntermaßen seit Jahrzehnten ein Betrieb, nämlich der Metallverarbeitungs- und Metallhandelsbetrieb, eine GmbH., in dem unter anderem Blei verschmolzen wird. In den letzten Jahren wurden zusätzlich auch Filtermaterialien und andere schwermetallhaltige Stoffe verarbeitet.

Es hat jahrelang Beschwerden der Bevölkerung gegeben, von Seiten der Gemeindebewohner und -bewohnerinnen und von der zuständigen Gewerbeabteilung in der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg, denen allerdings nicht nachgegangen wurde. Besonders nach einer Filterexplosion, die sich letzte Woche ereignet hat, ist die Bevölkerung schwer beunruhigt und um die Gesundheit besorgt.

Unweit vom Betriebsstandort befindet sich auch das für den Gesundheitstourismus der Region sehr wichtige Moorbad Schwanberg. Es gibt die große Befürchtung, dass es auf Grund dieser unklaren beziehungsweise auch sehr problematischen Umweltsituation zu Einbußen in der Gästefrequenz kommt.

Zusätzlich gibt es in der betroffenen Region auch die Wolfram Bergbau- und Hütten-GmbH. Nachfolger KG. in Bergla in der Gemeinde Sankt Martin, die immer wieder umweltpolitisch zur Sorge Anlass gibt.

Ich bringe daher im Namen der Grünen den Antrag ein.

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens die angefallenen und anfallenden Kosten für die Untersuchungen des Bodens, der Luft und der Gesundheit der Bevölkerung – Blutproben bei Kindern wurden bereits genommen – in Schwanberg zu tragen; zweitens zu prüfen und dem Landtag darüber zu berichten, welche gewerbe-, umwelt- und gesundheitsbehördlichen Maßnahmen von der zuständigen Behörde in der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg ergriffen wurden, um die Gesundheit der betroffenen Bevölkerung in Schwanberg zu sichern; drittens zu prüfen, ob die Akten, betreffend die Metallverarbeitung in Schwanberg, vollständig sind und zu ermitteln und dem Landtag darüber zu berichten, aus welchen Gründen Akten fehlen; viertens alle notwendigen Schritte zu setzen, um die Gesundheit der Bevölkerung und den Schutz der Umwelt in Hinkunft sicherzustellen; fünftens alle notwendigen Schritte zu setzen, um einen zeitgemäßen umwelttechnischen Standard in der Metallverarbeitung in Schwanberg und in der Wolframhütte in Bergla zu erreichen; sechstens zu prüfen, ob eine Betriebsstättenzusammenlegung der Metallverarbeitung in Schwanberg mit der Wolframhütte in Bergla zu einem hüttentechnischen Kompetenzzentrum und dessen umwelttechnische Sanierung möglich ist; siebentens im nächsten Bodenschutzbericht einen eigenen Abschnitt zum Bodenschutz, bezogen auf die Metallverarbeitung in Schwanberg und die Wolframhütte in Bergla, aufzunehmen.

Einen Satz noch zur Wortmeldung vom Kollegen Gruber. Wichtig, dass die Landesregierung da aktiv geworden ist. Aber die Punkte, die wir im Antrag haben, gehen eben gerade in die Zukunft, dass man in der Zukunft sicherstellt, dass es zu solchen Situationen nicht mehr kommt. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 15.07 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (15.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Bodenschutzbericht erfreut sich immer größten Interesses und größter Aufmerksamkeit, wie man leider sieht. Er sollte aber mehr Interesse erwecken, denke ich, denn der Boden ist neben Luft und Wasser unsere wichtigste Lebensgrundlage.

Seit fast zehn Jahren, seit 1995, werden im Bezirk Deutschlandsberg auf 56 Standorten Bodenuntersuchungen auf Schadstoffeintragungen, Erosion und Verdichtung durchgeführt. Teilweise wurden die Ergebnisse auch schon in vergangenen Bodenschutzberichten präsentiert.

Der vorliegende Bericht interpretiert die Ergebnisse aller durchgeführten Untersuchungen und stellt so ein zusammenfassendes Bild der Bodenzustandsinventur des Bezirkes Deutschlandsberg her. Dies ist ein wichtiger erster Schritt

Der zweite Schritt, im Sinne eines nachhaltigen Bodenschutzes, ist die Kontrolle im Zehnjahresabstand. Aber nicht nur für den Bezirk Deutschlandsberg, sondern für die gesamte Steiermark sind diese genauso wichtig wie die Einrichtung eines aussagekräftigen Netzes von Untersuchungsstandorten. Nur dadurch ist es möglich, die Nährstoffversorgung und die Schadstoffbelastung unserer Böden festzustellen. Und nur dadurch ist es möglich, rechtzeitig Maßnahmen zum Schutz unserer wichtigsten Lebensgrundlage, wie ich es bereits erwähnt habe, neben Luft und Wasser der Boden, zu schaffen.

Für sehr wichtig halte ich es daher auch, dass die Ergebnisse der Untersuchungen des Bodenschutzprogrammes den betreffenden Grundstückseigentümern und -pächtern mitgeteilt werden. Dadurch können diese, so wie es notwendig ist, reagieren.

Die Bodenverdichtung, wie der Bericht aufzeigt, in 43 von 56 Fällen, erfordert genauso wie die Überdüngung von fast 50 Prozent der untersuchten Standorte im Bezirk Deutschlandsberg, sicher eine Reaktion und eine Düngeberatung der betroffenen Landwirte. Mit Schuld ist sicherlich auch eine für mich auffällige Tatsache, die ich aus den sehr gelungenen Fachbeiträgen von Herrn Ing. Schönmaier Reinfried und von Herrn Ing. Pelzmann Helmut entnehmen konnte. So ging die Zahl der Schweinebetriebe, also der Bauern, im Zeitraum von 1989 bis 1999, also in zehn Jahren, um 1344 Betriebe zurück. Ein Minus von 1344 Betrieben nur im Bezirk Deutschlandsberg. Dabei hat sich der Trend in den letzten fünf Jahren, also bis zum heutigen Tage, sicher verstärkt. Interessant aber ist, dass sich die Anzahl der Schweine um 5500 erhöht hat. Das heißt, immer weniger aber immer größere Betriebe. Die kleineren Betriebe wurden zum Aufgeben gezwungen. Einen Teil dieser Auswirkungen zeigt dieser Bodenbericht.

Ein Teil dieses Fachbeitrages befasst sich mit dem Landwirtschaftlichen Versuchszentrum in Wies. In eindrucksvoller Weise wird die hervorragende Arbeit dieser 30 Jahre alten Anstalt beschrieben. Eine Kulturpflanze wird hier sehr gut hervorgehoben, nämlich der Speisekürbis, und mein Kollege hat es schon erwähnt, in seiner vielfältigen Art.

Neben dem Grünland und dem Mais nimmt der Ölkürbis auch flächenmäßig die wichtigste Stelle der Nutzungsform des Bezirkes Deutschlandsberg ein. Aber nicht nur hier. In vielen anderen Bezirken und auf vielen Hektaren landwirtschaftlicher Nutzfläche ist der Kürbis eine wichtige Einnahmequelle für steirische Bäuerinnen und Bauern. Und so soll es nach meiner Meinung und der Meinung meiner Fraktion auch nach der EU-Agrarreform bleiben.

Ich stelle daher den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Kaufmann, Detlef Gruber, Wolfgang Böhmer, Waltraud Dietrich, Edith Zitz und Franz Riebenbauer:

Laut Bodenschutzbericht 2003 zählt der Kürbis zu den ältesten Kulturpflanzen der Welt. Nach diesem Bericht wird der Ölkürbis im Bezirk Deutschlandsberg derzeit auf einer Fläche von 1168 Hektar angebaut. Er stellt damit nach Wiesen/Kulturweiden und Mais die am weitesten verbreitete Kulturart dar. Nicht minder ist die Bedeutung dieses Landwirtschaftszweiges für alle anderen Bezirke im Süden und Osten der Steiermark.

Derzeit wird im Europäischen Parlament die Umsetzung der EU-Agrarreform diskutiert. Durch diese Reform soll ein neues Prämiensystem eingeführt werden, mit dem die Direktzahlungen für Bäuerinnen und Bauern von den Erzeugungsprodukten entkoppelt werden. Als Grundlage für eine Förderungsbewilligung soll der Zeitraum zwischen 2000 und 2002 herangezogen werden. Wer in diesem Zeitraum förderungswürdige Kulturpflanzen anbaute, erhält bis 2012 gleich bleibende Fördermittel, auch wenn er in Zukunft einen Fruchtwechsel zu nicht förderungswürdigen Pflanzen, wie etwa Kürbis, vornimmt. Da Kürbis als Gemüse nicht zu den förderungswürdigen Pflanzen zählt, kann jemand, der zwischen 2000 und 2002 Kürbis angebaut hat, in Zukunft keine Förderung erhalten, selbst dann nicht, wenn auf eine förderungswürdige Kulturpflanze umgestellt wurde.

Von diesem ungerechten System wären gerade die steirischen Kürbisbäuerinnen und -bauern besonders betroffen. Nach Ansicht der Sozialdemokratischen Fraktion im Steiermärkischen Landtag sollte daher unverzüglich nach Möglichkeiten gesucht werden, die diese Ungerechtigkeiten verhindern.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, sie möge dafür Sorge tragen, dass die ab 2005 durch die EU-Agrarreform drohenden Benachteiligungen für Bäuerinnen und Bauern, die in der Zeit zwischen 2000 und 2002 Kürbis angebaut haben, verhindert werden und diese insbesondere eine Förderung in Form einer Betriebsprämie erhalten.

Ich ersuche um Annahme. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 15.14 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landerat Seitinger.

Landesrat Seitinger (15.14 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich möchte also auch kurz dazu Stellung nehmen, im Besonderen auch zur Problematik Schwanberg. Wie ja schon vom Abgeordneten Gruber und auch von anderen Abgeordneten gesagt worden ist, ist dieses Thema zurzeit ein durchaus brisantes.

Wir haben auf Grund der Problematik, die aufgetreten ist, auf Grund eines fachlichen forstrechtlichen Gutachtens hier natürlich mehrere Überprüfungen angestellt, Überprüfungen angestellt, die wir natürlich nach dem Grundsatz und auch der Wichtigkeit des menschlichen Lebens sozusagen im Vordergrund gesehen haben. Wir haben auf Grund dieser Überprüfungen jetzt vor acht Tagen auch den Betrieb oder Teile des Betriebes stilllegen müssen.

Das ist nicht immer einfach, wenn man einem Betrieb, der also sehr, sehr viel auch in Richtung Umwelt investiert hat, jetzt sagen muss, es wird wahrscheinlich mit deinem Betrieb ein Ende haben müssen, aber es ist eben das menschliche Leben so entscheidend und wichtig sozusagen hier zu bewerten, dass wir also auf derartige Emissionen natürlich oder auf derartige Investitionen im Rahmen auch der Umweltverträglichkeit keine Rücksicht nehmen können. Auch wenn der Betrieb sich sehr, sehr bemüht hat in den letzten Jahrzehnten beziehungsweise in den letzten Jahren hier vieles in Richtung Umweltverträglichkeit und -verbesserung zu leisten und zu tun. Wir haben also den Betrieb, also Teile des Betriebes am vorigen Mittwoch geschlossen und es laufen jetzt mehrere Überprüfungen noch weiter, um Klarheit über die weitere Situation zu bekommen. Faktum ist aber, wenn es nicht gelingt, hier diese Emissionen zu stoppen und wenn es nicht gelingt, die Werte sozusagen aus einem anderen Blickfeld dann sehen zu können, dann wird es hier keine Alternative geben, wir müssen den Betrieb dort schließen. Ich habe gerade heute ein Gespräch mit dem Bürgermeister auch diesbezüglich geführt, der natürlich auch die letzten Informationen sich diesbezüglich geholt hat. Faktum ist, wir werden in der nächsten Woche hier die Entscheidung treffen, wie es mit dem Betrieb letztlich dann auch weitergeht. Es gibt auch in der nächsten Woche zu Ihrer Information eine Bürgerversammlung vor Ort, wo wir auch den Landessanitätsdirektor bitten werden, hier Auskunft zu geben, wie es aus seiner Sicht weitergehen wird. Es gibt auch Information, wie es auch aus der anlagentechnischen Seite hier weitergehen wird und es wird auch mehrere weitere fachliche Informationen direkt vor Ort sozusagen im Rahmen einer Bürgerversammlung geben. Das heißt, wir sind auf diesem Sektor schon sehr, sehr drauf.

Und, Frau Abgeordnete Zitz, ich gebe Ihnen da schon Recht, es geht natürlich auch um die Zukunft, das ist auch der Grund, warum wir Ihren Entschließungsantrag hier sehr ernst nehmen und auch dem zustimmen, in Zukunft soll so etwas natürlich nicht mehr passieren. Es ist hier einiges vielleicht in der Vergangenheit auch von der Bezirkshauptmannschaft ausgehend nicht so gelaufen, wie wir uns alle das vorstellen, nämlich dass auch der Bürgermeister jeweils vor Ort und auch die Bevölkerung vor Ort immer auch rechtzeitig über die entsprechenden Schritte in Kenntnis gesetzt werden und das soll uns sozusagen auch ein Zeichen sein, dass hier die Bevölkerung Vorrang hat und die Gesundheit im Wesentlichen Vorrang hat. Das zu dem Thema Schwanberg. Ich glaube, wir sind da einer Meinung, dass wir diese Schritte eben so setzen.

Zu den Kürbisbauern auch ein Wort noch. Wir wollen auch diesem Entschließungsantrag natürlich zustimmen, nur, ich möchte Ihnen da hier schon eines auch klar in den Raum sagen. Man sollte also mit diesem Thema nicht jetzt Parteipolitik betreiben. Meine Damen und Herren, uns ist bewusst, dass die Problematik rund um die 10.000 Kürbisbauern, die es in der Steiermark gibt, keine leichte ist und auch eine schwer veränderbare ist. Österreich hat sich also zu diesem Betriebsmodell der Förderung nach der neuen gemeinsamen Agrarpolitik bekannt und wir haben aus steirischer Sicht hier nicht nur im Bereich der Interessenvertretung der Landwirtschaftskammern in Wien gekämpft um eine verbesserte Form der Abgeltung und eine verbesserte Form der Förderung für die Kürbisbauern. Auch ich habe bei der Landesagrarreferententagung mehr als gekämpft, um hier eine gerechte Lösung für unsere Kürbisbauern zusammenzubringen. Nur, Faktum ist, dass das Problem tiefer liegt. Wenn wir also hier eine Förderung für die Kürbisbauern sozusagen in der Form, wie Sie sich das vorstellen, aufmachen, dann gilt das natürlich nicht nur für die Kürbisbauern, sondern es gilt auch für die Gemüsebauern, es gilt für die Feldfutterbauern, es gilt für viele andere landwirtschaftliche Bereiche auch. Und da haben wir natürlich dann ein tief gehendes Problem, dass wir das gesamte Förderungsmodell der EU neu ordnen müssen, für österreichische Verhältnisse neu ordnen müssen, deshalb müssen wir hier natürlich versuchen, zum einen, den wichtigsten – vielleicht können wir wieder ein bisschen Aufmerksamkeit auch in den Raum bringen – (Abg. Kaufmann: „Es ist die ÖVP, die so unaufmerksam ist!“) Danke, ich habe auch hier keine anderen angesprochen mit meinem Blick. Meine Herren, bitte schön, vielleicht können wir wieder ein bisschen aufmerksamer sein.

Danke. Ich will nur abschließend dazu sagen, entscheidend ist natürlich auch, dass wir die Wettbewerbsverzerrung jetzt ein bisschen in den Griff bekommen. Sie wissen ja, etwa die Hälfte des steirischen Kürbiskernanteiles wird aus China importiert, zu Billigpreisen importiert. Das ist momentan mit unseren Wettbewerbsrechten nicht immer einfach, hier gerechte Schutzmaßnahmen für unser Land einzuräumen, aber das ist ein erster Schritt, den wir gehen müssen. Der zweite Schritt ist, dass wir eine neue ÖPUL-Periode, nämlich das neue Modell der ökologischen Förderungen auch in Richtung Kürbis ausrichten, damit können wir auch eine Sicherstellung geben, die Kürbisförderung auch im Land Steiermark wieder auf ein passendes Niveau zu bringen. Und drittens müssen wir natürlich auch die Marketingmittel entsprechend einsetzen, dass wir dieses steirische Gold, unser Herzeigeprojekt, als steirisches Markenprojekt „steirischer Ölkürbis“ auch

weiterhin fördern. Also diese drei Maßnahmen werden es letztlich dann wahrscheinlich auch sein. Es gibt zwar heute noch ein letztes Gespräch mit dem Bundesminister, um hier eine verbesserte Lösung im Ölkürbisbereich zu finden. Aber wir müssen uns schon oder wir dürfen uns der Hoffnung nicht ganz hingeben, die die Kürbisbauern haben, dass also ein gleiches Modell, wie es zum Beispiel jetzt in Ungarn, in Slowenien angeboten wird, es auch für die Steiermark geben wird, denn das sind völlig neue und andere Förderungsgrundsätze, die die neuen Länder jetzt hier geboren haben und denen können wir nicht folgen. Wir haben ein eigenes Modell, aber trotzdem, wie gesagt, glaube ich klar und deutlich unsere Zustimmung zum Entschließungsantrag. Wir müssen den Kürbisbauern in unserem Land, so weit es möglich ist, auch helfen und deshalb auch der positive Antrag unsererseits. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.22 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 18 liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag aller Fraktionen, betreffend Maßnahmen gegen die drohende Benachteiligung der Kürbisbäuerinnen/-bauern durch die EU-Agrarreform, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Bleischmelze in Schwanberg, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

19. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1365/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Maßnahmen gegen die Bedrohung der heimischen Fischbestände.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (15.23 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Maßnahmen gegen die Bedrohung der heimischen Fischbestände. Es liegt dazu ein Ausschussantrag vor, den Sie mit Sicherheit alle sehr aufmerksam gelesen haben und ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 1365/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Maßnahmen gegen die Bedrohung der heimischen Fischbestände, wird zur Kenntnis genommen. (15.23 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Berichterstatterin höchstpersönlich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (15.24 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bereits 1997 hat die EU festgestellt, dass rund 5500 Kormorane jährlich in Österreich einfliegen werden. Und Meldungen zufolge sollten es in der Steiermark zwischen 1600 und 2000 Stück sein. Diese Zahlen wurden in der Stellungnahme als nicht richtig empfunden. Man ist eher davon ausgegangen, dass diese Zahl viel zu hoch gegriffen sei.

Nun liegt mir eine Zählung des Fischereibeirates vor. Es haben verschiedenste Revierinhaber genau gezählt, wie viele Kormorane zu verschiedenen Tagen in ihrem Fischereirevier sind. Das sind Zahlen, wo man nur so staunen kann.

Zum Beispiel in Kobenz, meiner Heimatgemeinde, wurden am 9. Jänner 2004 zirka 120 Kormorane gezählt. Diese Zahl ist aber auch in Lorenzen zu zählen gewesen, in Preg 70 und in vielen anderen Bereichen genauso stark. Auch habe ich da eine Zählung vom Winter 2002/2003, Zählung auf Schlafbäumen. Zum Beispiel im Reitstall-Tumpf bei Feistritz, da hatte man auch 100 Kormorane gezählt. 100 Kormorane muss man sich vorstellen in der Nähe von so einem kleinen Tumpf. Oder beim Zechner-Teich 80 Kormorane. Im Neuanger-Tumpf 100 Kormorane.

Meine geschätzten Damen und Herren, wer die Augen aufmacht, wer die Natur beobachtet, wird merken, dass sich in den letzten Jahren Gravierendes verändert hat. Wenn man mit den alten Bauern vom Pusterwald spricht, so sagen die, nein, Kormorane, Reiher, das haben wir nie gehabt. Die können sich in ihren 80 Lebensjahren nie zurückerinnern, dass diese Vögel jemals in ihrer Gegend verbreitet waren. Und heute? Heute sind im Sommer sehr wohl viele Vögel, viele Kormorane, viele Reiher zu sehen. Und beim Teich oben beim Fischerwirt im Pusterwald, da sind plötzlich Kormorane. Und die sind dabei, Fische herauszupecken, Fische anzupecken und sich eben diese Beute dort zu holen. Ein Kormoran braucht täglich ungefähr 500 Gramm, sprich ein halbes Kilogramm. Hochgerechnet auf die hohe Anzahl in der Steiermark kann man sich die Folgen ausrechnen und die Folgen sind gravierend. In den Bächen werden die Äschen fast zum Aussterben ge-

bracht, die Bachforelle reduziert. Das heißt, wir schützen Vögel, wir schützen Wild, das bei uns nicht heimisch war und der Preis, den wir dafür zahlen, ist der, dass heimische Fischbestände reduziert werden. Ich glaube, das kann es doch wohl nicht sein.

Unser Ziel muss es sein, dass wir vor allem heimische Tierbestände erhalten, heimische Tierbestände schützen.

In Deutschland haben sich einige Bundesländer eben auf Grund dieser hohen Anzahl der Kormorane Gedanken gemacht, wie man das Problem lösen könnte und sie sind drauf gekommen, dass es sehr wohl eine Möglichkeit gibt, und das wäre die Bejagung auf Schlafbäumen, auf Schlafstätten. Erstens bringt man den Schuss viel zielsicherer an, der Kormoran wird kaum geflügelt, und es ist auch ungefährlicher für die Umgebung.

Wir haben demzufolge einen ähnlichen Antrag eingebracht, weil wir glauben, das ist die richtige Vorgangsweise. Ich stelle nun den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Verordnung analog zu einigen deutschen Bundesländern, zum Beispiel Niedersachsen, zu erlassen, die eine Bejagung der Kormorane an ihren Rastplätzen erlaubt, um so die Anzahl der Kormorane auf ein für den heimischen Fischbestand erträgliches Maß zu reduzieren und den Bestand der Äsche in der Steiermark zu sichern. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 15.28 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Erwin Gruber (15.29 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, liebe Regierungsmitglieder oder lieber Landesrat Seitinger, Hohes Haus!

Ich darf mich auch ganz kurz zu Wort melden, weil das, glaube ich, eine Thematik ist, die uns alle betrifft.

Die Regierungsvorlage spiegelt eindrucksvoll wider, dass alle möglichen Maßnahmen, die momentan rechtlich möglich sind, umgesetzt werden und dass sachlich dargestellt wird, welche Möglichkeit wir eben in der Reduktion der Kormorane beziehungsweise auch der Reiher haben. Es spiegelt auch wider, dass das Thema Artenschutz uns alle betrifft, ganz stark alle betrifft, weil es einfach nicht so sein kann, dass man eine Art, die noch dazu keine natürlichen Feinde hat, ewig schützt und die Art damit in der Stärke, wie sie zunimmt, andere Arten fast von der Existenz her bedroht.

Ich glaube, da brauchen wir politische Verantwortung und da brauchen wir auch eine verantwortungsvolle Reduktion.

So darf ich ganz kurz Stellung nehmen zum Antrag der Freiheitlichen. Wir werden – nach längerer Diskussion – dem Antrag zustimmen. Das darf aber zu keinem Druck auf die Jägerschaft kommen, weil das Thema einfach extrem sensibel ist und extrem unpopulär ist. Es darf auch nicht in die Richtung gehen, dass das irgendwann ein Wildschaden wird, weil im Sinne des Jagdgesetzes Kormorane oder Reiher kein Wild sind.

Und das Zweite – und ich glaube, zu dem sind wir alle aufgefordert –, der Landesrat Seitinger wird das ins Leben rufen, dass wir einen Arbeitskreis bilden, der alle Beteiligten inkludiert, also Fischereiberechtigte, Tierschützer, Vogelschützer, Jagdberechtigte und auch Grundeigentümer, und dass wir gemeinsam an der Problematik und Thematik dann in Zukunft arbeiten werden. Um das würde ich bitten.

Und wir werden dem Antrag zustimmen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.30 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der nächste Fischexperte, der Herr Klubobmann Drexler.

Abg. Mag. Drexler (15.31 Uhr): Also vorweg einmal recht herzlichen Dank, Herr Präsident, für die Einbegleitung als Fischexperte. Man wird ja in der Landespolitik eher zum Vogelexperten, sprich zum Ornithologen, weil wir kennen alle schon die Geschichte um den Wachtelkönig. Wir kennen den Haubentaucher aus verschiedenen Reden. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Das steht dir auch zu. Der Kormoran ist ein schwarzer Vogel!“)

Und wir kennen jetzt auch die Problematik um den Kormoran.

Ich habe mir erlaubt, Ihre Geduld für ein bis zwei Minuten zu strapazieren und darf Ihnen vorweg ein Zitat bringen.

„Donnerstag, 16.30 Uhr“ – das ist jetzt ein Zitat – „Donnerstag, 16.30 Uhr. Der Sitzungstag neigt sich dem Ende zu. Eine Aktuelle Stunde steht noch bevor. Auf der Tagesordnung das Thema ‚Die Dezimierung von Fischen in Bächen und Seen, verursacht durch Kormorane‘. Wie es heißt, hätten in Thüringen bereits Jäger und Angler zur Selbsthilfe gegriffen und begonnen, die Vögel ohne Erlaubnis abzuschießen. Es wird also Zeit, dass sich die Volksvertreter des Themas annehmen. Ein Abgeordneter der CDU-Fraktion erklärt

ohne Wenn und Aber, der Landtag dürfe nicht zulassen, dass der Thüringer Jungwanderfisch nach Überwindung der teuren Fischtreppe in den Gewässern ermattet in die Schnäbel zugewanderter Kormorane sinkt. Vertreter aller drei Fraktionen im Landtag sind sich einig, dass Handlungsbedarf besteht. Der Sitzungstag in Erfurt hat damit ein versöhnliches Ende genommen.“

Ich wollte Ihnen diese Passage aus dem Jahr 2002 nicht vorenthalten, aus der „Hamburger Zeit“ vom 18. April 2002. (Dipl.-Ing. Grabner: „Darf ich dich fragen, wie der Kormoran schmeckt?“) Das weiß ich selbstverständlich nicht. Wir wollen ja die Äschen schützen mit diesem Antrag. Und ich glaube, dass eines klar ist, der Titel des seinerzeitigen Artikels war „Konsens beim Thema Kormorane“ und selten hat die bundesdeutsche Debatte so sehr in die steirische geschwappt. Auch hier gibt es Konsens beim Thema Kormorane. Und daher darf ich abschließend bitten, dem Antrag des Berichterstatters zum einen, aber, weil wir in konsensuärer Stimmung sind, auch dem Dringlichkeitsantrag der Kollegin Dietrich die Zustimmung zu geben. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 15.33 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 19 liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Erlassung einer Verordnung zum Schutz der heimischen Fischbestände, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

20. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1433/1, der Abgeordneten Mag. Drexler, Dr. Rauch und Mag. Koller, betreffend kostenloser drahtloser Internetzugang im öffentlichen Raum.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Wolf Rauch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Rauch (15.34 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl.-Zahl 1433/1, der Abgeordneten Mag. Drexler, Dr. Rauch und Mag. Koller, betreffend kostenlosen drahtlosen Internetzugang im öffentlichen Raum.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung hat in seiner Sitzung am 14. Oktober 2003 und am 11. Mai 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zu diesem Antrag der Volkspartei wurde folgende Stellungnahme gemäß Paragraph 30 Absatz 1 Geschäftsordnung des Landtages abgegeben:

Die technische Machbarkeit eines öffentlichen und für die Bürger kostenlosen drahtlosen Internetzuges ist natürlich gegeben. Abhängig ist die Durchführbarkeit dabei von den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten – Topologien, Entfernungen, Mauerstärken und so weiter – sowie von den anzusprechenden Personengruppen und daraus folgend den benötigten Diensten.

Beispielhaft seien die Kosten für einen WLAN-Zugang – Wireless Lokal Area Network – im Landhaus in Graz angeführt, ohne allerdings die tatsächlichen Nutzungsanforderungen zu kennen. Eine entsprechende Installation für den gesamten Komplex des Landhauses schlägt sich mit Einmalkosten von zirka 10.000 Euro und laufenden jährlichen Kosten von zirka 1500 Euro zu Buche.

In Abhängigkeit von der Zahl der Standorte und den lokalen Anforderungen sowie von den Fragen der Kostenträgerschaft – zum Beispiel Sponsoring – ergibt sich selbstverständlich ein großes Potenzial für Kostensenkungen. Dabei sind Fragen des Wettbewerbs und des Vergaberechtes entsprechend zu beachten.

Einen eher kurzfristigen Teilschritt als Beitrag zur Verbreitung der Technologie des Breitband-Internetzuges über Funk mit relativ geringem technischem Aufwand könnte das Land Steiermark mit der WLAN-Installation in Amtsgebäuden leisten. Diese WLANs könnten in Kooperation mit privaten Providern errichtet werden und den kostenlosen Zugriff auf Seiten der öffentlichen Verwaltung ermöglichen – E-Government. So hat das Bundeskanzleramt einen Rahmenvertrag mit der Firma T-Mobile abgeschlossen, in den auch das Land Steiermark einsteigen könnte. Für den Benutzer und selbstverständlich die Benutzerin fallen keine Kosten beim Zugriff auf Seiten der öffentlichen Verwaltung an. Für andere Zugriffe muss er oder sie ein entsprechendes Entgelt an die Firma T-Mobile abliefern. Für das Land Steiermark würden nur Personalaufwendungen für die Festlegung der Standorte, für die Abstimmung mit den Behördenleitern und Behördenleiterinnen und die Präzisierung der Verträge anfallen.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl.-Zahl 1433/1, der Abgeordneten Mag. Drexler, Dr. Rauch und Mag. Koller, betreffend kostenlosen drahtlosen Internetzugang im öffentlichen Raum, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (15.38 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Koller. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Koller (15.38 Uhr): Meine Damen und Herren!

Wir wollen in der Steiermark eine Vorreiterrolle spielen und in dieser rasend schnell wachsenden Technologie eine wirkliche Rolle spielen, mitmachen und nicht die Rolle des Nachzüglers einnehmen. Auf diese Art und Weise hat die steirische Volkspartei den Antrag kostenloser drahtloser Internetzugang im öffentlichen Raum eingebracht. Das Ganze geht über die so genannte WLAN-Technik, oder einmal ausgesprochen Wireless Local Area Network, also spezielle Funkrelais für Netzwerke, über die man sich dann ins Internet einloggen kann.

In Österreich hat man bezüglich der Einwohnerzahl das dichteste Netz dazu, aber natürlich entstehen für jeden Benutzer und für jeden Bürger Kosten über den Provider. So gibt es in Wien bereits ein Modell, wo man versucht, dass in öffentlichen Gebäuden eingeloggt werden kann, primär jetzt mit Laptops, aber auch bereits mit den PDAs und so alles, was über Bund, Land, Gemeinden zur Verfügung steht, kostenlos benutzen kann. Die Fachabteilung 1B, unsere Informationstechnologieabteilung, hat eine hervorragende Vorlage ausgearbeitet, die konkrete Punkte beinhaltet beziehungsweise natürlich auch sagt, dass man das sehr wohl technisch durchführen kann. Dazu sind auch die Kosten nicht so exorbitant hoch, einmal kostet es 10.000 Euro, natürlich gerundet, und dann in etwa jährliche Kosten von zirka 1500 Euro. Dazu kommt natürlich noch die Abhängigkeit des Standortes, auch Kostenträgerschaften, Sponsoring und Ähnliches kann man zu Kostensenkungen heranziehen. Wie soll das Ganze funktionieren? Es soll in einer Kooperation mit einem privaten Betreiber ein drahtloser Internetzugang nach und nach in allen steirischen Amtsgebäuden eingerichtet werden. Dann kann der User oder Benutzer kostenlos von allen Seiten des Landes Steiermark und des Bundes gewisse Adressen wie zum Beispiel „www.stmk.gv.at“ serven, aber alles andere bitte ist kostenpflichtig. Im Entschließungsantrag der SPÖ steht „bis zu einem gewissen Ausmaß sollte das Ganze kostenlos erfolgen“. Was ist das „gewisse Ausmaß“? Fallen diverse, wie soll ich es jetzt formulieren, fragwürdige Seiten oder schwindelige Seiten oder weiß ich nicht, welche noch alles, keine Ahnung, da auch hinein oder eben diese nicht mehr? Wobei jetzt bitte bis zu einem gewissen Bereich technisch kostenfrei und dann aber kostenpflichtig zu machen absolut nicht umsetzbar ist. Wo höre ich auf und wo fange ich an? Was mir auch aufgefallen ist in dem Entschließungsantrag der SPÖ ist Folgendes, ob die SPÖ es notwendig hat, der Steirischen Volkspartei einen Initiativantrag, wieder einmal, wie soll ich sagen, wegzunehmen oder härter ausgedrückt, wieder einmal zu klauen? Man denke zum Beispiel an Kriseninterventionszentrum oder andere Beispiele. Herr Landeshauptmannstellvertreter meint in einer seiner seltenen Kundgebungen, dass er bereits im März 2004 darauf hingewiesen hat, dass Internetzugang für alle zugänglich sein sollte. Unser Antrag beruht auf dem 1. Juli 2003. Es freut mich natürlich, dass auch Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves auf diesen Zug aufgesprungen ist, auf der anderen Seite freut es mich wieder weniger, dass man kopiert. Ich weiß nicht, wie weit Sie sich an Ihre Schulzeit erinnern können, aber vor dem Kopierer, was ja doch relativ schnell geht, gab es das Matrizenabziehen, so eine Abziehmaschine, man kurbelte und irgend etwas kam heraus. So ähnlich kommt mir jetzt diese Aktion auch vor. Langsam aber sicher springt auch die SPÖ auf unseren Zug auf, damit die Steiermark wieder eine Vorreiterrolle hat.

Was auch noch etwas fragwürdig ist bei diesem Entschließungsantrag ist aber, dass Leute damit mehr oder weniger nicht umgehen können, nämlich wie das Internet funktioniert und wie dort Informationen zur Verfügung gestellt werden. Gott sei Dank sind wir heute technisch so weit, dass jemand, der sich dafür interessiert, auch damit umgehen kann und über Kinder, Enkelkinder oder wie auch immer zu so etwas kommt. Trotz allem selbstverständlich gehen wir mit dem Entschließungsantrag der SPÖ auch mit, denn wir sind stolz und froh und glücklich, dass sich die SPÖ unserem Fortschritt des kostenlosen drahtlosen Internetzuganges im öffentlichen Raum angeschlossen hat. (Beifall bei der ÖVP. – 15.43 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann (15.43 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Frau Kollegin Koller, eines möchte ich klarstellen. Die SPÖ klaut nicht, sie reagiert einfach schneller, weil sie weiß, was Sache ist und weil sie weiß, was die Menschen beschäftigt. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Zweiten, Sie haben sehr oft in Ihren Ausführungen das Wort fragwürdig verwendet. Es ist nichts fragwürdig, dabei auch nicht bezüglich der Kosten, die wir uns vorstellen, dass sie ab einer gewissen Leistung kostenpflichtig sein sollen.

Das sind nicht die fragwürdigen Seiten. Ich weiß nicht, was Sie unter fragwürdige Seiten verstehen. Wenn Sie diese Spams meinen, die sich mit dem Thema „Sex“ beschäftigen, dann sage ich Ihnen ganz eindeutig, Frau Kollegin Koller, das kann man sperren, da gibt es Techniken dazu und man bekommt das in den Griff. Das hat mit Fragwürdigkeit nichts zu tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vorlage, die uns die Frau Landeshauptmann gegeben hat, ist sehr gut im Detail ausgeführt. Ich bedanke mich dafür. Eines hätte ich mir vielleicht noch vorstellen können. Wenn es hier heißt, beispielhaft seien die Kosten für einen WLAN-Zugang im Landhaus Graz angeführt, und dann steht, ohne allerdings die tatsächlichen Nutzungsanforderungen zu kennen. Vielleicht wäre es interessant gewesen, wie weit wird dieser WLAN-Zugang auch schon genutzt? Aber ich glaube, auch hier meinen wir das Gleiche und es geht gar nicht darum, wer wem etwas geklaut hat, wer früher oder wer später war. Über die Bedeutung des Internetzuganges für die Menschen punkto Information und so weiter, glaube ich, brauche ich hier vor diesen Wissenden auch kein Referat halten. Wir wissen alle, was es in einer modernen EDV-Gesellschaft bedeutet.

Ich möchte lediglich den bereits zitierten Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Stöhrmann, Kröpfl, Dr. Bachmaier-Geltewa und Dr. Reinprecht einbringen.

Die ganze Welt spricht über das Internet. Mit seinen Wachstumswahlen ist es aus den Schlagzeilen kaum noch wegzudenken.

Das Internet verbreitet sich rascher als jede Kommunikationstechnologie zuvor. Bis 50 Millionen BenutzerInnen erreicht waren, brauchte das Medium Radio 35 Jahre, das Fernsehen 13 Jahre und das Internet lediglich vier Jahre. Das Volumen der versandten E-Mails beträgt heute schon das 20-Fache der Briefpost – nicht immer zur Freude derer, die E-Mails bekommen. Dadurch wird das Internet in vielen Bereichen unseres Lebens immer wichtiger. Die antragstellende Fraktion ist der Meinung, dass dieses Medium in Zukunft wirklich allen Menschen zugänglich sein sollte.

Die Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag mit der Einl.-Zahl 1433/1 zeigt auf, dass kostenlose drahtlose Internetzugänge im öffentlichen Raum durchaus zur Verfügung gestellt werden können, gibt aber nicht an, ob die Landesregierung diese Punkte umzusetzen gedenkt.

Da es aus Sicht der antragstellenden Landtagsfraktion aber eine ganz wichtige Aufgabe der öffentlichen Hand ist, alle BürgerInnen, unabhängig von ihrer sozialen Situation, den Zugang zu Informationen zu öffnen, sollten die angeführten Punkte als erster Teilschritt einer Umsetzung dieser Aufgabe auch realisiert werden. „Der Zugang zu diesem Medium der Zukunft muss für alle Menschen möglich sein“, forderte Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves zum Beispiel schon im März 2004.

Das Land sollte daher mit WLAN-Installationen und der Errichtung von Terminals an möglichst stark frequentierten Stellen und in Amtsgebäuden in Räumen, die dem Parteienverkehr dienen, beginnen. Derartige Installationen sollten auch in den Bezirksverwaltungsbehörden sowie vor allem Gemeinden, unterstützt durch eine Sonderförderung des Landes zur Errichtung derartiger Installationen, erfolgen. Dies könnte in Kooperation mit privaten Providern geschehen. Jedenfalls sollte damit der kostenlose Zugriff auf die Seiten der öffentlichen Verwaltung ermöglicht werden und so weiter.

Viel Know-how in Bezug auf derartige öffentlich zugängliche Internetterminals haben sich zehn steirische Pilotgemeinden, mit der Marktgemeinde Mitterdorf an der Spitze, erworben. Dieser Erfahrung sollte sich das Land bei der Umsetzung eines derartigen Projektes jedenfalls bedienen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dabei geht es darum, dass nicht WLAN, also drahtloser Internetzugang, ins Kalkül gezogen werden soll, sondern auch alle anderen Möglichkeiten. Es gibt viele Gemeinden, die über diese Möglichkeiten verfügen, wie Standleitungen, dementsprechende Verträge mit Providern, mit Telefongesellschaften, so dass es auch so möglich ist, sehr kostengünstig in das Netz zu kommen.

Das Internet hat sich in den letzten Jahren durch den Ausbau bestehender und vor allem durch das Hinzukommen einer nicht mehr überschaubaren Anzahl neuer Online-Angebote zu einem unverzichtbaren, nicht mehr wegzudenkenden Informations- und Kommunikationsmedium entwickelt. Das gilt gleichermaßen für den Bereich der Wirtschaft, Wissenschaft, Weiterbildung in Schulen, in der Lehrerfortbildung und in der Erwachsenenbildung im weitesten Sinne.

Allerdings stehen der Erschließung des enormen Informationsmaterials im World Wide Web erhebliche Hindernisse gegenüber. Das beginnt damit, dass vielen Menschen die unerlässlichen technischen Grundkenntnisse fehlen, um mit dem PC das Internet wirklich sinnvoll nutzen zu können. Darüber hinaus mangelt es aber auch an Verständnis dafür, wie das Internet „funktioniert“ und wie dort Informationen zur Verfügung gestellt werden können. Man muss sich auch damit beschäftigen, den Menschen das Know-how und die Erfahrung beziehungsweise die Information zu geben, wie man mit diesem Medium umgeht.

Daher hat wiederum die Marktgemeinde Mitterdorf ein Konzept für eine Internetschulung entwickelt, das insgesamt vier thematische Blöcke und acht Module umfasst.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine möglichst flächendeckende Errichtung von kostenlosen Internetzugängen im öffentlichen Raum im Sinne des Begründungstextes umzusetzen.

Wie gesagt, es geht nicht darum, wer früher, wer später mit dieser Idee dran war, es geht darum, dass wir auf diesem Gebiet etwas machen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 15.50 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 20 liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Errichtung von kostenlosen Internetzugängen im öffentlichen Raum, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

21. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1562/3, zum Beschluss Nr. 1209 des Steiermärkischen Landtages vom 28. Oktober 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten List, Graf und Ferstl, betreffend die Berichterstattung der Steiermärkischen Landesregierung über unerledigte und in Verwirklichung begriffene Anregungen des Rechnungshofes.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erich Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (15.51 Uhr): Danke! Herr Präsident, meine sehr verehrten Vertreter der Landesregierung, meine Damen und Herren!

Ich berichte zum Stück, Einl.-Zahl 1562/3, und darf vielleicht zwei Details herausgreifen.

Infolge des österreichischen Stabilitätspaktes 2001 und einer landesinternen Regierungsübereinkunft für die Regierungsperiode bis 2005 wurde vereinbart, dass im Bereich der Wohnbauförderung maastrichtwirksame Einsparungen gegenüber dem Landeshaushalt 2000 in der Höhe von 300 Millionen Schilling im Jahre 2001 und in den Folgejahren 400 Millionen Schilling jährlich gegenüber 2000 zu erreichen sind.

Diese Förderungsumstellungen konnten nicht sofort, sondern erst durch Änderung des Förderungssystems in der Steiermark erreicht werden. Es ergibt sich gemäß dem Landesvoranschlag 2004 insgesamt eine Einsparung von 1,7 Milliarden Schilling, also um 200 Millionen Schilling über der Vorgabe.

Und weiters: Als Sofortmaßnahme wurden seinerzeit die verlorenen Zuschüsse für die Ortserneuerung und Revitalisierung drastisch zurückgenommen und die nicht rückzahlbaren Annuitätzuschüsse für umfassende Sanierungen von 2400 Wohnungen auf 800 Wohnungen jährlich reduziert. In der Gesamtsicht des steirischen Wohnbaues wurden sämtliche Förderungen auf den unbedingt notwendigen Bedarf zurückgenommen und jährlich Kontingentierungen je Förderungsart festgelegt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellte zufolge ihres Beschlusses vom 9. Februar 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1209 des Steiermärkischen Landtages vom 28. Oktober 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten List, Graf und Ferstl, betreffend die Berichterstattung der Steiermärkischen Landesregierung über unerledigte und in Verwirklichung begriffene Anregungen des Rechnungshofes, wird zur Kenntnis genommen. (15.53 Uhr.)

Präsident Purr: Ich danke für die Berichterstattung.

Herr Abgeordneter Prattes wünschen das Wort? Ist dem so?

Bitte.

Abg. Prattes (15.53 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zu diesem Bericht der Landesregierung doch einige Feststellungen, was sich im Bereich der Wohnbauförderung getan hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Österreichische Stabilitätspakt 2001 zwingt uns noch in dieser Regierungsperiode bis 2005 maastrichtwirksame Einsparungen im Bereich der Wohnbauförderung zu erzielen. Wir haben es im Bericht gehört, 2001 300 Millionen Schilling und in der Folge jährlich 400 Millionen Schilling gegenüber 2000 zu erreichen.

Diese Riesensumme geht nicht nur der Bauwirtschaft verloren, wertvolle Wohnbausubstanz droht durch die drastische Reduzierung der Zuschüsse für umfassende Sanierungen in ihrem Bestand und Standard gefährdet zu werden. Hier scheint – und das ist mir besonders wichtig – eine zukünftige Neudefinition beziehungsweise Mittelaufstockung unbedingt notwendig.

Ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung war der Beschluss der Novelle der Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz in der Regierungssitzung am 3. Mai dieses Jahres.

Ich meine hier die Neuregelung innerhalb des bestehenden Beihilfensystems, mit deren Hilfe zwei Drittel der Beihilfenbezieher durch die Reduzierung des zumutbaren Wohnungsaufwandes bis zu einem Einkommen von 690,41 Euro auf Null eine spürbare Verbesserung ihrer Situation erleben werden. Alarmieren, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollte uns aber auch eine Studie des Joanneum Research, über welche die Zeitungen vom September des Vorjahres berichtet haben, die einen Wohnungsfehlbestand von 58.000 Wohnungen, mehr als 11.000 Wohnungen davon in der Obersteiermark, aufgezeigt hat. Ich kenne zahlreiche Gemeinden allein im Bezirk Leoben und das wird Ihnen wahrscheinlich in Ihren Bezirken auch so gehen, die dringend Wohnbaukontingente bräuchten. Umso schlimmer ist da die Nachricht, dass die Bundesregierung über eine drastische Kürzung bei den Wohnbaufördermitteln nachdenkt. Das würde, so der Baulandes-

innungsmeister, das Ende des Wohnungsneubaues bedeuten. Und hier gilt es, rechtzeitig entgegenzusteuern und wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen. Neben dem Beschäftigungseffekt könnten aber auch dringende neue Impulse in den steirischen Regionen geschaffen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es dauert nicht mehr lange und wir werden zum Budget 2005 uns beraten und Beschlüsse fassen. Ich hoffe mit Zuversicht, dass wir auch hier auf dem Wohnbausektor nicht nur dem Maastrichtdefizit huldigen, sondern auch hier neue entscheidende Impulse setzen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 15.56 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Ich schreite damit zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen bitte. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Eingebracht wurde am 24. Mai 2004 eine Dringliche Anfrage von den Abgeordneten der Grünen und der SPÖ, betreffend Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schögggl.

Ich erteile Frau Klubobfrau Landtagsabgeordneter Lechner-Sonnek das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass auch hier eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte diese Redezeit verlässlich einzuhalten.

Abg. Lechner-Sonnek (15.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, sehr geehrter Herr Landeshauptfraustellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, werte Zuhörer und Zuhörerinnen!

Der öffentliche Verkehr im Großraum Graz, das ist eine Geschichte davon, was möglich wäre, wenn man es wollte und eine Geschichte davon, was fahrlässig ist, wenn man es nicht tut. Herr Landeshauptfraustellvertreter Schögggl, Sie haben den öffentlichen Verkehr nicht zu Ihrer Sache gemacht und das nehme ich Ihnen übel. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Stimmt nicht! Ist sehr wohl meine Sache!“)

Graz ist wieder eine Hauptstadt, eine europaweit relevante Hauptstadt. Im letzten Jahr war Graz die Kulturhauptstadt Europas. Großer Erfolg, wir waren alle sehr stolz darauf. Graz ist seit Jahren und wird es vermutlich auch noch länger bleiben, gemeinsam mit Riga und Barcelona Feinstaubhauptstadt von Europa, Herr Landeshauptfraustellvertreter, Feinstaubhauptstadt von Europa.

Wir wissen, ein paar Zahlen mögen illustrieren, was für ein Ausmaß das Problem hat. Wir wissen auf Grund von Erhebungen der Weltgesundheitsorganisation, die gestützt werden durch zahlreiche andere Erhebungen in europäischen Städten und Ländern, dass im Schnitt im Jahr in Österreich 1000 Menschen durch den Straßenverkehr ihr Leben verlieren. 2400 Menschen verlieren durch verkehrsbedingte Luftverschmutzung ihr Leben. Wir wissen, dass in Österreich die Zahl der Bronchitisfälle bei Kindern rasant ansteigt. Bronchitisfälle bei Kindern unter 15 20.600, Asthmaanfälle bei Kindern unter 15 15.000. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Durch Rauchen!“)

Und der Herr Landeshauptfraustellvertreter wirft ein, durch Rauchen. Es ist ein zynischer Einwurf, Herr Landeshauptfraustellvertreter.

Es kann sein, dass da viele Kinder auch rauchen, aber nicht diese 20.600, nicht die Vorschulkinder, nicht die Volksschulkinder, von denen man weiß, dass sie vermehrt unter Atemwegserkrankungen leiden und darauf muss ich auch hinweisen, dass sie lebenslänglich in ihrer Entwicklung dadurch beeinträchtigt sein können. Es gibt Studien aus Ballungsräumen Europas, und zwar speziell Deutschland, wo der Zusammenhang von Dieselruß und Lungenkrebs untersucht worden ist, dass das Risiko an Lungenkrebs zu erkranken eins zu 40 liegt, je nachdem ob man an einer Hauptstraße wohnt, wo die Fahrzeugabgase besonders hoch sind, oder nicht.

Wir Grüne haben im letzten Jahr nach monatelangen, eigentlich muss ich sagen jahrelangen Initiativen von unserer Seite, auf das Problem aufmerksam zu machen, einen Katalog von Maßnahmen vorgelegt, wie man den Feinstaub um 50 Prozent reduzieren könnte bis zum Jahr 2007, wenn man es wollte, wenn man es wollte! Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Großraum Graz ist in diesem Zusammenhang nicht nur unverzichtbar, sondern das wichtigste Instrument für die Bekämpfung des Feinstaubes. Das ist vollkommen klar. Das Grüne Konzept der Stadtregionalbahn ist zig Jahre alt. Wir sind von seiner Machbarkeit überzeugt, gerade in den letzten Tagen und Wochen haben wir uns verstärkt darum bemüht, die Machbarkeit zu untersuchen und zu überprüfen und haben eindeutige Belege dafür, dass dieses Konzept umsetzbar ist, wenn man es will.

Herr Landeshauptfraustellvertreter, ich habe mir – (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Da muss die Stadt Graz auch mithelfen!“) Ja, da muss die Stadt Graz auch mithelfen, das ist richtig. Dazu komme ich noch. Ich war vor zwei Wochen mit einer Delegation von grünen Stadt- und LandpolitikerInnen in Zürich. Das ist Sauerstoff, ein Sauerstoffstoß, wenn man dort ist, in mehrfacher Hinsicht. Es ist eine lebenswerte Stadt, weil Zürich eine Stadt des öffentlichen Verkehrs ist. 45 Prozent der Haushalte in Zürich haben keinen Pkw und Sie werden mit mir einig sein, dass das keinen finanziellen Grund haben kann, Zürich ist erwiesenermaßen eine der reichsten Städte, sondern diese Menschen brauchen ihr Auto nicht, um in Zürich

und im Kanton Zürich unterwegs sein zu können. 98 Prozent des Kantons sind so abgedeckt, dass innerhalb höchstens einer Stunde Wartezeit man ein öffentliches Verkehrsmittel zur Verfügung hat. Ich habe selbst erlebt, dass am Abend Leute aus dem ganzen Kanton in die Stadt strömen und in der Stadt ihre Freizeit verbringen. Auf allen Plätzen wird gefeiert, gibt es Feste und die Leute verwenden deswegen das öffentliche Verkehrsmittel, weil sie die Sicherheit haben, zu jeder Zeit wieder nach Hause kommen zu können. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wie bei uns!“)

Man kann auch sicher sein, dass in der Schweiz eine solche Entscheidung, wie sie vor zig Jahren für den öffentlichen Verkehr gefallen ist, nicht trotz der Sparsamkeit, sondern wegen der Sparsamkeit gefallen ist. Die Schweizer können rechnen, das kann man voraussetzen. Und sie haben überlegt und sie haben gerechnet und haben festgestellt, dass es für sie in jeglicher Hinsicht von Nachteil ist, wenn der Verkehr im Wesentlichen ein Verkehr von Pkws ist. Sie haben in einen bedarfsgerechten Ausbau des öffentlichen Verkehrs investiert. Sie haben sich gefragt, was kann die Leute bewegen auf öffentlichen Verkehr umzusteigen? Und sie haben nicht gesagt, ja, unser öffentlicher Verkehr ist ohnedies so super und komischerweise wird er von den Leuten nicht akzeptiert. Und was für Sie, Herr Landeshauptfraustellvertreter auch interessant sein dürfte als Zuständiger, Ressortzuständiger für Raumplanung, wir haben erfahren, dass in Zürich und im Kanton Zürich Gebiete, in denen es zu einer Ansiedelung von Firmen oder Wohnungen kommen soll, etwas haben müssen, bevor es mit einem Bebauungsplan losgeht, was ich mir für uns auch sehr wünschen würde. Sie brauchen ein Verkehrskonzept für diese Erweiterungsgebiete, sonst läuft nämlich nichts. Sonst gibt es keine Bewilligungen. Das ist die Umkehrung der Verhältnisse und das würde dem Land Steiermark dringend anstehen. Weil ich jetzt wieder zurückgegangen bin nach Österreich, Herr Landeshauptfraustellvertreter, Sie wissen es so gut wie ich, Innsbruck, Salzburg, Linz haben es uns vorgemacht. Was haben die getan? Die haben entschieden für einen öffentlichen Verkehr in ihrem Großraum gekämpft und die haben sich nicht nur gegenseitig anagitiert zwischen Stadt und Land, sondern die sind gemeinsam zum Bund gegangen und haben dort ihre Forderungen gestellt, haben dort ihre Konzepte vorgelegt.

Wir haben verstärkt in den letzten Tagen und Wochen mit Beamten auf Landesebene, auf Gemeindeebene, aber auch mit Expertinnen und Experten der Verkehrsunternehmen im Raum Steiermark gesprochen und es gibt einen Tenor. Der Tenor ist: der politische Wille fehlt. Es gibt gute Kooperation auf der Ebene der Beamten und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Es gibt hier gute Ideen, engagierte Menschen, die sehr, sehr kompetent sind, aber der politische Wille fehlt. Dann kann einfach nichts weitergehen. Und was für mich auch auf der Hand liegt, es gibt keine gute funktionierende Zusammenarbeit im Interesse des Großraums Graz zwischen Land und Stadt. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Ich weise das zurück!“) Sie leiden darunter, Herr Landeshauptfraustellvertreter, ehrlich gesagt ist mir das zu wenig. Sie haben eine Funktion, Sie weisen das zurück. Sie haben dann die Möglichkeit unsere Fragen zu beantworten. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Gerne!“) Der Gesamtverkehrsplan der Steiermark, meine Damen und Herren, stammt aus dem Jahr 1991. Er ist unterschrieben vom Landeshauptmann Krainer und ich sage Ihnen eines, für mich ist das eine Ausrede, wenn ich höre, er wird jetzt wieder erarbeitet. Mir wäre lieber, er würde umgesetzt werden, der alte würde umgesetzt werden, aber mir wäre am allerliebsten, man hätte das in dieser Zeit getan, in der es ihn schon gibt.

Sie können aufschlagen, wo Sie wollen, lauter gute, interessante Vorschläge für öffentlichen Verkehr, für Barrierefreiheit, für bedarfsgerechte Lösungen, die die Verkehrsproblematik wirklich entscheidend verändert hätten, wenn man sich daran gehalten hätte. Mich kann überhaupt nicht beruhigen, dass daran wieder gearbeitet wird. Und wenn ich mir Ihre Mission „Steirertakt“ anschau, Herr Landeshauptfraustellvertreter, atmet das den herben Charme der fünfziger Jahre, aber sonst nichts. Es geht nichts weiter und es ist das auch viel zu wenig.

Ich war bei Ihnen – vor zwei, drei Wochen – und habe Ihnen ein „Bschoad-Packerl“ überreicht, Ihnen und der Frau Landeshauptfrau, mit dem dringenden Ersuchen, sich nach Wien auf den Weg zu machen, mit dem Vizekanzler Gorbach sich zu unterhalten. Und Sie haben mir dann lächelnd gesagt, das ist überhaupt nicht notwendig, rauszufahren, ein Anruf genügt.

Ja, ein Anruf genügt eben nicht. Oder wenn ein Anruf genügt, dann machen Sie ihn. Tatsache ist, dass nichts weitergeht. Es zeigt mir, wie wenig Sie diese Sache ernst nehmen, wie wenig Sie dran sind. Und ich denke mir, es gibt, auch ich hätte mir eigentlich gedacht, auf Ebene des Bundes einen Ressortzuständigen, der der FPÖ angehört, auf Ebene des Landes einen Ressortzuständigen, der der FPÖ angehört, ich hätte mir gedacht, das geht um ein Eck leichter, für die Steiermark etwas zu erzielen, was für andere Bundesländer möglich gewesen ist. Aber das scheint nicht der Fall zu sein.

Was haben wir jetzt davon, dass hier dieselbe Achse der Zuständigen existiert – Schwarz-Blau – wie auf Bundesebene? Was haben wir davon, dass die Landeshauptfrau ihrerseits seinerzeit eine Patin und Unterstützerin dieser schwarz-blauen Regierung war? Ich sehe nicht, dass die Steiermark etwas davon hätte, im Gegenteil.

Vielleicht wollen Sie, Herr Landeshauptfraustellvertreter, Ihrem FPÖ-Gegenüber auf Bundesebene nicht zu nahe treten. Ich denke mir aber, wenn Sie da auf Aktivitäten verzichten, dann steht Ihnen das nicht zu. Es ist Ihre Aufgabe als Verantwortlicher in der Regierung für den öffentlichen Verkehr im Großraum Graz zu kämpfen, weil das die einzige Möglichkeit ist, die Belastung der Atemwege der hier lebenden Menschen zu beenden. Das ist die einzige Möglichkeit, das wissen Sie und Sie tun viel zu wenig dagegen, bis gar nichts. Ich bin neugierig jetzt auf die Beantwortung unserer Fragen. Aber mir ist von Seiten Ihres Ressorts nicht bekannt, dass es da große Aktivitäten gegeben hätte.

Noch eines – es wurde heute schon zitiert –, dieses GTI-Treffen in der Steiermark. Die Landeshauptfrau verwendet sich hier und sagt, das ist toll, ich unterstütze das. Und sie sagt, mein Wunsch ist, dass auch dieses Treffen wesentlich dazu beiträgt – ein GTI-Treffen – vor allem in der Jugend den Sinn der Einhaltung von Verkehrsregeln, von Geschwindigkeitsbegrenzungen und von vorsichtigem und rücksichtsvollem Fahren zu verankern.

Meine Damen und Herren, ich verstehe die Welt nicht mehr. Ich würde mir statt dieser Inserate wünschen, dass die Landeshauptfrau und der Landeshauptfraustellvertreter sich nach Wien auf den Weg machen und dem Vizekanzler Gorbach klar machen, dass sie es nicht weiter in Kauf nehmen, dass im Großraum Graz Erwachsene und Kinder erkranken müssen, nur weil hier nichts weitergeht.

Die Steiermark kann nicht darauf verzichten, dass der öffentliche Verkehr massiv ausgebaut werden muss. Und es steht Ihnen, Herr Landeshauptfraustellvertreter, nicht zu, hier zu entscheiden und zu sagen, das ist mir nicht so wichtig, ich muss nicht nach Wien fahren, das wird schon irgendwie gehen.

Wenn Sie es aus Sturheit machen, weil die Grünen diese Vorstöße unternehmen, weil die Grünen Sie so drängen, dann kann ich Ihnen nur sagen, auch das kann kein Kriterium sein. Es ist eigentlich wie bei der ESTAG, ja, für mich drängen sich diese Parallelen in der letzten Zeit oft auf. Es ist eine massive Planlosigkeit, es ist ein Sich-tot-Stellen gegenüber den Herausforderungen, den zeitgemäßen Anforderungen von Politik und es ist ein Inaktivsein dort, wo Aktivität in einem ganz hohen Ausmaß gefragt ist, Aktivität dort, wo Regierungsmitglieder ihre Aufgabe wahrnehmen und dem Bund gegenüber etwas erkämpfen, was dem Land zu steht, meine Damen und Herren. Und wenn Sie das machen würden, Herr Landeshauptfraustellvertreter, hätte ich mehr Respekt vor Ihnen.

Nun unsere Anfrage:

Erstens: Welche Schritte haben Sie bisher gesetzt, um den öffentlichen Personennahverkehr im Großraum Graz auszubauen?

Zweitens: Halten Sie die bisher gesetzten und künftig gesicherten Schritte für ausreichend?

Drittens: Wann haben Sie Gespräche welchen Inhalts mit dem zuständigen Bundesminister, mit der Landeshauptfrau und der Stadt Graz diesbezüglich geführt?

Viertens: Welche Schritte haben Sie gesetzt, um die drohende Kürzung der Bundesnahverkehrsförderung abzuwenden?

Fünftens: Wann werden Sie ein Finanzierungskonzept für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im Großraum Graz vorlegen?

Sechstens: Welche verkehrspolitischen Maßnahmen halten Sie im Großraum Graz für dringend notwendig, um die Feinstaubbelastung und weitere Abwanderung aus der Stadt Graz zu reduzieren?

Ich bin gespannt auf Ihre Antworten. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 16.11 Uhr.)

Präsident: Ich erteile nun dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schöggl das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, bitte.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggl (16.12 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Kollegen auf der Regierungsbank!

Frau Lechner-Sonnek, Sie haben sich jetzt redlich bemüht, ein Thema irrsinnig dringlich darzustellen, an dem wir selbstverständlich arbeiten, selbstverständlich. Ich habe so manches Mal den Eindruck, den Grünen schwimmen so ein bisschen die Felle davon. Es schwimmen Ihnen die Felle davon, weil wir natürlich an den umweltrelevanten und verkehrspolitischen, energiepolitischen Fragen, die die Bürger in diesem Land bewegen, selbstverständlich arbeiten. Wir sind ja auch selbst Bürger dieses Landes und ich möchte selbst und meine Familie und meine Kinder und alle, wie sie da sitzen, wollen gute Luft, wollen eine gesunde Umwelt und wollen natürlich auch entsprechende wirtschaftliche und ökonomische Standards haben. Das ist durchaus legal, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber das ist kein grünes Anliegen, sondern das ist ein ÖVP-Anliegen, ein freiheitliches Anliegen und ein sozialdemokratisches Anliegen. Das ist ein Anliegen, wofür wir alle in diesem Landtag arbeiten. Aber Sie unterziehen sich dieser Mühe und es war auch sehr bemüht, wie Sie das dargestellt haben.

Ich habe mir erlaubt, ein kleines Informationspaket vorzubereiten, damit Sie sehen, dass es keinen Stillstand im öffentlichen Verkehr gibt, im Gegenteil. Im Gegenteil, wir bemühen uns, den öffentlichen Verkehr zuverlässig, qualitativ, pünktlich, anforderungsgerecht darzustellen.

Und von der Wirtschaftlichkeit brauchen wir ohnehin nicht reden. Wir haben einen kleinen Vergleich gemacht. Zum Beispiel die Strecke Gleisdorf–Graz, das sind 27 Kilometer. Wenn Sie das mit dem Auto fahren, wenn Sie das Glück haben, amtliches Kilometergeld verrechnen zu dürfen oder wenn Sie das beanspruchen können oder auch zur Bewertung heranziehen, dann kostet diese Strecke einfach 9,61 Euro, wenn Sie mit einer Monatskarte fahren 1,12 Euro.

Bitte, machen Sie alle, wie Sie hier sitzen, Reklame für den öffentlichen Verkehr, er hilft die Börseln und die Budgets der Bürger in diesem Lande zu schonen. Und wenn Sie sagen, die Fahrzeit wird es sein. Die Fahrzeit mit der Bahn sind 30 bis 34 Minuten, mit dem Schnellbus 30 Minuten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man mit dem Pkw wesentlich schneller ist.

Köflach–Graz, 40 Kilometer: Auto 14,24 Euro, Monatskarte 1,43 Euro.

Das heißt, der öffentliche Verkehr kostet den Konsumenten 10 Prozent des Individualverkehrs.

Wir nehmen uns, und teilweise vielleicht leider, einfach eine Scheinfreiheit, unseren eigenen motorisierten Untersatz zu verwenden. Und ich hoffe, dass möglichst viele von Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren hier im Hohen Haus, mit öffentlichem Verkehr heute hier angereist sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich kann man immer etwas besser machen, natürlich gibt es immer wieder einfach den Bedarf, den wir erkennen.

Aber wenn es um den Feinstaub geht, darf ich nur eines sagen. Ich weise entschieden zurück, dass der Verkehr der einzige und alleinige Verursacher des Feinstaubes ist. Ich habe immer wieder ein gesamtes Maßnahmenpaket vorgeschlagen, das aus einem Maßnahmenmix besteht. Natürlich wollen wir den öffentlichen Verkehr erweitern und ich habe ja gerungen und ich durfte Ihnen ja vor kurzem erst berichten, dass ich für die Nahverkehrsknoten Puntigam und Don Bosco die entsprechenden Landesmittel erreichen konnte, dank auch der Unterstützung der Frau Landeshauptmann und der Finanzreferentin. Natürlich sind wir froh, dass wir diese Maßnahmen erreichen und über das HL-AG.-Projekt durch Graz konnte ich ja schon mehrfach berichten. Und es stimmt einfach nicht, wenn Sie behaupten, dass andere Städte wesentlich mehr erreichen als Graz beziehungsweise die Steiermark. Im Gegenteil, wenn wir alles zusammenzählen, dann sind die öffentlichen Mittel, die für den Ausbau des Nahverkehrs und vor allem der Schiene herangezogen werden, wesentlich höher als in anderen Städten. Im Gegenteil, wir knobeln sogar daran, wie wir es schaffen, den 20-prozentigen Finanzierungsanteil des Landes Steiermark tatsächlich darstellen zu können. Wenn in dieser Dringlichen Frage auch der schienengebundene Verkehr gewürdigt wird, Sie wissen, die Semmeringbahn hat 150 Jahre gefeiert. Wir wissen, dass gerade im schienengebundenen Verkehr es sehr, sehr lange dauert in der Steiermark oder nicht nur in der Steiermark, auch in ganz Österreich entsprechende Projekte umzusetzen. Wir sind Gott sei Dank dabei, den Generalverkehrsplan umzusetzen und das wird uns auch weiterbringen. Wir haben ja, wie gesagt, einige Informationen bereits verteilt.

Ich komme zur Beantwortung der Fragen, die an mich gerichtet wurden.

Zur Frage eins: Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern ist es mir gelungen, das Angebot im Personennahverkehr im Großraum Graz bisher jährlich zu steigern. Im Bereich der Infrastruktur wurden von mir zusätzliche Bushaltestellen eingerichtet, Park-and-ride-Plätze gefördert. Derzeit stehen über 5000 Stellplätze in der Steiermark zur Verfügung. Wir haben auch, es mag Ihnen als Kleinigkeit erscheinen, Buswartehäuschen, das können Sie auch den Pressemeldungen entnehmen, gefördert und damit eine Vereinheitlichung des Erscheinungsbildes und eine Qualitätssteigerung für die Wartenden erreicht.

Der derzeit stattfindende Ausbau der Südbahn von Graz nach Spielfeld ist für jedermann wahrnehmbar und erkennbar, erst vor kurzem erfolgte der Spatenstich für den Verkehrsknoten Puntigam. Eine weitere zukünftige Haltestelle wird in Feldkirchen-Seiersberg eingerichtet – als Anmerkung, auch hier war es nicht ganz einfach, den Landesanteil von 20 Prozent zu lukrieren – und mit einer Park-and-ride-Anlage ausgestattet. Ebenso erfolgt der Ausbau des Verkehrsknotens Don Bosco, wie erwähnt, gemeinsam mit der HL-AG. und dem Land Kärnten arbeiten wir an der Umsetzung der Koralmbahn und der Terminal Werndorf wurde fertig gestellt.

Seit kurzem liegen für die nötige Erschließung des Großraums Graz im Bereich der Infrastruktur die Bauübertragungen der Bahnhöfe für Frohnleiten und Pernegg vor. Für den Bahnhof Peggau haben wir eine Planungsübertragung, ebenso für die Erschließung des Ostens. Hier konnte ich endlich die Planungsübertragungen der drei Betriebsausweichen erreichen. Anmerkung: Die ÖBB müsste aber endlich bauen, aber das ist Aufgabe der ÖBB und ich dränge sehr intensiv darauf.

Im Grazer Raum erweitere ich gemeinsam mit der Stadt Graz das Betriebsleitsystem. Aber Ausbau des Personennahverkehrs bedeutet auch den Ausbau des Betriebes. So wurden neue Bustangentiallinien in Graz gefördert. Auch die Buslinie für die Aufschließung des Südostens von Graz, Hausmannstätten. Es ist gelungen, das Angebot des Postbusses zu sichern. Hier finden Neuplanungen der Korridore mit dem Schwerpunkt auf alternative Formen und die Erschließung des suburbanen und extraurbanen Raumes um Graz statt.

Die Stufe eins der Attraktivierung des Steirertaktes ist zum großen Teil abgeschlossen. Wir fahren in drei Himmelsrichtungen im Stundentakt, der in den Spitzenzeiten teilweise zu einem Halbstundentakt verdichtet wurde. Einer der nächsten Schritte wird die Erschließung der vierten Richtung Ostbahn sein, sobald in diesem Bereich die Voraussetzungen in der Schieneninfrastruktur, wie bereits erwähnt, vorliegen.

Zusätzlich werden von mir im Rahmen von Verkehrsdienstverträgen bei den drei Eisenbahnunternehmen in der Steiermark, ÖBB, GKB und der Steiermärkischen Landesbahn zusätzliche Leistungen bestellt und auch heute beschäftigt sich dieses Haus mit einem derartigen Vorhaben.

Zur Frage zwei, ob ich die bisher gesetzten und zukünftig gesicherten Schritte für ausreichend halte, möchte ich schon feststellen, dass sich der Zeitgeist der Individualisierung eben auch im Verkehrswesen niederschlägt. Die Motorisierung steigt. Ich nenne das immer Scheinfreiheit auf vier Rädern. Die wahren Kosten des Individualverkehrs will leider niemand wahr haben und sie sind offensichtlich auch leistbar. Trotz aller

von mir gesetzten Maßnahmen und einem im Österreichvergleich guten Modalsplit ist dieser daher im stadtübergreifenden Verkehr von 15,7 leider auf 13,4 Prozent gesunken. So kann ich als Verkehrslandesrat leider nicht zufrieden sein, obwohl der österreichische Modalsplit im gesamteuropäischen Vergleich hervorragend ist, im Güterverkehr liegen wir vor der Schweiz an erster Stelle, im Personenverkehr an dritter Stelle.

Aus meiner Sicht sind es zwei Schritte, die wir gehen müssen. Einer ist, das Geld in die Hand zu nehmen, um die vielen Ideen in den Schubladen meiner Verkehrsabteilung umzusetzen. Einige haben es ja angesprochen. Der zweite ist natürlich die Bewusstseinsbildung. Es muss wieder schick sein, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren, eine Qualitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs alleine reicht nicht aus, aber auch das Marketing braucht Geld.

Zur Frage drei, über die von mir geführten Gespräche darf ich Ihnen versichern, dass ich natürlich im laufenden Kontakt mit Vizekanzler Gorbach bin. Bei jedem Besuch in Wien bringe ich auch die Wünsche der Steiermark mit. Mein letztes Schreiben betreffend Personennahverkehr an ihn und auch an den Finanzminister ist zum Beispiel mit 4. März 2004 datiert.

Mit Frau Landeshauptmann Klasnic habe ich natürlich im Rahmen der Budgetverhandlungen den Personennahverkehr thematisiert. Das letzte Gespräch zum Thema „Mitfinanzierung bei der Basisfinanzierung der Verkehrsverbände“ fand erst vor kurzem statt.

Mit Stadtrat Rüscher stehe ich in guter Verbindung. Leider hat die Stadt Graz keinerlei finanziellen Spielraum und keinerlei finanzielle Ressourcen, um auch ihren Anteil mitzutragen. So haben wir aber vor kurzem beschlossen, den Masterplan der Stadt Graz mit dem Regionalverkehrskonzept Großraum Graz zu verbinden und wir stehen gemeinsam mit dem Bund in Gesprächen über den Ausbau des Straßenbahnnetzes in Graz. Und Sie sehen, es besteht da überhaupt kein Unterschied von Graz zu den Städten Wien, Linz, Innsbruck oder Salzburg. Wenn Sie andere Zahlen haben, stellen Sie mir die bitte zur Verfügung. Also mir sind derartige Zahlen nicht zugänglich, sehr wohl Behauptungen. Wenn wir zusammenrechnen, haben wir für die Steiermark für den Nahverkehr wesentlich höhere Beträge als diese 220 Millionen, die Sie erwähnen. Auch diese Städte stehen nach wie vor in Verhandlungen mit dem Bund beziehungsweise beteiligen sich selbst, wie zum Beispiel Wien, da gibt es ja auch eine Abgabe am Ausbau des Personennahverkehrs. Wir haben aber, und das sei noch hinzugefügt, diese regionalen Verkehrskonzepte in Arbeit. Deutschlandsberg, Feldbach, Radkersburg sind bereits abgeschlossen und ich denke, dass wir hier auf einem guten Weg sind.

Zur Frage vier, welche Schritte von mir gesetzt wurden, um die drohende Kürzung der Bundesnahverkehrsförderung abzuwenden, können Sie auf Grund der Brisanz dieses Themas davon ausgehen, dass im Rahmen unzähliger Interventionen auf operativer Ebene von mir versucht wurde und versucht wird, diese Einschränkungen wegzuverhandeln.

So ist es mir für heuer gelungen, für den Murautakt noch die volle Förderquote zu erhalten. Insgesamt ist diese Kürzung – und das gebe ich auch zu – für mich eine Katastrophe, da ich auch der Ansicht bin, dass diese dem Bundesgesetz über die Ordnung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs, dem sogenannten ÖPNRV-Gesetz, nicht entspricht. In den Erläuterungen zu den Paragraphen 24 und 26 wurde nämlich als Zielvorstellung formuliert, dass die bei In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Verfügung gestellten Mittel von 7 Millionen Euro für Gesamtösterreich auf ein Vielfaches aufgestockt werden sollen. Ein Weg dorthin war für mich die Verdoppelung dieser Mittel auf 14 Millionen Euro im Jahr 2002. Auf Grund der massiven Kürzungen seitens des Finanzressorts stehen seit 2003 leider wieder nur 7 Millionen Euro zur Verfügung.

Ich habe diese Bedenken auch im März dieses Jahres schriftlich Herrn Bundesminister Grasser und Herrn Vizekanzler Gorbach mitgeteilt, vor allem in Hinblick auf das von mir verfolgte Bahnkonzept Steirertakt mit der Qualitätsmarke unserer Phantasiefigur Jack-Bahn. Die Antwortschreiben waren leider ernüchternd, was mich aber nicht davon abhält, weiter um die Umsetzung zu kämpfen.

Zur Frage fünf, über die Vorlage eines Finanzierungskonzepts für den Ausbau des Personennahverkehrs im Großraum Graz, möchte ich Folgendes bemerken.

Derzeit stehen 27 Millionen Euro, ich wiederhole es, 27 Millionen Euro zur Absicherung des öffentlichen Verkehrs zur Verfügung. Eine Summe, die seit 1994 von Null beginnend immer wieder aufgestockt wurde. Und 27 Millionen Euro, das klingt für die noch in der Schillingwelt Verhafteten sehr bescheiden, aber in Wirklichkeit ist das ein Betrag in der Größenordnung von fast 400 Millionen Schilling.

Aus diesem Topf finanzieren wir über den Verkehrsdienstvertrag mit der ÖBB mit jährlich 6 Millionen Euro rollendes Material, so dass uns Ende dieses Jahres neue Diesel- und Elektrofahrzeuge zur Qualitätssteigerung zur Verfügung stehen werden.

Meine Forderungen, die über dieses ordentliche Budget hinausgehen, sind Ihnen ja hinreichend bekannt, zumal ich diese, da sie die Budgets längerfristig belasten, in den Landtag einzubringen pflege. So ist es mir kürzlich gelungen, im Bereich Infrastruktur für die Jahre 2005 bis 2007 zusätzlich 11 Millionen Euro für den Ausbau der Verkehrsknoten Don Bosco und Puntigam darzustellen und zu erhalten. Ich danke noch einmal dafür.

In diesem Zusammenhang werden wir noch einiges Geld in die Hand nehmen müssen, da auch die Steiermark, wie das Land Salzburg, für den Ausbau der Schieneninfrastruktur, und zwar für die nahverkehrsrelevanten Anlagenteile, 20 Prozent mitzufinanzieren hat. Aber das habe ich schon erwähnt.

Auch die erforderliche Zusatzfinanzierung beim „Steirertakt Attraktivierung Stufe 2“ als S-Bahn-ähnliches System für den Großraum Graz kennen Sie hinreichend aus den Medien. Aber hier ist es notwendig, 137 Millionen Euro bis 2012 aufzubringen. Ich werde mich darum bemühen und darum kämpfen.

Der steirische Beitrag zum Straßenbahnausbau in Graz, der bekannterweise unter dem Titel „MÖST-Mittel“ vertraglich mit der Stadt Graz festgeschrieben wurde, wurde mir leider bei den Budgetverhandlungen für das Budget 2004 nicht vollinhaltlich zur Verfügung gestellt.

Um die wohl größte Finanzlast des Budgets zu stabilisieren – die Finanzierung des steirischen Verkehrsverbunds mit rund 12 Millionen Euro –, verhandle ich derzeit einen neuen Grund- und Finanzierungsvertrag mit dem Bund, der Stadt Graz und den 58 Verkehrsunternehmen, der kurz vor dem Abschluss steht. Wir haben auch ein Modell erarbeitet, das eine Mitfinanzierung der Umlandgemeinden möglich machen würde. Aber ich glaube, dass dieses Vorhaben, das durchaus notwendig wäre, allein auf Grund der Mehrheitsverhältnisse in diesem Landtag nicht so rasch umzusetzen sein dürfte.

Bei der Antwort auf die Frage sechs, welche verkehrspolitischen Maßnahmen ich im Großraum Graz für dringend notwendig halte, um die Feinstaubbelastung und weitere Abwanderung aus der Stadt Graz zu reduzieren, kann ich nur das Bisherige wiederholen.

Es ist Geld in die Hand zu nehmen, um den Steirertakt bis 2012 zu einem S-Bahn-ähnlichen System auszubauen, um die nahverkehrsrelevante Infrastruktur Richtung Bruck, auf der Ostbahn und in Richtung Spielfeld mitzufinanzieren und um echtes Mobilitätsmanagement zu betreiben.

Wie wichtig die Mitwirkung vor allem auch der Gemeinden ist, zeigt sich bei den mühseligen Verhandlungen, wie erwähnt, über die Mitfinanzierung der Gemeinden bei der Basisfinanzierung des Verkehrsverbundes, aber auch bei der Erarbeitung von Buskonzepten.

Als positives Beispiel möchte ich das Buskonzept der GU 8, das ist der Grazer Südwesten, bringen. Hier ist ein Drittel der Gemeinden dafür – das ist der positive Teil –, ein Drittel ist unentschieden und ein Drittel zeigt überhaupt kein Interesse. Aber auch das Modell „Lipizzaner“ im Bereich Voitsberg/Köflach mit dem Ziel der Einführung eines Halbstundentakts scheiterte bisher an den Gemeinden.

Sie sehen also, meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Ressort strotzt vor innovativen Ideen und Konzepten für die Attraktivierung und den Ausbau des Personennahverkehrs. Wenn das nötige Geld zur Verfügung ist, werden wir sofort mit der Umsetzung beginnen.

Wie wichtig diese Umsetzung ist, werden ja auch die kommenden Budgetverhandlungen zeigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weise entschieden zurück, dass mir der Nahverkehr als Ressortzuständiger kein Herzensanliegen ist, im Gegenteil. Aber Sie wissen, Budgets sind limitiert, auch das Budget für den öffentlichen Verkehr ist limitiert. Machen Sie bitte alle Werbung für den öffentlichen Verkehr als eine pünktliche, zuverlässige, sichere und komfortable Möglichkeit der Mobilität. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 16.29 Uhr.)

Präsident: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur Dringlichen Anfrage und weise darauf hin, dass auch hier eine Redezeitbegrenzung gilt.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Breithuber.

Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Breithuber (16.30 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, Hohes Haus, vor allem geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl!

Ich habe jetzt wieder aus Ihren Ausführungen und vor allem auch am Wochenende in den Medien gelesen, dass angeblich die Gemeinden im Ballungsraum südlich von Graz oder überhaupt im Ballungsraum nicht bereit sind, den öffentlichen Verkehr mit zu finanzieren.

Also ich kann euch und Ihnen anhand einiger Beispiele sagen, wie es im Nahverkehr, im öffentlichen Verkehr zugeht, wie es die Gemeinden trifft und in welchem Vertrauensverhältnis eigentlich Gemeinden gegen Land oder mit Land stehen.

Ich fange einmal mit dem Individualverkehr an. Da gibt es ja die berühmte Geschichte mit der A-9-Begleitstraße. Das heißt, die Gemeinden südlich von Graz, vor allem die GU-8-Gemeinden, fordern und wünschen sich schon lange eine Autobahnbegleitstraße entlang der A 9, um eben den Pendlerverkehr, der von Südwest hereinströmt, gebündelt entlang der A 9 hereinzukriegen, und nicht durch unsere Wohngebiete fahren zu lassen.

Abgemacht und großartig geplant wurde, und jetzt gibt es ja schon zweite und dritte Planungen, dass grundsätzlich die Kunstbauten vom Bund beziehungsweise Land finanziert werden – das sind die Brücken, Unterführungen und Überführungen – und in weiterer Folge jede Gemeinde auf ihrem Gemeindegebiet die Fahrbahn selber errichtet und die Grundablösungen auch durchführt. Die grundsätzliche Bereitschaft der Gemeinden ist da, nur siehe da, es gibt Funkstille. Es läuft nichts mehr. Es gibt keine Gespräche mehr.

Ich sage einmal so, die Gemeinde Seiersberg, die darf ich einmal lobend hervorheben, hat natürlich ihre Hausaufgaben gemacht. Wir haben die Begleitstraße und die Kunstbauten dazu errichtet, haben jetzt in unserem Gemeindegebiet die berühmte und geplante A-9-Begleitstraße. Aber siehe da, nach Süden hört sie bei der Gemeindegrenze auf und nach Norden geht sie etwas in die Stadt hinein, hört dann aber auch auf.

So ist das Verhältnis, wie das eigentlich läuft mit Land, Gemeinden.

Der zweite Punkt: Im Zuge des Wahlkampfes in der Stadt Graz wurde uns angedroht – und das war auch ernst zu nehmen und wurde auch fast so umgesetzt –, dass die öffentlichen Linien, sprich der 32er und der 64er, nicht mehr über die Stadtgrenze hinaus geführt werden. Das hat uns veranlasst, als GU-8-Gemeinden im Süden der Landeshauptstadt, zu reagieren beziehungsweise ich mit meiner Gemeinde bin mit der Stadt Graz in Verhandlung getreten, auch mit dem steirischen Verkehrsverbund, mit den Zuständigen des Landes, und haben eine Lösung gefunden, die folgendermaßen aussieht:

Der 32er bleibt bis zur Endstation, wie er immer gefahren ist und wird von der Stadt Graz betrieben beziehungsweise unterstützt von Landes- und Bundesmitteln. Und der 64er wird umgewandelt auf die Linie 78, wird auch verlängert und wird voll finanziert beziehungsweise betrieben mit Unterstützung des Bundes und des Landes als 78er, mit der Abmachung, dass die Förderungsmittel 50 Prozent Bund, 21,20 Prozent – wie dieser Prozentsatz zusammenkommt, ist mir noch immer schleierhaft – das Land und den Rest die Gemeinde.

Wir haben im Oktober 2002 mit einem Probetrieb begonnen, haben dann im Frühjahr 2003 umgestellt auf einen Vollbetrieb. Und siehe da, heuer beziehungsweise voriges Jahr, im Dezember 2003, kommt ein nettes Brieflein, dass eben der Bund nicht mehr die 50 Prozent fördert, sondern nur mehr 15 Prozent, und die Landesförderungsmittel seien unsicher und noch nicht konkret.

Das heißt, bei einem Jahresbudget, was die Linie kostet, von 700.000 Euro noch einmal 50 Prozent auf die Gemeinde abzuwälzen. Das schafft nicht einmal Seiersberg mit seinem Einkaufszentrum. Was bleibt uns übrig? Wir müssen reduzieren, Takt verlängern beziehungsweise die Früh- und Abendspitzen etwas auseinanderziehen. Das haben natürlich alle Gemeinden erkannt, dass dieser Vertrag oder diese Absprachen mit den anderen Partnern einfach nicht hält und darum traut sich auch keiner mehr drüber. Damit komme ich auch zu den GU 8, zu diesen Querverbindungen und Taktverkürzungen oder -verdichtungen. Da ist es ebenfalls so gelaufen, dass es eine wunderschöne Studie gibt, einen wunderschönen Verkehrsplan gibt, wie man das wirklich gut machen könnte, vor allem auch im Süden, die Querverbindung nicht immer über den Jakominiplatz in die Stadt und hinaus zum Puch-Werk zu fahren, sondern dass man auch von Lieboch über Hausmannstätten ins Puch-Werk fahren kann. Das waren alles wunderschöne Pläne, sie sind ja nach wie vor hier. Aber die Gemeinden haben dann grundsätzlich gesagt, ja, wir sind dabei, die Beschlüsse haben sie auch gefasst, aber mit dem kleinen Aber, wir wollen eine längerfristige Zusage, dass der Bund die Finanzierung, die Förderung übernimmt, ihren Anteil und das Land die Förderung übernimmt und den Rest die Gemeinden sehr wohl bereit sind. Und nur, wenn das funktioniert, dann sind die Gemeinden auch wieder im Boot und haben eine Sicherheit, dass sie nicht irgendwann nach einem Jahr, so wie Seiersberg als Beispiel, übrig gelieben sind.

Und um das alles zu konkretisieren beziehungsweise dingfest zu machen, stelle ich den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Kröpfl, Lechner-Sonnek, Schrittwieser, Hagenauer und Mag. Zitz, Böhmer, Breithuber, Grabner, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Petinger und Stöhrmann, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens umgehend die Planungen für ein S-Bahn-System, das alle Bezirksstädte der Ost-, Süd- und Weststeiermark sowie das Mur- und Mürztal mit der Landeshauptstadt Graz mit für die Pendlerinnen und Pendler und der Wirtschaft sinnvollen kurzen Fahrplanintervallen verbindet, in Auftrag zu geben, zweitens dafür Termine für Berichte, Erfolgskontrollen und die Umsetzung festzulegen, drittens den Bund in die finanzielle Verantwortung zu nehmen und ihn zu verpflichten, sich in der Steiermark zumindest im selben finanziellen Ausmaß wie beim Ausbau des S-Bahn-Systems in Salzburg zu beteiligen, viertens die krasse Benachteiligung der Steiermark beim Ausbau der steirischen Schieneninfrastruktur durch eine Überarbeitung des Generalverkehrsplans mit einer Vorreihung der steirischen Schienenprojekte zu beseitigen sowie fünftens ein Infrastruktur-Verfassungsgesetz auszuarbeiten und dem Nationalrat zur Beschlussfassung vorzulegen, das in der Zukunft verhindert, dass Landeshauptleute persönliche Interessen über das Wohl der Republik stellen.

Ich bitte um Unterstützung. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.37 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Zitz bitte, danach der Herr Abgeordnete Petinger.

Abg. Mag. Zitz (16.37 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste, sehr geehrter Klubobmann Herper auch von der Stadt Graz!

Herr Landeshauptfraustellvertreter, Ihre Wortmeldung habe ich unglaublich gefunden. Und zwar deswegen, weil Sie erstens einmal uns mit einem Viertelkilo Papier beglückt haben. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Sie wollten ja Informationen oder nicht?“) Mit einem Viertelkilo Papier beglückt haben, da ist es. Unter anderem ist da drinnen eine scheinbare Bewerbung von der ÖBB und vom Verkehrsverbund, die absolut sexistisch ist. Wenn Sie sich dieses Hefterl anschauen, wissen Sie, was drinnen passiert? Es kommt drinnen ein Mann vor, der Jack-Bahn, der kennt sich angeblich ganz super mit dem öffentlichen Verkehrssystem aus und der belehrt eine hilflose Frau, die keine Ahnung hat, wie man sich eine Fahrkarte bestellt. Und das sage ich jetzt als Frauensprecherin. Die Leute, die wirklich wissen, wie der öffentliche Verkehr funktioniert und die unter ihm leiden, das sind zu einem großen Teil die Frauen, das sind die wahren Expertinnen, und zwar teilweise wider Willen, weil die einfach viel mit öffentlichem Verkehr unterwegs sind und die, die sehr oft Verkehrspolitik komplett vorbei an den Bedürfnissen von Leuten machen, die mit öffentlichem Verkehr fahren wollen, die Rad fahren wollen, die zu Fuß gehen wollen, das sind Herren im besten

Alter. Eine Frau in so einer Werbung im Jahr 2004 als Hascherl hinzustellen, die nicht genau weiß, wie man mit einem Fahrplan oder mit einer Fahrkarte umgeht, ist schlichtweg sexistisch und absolut nicht zeitgemäß, Punkt eins. (Beifall bei den Grünen.) Und ich bin wirklich – es ist ein Teil Ihres Amtsverständnisses, Herr Landeshauptfraustellvertreter, dass sie genau damit subtil Werbung machen gegen den öffentlichen Verkehr. (Abg. Gödl: „So ein Blödsinn!“)

Zweiter Punkt, das ist jetzt ein Teil meiner Wortmeldung, wird in die Richtung gehen, dass ich versuche aufzuzeigen auf Grund von Alltagserfahrung, wie von Seiten der Landesregierung mit dem Thema Feinstaub umgegangen wird. Die Stadt Graz hat es dankenswerterweise geschafft, parteienübergreifend, ein hartes Stück Arbeit, einen Maßnahmenkatalog auf die Reihe zu bringen mit dem Schwerpunkt Verkehr und hat diesen Maßnahmenkatalog im Gemeinderat nach längeren Verhandlungen, ich glaube sogar einstimmig beschlossen. Karl-Heinz Herper nickt. Danke schön! Wir sind von grüner Seite hergegangen und haben diese Grazer Initiative in den Landtag als Anfrage an die Frau Landeshauptfrau eingebracht. Die Frau Landeshauptfrau ist verkehrspolitisch ziemlich aktiv, sie promotet dieses unsägliche Red-Bull-Projekt in Spielberg. Sie macht Werbung für dieses unglaubliche GTI-Rennen. (Abg. Wiedner: „Ein Skandal!“ – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Frau Zitz, Sie müssen ja nur von Monstern umgeben sein!“)

Jetzt haben wir uns gedacht – naiv, wie die Grünen halt sind – wenn die Frau Landeshauptfrau einen so umfassenden Mobilitätsbegriff hat, wird sie doch bereit sein uns zu sagen, was sie vorhat, um diesen Grazer einstimmigen, sehr überlegten Antrag auf Maßnahmenkatalog für weniger Feinstaub in Graz auf die Reihe zu bringen. Frau Landeshauptfrau antwortet, sie ist dafür unzuständig.

Zweiter Punkt, Landesrat Seitinger – ist im Moment nicht anwesend –, wir haben ihn gefragt: „Herr Landesrat, Aichfeld-Murboden, Red-Bull-Projekt, wie schaut es da aus, massive Feinstaubbelastung“ – ich meine, die Herren von der ÖVP sind so irrsinnig aufgeregt, möchten Sie sich nicht anschließend bitte zu Wort melden? (Abg. Wiedner: „Von Ihnen lassen wir uns nicht auffordern zu reden!“) Aber Sie sind so nervös!

Gut, dann setze ich jetzt fort. Herr Landesrat Seitinger hat uns in einer Anfragebeantwortung zu diesem Red-Bull-Projekt und seinen Umweltauswirkungen auf Aichfeld-Murboden gesagt, er ist für diesen Bereich nicht zuständig, er ist für den Feinstaub nicht zuständig, weil das nicht in seine Ressortkompetenz fällt. Ich finde das unglaublich. Diese Situation bringt uns dazu aufzuzeigen, dass auf der Ebene eines konzertierten Vorgehens, wie es die Ingrid Lechner-Sonnek vorhin in ihrer Anfrage begründet hat, es zwar immer wieder minimale Kontakte offenbar von einzelnen zuständigen Regierungsmitgliedern zueinander gibt, aber es fehlt die Bereitschaft, geplant und nachvollziehbar dieses Thema anzugreifen. Wir haben ein Pingpong der Unzuständigkeiten und letztendlich keine Bereitschaft, ein Thema aufzunehmen, das – jetzt komme ich zu einem nächsten Punkt – beim Jugendlandtag am 10. März das Megathema war. Ich war selber total überrascht, weil ich mir gedacht habe, dass da Freizeitgestaltung ein Thema sein wird oder Bildungspolitik. Für die Jugendlichen waren aber tatsächlich Luftgüte, Umgang damit und öffentlicher Verkehr, also gutes, sicheres Unterwegssein das Thema, wo sie uns am meisten auch inhaltlich abgefordert haben.

Einen Punkt noch von Seiten der Grünen und ich glaube, das gilt für alle Parteien und die Kollegen von der Freiheitlichen Partei haben dann jede Möglichkeit herauszukommen und ihre Argumente zu bringen. Von Seiten interessierter bewegter Bürger/Bürgerinnen, die parteipolitisch nicht zuordenbar sind, hat es gerade im letzten Winter eine Menge Initiativen gegeben. Es hat eine sehr fundierte Stellungnahme des Schulärzte-/Schulärztinnenforums Steiermark gegeben mit einer Resolution zum Thema Verkehr und Gesundheit, weil die Schulärzte und Schulärztinnen einfach an bestimmten Tagen mit jeder Menge von hustenden Kindern zu tun haben, mit vielen Entschuldigungen zu tun haben. Und weil das diese Berufsgruppe einfach hautnah mitkriegt, was es heißt, wenn bei uns in Graz, aber genauso in Voitsberg-Köflach oder in Hartberg oder in Bruck wieder einmal die Grenzwerte ganz massiv überschritten sind.

Das Sozialmedizinische Zentrum, die ARGE Luft, Lärm und die Kinder- und Jugendanwaltschaft – das sind keine klassischen Verkehrsexperten und -expertinnen – machen seit vielen Monaten auch darauf aufmerksam, dass die Art, wie wir unterwegs sind, wie wir Mobilität gestalten, einfach viel darüber aussagt, wie unsere Gesellschaft funktioniert.

Ein Punkt noch, den ich einbringen möchte: Aus unserer Sicht ist auf Ebene des Landes eine wirklich zeitgemäße Verkehrskompetenz nicht einmal mehr homöopathisch vorhanden. Herr Landeshauptfraustellvertreter, Ihre Beantwortung hat mich wirklich fassungslos gemacht, weil Sie uns erstens einmal ein Viertelkilo Papier auf den Tisch legen und glauben das reicht und zweitens nur eine Liste von Einzelmaßnahmen gebracht haben, aber keinen Hinweis gemacht haben, wie von Ihrer Seite mit klaren Planungsinstrumenten und mit klaren Finanzierungsinstrumenten vorgegangen wird. Und ich verstehe es einfach nicht, dass Kommunen, wie Linz oder Salzburg oder erst recht Wien, in Kooperation mit ihren jeweiligen Ländern sehr erfolgreich sind beim Bund, finanzielle Mittel für den öffentlichen Verkehr aufzustellen (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das behaupten ja nur Sie, das stimmt ja nicht!“) und die Steiermark da seit vielen Jahren eigentlich immer eines der letztgereihten Bundesländer ist, was gleichzeitig fatale Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Steiermark hat – keine Aussage von den Grünen, sondern eine Aussage übrigens auch vom Wirtschaftsband und von der Industriellenvereinigung.

Ich glaube, dass man die Feinstaubproblematik dann in den Griff kriegt, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass da der Druck von den Kommunen und von der Zivilgesellschaft, von der Bevölkerung extrem hoch ist, dass das Anforderungen sind, die alle Parteien und alle Regierungsmitglieder treffen und dass wir da einfach

schaufen müssen, dass wir so konzertiert und engagiert vorgehen, wie es teilweise andere österreichische Kommunen schaffen und wie es zum Beispiel der Südtiroler Landtag und bestimmte Südtiroler Kommunen auf die Reihe gebracht haben.

Es war vor kurzem eine Südtiroler Landtagsdelegation bei uns – einige von den Kollegen waren auch dabei – und da hat ein SFP-Abgeordneter mit völliger Ruhe und Gelassenheit erklärt, nämlich nicht von mir angeredet, sondern von sich aus hat er das zum Thema gemacht, dass es in Bozen und Meran klare Überschreitungen im Bereich Feinstaub gibt und dass es in diesen Städten auch Straßensperren gegeben hat. Und ich war so positiv überrascht, weil er das in einem Stil gebracht hat, wo ich mir gedacht habe, da gibt es von einer klaren Regierungspartei mit einer satten Mehrheit einfach die Bereitschaft zu sagen, es ist an bestimmten Tagen die Situation so fatal, dass wir diese ungewöhnliche Maßnahme setzen müssen und gleichzeitig, wenn man diesen Schritt setzt, muss man aber auch zeigen, dass man bereit ist, den öffentlichen Verkehr auszubauen beziehungsweise andere Formen der Mobilität zu fördern.

Zusammenfassend von Seiten der Grünen: Für uns ist Verkehrspolitik ganz klar eine Art zu zeigen, wie eine Gesellschaft funktioniert. Der öffentliche Verkehr ist mir auch deswegen so wichtig, weil ich Jugendsprecherin bin und weil junge Leute einfach nicht mit dem Auto fahren können, weil ich Frauensprecherin bin und viele Frauen aus unterschiedlichsten Gründen, gerade auch ältere Frauen, auch auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind und weil es letztendlich auch ein Verkehrsmittel ist, das mehr oder weniger leicht gerade auch von behinderten Personen sehr oft verwendet wird.

Wir glauben, dass eine konzertierte Aktion des Landes Steiermark in Kooperation mit der Stadt Graz, in Kooperation mit Hartberg und mit Voitsberg sehr wohl dazu führen kann, dass man beim Bund geschickt Geld aufstellt für eine S-Bahn. Ich glaube, dass das ein absolut zukunftsfähiges Projekt wird, das auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Steiermark erhöhen würde.

Sehr geehrter Herr Wirtschaftslandesrat, nachdem Sie auch da sind, danke für Ihre Anwesenheit, das, was mich sehr frustriert hat, war, Sie haben bei Ihrer Eintrittsrede in den Landtag gesagt, dass es Ihnen ein Anliegen ist – ich muss mich leider so ungut umdrehen – Klein- und Mittelbetriebe zu fördern. Ich glaube, wir haben da sogar einmal kurz applaudiert. Und das, was jetzt einer Ihrer ersten Schritte war, war, dass Sie zusammen mit dem Landeshauptfraustellvertreter Schögggl und der Landeshauptfrau Klasnic für dieses unsägliche Red-Bull-Projekt in Spielberg 90 Millionen Euro locker gemacht haben, ein Projekt, das noch in der Schwebe ist, wo viele Verfahren noch nicht abgeschlossen sind (Abg. Mag. Drexler: „Das ist ein Zukunftsprojekt!“), wo es ein negatives Luftgüte- und ein negatives Gesundheitsgutachten gibt, die nach wie vor nicht entkräftbar sind, weil sie sehr seriös recherchiert sind.

Wir wissen, dass derzeit genau in dieser Region die Tribünen abgerissen werden, dass große Teile von diesem Ring abgerissen werden, der natürlich auch mit Steuermitteln vor einigen Jahren gefördert wurde. Also ich erinnere mich an die Reden von Herrn Landesrat Hirschmann. Und das ist für uns, um dieses Paket wieder zuzumachen, genau ein Ausdruck, wie tendenziös und einseitig in der Steiermark Verkehrspolitik gemacht wird. (Präsident: „Am Wort ist die Frau Abgeordnete Zitz!“) Danke.

Sie haben jede Möglichkeit dann herauszukommen mit Ihren Überlegungen dazu.

Aber ich glaube, wenn es um eine zeitgemäße Verkehrspolitik geht, dann kann man das nur parteilich angehen, und zwar parteilich für die Leute, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sein wollen.

Herr Landeshauptfraustellvertreter, haben Sie eine Monatskarte? (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Ich habe keine!“) Der Herr Landeshauptfraustellvertreter hat keine Monatskarte. Ich fahre alle Strecken in Graz mit dem Rad, ich habe kein Auto. Ich fahre in Graz alle Strecken mit dem Rad, habe auch die Möglichkeit dafür. Wenn ich überregional unterwegs bin, fahre ich mit der ÖBB. Und die Ingrid Lechner-Sonnek hat eine Monatskarte. (Landeshauptmannstellvertreter: „Das heißt, es funktioniert. Das heißt, Sie kommen überall hin!“)

Nach dieser Bekanntgabe von unseren Mobilitätserlebnissen in unterschiedlichen Bereichen wünsche ich mir – noch einmal – eine sehr parteiliche Mobilitätspolitik zugunsten des öffentlichen Verkehrs. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Freiheitlichen Partei und von der ÖVP, Ihre Zwischenrufe haben mich letztendlich motiviert, zusammen mit den Grünen in den Regionen und in Graz und mit anderen Parteien – es gibt ja auch einen gemeinsamen rot-grünen Antrag zur S-Bahn – zu kämpfen, dass Verkehrspolitik modernisiert wird. Ich kann Ihnen garantieren, dass wir jede Möglichkeit nützen werden, dieses Thema in den Landtag einzubringen.

Und etwas noch: Mein Eindruck ist, dass letztendlich dieser eigentlich recht attraktive ökosoziale Flügel der ÖVP, den ich nach wie vor für ziemlich zeitgemäß finde und wo ich nach wie vor hoffe, dass es punktuelle Kooperationen gibt, dass dieser Flügel im Landtag inzwischen ziemlich zusammengestutzt worden ist. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 16.56 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Petinger, danach Herr Abgeordneter Detlef Gruber.

Abg. Petinger (16.56 Uhr): Herr Präsident, sehr verehrte Mitglieder der Landesregierung!

Ich habe keine Monatskarte, ich habe aber einen Zwölferblock. Ich fahre auch ein Stückl mit dem Bus herein und das funktioniert recht gut. Das nur zur Darstellung und zur Aufklärung, damit ich nicht auch gefragt werde.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, Lipizzanertakt, eine wunderschöne Einrichtung. Sie können morgen die Unterschrift von wahrscheinlich allen Bürgermeistern in unserer Region haben. Die Bürgermeister verstehen nur eines nicht, dass sie jetzt auch für den Nahverkehr Geld zur Verfügung stellen müssten. Bei allen Einnahmengkürzungen und Ausgabensteigerungen, die sie in den letzten Jahren mitmachen mussten, sind die Mittel der Budgets in den Gemeinden sehr eng. Und jetzt sollen sie auch noch die Aufgabe des Nahverkehrs übernehmen. Das ist leider Gottes nicht überall und immer möglich.

Trotzdem, Herr Landeshauptmannstellvertreter, vielleicht die gute Nachricht als Erstes. Der Antrag im Punkt 23 mit einer Investitionssumme von 7,6 Millionen Euro, da gehe ich davon aus, dass der eine allgemeine Zustimmung findet und natürlich auch von uns positiv bewertet wird, weil wir dadurch uns auch erwarten, dass eine Steigerung im Teil zwei des Steirertaktes erfolgt und somit der öffentliche Verkehr von Wies und von Köflach her interessanter wird.

Aber, Herr Landeshauptmannstellvertreter, im öffentlichen Nahverkehr ist es nicht fünf Minuten vor zwölf, sondern ist es bereits fünf Minuten nach zwölf. Wenn man weiß und Sie haben das auch schon kurz anklängen lassen, dass der Modernisierungsgrad jährlich zirka um 2,5 Prozent zunimmt und bereits jetzt 505 Pkws pro 1000 Einwohner beträgt, so können Sie die weitere Entwicklung nicht nur ahnen, sondern auch bereits vorausberechnen. In der Steiermark nahm dieser Modernisierungsgrad zwischen 1990 und 2000 um mehr als 40 Prozent zu und war dadurch eine durchschnittliche Steigerung von 3,5 Prozent in den letzten Jahren zu erwarten. Die Belastung der Umwelt mit CO₂-Emissionen und auch die ständig aktuelle Diskussion um die Feinstaubbelastungen sind zu einem erheblichen Teil auch mit dem Individualverkehr verbunden. Im gesamten Verkehrsaufkommen nimmt der Individualverkehr – (Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Petinger!“) danke, Herr Präsident – eine immer größere Rolle ein. Steigende Pendlerzahlen untermauern diese Annahmen voll und ganz. Tatsache ist aber auch, dass es in den Jahren 1991 bis 2000 eine Zunahme des Gesamtverkehrsaufkommens gegeben hat und im selben Zeitraum stieg auch der Anteil des öffentlichen Verkehrs. Aber im Gesamten betrachtet ist der Verkehrsmittelanteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen zurückgegangen.

Meine Damen und Herren, das zeigt aber auch eindeutig, dass der öffentliche Verkehr noch immer nicht attraktiv genug ist, damit er auch vom Pendler beziehungsweise vom Konsumenten angenommen wird. Der Steirertakt, der in den neunziger Jahren seinen Anfang gefunden hat, mag eine Umsetzungsstrategie sein, die in der Endphase, also in der dritten Stufe seine Wirkung zeigt und auch eine vernünftige Lösung bringen wird. Aber die Umsetzung dieser dritten Stufe ist ab dem Jahr 2020 vorgesehen beziehungsweise 2012, verzeihen Sie. Und erst dann sollen sämtliche Bahnverbindungen im Nahverkehr nach Graz mit modernen Fahrzeugen auf dem Stand eines S-Bahn-Systems funktionieren. Der Großraum Graz-Umgebung hat aber in den letzten Jahren bei der Ansiedelung von Industrie sowie bei der Anzahl von Wohnbevölkerung stark expandiert. Diese Entwicklung schafft massive Verkehrs- und damit auch Umweltprobleme. Dieses Problem ist nur durch ein leistungsfähiges öffentliches Verkehrssystem in Form einer Schnellbahn mit leistungsfähigen Anbindungen an die Bezirkshauptstädte in den Griff zu bekommen. Immer wieder wird in der öffentlichen, aber auch in der politischen Diskussion das Argument herangezogen, dass die dafür notwendigen Geldmittel nicht vorhanden sind. Dass es aber nicht immer am Geld liegt, zeigt – und ich möchte jetzt nur ein Beispiel aufführen – das Bundesland Salzburg, haben wir heute auch schon öfters gehört. Salzburg hat mit Erfolg die Finanzierung eines Schnellbahnsystems erreicht und die ersten Teilbereiche konnten bereits im vergangenen Jahr eröffnet werden. Im Jahr 2010 soll das gesamte S-Bahn-System im Salzburger Zentralraum fertig gestellt werden. Meine Damen und Herren, die Republik Österreich trägt beim Bau der S-Bahn in Salzburg 60 Prozent der Planungskosten und 80 Prozent der Investitionskosten. Das sind 232 Millionen Euro Bundesmittel für den Ausbau einer modernen, dem Stand der Technik und den Bedürfnissen der Kunden angepassten Nahverkehrslösung. Es ist also keine Utopie über die Finanzierung eines S-Bahn-Systems für den Großraum Graz-Umgebung und über die Anbindung der west-/südost- und obersteirischen Zentren mit der Landeshauptstadt Graz nachzudenken und diese auch einzufordern. (Abg. Wiedner: „Das wird ja schon alles gemacht!“)

Ich komme noch dazu, warte ein bisschen. Für die Pendler in der Steiermark und für die Umwelt wäre es eine Katastrophe, wenn erst im Jahre 2012, wie im Steirertakt geplant und angekündigt, über eine solche Lösung nachgedacht wird und eine Verwirklichung nochmals einige Jahre brauchen würde.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich meine, die Zeit ist außergewöhnlich günstig. Herr Vizkanzler Gorbach hat angekündigt, dass er Milliardeninvestitionen in Bauprojekte für die Attraktivierung der Bahn investieren möchte. Ich meine, dass das sehr positiv ist, wenn er sich damit auch durchsetzt. Ich meine aber auch, dass bei einem solchen Projektvolumen die Nebenbahnen, welche die Hauptlasten im Nahverkehr tragen, nicht zu kurz kommen dürfen. Die Zeit drängt, der Pendlerverkehr wird stärker, die Umweltbelastungen mit Feinstaub und Lärm nehmen permanent zu und die Sicherheit auf den steirischen Straßen sinkt.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, es ist dringendes Handeln angesagt (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Genau das tun wir!“) und die Steiermark muss endlich geschlossen mit einer Sprache gegenüber dem Bund die notwendigen finanziellen Mitteln einfordern und nicht erst im Jahr 2012, sondern jetzt. 2012, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ist es zu spät, es ist jetzt Handlungsbedarf. Vielen Dank! (Beifall bei der SPÖ. – 17.02 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Detlef Gruber, danach Frau Abgeordnete Margarethe Gruber.

Abg. Detlef Gruber (17.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Herren der Landesregierung!

Ein Landeshauptmannstellvertreter Schöggel, der strotzt vor Innovation, ist etwas Erfreuliches. Ich gratuliere! Strotzt wahrscheinlich so wie dieser Plan der Steiermark vor Innovation. Kleines Beispiel, aus dem Viertelkilo Papier, wie es die Frau Kollegin gesagt hat, wenn ich die Lanze für den öffentlichen Verkehr breche und das möchte ich hiermit auch tun, dann muss man schon sehr berücksichtigen, wo der hinkende Fuß liegt, nämlich wirklich in den Verbindungen. Ich nehme ein Beispiel, wirklich jetzt herausgelesen da. Judenburg-Spielfeld, mit dem Auto bei Einhaltung sämtlicher Geschwindigkeitsbeschränkungen in gut einer Stunde und 15 Minuten möglich. (Abg. Wiedner: „Nein!“)

Alles Autobahn. (Abg. Mag. Drexler: „Aber Baustellen!“)

Für die Baustellen bin ich nicht zuständig. Es gibt auch Fahrplanverzögerung. Aber zu der Sache hier, die bestmögliche Zeit, die ich in der Kürze herausgefunden habe, mit zweimaligem Umsteigen auf Bahnhöfen, die in keiner Weise behindertengerecht sind, die in keiner Weise älteren Menschen, die nicht mehr ganz gut auf den Beinen sind, hilfreich sind, zwei Stunden zweiunddreißig, genau das Doppelte. Und da jetzt herzugehen und zu sagen, reden wir über den öffentlichen Verkehr, das ist schön.

Lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, auch aus Ihrem Paket. Hoffentlich ist Ihr Zugang zum öffentlichen Verkehr nicht so modern wie das, was da steht. Bitte lassen Sie bei jedem ÖBB-Ticketkauf über 500 Schilling ein Feld unserer Mitarbeiterin abstempeln und ich lese da gar nicht weiter, was da drinnen steht, Gültigkeit 2001. Prost Mahlzeit öffentlicher Verkehr! (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel: „ÖBB! Wird sich jetzt ändern!“ – Beifall bei der SPÖ. – 17.04 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Margarethe Gruber. Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Abg. Margarethe Gruber (17.04 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Drei Sätze zu diesem Thema. Erster Satz. Um in der Obersteiermark-West einen halbwegs guten Takt zusammenzubekommen, müssen die Gemeinden sehr viel Geld in die Hand nehmen. So ist es bei uns in Judenburg in den letzten Jahren eine Steigerung von 9000 Euro, von 124.000 Euro auf 134.000 Euro gewesen, um in das Netz mit zu investieren.

Zweitens, wenn man diese Karte anschaut und es heißt, ein Bild sagt mehr als tausend Worte, gibt es in diesem Bereich wirklich 1000 Verbindungen? Während es im obersteirischen Raum sehr dürr aussieht.

Das bringt mich zum Detlef, der ein Beispiel gebracht hat und das ist das Dritte. Verbindung Judenburg nach egal wo, aber in die Untersteiermark, zum Beispiel nach Graz, würde ich – (Abg. Wiedner: „Es gibt keine Untersteiermark!“) – ich habe gesagt, zum Beispiel jetzt nach Graz, würde es für mich bedeuten, dass ich wahrscheinlich herunter kaum richtig zur Sitzung komme und heim schon gar nicht. Das zum öffentlichen Verkehr. (Beifall bei der SPÖ. – 17.06 Uhr.)

Präsident Purr: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Gödl, bitte.

Abg. Gödl (17.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag und die Zuhörer und Zuhörerinnen im Auditorium!

Das Thema „Nahverkehr, öffentlicher Verkehr“ wird ja immer wieder hier im Landtag nach oben und nach unten gebetet und immer wieder enden wir in einem Szenarium, wo Vorwürfe und gegenseitige Anwürfe vorherrschen. Ich muss einfach sagen, dass es wirklich schade ist, dass wir dieses Gremium hier so verwenden wie wir es verwenden. Und, Edith, darauf ist keine grün-schwarze Politik aufzubauen (Abg. Wiedner: „Du musst einmal verzeihen!“), indem wir einfach hier herkommen und uns mit Vorwürfen gegenseitig konfrontieren.

Ich möchte an dieser Stelle schon mehr Fairness walten lassen. Sie wissen, auch ich habe zum Beispiel vor kurzer Zeit Meinungsverschiedenheiten mit Herrn Landeshauptmannstellvertreter gehabt. Nur, eines kann man ihm sicher nicht absprechen, dass er in der Frage des Nahverkehrs tätig ist. Denn eines kann man ohne Weiteres schon sagen, nach dem Stillstand, den es in der letzten Periode gegeben hat unter einem Verkehrslandesrat Ressel, glaube ich, haben wir inzwischen einen durchaus beachtlichen Fortschritt erzielt. Eines kann man nicht mehr wegdiskutieren, dass Bahnprojekte auf Schiene gestellt wurden.

Ich finde es sehr schade, wenn bei wirklich wichtigen Momenten für die Umsetzung solcher Projekte, wie zum Beispiel die Nahverkehrsdrehscheibe in Puntigam, gerade von euch sich keiner blicken lässt, denn dort, wo es einmal darum ginge, auch zuzustimmen, um zu sehen, was passiert, da ist natürlich keiner da. Da ist keiner anwesend, da fehlt man, da glänzt man durch Abwesenheit. (Abg. Lechner-Sonnek: „Wir gehen nicht zu Eröffnungen. Wir arbeiten inzwischen!“)

Ich muss da den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schöggel ausdrücklich in Schutz nehmen, hier ist einiges Gutes gelungen. Sie können auch ein bisschen von dem Konzept auch aus dieser Broschüre entnehmen. Wir sind in Bau. Wir wissen das Leid, das man damit erfährt, nämlich regional und örtlich, zum Beispiel über die vielen Straßen, die damit derzeit unpassierbar sind im Bereich Puntigam, im Bereich Graz-Umgebung Süd.

Ich möchte noch einmal auf ein Thema zurückkommen, das ich schon im Rahmen der Budgetdebatte ein bisschen angezogen habe. Es ist halt ein großer Unterschied zwischen dem, hier vorne zu stehen, zu reden, groß zu reden, über die anderen herzuziehen und draußen sich vor die Leute zu stellen, wenn es darum geht Projekte umzusetzen. Da ist nämlich der Knackpunkt. Bei der Umsetzung ist der Knackpunkt, denn, wie wir alle wissen, egal ob es ein Windenergieprojekt ist, egal ob es ein Straßenbauprojekt ist, wo ihr ja meistens nicht dafür seid, egal ob es ein Bahnprojekt ist, wir haben in allen Projekten vor Ort mit großen Widerständen zu kämpfen. (Abg. Prattes: „Jetzt musst du nur sagen von uns!“) Ich sage es dir gleich, durch wen. Zum Beispiel den Widerstand für die Versorgung der Graz-Köflacher-Eisenbahntrasse von Graz nach Werndorf. Ich lese etwas vor. Ich weiß, es tut euch weh, wenn ihr die Wahrheit da noch einmal präsentiert bekommt.

Da heißt es zum Beispiel in einem Dringlichen Antrag der SPÖ und der KPÖ im Grazer Gemeinderat: „Die HL-AG. plant im Auftrag des Bundesministeriums entlang der GKE-Trasse von Graz nach Werndorf eine 110-kV-Hochspannungsleitung, die zur Versorgung der zukünftigen Koralmbahnstrecke dienen soll. Im Stadtgebiet von Graz soll diese Leitung laut Projektbetreiber als so genannte Erdverkabelung ausgeführt werden. Eine auf den ersten Blick akzeptable Lösung, die aber nach genauerer Betrachtung erstaunliche Details offenbart. Die Verkabelung erfolgt nämlich nicht tief unter der Erde, sondern in dem Betonkanal, also die teuerste Variante einer Verkabelung, der von einem Deckel auf Niveau Erdoberfläche verschlossen wird.“ No na!

Und dann kommt es, ich will jetzt nicht alles vorlesen. Es kommen zum Beispiel eben die Bedenken auf, die Magnetfelder können zu Funktionsstörungen bei Herzschrittmachern, Defibrillatoren, Nervenstimulatoren, Insulinpumpen, Hörgeräten und hoch technischen Implantaten mit lebensgefährlichen Reaktionen führen.

Wenn wir so die Themen kaputt machen, dann werden wir nichts umsetzen. Wir werden uns alle gemeinsam hinstellen müssen, auch dann, wenn es einen Gegenwind gibt. Und bei allen Infrastrukturprojekten, bei allen, haben wir Gegenwind. Ob es eine Biogasanlage vor Ort ist, ob es ein Heizwerk in Zwaring ist – weiß ich aus eigener Erfahrung, ob es ein Straßenbauprojekt ist oder ein anderes Verkehrsprojekt, wo etwas erweitert werden muss.

Wir haben laufend mit viel, viel Gegenwind zu kämpfen und wir kommen nicht weiter, wenn wir so agieren, wie wir hier agieren, indem wir uns stundenlang damit beschäftigen, anderen Vorwürfe zu machen und zu sagen, sie tun nichts. Denn das Tun ist etwas physisch Schwereres als hier zu reden. (Abg. Stöhrmann: „Was tust denn du?“) Und da möchte ich euch, bitte, wirklich einladen, auf den Zug aufzuspringen und bei der Umsetzung behilflich zu sein und nicht – (Abg. Lechner-Sonnek: „S-Bahn!“)

Die S-Bahn-Beschlüsse gibt es, glaube ich, seit dem 96er Jahr oder seit dem 94er Jahr. Alle stimmen immer zu, ist ja keine Frage, das ist ja für jeden logisch, komplett logisch, dass wir in einem dichten Siedlungsraum auf den öffentlichen Verkehr setzen und ihn verbessern müssen.

Aber in der Verbesserung, da liegt eben die Crux begraben. Denken wir doch zum Beispiel an die Linie 6 in Graz, an solche eigentlich Kleinprojekte, und an diese gesamte Ausweitung oder Verbesserung der Korridore, auch der Takte, wo Leute sagen, ich habe mein Häusl herbaut, da sind 20 Züge vorbeigefahren und ich akzeptiere nicht, dass bei meinem Häusl jetzt dann 150 Züge am Tag vorbeifahren. Das akzeptiere ich nicht. Aber genau das müssen wir den Leuten klarmachen, dass es natürlich eine kleine Verschlechterung für sie ist, aber im Sinne der Allgemeinheit wir diese Maßnahmen ergreifen müssen. Und da hilft nichts, wenn wir uns alle zwei Monate da damit beschäftigen und uns gegenseitig – da bin ich vielleicht selber auch manchmal in dem Fahrwasser drinnen – Vorwürfe machen. Da kommen wir, bitte, nicht weiter. Und wir kommen auch nicht weiter, wenn wir nur davon reden und das selber nicht leben. Da gebe ich euch vollkommen Recht. Ich sage euch ganz ehrlich, ich bekenne mich auch dazu, ich habe eine Jahreskarte für zwei Zonen, weil natürlich verwende ich das öffentliche Verkehrsmittel. Ich bin heute nicht mit dem Auto da. Und es ist halt wichtig, dass, was weiß ich, der Werner über die Straße geht und mit dem 32er reinfährt und nicht mit seinem Auto. Natürlich brauchen alle diese Vorbildwirkungen, die notwendig sind.

Ich stelle aus meinem Bürgermeistergeld – ich sage es euch, ich tue damit normal nicht prahlen – eine Jahreskarte der Bevölkerung in meiner Gemeinde zur Verfügung, die sie sich jeden Tag bei uns ausleihen können, damit sie um einen Euro – das verlangen wir, damit sie ein bisschen was wert ist – sehr billig auch nach Graz fahren können. Das machen wir, das wollen wir. Wir brauchen diese Vorbildwirkung. Aber das, was wir da machen, das ist keine Vorbildwirkung. Das ist nichts, das ist Larifari. Ich muss da den Landeshauptmannstellvertreter verteidigen, er hat wirklich einige Dinge auf Schiene gebracht, zusammen mit seinem Infrastrukturminister. Das muss gesagt werden. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Ich bitte auch wirklich um diese politische Fairness, auch wenn nächstes Jahr irgendwann im Herbst gewählt wird, das auch anzuerkennen.

Liebe Frau Lechner-Sonnek, wir sind ja nicht untätig, was zum Beispiel Raumordnung betrifft, was Sie ja in Ihrer Begründung angezogen haben. Ich habe da vor uns das regionale Entwicklungsprogramm Graz, Graz-Umgebung. So etwas zu machen ist nicht lustig und nicht einfach, weil das berührt jeden in irgendeiner Weise. Wir haben da drinnen stehen, dass wir heute eine Siedlungsentwicklung im 300-Meter-Bereich einer Haltestelle haben und da auch ein verdichtetes Bauen fordern. Das haben wir da drinnen stehen, das wissen wir. Die Umsetzung steht natürlich auf einem anderen Blattl Papier und da sind selbst eure euch nahestehenden Gemeinderäte nicht immer auf einer Linie. Ich sage nur, zwischen Schreiben, Handeln ist einmal ein großer Unterschied.

Aber eines lassen wir uns nicht absprechen – und wir von der ÖVP schon gar nicht, nämlich wir haben auch in sehr vielen Gemeinden hohe Verantwortungsträger –, dass wir da untätig sind, sondern wir bemühen uns redlich, redlich, aber wir haben oft viel zu wenig Unterstützung, wenn wir draußen etwas umsetzen. Und das möchte ich an dieser Stelle wirklich mit aller Deutlichkeit aussagen. Ich habe schon letztes Mal gesagt, wir wollen natürlich versuchen, grüne Maßnahmen mit schwarzen Zahlen zu machen. Das habe ich das letzte Mal schon gesagt und das bleibt auch mein Leitspruch.

Und es hilft nichts zu sagen und den Leuten vorzugaukeln, wir können in jedes kleine Dörfli mit einem Bus hineinfahren. Und es hilft nichts den Leuten vorzugaukeln, wir werden mit einem Zug von Judenburg nach Spielfeld schneller sein. Das ist eine Gaukelei und nicht mehr. Das schaffen wir nicht. Wir werden auf den Individualverkehr im Gesamten nie verzichten können. Wir müssen dort schauen, dass wir die städtischen Ballungsräume effektiver und attraktiver gestalten.

Alle diese kleinen Seitenhiebe, Edith, bitte, das ist ja wirklich jetzt lächerlich, wenn du jetzt wieder mit der Sexismuskeule ausholst. Entschuldigung – (Abg. Mag. Zitz: Unverständlicher Zwischenruf.) Geh' komm, geh' komm, nein bitte. Das ist doch schon so weit hergeholt, das ist wirklich schon, ich würde fast sagen, in einer gewissen Form peinlich.

Ich möchte wirklich bitten, so kommen wir nicht weiter. So kommen wir nicht weiter, wenn wir uns nicht geschlossen draußen hinstellen und auch dann standhaft sind, wenn der Wind ins Gesicht bläst. Ich bin da immer live dabei, ich sage es euch. Ich mache mich auch bei meinen eigenen Leuten nicht immer beliebt. Auch mit so einem Konzept, mit der Regionalplanung, da machen wir uns nicht beliebt draußen. Aber das ist meine Aufgabe als Politiker auch unpopuläre Maßnahmen meinen eigenen Leuten zu erklären und das erhoffe ich mir auch von euch. Da wünsche ich mir wirklich ein steirisches Glückauf und ein Zusammenstehen. Hören wir endlich auf mit diesem plumpen Hin- und Herschieben und Hin- und Herschlagen da im Landtag. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 17.16 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer.

Abg. Hagenauer (17.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen!

Ich möchte als Erstes gleich die Sexismuskeule auspacken. Wissen Sie, wenn eine Partei beziehungsweise ihr Klubobmann nichts besseres zu vertreten hat als 160 km/h auf der Autobahn zu fahren, dann darf man sich von so einer Partei keine Offensiven zum öffentlichen Verkehr erwarten und Ende der Durchsage! (Beifall bei den Grünen.)

Und wenn Sie jemals irgendwo nur einen einzigen Blick, Herr Kollege Gödl, in die Literatur getan hätten, dann wüssten Sie, dass es eine Stadt der kurzen Wege, eine Raumordnung der kurzen Wege, all diese Dinge dann gäbe, wenn man denjenigen zuhören würde, die nur kurze Wege zurücklegen können. Das beginnt bei den Behinderten, die über die Gehsteigrampe kommen müssen. Das sind nur zehn Zentimeter und sie schaffen sie nicht. Und das geht eben über die Kinder, vor allem dann rund um die Frauen. Wenn man das nur tun würde, würde unsere Welt ganz anders ausschauen. (Beifall bei den Grünen.)

Ja, würde sie. Da komme ich zum nächsten Schritt, Herr Kollege Gödl. Wir haben ja diese Debatte schon öfter hier ausgetragen anhand von verschiedenen Beispielen, wenn ich mich richtig erinnere. Es geht um zwei grundsätzliche Denkansätze auf dieser Welt, nämlich den, den Sie vertreten, man tut etwas guten Willens, gestehe ich Ihnen zu, ehrlich, oder man sagt, ich mache einen ausreichenden Schritt. Einen ersten Schritt zu tun und einen ausreichenden Schritt zu tun ist nicht dasselbe. Ich bin der bescheidenen Meinung, die Politik hat die verdammt Aufgabe, sich dieser Herausforderung zu stellen, was ist das Problem und wie löse ich dieses. Diese Aufgabe hat sie! (Abg. Gödl: „Und sich hinstellen ist lustiger?“) Auf das komme ich noch. Auf das komme ich gleich mit dem Hinstellen. Das bleibt Ihnen nicht erspart, keine Sorge. Die Politik hat diese Aufgabe. Ich sage das bewusst an die Adresse der ÖVP. Was haben wir denn letztlich für ein Welt- und für ein Geschäfts-, Gesellschaftsbild, Gesellschaftsbild hätte ich fast gesagt, Sigmund Freud schau herunter. Was ist denn das für ein Gesellschaftsbild, wenn wir zulassen, dass in Graz, die Frau Kollegin Lechner-Sonnek hat das mit Zahlen belegt, jährlich 10.000 Menschen krank werden, niemand bestreitet das, auch niemand von der ÖVP, niemand von Ihnen. (Abg. Mag. Drexler: „Es werden auf der ganzen Welt Menschen krank!“) 10.000 Kinder, Erwachsene, Bevölkerungsgruppen aus allen Schichten. So und wer übernimmt denn dafür die Verantwortung? Was ist denn mit dem Prinzip, was du dem geringsten meiner Brüder tust? Was ist denn mit dem Prinzip, liebe deinen Nächsten wie dich selbst? Was ist denn mit dem? Sage ich ganz bewusst! Es steht nicht geschrieben: „Liebe dein Auto wie dich selbst!“ Es heißt „liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Wer übernimmt dafür die Verantwortung? Eine einfache Geschichte. Da rede ich noch nicht von unserem Gesundheitsbudget, wo uns das Geld hinten und vorne nicht mehr zusammengeht. Rechnen Sie einmal hoch, wir haben es ohnedies bei der Budgetdebatte getan. Rechnen Sie einmal hoch, wie viel uns das kostet. Wir erhöhen die Selbstbehalte bei den Tabletten. Rechnen Sie einmal hoch, wie viele Millionen und Abermillionen die Steiermark das kostet, nur die Asthmafälle hier im Zentralraum Graz und anderen steirischen Städten, von Köflach bis Hartberg. Das halte ich für den ersten Gedanken. Welche Schritte muss ich tun, um das Problem zu lösen, ich habe ein Feinstaubproblem und es wird der Landeshauptmannstellvertreter bitte schön dafür bezahlt und nicht so schlecht bezahlt, dass er hergeht und sagt, in meinem

Ressort kann ich, muss ich in der und der Zeit das und das tun, damit ich die Feinstaubwerte wieder dorthin bringe, wo ich den Leuten in die Augen schauen kann, nicht mehr, nicht weniger. Das tut er nicht. Was sagt er? (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Bin ich nicht zuständig!“)

Doch für den Verkehrsbereich sind Sie das! (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Da tut er auch etwas!“) Genau das wollte ich sagen, er tut etwas. Davon rede ich jetzt schon drei Sätze lang. Nur, Sie kriegen es nicht mit. Ich sage ja nicht, dass Sie nichts tun. Ich sage das ja nicht! Ich sage ja, Sie sollen etwas Ausreichendes tun. Das ist ja das Fatale! Alle reden immer vom ersten Schritt in die richtige Richtung und von Schritten, die man tut und wir tun ja was. Das bestreitet ja niemand. Nur, mit der Methode kommen wir nie zu einem Ziel. Weil es wird sich ja wohl niemand hinstellen und sagen, ich tue gar nichts. So jemandem bin ich noch nicht begegnet in der Kaste der Politiker. So jemandem noch nicht! Das ist nicht die Fragestellung! Tun Sie etwas Ausreichendes, Herr Schögggl! Und Sie fahren nach Wien mit Wünschen, mit Wünschen haben Sie selbst gesagt. Das ist genau der Zugang, der das Problem nicht löst, sondern verschärft. Sie müssen nach Wien fahren mit einem Konzept, wo steht, ich will, ausgehend vom Feinstaubproblem oder nicht, jedenfalls ich will im Bereich öffentlicher Verkehr, im Bereich S-Bahn das und das in der und der Zeit. Das haben Sie aber nicht. Sondern Sie fahren mit Wünschen hinaus. Wissen Sie, wie Sie behandelt werden in Wien, wenn Sie mit Wünschen kommen? Wie man halt kleine Kinder empfängt, die Wünsche haben. Wünsche sind nicht der Zugang und sind nicht die Methode eines verantwortlichen Regierungsmitgliedes. Das ist zu wenig!

Nächster Punkt, Herr Kollege Gödl, wir müssen uns hinstellen. Ich habe es Ihnen schon gesagt, ich habe es Ihnen schon dreimal gesagt, ich fürchte, es wird das vierte Mal auch nichts nützen, aber ich probiere es noch einmal. Im Bereich der Koralmbahn zum Beispiel, ich kann mich gut erinnern, Veranstaltung einer Bürgerinitiative in Schwanberg, eingeladen die Politiker aller Parteien. Der Einzige, der dort aufgetaucht ist bei der Bürgerinitiative war ich. Ich habe mich dort abwatschen lassen politisch (Abg. Gödl: „Wann war das?“), wie man das so schön nennt, für meinen Vorschlag, auf der bestehenden GKB-Trasse weiterzufahren beziehungsweise im Siedlungsgebiet sie unterflur zu legen wohlverstanden, damit man das Gebiet Schwanberg, Deutschlandsberg optimal an den öffentlichen Verkehr anschließt. Hat nicht sollen sein. Mir ist nicht bekannt, kein einziger Fall, um bei dem Beispiel zu bleiben, ich wüsste auch sonst kein Bahnprojekt, wo sich jemals ein Grüner hingestellt hat und gesagt hat, da bin ich dagegen. (Beifall bei den Grünen.)

Aber ich war auch bei einer Bürgerinitiative unten in Hengsberg, um das Thema Raumordnung gleich mit herein zu nehmen, wo ich auch eingeladen war, die auch gehofft haben, der Grüne wird uns jetzt helfen. Ich habe den Leuten gesagt, das tut mir Leid. Im Übrigen, ihr wisst ohnedies, ich komme aus der Raumplanung.

Schaut euch das an. Ihr habt euch da mitten auf die Wiese eine Siedlung hingestellt – sei euch vergönnt –, kein Kaufmann, nichts, gar nichts weit und breit und jetzt seid ihr natürlich betroffen – ich verstehe das –, seid betroffen, wenn ihr da jetzt die Koralmbahn vor die Nase kriegt. Tut mir Leid! Geht's zu denjenigen in der Gemeinde und im Land, die das zu verantworten haben, gehts zu denen.

Eines muss man schon sagen, dass diese Konflikte jetzt ausgerechnet die Bahn zunehmend treffen, die Nutzungskonflikte, hat einen Grund, weil die Autobahnen sind ja schon gebaut, Herr Kollege, und die Bahn, der öffentliche Verkehr, der schaut jetzt durch die Finger. Die sind die Blöden, weil jetzt kommen sie hinten nach, wo schon alles zersiedelt ist, natürlich alle 500 Meter in diesem schönen Land bei irgendeinem Haus vorbei. Jetzt können wir gerade noch schauen – wieder um viel Geld –, dass wir die Wirkungen wenigstens von der Lärmseite her einschränken. Das ist alles, was wir jetzt den Menschen anbieten können.

Und zum Abschluss zu unserer lieben Stromleitung. Die Grazer haben im Gemeinderat etwas getan, was aus Ihrer Sicht vielleicht frivol ist. Sie haben gesagt, prüfen wir die Umweltauswirkungen eines Kabels. Ist vielleicht ein unanständiges Anliegen. Aus meiner Sicht nicht. (Abg. Mag. Drexler: „Einen Zug ohne Strom wird es nicht geben oder wäre eine Dampflokomotive besser?“)

In der Tat muss ich das auseinander halten. Von den Grünen, von mir nicht, von den Grazer Grünen, es ist ja verlesen worden, die haben ja nie behauptet, dass sie gegen diese Leitung sind, aber sie haben gesagt, bitte schön, so ein Kabel hat Auswirkungen – das stimmt übrigens mit dem Magnetismus, das bestreitet eh niemand, wir alle zwei nicht –, das verlangen wir, dass man sich das anschaut. Ja, ist das unanständig?

Ich darf eine Gegenfrage stellen, geschätzter Herr Kollege Gödl, soweit mir erinnerlich, gibt es einige ÖVP-Bürgermeister da entlang dieser Leitung. Sie nicken. Es gibt einige ÖVP-Bürgermeister, die sich leidenschaftlich gegen diese Leitung ausgesprochen haben. Ich würde Ihnen also anraten, wenden Sie sich vertrauensvoll an Ihre Kollegen.

Die haben sich eben nicht gegen die Verkabelung ausgesprochen, wie Sie selber gerade verlesen haben – ich bin ja nicht schwehörig –, sondern sie haben sich dafür ausgesprochen, dass man die Auswirkungen prüft, und Ende.

Zum Abschluss noch einmal, um auf den Punkt zu kommen. Es wurde auch das Stichwort „Verlängerung der Straßenbahnen“ verwendet. Das ist genau das Glück und Elend im Raum Graz und in der Steiermark, das ist genau der Punkt. Wir verlängern die Linie 6 jetzt seit 20 Jahren oder sind es 25. Ja, wir machen ein regionales Entwicklungskonzept – Sie wissen das nicht, mache ich Ihnen auch nicht zum Vorwurf, das können Sie gar nicht wissen –, wissen Sie, wer bei der ersten Phase der Erstellung dieses regionalen Entwicklungskonzeptes Graz und Umgebung der verantwortliche Sachbearbeiter war? (Abg. Gödl: „Hagenauer!“)

Der Hagenauer, richtig. Das war in den siebziger Jahren. (Abg. Gödl: „Vor 30 Jahren!“) Richtig, sage ich ja. Und genau das ist der Punkt. Ein Land, das in einem derartigen Affentempo seine Raumplanung bewältigt und in einem derartig atemberaubenden Tempo seine Straßenbahnlinien ausbaut und immer sagt, wir tun ja was, das endet genau dort, wo es endet, was auch mein Punkt ist. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 17.30 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Gennaro (17.30 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn man die Diskussion so verfolgt, muss man als Grazer Abgeordneter sich wirklich zurückhalten, weil sonst springt der Feitel in der Hose auf, wie man steirisch sagt.

Dem Landesrat Schögggl habe ich zugehört, habe ich mir gedacht, das ist eh alles paletti, für was haben die Grünen einen Antrag gestellt, er hat eh alles so positiv dargestellt. Und der Kollege Gödl hat alles so verteidigt, dass ich geglaubt habe, alles für die Fische.

Herr Landesrat, darf ich Folgendes als Grazer sagen: Am 4. Juli 2002 hat es einen Vertrag, eine Vereinbarung Stadt – Land gegeben, von allen Spitzen der Landesregierung. Bis heute ist von diesen Vereinbarungen – ich sage es im Telegrammstil, man kann in der Kürze auch nur die Schwerpunkte herausstreichen – nichts eingehalten worden. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Stimmt ja nicht!“) Du kannst dann etwas darauf sagen.

Die MÖST-Mittel sind noch nicht bezahlt worden. Zwei Jahre hat es gebraucht, allein von dieser Vereinbarung, dass man die Messe umgesetzt hat, und da auch nur schwindlig auf zehn Jahre, weil der Druck zu groß war. Jedes Mal bei der Messeeröffnung haben sich alle hingestellt und haben gesagt, es ist eh klass, und wenn der Vizebürgermeister von Graz aufgezeigt hat, dass wohl versprochen, aber kein Geld da ist, da hat man ihn hinten noch beschimpft.

Graz kann, meine Damen und Herren, die Probleme nicht allein lösen, es müssen – und da sind wir uns auch alle klar – die Umweltgemeinden ins Verkehrskonzept mit einbezogen werden. Das ist schon eine sehr lange Diskussion. Aber nur reden, man muss es einmal umsetzen. Und wenn jemand glaubt, dass Wien oder die Großstädte auch ihre Verkehrsprobleme allein finanzieren und lösen haben können, der täuscht sich. Wir vergleichen Graz nicht mit Wien oder mit Paris oder sonst was. Dort haben sie aber auch die U-Bahnen und so weiter international mit Mittel und mit Hilfe machen müssen. Bund und Land müssen Graz finanziell unterstützen. Meine Damen und Herren, wir brauchen eines, wir brauchen einmal ein Bekenntnis des Landes zur Landeshauptstadt Graz, damit das einmal klar ausgesprochen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Und du, lieber Herr Landesrat Schögggl, hättest die Aufgabe als zuständiger Referent, bei deinem Verkehrsreferenten, bei deinem Minister, beim Herrn Gorbach in Wien anzuklopfen und zu sagen, bitte schön, hilf mir wenigstens, ich bin eh politisch einer von dir, dass etwas weitergeht in der Steiermark, nicht nur sagen, ich tu eh fordern und verlangen.

Graz hat, meine Damen und Herren, einstimmige – Freunde, informiert euch bei euren Leuten – Beschlüsse, Konzepte und Prioritäten gesetzt für die Situation. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Der Stadtrat Josel hat zugestimmt!“)

Ist ja Wurst, wer da zugestimmt hat. Alle sind dazu gestanden. Ja, einen musst ja haben, der einmal etwas arbeitet. Für das ist er ja eh bezahlt worden, der Herr Stadtrat Josel, oder? (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Ich bin der Zweite!“) Du bist der Zweite, du arbeitest aber viel umsonst, weil bis jetzt hast noch nichts umgesetzt.

Meine Damen und Herren, das ist nämlich die Wahrheit. Der Bürgermeister Nagl geht raus und sagt, 60 Prozent kriegen wir eh von außen. Die Landeshauptfrau lässt ihren eigenen Bürgermeisterkollegen in der Stadt Graz hängen.

Und wenn, meine Damen und Herren, es nicht zu einem Bekenntnis kommt, zu diesem Bund-Land-Stadt-Vertrag, dann sage ich eines, dann ist das das Papier nicht wert, auf dem der geschrieben steht, weil dann kannst ihn in den Kamin schmeißen. Entweder mache ich eine Vereinbarung, wo die Stadt Graz auch sicher sein kann, dass die Vereinbarung hält, oder ich sage, das stimmt nicht mehr, die könnt ihr vergessen, wir tun das nicht. Damit haben wir andere Diskussionen.

Von den Pendlern, weil so viel geredet wird, manchmal glaube ich, ich sitze in einer falschen Welt. Ihr redet alle vorbei. Erklärt einem, bitte schön, der von Eibiswald nach Graz, um 6 Uhr Schichtbeginn, mit dem öffentlichen Verkehrsmittel fahren kann. Das müsst ihr mir einmal sagen. Eineinhalb Stunden Fahrzeit. Mit dem Auto, wenn ich – nicht 160, sondern was normal auf der Autobahn ist – 130 fahre und die ganzen Regeln einhalte, bin ich spätestens in 35 Minuten in Graz. Und jetzt sag ihm, er muss drei Stunden von seiner Freizeit hergeben, die er im Zug versitzt und dann, wenn er ihn nicht erwischt, wartet er noch länger.

Daher sage ich, es kann die Diskussion nicht so laufen, dass man immer wieder sagt, der öffentliche Verkehr kann nicht subventioniert werden, die Bahn, alles ist zu teuer. Ja, wenn wir nicht die Voraussetzungen schaffen, Park-and-ride-Plätze von Graz, Zufahrtsmöglichkeiten, der darf ja gar nicht so weit reinfahren, denn viele fahren eh nicht gerne in der Nacht nach der Nachtschicht noch mit dem Auto, weil sie Angst haben, dass sie einschlafen. Schaut einmal, fragt die Krankenschwester, die zwölf Stunden Dienst macht, die vielleicht dann noch von Frohnleiten mit dem Auto nach Leoben oder nach Traboch hinauf fahren muss, wie

lustig das ist, nach zwölf Stunden Nacharbeit sich ins Auto zu setzen und noch zu fahren. Es wäre ja klass, wenn es ein öffentliches Verkehrsmittel geben würde. Wir müssen uns nur dazu bekennen und die Stadt Graz braucht die Unterstützung.

Die Feinstaubproblematik ist heute auch schon so oft strapaziert worden. Mit der Diskussion lösen wir es nicht. Es hat in Graz auch gute, gemeinsame, einstimmige Anträge und Vorstellungen gegeben, dass man gesagt hat, wenn die Feinstaubproblematik so groß ist, dann brauchen wir wieder einen finanziellen Anreiz. Dann müssen wir, so auf steirisch gesagt, ich habe es mir da hergeschrieben, die Clean Airtickets, also die Reine-Luft-Tickets haben. Ich bin ja auch schon stark drauf, nicht? Die müssen nur finanziell unterstützt werden. Nur hat keiner das Geld dafür, meine Damen und Herren. Ja, dann kann ich nicht anfahren, dann muss ich mich dazu bekennen.

Daher meine abschließende Geschichte bitte an die Frau Landeshauptmann. Sie ist jetzt schon fortgegangen, weil das interessiert sie wahrscheinlich eh nicht mehr, weil sie will ja die Steirerinnen und Steirer am Erfolg des Landes teilhaben lassen.

Das sind alles so Erfolgserlebnisse, die vielleicht nur die Frau Kollegin Zitz hat, weil sie das Glück hat, mit dem Rad in der Innenstadt fahren zu können oder zu Fuß zu gehen, weil Sie nicht weit hinaus müssen. Aber bitte, nehmt einmal Rücksicht auf die vielen 1000 Einpendlerinnen und Einpendler, die es sich nicht zum Vergnügen machen, mit dem Auto in der Früh, ich wohne da unten in der Kärntner Straße, um 5 Uhr brauche ich gar nicht mehr heimzufahren, weil dann komme ich ohnedies nicht heim und in der Früh kann man von draußen nicht hereinfahren, weil alles zu ist.

Setzen wir Maßnahmen und bitte, Herr Landesrat Schögggl, unterstütze die Landeshauptstadt Graz und versuche, dass du auch in Wien ein bisschen Cash bekommst, um das steirische Wort zu verwenden, damit die Grazerinnen und Grazer sich leichter tun. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.36 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Wiedner bitte. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Wiedner (17.36 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, sehr verehrte Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren!

So werden wir nichts weiterbringen, so sicherlich nicht. Wenn wir nur hergehen, nur schimpfen, nur schlecht machen, nur fordern und im Endeffekt wissen, dass hier Forderungen aufgestellt werden, die nicht erfüllbar sind. Ich muss heute wirklich dem Kollegen Gödl ein Lob aussprechen, er hat es in weiten Bereichen auf den Punkt gebracht. So schaut es auch wirklich draußen aus. Weil herzuehen, liebe Kollegen von der grünen Fraktion – die Frau Kollegin Zitz hat sich scheinbar schon verabschiedet, es ist ohnedies gescheiter, weil mit dem, was sie da heute gesagt hat, ist es gescheiter, wenn sie hier heraußen nicht spricht – zu fordern, nachher zu verhindern und drittens dann zu schimpfen, das ist zu wenig. Das ist zu wenig! (Beifall bei der FPÖ.)

Das kann es bitte nicht sein. Weil eines kann man dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter sicher nicht vorwerfen, dass er sich nicht wirklich bemüht um die Infrastruktur dieses Landes und dass er nach Wien fährt und dass er dafür kämpft und schaut und tut. Aber das, was hier gemacht wird, Freunde, das führt uns auf keinen Weg, der in die Zukunft führt, sondern der führt nur zur Zerstrittenheit und scheinbar haben die Grünen kein Wahlkampfthema mehr in der nächsten Zeit, dass sie nun aufwärmen müssen, was im Endeffekt in der Steiermark ohnedies gut läuft. (Beifall bei der FPÖ.)

Heute herzuehen, liebe Freunde, und auch von der SPÖ und hier groß über die S-Bahn zu reden und jetzt zu sagen, wir sind denn die Erfinder des Ganzen? Wer sind denn die Erfinder von dem Ganzen? Ihr sicherlich nicht! Das ist eine alte Idee und beim letzten Mal haben wir die S-Bahn vor einem halben Jahr hier wieder einstimmig beschlossen – auf unseren Antrag hin. Und gleich danach gab es sofort eine Initiative des Herrn Landeshauptmannstellvertreters, wo das Konzept, das angeblich so sexistische, von der Frau Kollegin Zitz vorgestellt wurde und wo es bereits einen Plan gibt dazu, wo es bereits Kostenschätzungen gibt dazu und Verhandlungen, wie wir das finanzieren könnten. Weil, Freunde, zu sagen, jetzt bauen wir die S-Bahn, wer den Spaß zahlt interessiert uns nicht, ja das kann doch keine ehrliche Politik sein. Das wollen wir doch alle zusammen nicht haben. Oder wollen wir das haben? (Beifall bei der FPÖ.)

Ich verstehe so etwas nicht, was hier gemacht wird. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Das ist auch schön. Ja, das passt eh. Kurtl, ich habe dich manchmal geschätzt, aber das, was heute wieder verzapft geworden ist, auch von euch, das kann es nicht sein. Es wurde noch nie, bitte, es wurde noch nie in den letzten Jahren in der Steiermark so viel gebaut wie jetzt. Schaut zurück auf eure letzte Zeit, weil ihr so groß redet, was ist denn damals gebaut worden? Jetzt wird in die Bahn investiert, jetzt wird in die Straße investiert und sogar bis zum Radweg, damit die Frau Kollegin Zitz ein Stückel weiter fahren kann und nicht nur in Graz herumfahren muss. Hier immer nur darauf loszugehen, wenn man nichts mehr anderes weiß, dann gehen wir auf die Sexismuskeule, sonst haben sie kein anderes Argument mehr. Und, liebe Frau Kollegin Zitz, Ihr Wirtschaftsverständnis, es tut mir Leid. Sie werden wahrscheinlich zwischen ihren Biomassewerken und dem Radweg irgendwo scheitern mit Ihrem Wirtschaftskonzept, weil das kann es nicht sein. Wenn ihr auf alles hinschnappt, was Wirtschaft heißt, groß redet, ihr seid für die Mittelbetriebe, ihr seid für die Kleinbetriebe. Was tut ihr denn dafür? Nichts tut ihr dafür im Endeffekt! (Beifall bei der FPÖ.)

Und jetzt herzugehen und auf das Projekt von Red Bull hinzuschlagen, Freunde, ja habt ihr jegliche Vernunft verloren hier in diesem Haus herinnen? (Beifall bei der FPÖ.) Was ist denn das? Wenn Milliarden investiert werden, wo Arbeitsplätze entstehen, wo im Endeffekt sogar von der Umweltbelastung teilweise weniger passiert als es bis dato war, wo Ausbildungsplätze entstehen, liebe Freunde, hoch qualifizierte Ausbildungsplätze für die Zukunft. Da gehen Sie her und tun fest das Ganze madig machen und fest schlecht machen, weil vielleicht können wir es doch verhindern oder vielleicht können wir doch ein bisschen einen Wirbel hineinbringen in die ganze Geschichte. Das kann es doch nicht sein, liebe Freunde von den Grünen. Wenn ihr kein anderes Thema habt, dann vergesst aber das auch! (Beifall bei der FPÖ.) Auf dieses Niveau bitte wollen wir uns sicherlich nicht hinunterlassen.

Auch zur Raumordnung bitte ein paar Dinge, weil da bin ich wirklich betroffen, wenn ich manche Sachen anhöre. Ich bemühe mich hier und viele meiner Kollegen bemühen sich sehr um dieses Thema. Wir haben einiges weitergebracht. Herr Kollege Kasic, deinen hohen Anforderungen können wir nicht immer entsprechen, aber wir bemühen uns zumindest und wir schauen uns wirklich Dinge vor Ort an. Wir waren vor 14 Tagen wieder draußen und haben uns Problemfälle angeschaut und wir versuchen wirklich sehr behutsam damit umzugehen. Nur, eines muss man auch bedenken dabei. Es gibt auch Wünsche der Bevölkerung und nur jeden in einen verdichteten Flachbau beziehungsweise Genossenschaftswohnung hineinzustecken, das ist auch nicht unsere Idee, wie man Leute leben lässt.

Aber zur Sache des Feinstaubes noch. Wir werden das ja nicht alleine lösen mit dem Bau der S-Bahn. Die S-Bahn ist sicherlich ein großer Faktor dazu. Es muss mehr dazu geben. Es gibt hier diese ganzen Vorschläge, wir wissen sie. Die Verordnung, die heuer im Winter kurz in Kraft war, das war es nicht. Ich will nicht unbedingt Flop sagen, aber das war es nicht unbedingt, was wir gebraucht haben. Aber wir müssen von alternativen Streumethoden angefangen bis zum Filter, bis zur Industrie, wir müssen da (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Fernwärme!“), Fernwärme, wir müssen und können da sehr vieles machen. Aber jetzt nur auf die Autofahrer immer loszugehen und zu sagen, das sind die einzig Bösen in dem Land, das kann es ja bitte auch nicht sein. Wir sind sicherlich nicht dabei, wenn man die Hatz auf die Pkw-Fahrer in der Steiermark startet. Bei dem Spiel machen wir sicher nicht mit. (Beifall bei der FPÖ.) Wir brauchen Maßnahmen, die in die Zukunft führen, wir brauchen Maßnahmen, wo wir gemeinsam bitte uns nicht nur schlecht machen, wo wir gemeinsam Lösungen suchen und gemeinsam für diese Steiermark da sind. Das ist unser Ziel, das verfolgen wir und das werden wir in Zukunft machen. (Beifall bei der FPÖ.)

Und übrigens bin ich der Meinung, dass es gut ist, dass der GAK das Double gewonnen hat. (Beifall bei der FPÖ. – 17.44 Uhr.)

Präsident: Vorläufig letzte Wortmeldung Herr Abgeordneter Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (17.44 Uhr): Seid froh, wenn ich nicht über die ESTAG rede. Ich rede heute über den Verkehr. Das tue ich euch nicht an, dass ich über die ESTAG rede, ich rede lieber über den Verkehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

Ich wollte mich eigentlich gar nicht melden, weil ja vieles von unseren Freunden schon gesagt wurde und die Notwendigkeiten unterstrichen wurden. Nur wenn ich die Beantwortung gehört habe, möchte ich vorweg wieder einmal sagen, dass der Kollege, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, in der Regierung und als Verkehrsreferent einen schweren Stand hat. Das ist nicht nur in der Steiermark so, das ist überall so. Ich glaube auch, dass durchaus ein redliches Bemühen da ist, sich um die Dinge zu kümmern, anzudenken, zu diskutieren. Das bestreite ich alles nicht. Und wenn der Kollege Gödl jetzt hergeht und sagt, um Gottes willen, ich muss jetzt die schützende Hand über meinen Landesrat halten, weil da gibt es jetzt ein paar, die sind mit dem Herrn Schögggl nicht zufrieden, dann soll er das tun. Vielleicht braucht ihr ihn nach der Wahl wieder. Das ist aber eine andere Sache. Aber, Freunde, wenn ich da höre in der Anfragebeantwortung, dass wir ohnedies ein paar Parkhäuschen gebaut haben, um ein ordentliches Warten auf den Zug, der nur in zu langen Abständen kommt, zu haben. Und wenn ich sage, ich habe den einen oder anderen Gehweg auch gebaut und daher ist das so super und wenn ich sage, ich führe die S-Bahn-Projekte weiter – (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Sollen wir die Dinge alle nicht mehr machen in Thörl?“) Wenn du mir drohst, wenn ich mit dir eine politische Diskussion führe, dann ist das ein eigenes Niveau. Ich sage ja, und ich gestehe dir auch zu, dass das alles, was da gesagt worden ist, in Ordnung und wichtig ist.

Aber, Freunde, das, was wir da so loben, ist ja wohl von jedem Mitglied in der Regierung Aufgabe, wenn er ein Ressort hat, dass er sich um sein Ressort kümmert. Und dafür brauchen wir ja nicht eigene Belobungen aussprechen.

Es gibt ja ein viel anderes Problem, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier politisch in der Steiermark. Es gibt ein großes Problem, und das bringt uns nicht weiter, und für das kann der Herr Schögggl vielleicht selber gar nichts. Aber, Freunde, ihr habt es zu eurer Aufgabe gemacht, egal was hier an Ideen von einem Nicht-ÖVpler oder -Freiheitlichen kommt, stellt ihr euch sofort vor die Regierung hin und sagt, die Regierung ist eh so super, wir machen eh so viel, und jetzt bauen wir zwischen Graz und Spielfeld auch schon, also alles hat die Regierung für dieses Land gemacht. Wie wollt denn ihr, Freunde, irgendwann einmal einen wirklichen Fortschritt auf der Schiene machen, wenn ich ständig nichts anderes tue, als Notwendigkeiten, die andere aufzeigen, nicht unterstütze, sondern mich vor die Regierung stelle und sage, die tun eh so viel? Wie wollen wir da erfolgreich sein, Freunde, das geht doch nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist doch keine Politik. Und das ist das, was ich hier verurteile.

Ich sage euch folgende Sache: Der Landesrat Strenitz, wie er seinerzeit Gesundheitslandesrat war, hat erreicht, gemeinsam in der Regierung – allerdings hat es da noch eine rote Bundesregierung gegeben, muss ich auch sagen –, hat damals erreicht, meine Damen und Herren, das LKH 2000. Wir haben einen Vertrag mit der Bundesregierung gemacht, dass in die steirischen Krankenhäuser 10 Milliarden Schilling bis zum Jahr 2000 investiert werden und wir unseren Nachholbedarf, den wir ja auch bei der Schiene haben, wettmachen können. Wir haben heute einige der modernsten Krankenhäuser überhaupt in Österreich und wir sind stolz darauf.

Ich höre von euch nicht, dass ihr zu der Regierung hinfahrt und sagt, Freunde, und ich werde das jetzt verlangen und hier fordern. Warum verlangen wir nichts von dieser Bundesregierung für die Steiermark, warum verlangen wir nicht, wir wollen die Schiene 2010, und dann wollen wir den Nachholbedarf, den wir in der Infrastruktur der Schiene haben, wettgemacht haben? (Abg. Wiedner: „Nachholbedarf aus der SPÖ-Zeit!“)

Jetzt könnt ihr schon lange nicht mehr davon reden, ihr seid ja zu lange in der Regierung. Weil ihr habt ja das, was jetzt in den drei Jahren passiert ist, auf dem aufgebaut, was rote Verkehrsminister vorbereitet haben. Selbst habt ihr überhaupt noch keine Initiative gesetzt. Und warum? (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Entschuldige, Einem war sehr erfolgreich!“) Ja, bitte schön, der Kollege Einem war aber gegen den Kollegen Gorbach, was die Steiermark betrifft, sehr erfolgreich. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Er hat den Transitvertrag gemacht!“) Richtig, aber dass der Terminal in Werndorf fehlt, hat der Klima den Spaten schon lange herumgeführt, bis wir ihn gebaut haben. Das stimmt schon, da habt ihr Recht. Aber das kommt auch noch aus einer Zeit, die mit euch nichts zu tun hat.

Und jetzt macht ihr schon wieder das Gleiche. Ihr stellt euch hin und sagt, um Gottes willen, die Roten waren so schlecht und unsere sind eh so gut. Was ist denn das für eine Politik? Ich hätte mir erwartet, dass du sagst, Herr Landeshauptmannstellvertreter, jawohl, die Schiene 2010, den Nachholbedarf der Schiene, den wollen wir gemeinsam mit der Bundesregierung wettmachen.

Ja, glaubt ihr wirklich, dass die U-Bahn in Wien und die Verkehrsverbindungen der Schiene in Wien sich das Land Wien allein leisten kann? (Abg. Dirnberger: „Siegi, immer das Gleiche!“) Die haut sich mit der Regierung auf ein Packel (Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser!“) und sagt, ich muss erfolgreich sein und schaut, dass es vom Bund die nötigen Mittel dafür kriegt. Wir bedanken uns ja noch dafür, wenn ich euch zuhöre, dass wir sie nicht kriegen, statt dass ihr einstellt und sagt, Freunde, wir wollen die Schiene 2010, wir wollen eine moderne Infrastruktur bei der Schiene und das geht nicht allein und das geht schon gar nicht aus dem laufenden Budget, denn aus dem laufenden Budget können wir nicht einmal Wartehäuschen bauen, sondern das bedarf einer Sonderanstrengung, auch einer finanziellen, des Bundes. Und das erwarte ich mir von euch, dass es von euch verlangt wird, aber nicht ständig, dass ihr die Schutzpatrone der Regierung seid. Und das ist das Einzige, das ich euch vorwerfe. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Es passiert ja!“)

Lieber Kollege Schögggl, du kannst dich noch so lange bemühen und dich noch so ehrlich bemühen, und ich glaube dir sogar, dass du es tust, nur, solange die politische Orientierung, was die Schiene 2010 betrifft, nicht von allen Parteien gemeinsam nach Wien getragen wird, kannst du da probieren was du willst, wirst du nie Erfolg haben. Und da müssen wir ansetzen, Freunde, wenn wir die Schiene 2010 wollen, wenn wir eine moderne Infrastruktur wollen, eine S-Bahn wollen, die nicht in Frohnleiten aufhört, sondern in der Obersteiermark ganz oben, dass die Leute arbeiten fahren können.

Weil wenn ich mir das grüne Blattl anschau, was da herausgekommen ist, da hört die S-Bahn und die Schnellbahn in Frohnleiten auf, obwohl wir wissen, dass in der Obersteiermark die Einwohner immer weniger werden und im Großraum Graz immer mehr, wenn man eh schon nicht mehr aus und ein kann, weil es kein Verkehrssystem gibt.

Hört endlich auf, den Weihrauch über die Regierung in Wien zu legen, denn die hat für die Steiermark nichts übrig. Und solange ihr das missachtet, so lange werdet ihr keinen Erfolg haben. Ich bedaure das. Aber 2005 und 2006 hat der Wähler die Chance, diesen Standpunkt abzuwählen. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das war keine Kür, bestenfalls eine Pflichtübung!“) Herr Kollege Schögggl, ich muss dir das noch einmal sagen, wenn du mir von der Regierungsbank drohst (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das habe ich ja nicht!“), dass man vielleicht irgendeinen Bahndamm, den wir für ein Projekt für die Jugend brauchen, nicht kriegen, weil ich da so diskutiere und einen politischen Standpunkt vertrete, dann musst du im demokratiepolitischen Gedankengut einen Nachhilfekurs machen. (Beifall bei der SPÖ. – 17.52 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der SPÖ und Grünen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1780/1, betreffend B 114, Trieben–Sunk, Sonderfinanzierung.

Berichterstatte ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (17.53 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung betreffend die B 114, Trieben–Sunk und über die Sonderfinanzierung des Ausbaues.

Die Triebener Straße von Trieben nach Judenburg über Hohentauern – Seehöhe 1280 Meter – verbindet als geländemäßig schwierige Nordsüdachse die natürlichen Erschließungsfurchen des ost- und westgerichteten Palten- und Liesingtales.

Es ist hier in letzter Zeit zu Rutschungen gekommen, so dass ein Ausbau notwendig ist. Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Fachabteilung 18B Straßeninfrastruktur – Bau werden 20 Millionen Euro aus einer Sonderfinanzierung zur Umsetzung der angeführten Baumaßnahme „B 114, Trieben–Sunk“ zur Verfügung gestellt und wird diese ermächtigt, das Bauvorhaben auszuschreiben und umzusetzen.

Dazu gibt es eine Stellungnahme des Landesfinanzreferenten, die besagt, dass die Notwendigkeit zur Kenntnis genommen wird und dass diese Sonderfinanzierungsmöglichkeit darauf zurückzuführen ist, dass es im Zuge der Verlängerung der Bundesstraßen nicht gelungen ist, eine Sonderbehandlung für dieses Projekt zu erreichen. Die für die Jahre 2005 bis 2008 beantragte Sonderfinanzierung von 20 Millionen müsste allerdings in Anbetracht der Finanzlage des Landes auf einen Betrag von 10 Millionen beschränkt und der Restbetrag aus den Mitteln des Ressorts aufgebracht werden. Ich ersuche um Annahme. (17.55 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Peter Rieser.

Abg. Rieser (17.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die B 114 war schon bei der letzten Landtagssitzung am 27. April ein Thema und ich bin sehr froh und auch der Regierung dankbar, dass nun heute auch diese Sonderfinanzierung beschlossen wird. Es ist doch immerhin zwölf Jahre her, dass damals die Gemeinde Trieben begonnen hat, diese Forderung zu stellen und in der Folge war es dann auch das Pölstal bis hinauf nach Hohentauern.

Gott sei Dank ist es nun soweit, dass es ausgebaut wird. Aber was uns in diesen Tagen und Wochen beschäftigt – und ich frage dich, Herr Landeshauptmannstellvertreter –, wie lange wird diese Gewichtsbeschränkung von 7,5 Tonnen noch aufrecht sein? Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang, dass du vor einigen Wochen angekündigt hast, hier einen Sensor einzubauen, damit die Hangrutschungen festgestellt werden können, damit im Notfall die Straße automatisch gesperrt wird. Nur, was ist gegenwärtig, Herr Landeshauptmannstellvertreter und das beschäftigt uns und ich habe auch heute noch nachgefragt, dass es keine Ausnahme gibt für den Ziel- und Quellenverkehr und dass laufend die einheimischen Kfz-Besitzer, Speditionen und so weiter sogar von der Exekutive bestraft werden. Das Verständnis ist hier nicht mehr vorhanden, weil es auch nicht erklärt werden kann. Daher bitte ich dich von dieser Stelle aus dafür zu sorgen, dass die Gewichtsbeschränkung so rasch als möglich aufgehoben wird und noch einmal ein Dankeschön, dass dieses Projekt durchgeführt werden kann. (Beifall bei der ÖVP. – 17.58 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Margarethe Gruber.

Abg. Margarethe Gruber (17.58 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Hohentauern, der höchste Punkt dieser Triebener Straße, hat sich bemüht, sich fremdenverkehrsmäßig zu positionieren. Es gibt dort ein Keltendorf, mit viel Mühe gebaut und nun ist es so, dass diese Ortschaft von der Außenwelt fast abgeschnitten ist, denn weder Busse noch schwerere Lkws können dort hinkommen. Dringend notwendig und Gott sei Dank, dass etwas passiert. Diese Straße hätte schon viel früher gebaut werden können, wäre nicht bei der Verlängerung geschehen, dass man vergessen hat, sich Mittel vom Bund zu besorgen.

Eines noch. Wenn in Wien Beamte mit dem Lineal schnelle Verbindungen von einem Tal zum anderen finden, dann müssen sie auch schauen, dass diese Verbindungen aufrecht sind. Wir haben im Verbund zwischen den Finanzämtern Judenburg und Trieben teilweise keine Straße, über die man die beiden Strecken zusammenführen kann, also umso wichtiger, dass wir bald den Ausbau dieser Straße, dieser so wichtigen für die Bevölkerung und für die Anrainer finden. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 17.59 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggl (17.59 Uhr): Danke vielmals, Herr Präsident!

Frau Kollegin, ich wollte mich eigentlich nicht zu Wort melden, aber es sind doch einige konkrete Fragen gestellt worden.

Erstens, es liegt das Gutachten bei der BH Liezen. Wir werden etwa noch drei Wochen brauchen, bis wir die Verkehrsfreigabe wieder erreichen. Das System ist im Aufbau. Ich bin übrigens sehr dankbar den Forscherinnen und Forschern von Joanneum Research und allen Mitarbeitern, dass es gelungen ist, mit einem High-tech-System das Problem, das ein sehr, sehr altes Problem ist – ich habe diesen rutschenden Hang so quasi als Verkehrsreferent geerbt –, dass wir dort dieses System aufbauen können, wo wir über sehr moderne Methoden millimetergenau Bewegungen und Gefahrenmomente dort registrieren können und daher sicher diese Straße wieder in Betrieb nehmen können. Ich bedanke mich aber bei allen, die es ermöglichen, dass wir auch, ich denke, noch heuer oder spätestens im Frühjahr nächsten Jahres den Neubau für diesen Gefahrenbereich in Angriff nehmen können, der ja in geologisch schwierigsten Verhältnissen stattfindet und die gewählte und bereits geschlagerte Trasse, vom Wald befreite Trasse war leider, und das ist auch sehr spät durch die Sondierungsbohrungen zu Tage getreten, genauso schlecht geeignet für den Bau der Straße wie der derzeitige Verlauf und wir wären dann Gefahr gelaufen, ein Projekt, das nach alter Währung etwa 250 bis 300 Millionen Schilling gekostet hätte, wieder auf einen sehr unsicheren Untergrund zu bauen. Das wäre sicherlich unverantwortbar gewesen für den Steuerzahler und darum ist diese Lösung, wie sie sich jetzt auf tut, die richtige und ich hoffe, dass wir für die Region auch damit einen entsprechenden Beitrag leisten können. Ich bedanke mich aber noch einmal ausdrücklich bei der Frau Finanzreferentin, die es auch möglich gemacht hat, dass wir diese Sonderfinanzierung zusammengebracht haben, 20 Millionen Euro für diesen Neubau. Das klingt immer alles so bescheiden, aber das sind – ich darf es auch in Schilling sagen – 280 Millionen Schilling. Das ist schon ein schneidiger Geldbetrag und ich bin sehr froh, dass wir für diese Region, für diese wichtige und im Aufschwung befindliche Tourismusregion auch die entsprechende zukunftssträchtige Struktur bereitstellen können. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 18.01 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme zur Abstimmung über den Antrag des Berichterstatters. Wenn Sie diesem Antrag die Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

23. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1777/1, betreffend Übereinkommen – Nahverkehrsmaßnahmen an den Bahnlinien der Graz-Köflacher-Eisenbahn (GKE) für die Jahre 2004 bis 2007 für die Bezirke Graz, Graz-Umgebung, Deutschlandsberg und Voitsberg.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (18.02 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich berichte in Kurzform über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, die das Übereinkommen und die Nahverkehrsmaßnahmen an den Bahnlinien der Graz-Köflach-Eisenbahn GmbH., kurz GKE, für die Jahre 2004 bis 2007 für die Bezirke Graz, Graz-Umgebung, Deutschlandsberg und Voitsberg zum Inhalt hat.

Darin wird festgestellt, dass das Land Steiermark im Rahmen der Nahverkehrsübereinkommen aus den letzten neunziger Jahren zahlreiche Verbesserungsmaßnahmen zur Attraktivierung des öffentlichen Personenverkehrs auf den Bahnstrecken der GKE, das sind Graz-Köflach und Lieboch-Wies, initiiert und gefördert hat.

Diese getroffenen Maßnahmen sind konkret im Bericht angeführt und sollen durch weitere, den öffentlichen Personenverkehr auf den Bahnlinien in den nächsten vier Jahren verbessern. Dafür werden insgesamt neun Projekte von Park-and-ride-Anlagen bis zum Fahrgastinformationssystem dargestellt.

Die Gesamtinvestition für alle diese Projekte beträgt 7,602.000 Euro und ist in einem weiteren noch abzuschließenden Übereinkommen mit der GKE zu fixieren.

Gleichzeitig wird die Höhe der Landesbeteiligungen an diesen förderungswürdigen Verkehrsprojekten mit 27,22 Prozent genannt und die Zahlungsmodalitäten werden im Zeitplan dargestellt.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seiner letzten Sitzung diese Regierungsvorlage einstimmig zur Kenntnis genommen.

Ich stelle daher den Antrag, der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über die geplanten Maßnahmen und Investitionen an den GKE-Bahnlinien wird zur Kenntnis genommen. Zweitens: Der Steiermärkische Landtag genehmigt den Abschluss des Übereinkommens mit der Graz-Köflacher-Eisenbahn GmbH. über die Attraktivierungsmaßnahmen an den Bahnlinien der GKE und drittens: Der sich aus diesem Übereinkommen ergebende Finanzierungsbedarf für die Jahre 2004 bis 2007 im Gesamtausmaß von 2,069.350 Euro (wertgesichert mit Preisbasis 2003) wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Für die Finanzierung des jährlichen Bedarfs von zirka 520.000 Euro ist in den jeweiligen Budgets Vorsorge zu treffen.

Geschätzte Damen und Herren, ich ersuche um Zustimmung im Landtag. (18.03 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter List, danach Dirnberger.

Abg. List (18.04 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Frau Finanzlandesrätin, geschätzte Damen und Herren!

Ich wollte meinen Beitrag eigentlich schon in die Debatte der Dringlichen einbringen. Dort aber waren die Emotionen zu hoch! Die Emotionen haben solche Wellen geschlagen, dass jegliche Sachlichkeit vermisst wurde. Und deswegen habe ich mich entschlossen, hier bei diesem Tagesordnungspunkt 23 das eine oder andere zu diesem Thema, für das unser Landeshauptmannstellvertreter die Verantwortung hat, kurz zu sagen.

Der Kollege Petinger hat es zu Beginn seines Beitrages in der Debatte gesagt, dass hier über 7,6 Millionen Euro, das sind umgerechnet rund 105 Millionen an guten alten Schillingen in notwendige Verbesserungsmaßnahmen fließen. Verbesserungsmaßnahmen, die den öffentlichen Verkehr auf den Bahnstrecken der Weststeiermark, nämlich Graz-Köflach und Lieboch-Wies, wesentlich attraktiver gestalten werden. Diese Investitionen für diese Infrastrukturmaßnahmen werden auf Grund der beispielhaften Initiative, und hier kann ich es wieder sagen, auf Grund der echten beispielhaften Initiative vom stellvertretenden Landeshauptmann Schöggel in einem weiteren Nahverkehrsübereinkommen fixiert.

Anschließend soll sofort mit der Realisierung aller Maßnahmen begonnen werden, die im Bericht angeführt sind. Ich darf hier nur kurz für die Region einige notwendige Projekte nennen, die entlang der Bahnlinien umgesetzt werden sollen, beispielsweise Park-and-ride-Anlagen.

Errichtung von Park-and-ride-Anlage im Bahnhof Köflach – zirka 45 Pkw-Abstellplätze. Kollege Petinger, in deiner Heimat 45 Pkw-Abstellplätze. In der näheren Umgebung, in Krottendorf – Erwin Dirnberger, Nachbar – Bürgermeister – zirka 40 Pkw-Abstellplätze und 30 Fahrradabstellplätze. Weiter runter, in Premstätten zirka 30 Pkw- und 20 Fahrradabstellplätze. In Frauental zirka 35 Pkw- und 30 Fahrradabstellplätze. In Pöflingbrunn – in der Heimat von dir, Klubobmann Kröpfl – und in Frauental nahe Deutschlandsberg zirka 35 Pkw- und 30 Fahrradabstellplätze. Es wird gebaut, hier wird massiv gebaut in den nächsten drei Jahren. Es wird etwas auf Grund der Initiative unseres Landeshauptmannstellvertreters, des zuständigen Ressortmitgliedes im Land, umgesetzt.

Bahnsteigüberdachungen – weitere Projekte –, Errichtungen von Bahnsteigüberdachungen in den Bahnhöfen Straßgang, Lannach, Preding. Sogar in Groß Sankt Florian beim Ersten Präsidenten des Steiermärkischen Landtages, in Groß Sankt Florian (Präsident: „Entschuldigung, was heißt sogar?“) werden Bahnsteigüberdachungen gebaut. In Köflach werden sie gebaut – wieder beim Kollegen Petinger –, in Lieboch, Voitsberg und Bergla sowie bei den Haltestellen Webling, Wetzelsdorf, Wettmannstätten, Gussendorf und Hollenegg. Graz-Köflach-Bahnhof: Hier erfolgt die Errichtung eines Inselbahnsteiges mit Bahnsteigüberdachung und zwei niveaufreien Zugängen, jeweils von der Köflacher Gasse und der Alten Poststraße.

Die Linienverbesserung nach Krottendorf wird durchgeführt. Der Neubau der Kainachbrücke und Anpassung der Gleisgeometrie sowie die Errichtung einer technisch gesicherten Eisenbahnkreuzung ist vorgesehen und wird durchgeführt.

Beim Bahnhof Frauental wird die Errichtung eines Randbahnsteiges durchgeführt.

Der Bahnhof Bergla wird umgebaut. Hier wird ein Zwischenbahnsteig errichtet sowie die Gleisanlage wird an den Bahnhof angepasst.

Es werden an sechs Eisenbahnkreuzungen auf den Strecken Lieboch-Wies und Graz-Köflach neue Lichtzeichenanlagen eingebaut. Die Strecke Graz-Lieboch wird attraktiver gestaltet.

Es werden die Eisenbahnkreuzung am Schwarzen Weg und die Eisenbahnkreuzung Kärntner Straße umgerüstet. Eine neue Haltestelle im Gemeindegebiet Seiersberg – in deinem Gemeindegebiet, Herr Kollege Bürgermeister und neuer Schriftführer Werner Breithuber – wird errichtet.

Ein neues Fahrgastinformationssystem soll aufgebaut werden. Dieses soll in den Bahnhöfen beziehungsweise in den Haltestellen der GKE errichtet werden.

Sie sehen also, alles Maßnahmen, Maßnahmen, die in den nächsten drei Jahren greifen und nicht polemisieren und Wellen schlagen. Vor allem für die Grünen muss ich es sagen, dass hier klare Planungen und klare Feinabstimmungen in den nächsten drei Jahren passieren, die wesentlich zur Verbesserung an diesen Bahnhöfen beitragen. Alle Maßnahmen dienen der kundenfreundlichen Verbesserung der Bahnhöfe, an den Haltestellen, an den Schienen und auf den Bahnlinien und sie sollen, wie bereits gesagt, 2007 abgeschlossen sein. Hier geht wirklich etwas weiter! (Beifall bei der FPÖ.)

Das ist wieder ein Beispiel für das Tempo unseres Landeshauptmannstellvertreters, wie freiheitliche Regierungsverantwortliche zum Wohle der Menschen arbeiten, auch in diesem Land.

Damit – und so bin ich schon beim Ende meines Beitrages – wird unter der Verantwortung von Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schöggel ein weiterer Beitrag zur Attraktivierung des öffentlichen Personenverkehrs geleistet! Das ist mein Beitrag zur Dringlichen Anfrage der Grünen, die eigentlich verpufft ist, obwohl sie von den Sozialdemokraten unterstützt wurde. Möglichst optimale Rahmenbedingungen zu schaffen! Die Kunden und hier die Eisenbahnbenutzer bestens zu betreuen! Das sind die Ziele unseres Landeshauptmannstellvertreters!

Geschätzte Damen und Herren im Steiermärkischen Landtag, so schauts aus, so schaut es aus beim öffentlichen Personennahverkehr! (Beifall bei der FPÖ. – 18.10 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dirnberger, bitte ans Rednerpult zu kommen.

Abg. Dirnberger (18.10 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf mich zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort melden, ursprünglich wollte ich gar nicht. Aber nachdem diese Verkehrs- oder Nahverkehrsdiskussion doch relativ, na ja, populistisch geführt wurde, erlaube ich mir auch, dass ich mich zu Wort melde.

Den Grünen halte ich einmal zugute, dass sie es mit dem Ausbau der Bahn ehrlich meinen und das auch immer wieder fordern. Ich kann aber den Ernstl Gödl voll unterstützen in seiner Aussage, wir sollen da nicht so lächerlich und so schwarz-weiß malen, dass halt Umsetzung etwas ganz anderes ist als Forderungen. Und da ist der Unterschied zwischen den Grünen und dem Ernstl Gödl. Der Gödl ist seit vielen Jahren erfolgreicher Bürgermeister, er weiß auf der einen Seite, was Forderungen bedeuten, aber die Umsetzung ist halt das Machbare. Und da ist er einiges den Grünen voraus, die Grünen haben noch nie die Möglichkeit gehabt, sagen wir es einmal so, Verantwortung in dem Sinne zu übernehmen. Wenn man dann nach Deutschland schaut, wo sie auch in die Verantwortung gekommen sind oder die Möglichkeit haben, schaut die Realität schon wieder ein bisschen anders aus. Da muss man die hochgesteckten Ziele wieder auf den Boden der Realität zurückstellen und dann sieht man, was man auch wirklich bewegen kann.

Bei der SPÖ, da höre ich jetzt vom Siegi Schrittwieser diese Walze mit der Regierung schon, was weiß ich, seit unendlich. Das ist halt eigenartig, sobald die SPÖ in Wien in der Opposition war, gab es einen totalen Schwenk hier im Land. Das ist witzig. Dann weiß man alles, was richtig ist, was man vorher nicht gewusst hat. Weil wenn ich daran denke, wenn ihr so genau wisst, was alles richtig ist, warum habt ihr nicht früher beim Verkehrslandesrat Ressel das gemacht? Warum hat der nicht zeitgerecht das alles eingebracht, was jetzt gefordert wird? (Beifall bei der ÖVP.)

Und dass es fast lächerlich wird, da kann ich dem Ernstl zustimmen, wenn ich dem Kurtl Gennaro zuschaue, und ich schaue ihm genau zu, er ist ja wirklich ein hervorragender Rhetoriker. Er kommt raus, fordert – ich weiß schon, Politik ist Show und man muss das Unmögliche fordern, hast selber dann im Stillen gesagt, damit ein bisschen was weitergeht –, kommt raus, bringt das todernst, als ob die ganze Welt untergehen würde, geht vom Rednerpult weg und haut sich ab, wenn er da rüber geht und lacht, denen habe ich es jetzt wieder gezeigt. Also da wird es lächerlich. (Abg. Gennaro: „Ich bin von Natur aus ein glücklicher Mensch!“) Kurtl, blendend rhetorisch aufbereitet, blendend. Also, da muss ich sagen, da müssen wir uns, und da bin ich beim Ernstl, ein bisschen ernster nehmen. Manchmal können wir ja froh sein, dass da nicht mehr Zuhörer da hinten sind, weil sonst artet es wirklich in die Richtung aus, dass das nur mehr Bühne ist. (Abg. Gennaro: „Ich arbeite unter dem Motto Lachen macht schön. Schau mich an!“) Okay, bist ein fescher Bursch, alle Achtung.

Ich möchte trotzdem zurückkommen zur Bahn. Der öffentliche Verkehr liegt uns allen am Herzen, vor allem die Bahn. Aber wir müssen auch wissen, und die Attraktivität ist eine Möglichkeit, dass mehr Bürgerinnen und Bürger diese Bahn nutzen, nur die Illusion zu haben, dass wir das so attraktiv machen können, dass dann automatisch alle fahren, das ist eine Illusion, weil Pkw- oder Autofahren bedeutet auch eine gewisse Freiheit. Und wenn du nicht einen gewissen Druck ausübst, wirst du nie eine große Gruppe dort raufbringen, weil einfach das Pkw-Fahren, das leistet man sich, damit ist Freiheit verbunden.

Ich kann mich noch erinnern, wie wir diskutiert haben bei uns im Regionalfernsehen über die ganze Problematik Feinstaub, ja, da hat ein führender Beamter von der Freiheit des Autofahrens gesprochen. Da hat er richtig dabei aufgelebt. Und das ist im Menschen drinnen.

Ich kenne einige Beispiele. Die Personen könnten mit dem öffentlichen Verkehrsmittel hinfahren zu der Betriebsstätte, arbeiten in der gleichen Abteilung, also die Dienstzeit ist gleich. Was tun sie? Jeder fährt mit dem Pkw, weil er halt dann irgendein Wegerl hat und so weiter. Also, das muss man erkennen.

Das heißt, es muss dann auch, wenn wir das wirklich wollen, begleitende Maßnahmen dazu geben. Und eine Maßnahme zur Attraktivierung des Bahnnetzes ist natürlich gerade in diesem Antrag hier diese Fördermaßnahmen, die bei der GKE durchgeführt werden sollen.

Vielleicht ein paar Worte noch zur GKB selbst. Die GKB ist eigentlich im Jahre 1998 umgetauft worden in GKE. Zwei Firmen sind entstanden, ist bekannt. Es ist ein Traditionsunternehmen – über 140 Jahre, genau seit dem Jahre 1859 – das größte Busunternehmen in der Weststeiermark, seit 1935 tätig, ursprünglich maßgeblich für den Gütertransport zuständig, für die Kohlentransporte.

Heute ist der Gütertransport bei Gott nicht mehr der Schwerpunkt, sondern der Personennahverkehr. Gerade die Liberalisierung, das merkt man, ist eine starke Herausforderung, aber auch für die GKE eine große Chance. Die Bedeutung für die Weststeiermark ist unbestritten mit über 400 Mitarbeitern. Die Bahn befördert derzeit über 4 Millionen Personen, der Bus 5,8 Millionen. Das heißt, das sind nicht nur Pendler und Schüler und Busgeschäft ist ja auch maßgeblich Ausflugsgeschäft, Reisegruppen und so weiter mit dabei. 525.000 Tonnen an Gütern wurden befördert und hier ist ein Betrieb hauptverantwortlich, das ist die Firma Leitinger mit über 150.000 Tonnen.

Und da sieht man auch wieder den Schwachpunkt der Bahn, dass es gerade im Güternahverkehr sehr schwer ist. Bei Gütern, die sehr rasch transportiert werden müssen, weil die Bahn einfach unflexibel ist, hat sie gegen den Lkw keine Chance. Im Fernverkehr und vor allem bei Gütern, die nicht unter Zeitdruck irgendwo sein müssen, ist natürlich eine große Chance gegeben. Das muss man erkennen und das sind auch die Punkte, auf die man dann im Detail noch, glaube ich, wenn wir da weiterarbeiten an diesem System, weiter eingehen muss. Es ist auch gedacht und für die GKE natürlich eine Aufwertung, wenn man die Anknüpfungspunkte zur Koralmbahn findet. In Wettmannstätten und Deutschlandsberg ist ja daran gedacht und es wurde heute schon andiskutiert die Elektrifizierung. Wir kennen die Feinstaubproblematik im Raum Graz, in unseren zentralen Räumen und da natürlich, wenn man mehr dazu bewegen kann, dass sie auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen, wäre natürlich die richtige und optimale Vorgangsweise.

In dieser Vorlage sind eine Reihe von Fördermaßnahmen, die hat Herr Kollege List schon erwähnt, angekündigt und eine ganz wesentliche ist sicher die ganze Park-and-ride-Geschichte. Da steht in der GKE-Hompage: „Park-and-ride sehen wir als ideale Schnittstelle zwischen Individual- und öffentlichen Verkehr, in Anspruch genommen vor allem von umweltbewussten und sparsamen Menschen.“ Dieser Meinung kann ich mich voll anschließen. Danke schön für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 18.19 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt Nr. 23 liegt mir nicht mehr vor. Damit schreite ich zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich nunmehr um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

24. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1737/1, betreffend land- und forstwirtschaftliche Förderung, Gemeindeaufsicht, Forschungsförderung, Austria Ferngas GmbH., Steirische Ferngas AG., Rohöl-Aufsuchungs AG., RAMSAR-Konvention, Transplantationswesen, Graz – Vereinigte Bühnen, Reinhaltungsverband Leoben.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (18.19 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 11. Mai 2004 über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1737/1, laufende Nummer 107, sehr ausführlich diskutiert und darüber beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1737, betreffend land- und forstwirtschaftliche Förderungen, Gemeindeaufsicht, Forschungsförderung, Austria Ferngas GmbH., Steirische Ferngas AG., Rohöl-Aufsuchungs-AG., RAMSER-Konvention, Transplantationswesen, Graz – Vereinigte Bühnen, Reinhaltungsverband Leoben, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (18.20 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Es gibt Wortmeldungen. Herr Abgeordneter Kreisl ist am Wort bitte.

Abg. Kreisl (18.20 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Reinhaltungsverband Leoben wurde 1978 gegründet mit den Mitgliedern Stadtgemeinde Leoben, die jetzige Marktgemeinde St. Peter-Freienstein, wo ich seit 1995 Bürgermeister bin und die Brauerei Göß. Der Rechnungshof überprüfte im Oktober und November 2002 erstmals die Gebarung des Reinhaltverbandes Leoben. Schwerpunkte der Gebarungsprüfung waren das regionale Entsorgungskonzept, die Verbandsverwaltung und die Planung des Ausbaues der Abwasserreinigungsanlage, ihre Funktion sowie einzelne Investitionen. Zu dem im März 2003 übermittelten Prüfungsergebnis gaben die Steiermärkische Landesregierung und der Verband im Oktober 2003 Stellungnahmen ab. Gegenäußerungen des Rechnungshofes waren nicht erforderlich. Das Haushaltswesen des Verbandes war nach kameralistischen Grundsätzen ausgerichtet. Im Jahre 1998 führte der Verband auch eine Kostenrechnung ein. Zur verursachergerechten Aufteilung der Betriebskosten verwendete er seitdem ein komplexes Rechenmodell. Die wirtschaftliche Lage des Verbandes war als gesichert zu beurteilen. Der Rechnungshof anerkannte die Bemühungen des Verbandes, die Betriebskosten verursachergerecht darzustellen beziehungsweise zu verrechnen. Da die bis 1997 bestehende Lösung des Brauereiabwassers zu übernehmen unbefriedigend und eine betriebliche Abwasserreinigung nach dem Umweltförderungsgesetz förderungsfähig waren, suchte die Brauerei nach alternativen Lösungen. In weiterer Folge hielt auch der Verband die Vorreinigung des Brauereiabwassers in einer Betriebsanlage der Brauerei für zweckmäßiger. Dies führte zur Neuregelung der Zuständigkeit für die Vorreinigung. Nach einem finanziellen Abtausch zwischen den Verbandsmitgliedern errichtete die Brauerei eine neue Vorreinigungsanlage. Abwassermengen und Restfrachten wurden einvernehmlich limitiert sowie Schnittstellen und Zusammenarbeit zwischen Brauerei und Verband vertraglich geregelt. Der Rechnungshof beurteilte die Neuordnung der Vorreinigung in der Brauerei als zweckmäßig und bewertete die Auswahl des neuen technisch überlegenen Reinigungsverbandes positiv. Die neue Vorreinigungsanlage der Brauerei ging im Mai 1997 in Be-

trieb. Die Verfahrenssteuerung der Vorreinigungsanlage erfolgte durch Verbandspersonal, ihre Wartung oblag jedoch der Brauerei. Genaue Zeitaufzeichnungen ermöglichten eine exakte Abrechnung der Dienstleistungen des Verbandspersonals mit der Brauerei.

Ab 1998 ermöglichte die Einführung der Kostenrechnung eine verursachergerechte Aufteilung der Betriebskosten des Verbandes. Der Rechnungshof hielt die Aufgabentrennung bei der Reinigung des Brauereiabwassers für zweckmäßig. Er anerkannte weiters die verursachergerechte Aufteilung der Betriebskosten und empfahl, auf diese auch bei der bevorstehenden Anbindung der Gemeinden Niklasdorf und Proleb zu achten.

Weitere Feststellungen gab der Rechnungshof im Zusammenhang mit einer untersuchten überregionalen Lösung zur Klärschlamm Entsorgung ab. Laut dem Steirischen Gewässergüteatlas 2000 wies die Mur die Güteklasse I bis II beziehungsweise III auf, somit ist der in der Verordnung Wassergüte Mur, Bundesgesetzblatt Nr. 423/73, definierte Auftrag, die Gewässergüte der Mur auf II bis III zu verbessern, bereits weit übertraffen worden. Auch der Verband hat mit seiner Abwasserreinigungsanlage dazu beigetragen. Die bevorstehende Nährstoffentfernung wird die Befruchtung der Mur aus dem kommunalen Bereich weiter verringern.

Nachstehend hob der Rechnungshof folgende Empfehlungen hervor:

Zur Nutzung der freien Kapazitäten sollte die Anbindung des Wasserverbandes Unteres Liesingtal sowie die Übernahme eines Abwasserteilstromes aus Trofaiach verfolgt werden. Was Trofaiach betrifft, haben hier bereits erste Verhandlungen mit Bürgermeister Wagner, dem Verantwortlichen des Reinhaltverbandes Leoben, Ingenieur Hüttenbrenner und mir als Bürgermeister stattgefunden. Der Kanal der Marktgemeinde St. Peter-Freienstein wird für die Abwasserbeseitigung von Trofaiach benötigt und sollte hier zu einer Lösung kommen. Auch ich vertrete die Meinung, dass auf Grund wirtschaftlicher Überlegungen diese Vorgangsweise gerechtfertigt ist und hoffe auch, mit Trofaiach eine positive Lösung zu finden. Die Anbindung des Abwasserverbandes Unteres Liesingtal ist zurzeit aus wirtschaftlichen Gründen und Überlegungen nicht relevant.

Der nächste Punkt, der erhöhte Personalstand, sollte mittelfristig auf höchstens 11 Mitarbeiter reduziert werden. Laut Rechnungsabschluss 2003 beträgt zurzeit der Mitarbeiterstand 12,95.

Der letzte Punkt: Zur besseren Auslastung der vorhandenen Entwässerungseinrichtungen sollte die Entwässerung von Klärschlamm als Dienstleistung angeboten werden.

Im Rechnungsabschluss 2003 wird festgehalten, durch die vorgegebenen Darlehensbindungen konnten durch die Teilzuzahlungen erhöhte Zinserträge lukriert werden, die den Mitgliedern des Reinhaltverbandes Leoben in der Betriebskostenabrechnung wieder zur Verfügung gestellt werden.

Bemerkenswert sind die Mehreinnahmen im Bereich der Fäkalien und Kanalgutübernahme, ein Plus von 76.900 Euro und die erhöhten Einnahmen im Kompostwerk, ein Plus von 11.500 Euro. Diese resultieren zum größten Teil aus der Einbringung von Flüssigschlamm des AWV Bruck-Oberaich und der Einbringung von entwässertem Klärschlamm des AWV Bludenz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als Mitglied des Reinhaltverbandes darf ich festhalten, dass dieser Verband unter der Leitung von Ing. Hüttenbrenner in den letzten Jahren großartige Arbeit geleistet hat und steiermarkweit als vorbildliches Unternehmen angesehen werden kann. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 18.27 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer, bitte.

Abg. Hagenauer (18.27 Uhr): Ich fasse mich kurz, bringe nur einen Entschließungsantrag der Grünen ein. Zur Begründung vorweg:

Der Rechnungshof hat in seinem Wahrnehmungsbericht, Kapitel Gemeindeaufsicht, mehrere Reformvorschläge unterbreitet. In der gebotenen Bescheidenheit sind die Grünen der Meinung, dass es ein wesentlicher Fortschritt für die Steiermark wäre, wenn diese Vorschläge des Rechnungshofes und die, die in unserem Antrag enthalten sind, umgesetzt würden.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Reformbereitschaft der Gemeinden im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit durch Beratungsleistungen und finanzielle Anreize zu stärken, zweitens die Ursachen für die unterschiedlichen Prüfungsabstände bei den Gemeinden fachlich und organisatorisch zu untersuchen und drittens zu gewährleisten, dass die Fachabteilung 7A bei der Beurteilung aller Anträge der Gemeinden auf Gewährung von Bedarfszuweisungen mitwirkt. Ich bitte um Annahme. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 18.28 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Einbringung des Entschließungsantrages.

Gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Drexler.

Abg. Mag. Drexler (18.28 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf nur die punktuelle Abstimmung über den Entschließungsantrag beantragen. Danke! (18.28 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Klubobmann Drexler.

Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt dazu nicht vor.

Damit komme ich zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Über den Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Reform der Gemeindezusammenarbeit und der Gemeindeaufsicht, wurde eine punktuelle Abstimmung beantragt.

Punkt eins: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Reformbereitschaft der Gemeinden im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit durch Beratungsleistungen und finanzielle Anreize zu stärken. Die Damen und Herren, die diesem Punkt eins zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Punkt eins ist einstimmig angenommen.

Punkt zwei: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Ursachen für die unterschiedlichen Prüfungsabstände bei den Gemeinden fachlich und organisatorisch zu untersuchen. Die Damen und Herren, die diesem Punkt zwei zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Punkt zwei ist einstimmig angenommen.

Punkt drei: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert zu gewährleisten, dass die Fachabteilung 7A bei der Beurteilung aller Anträge der Gemeinden auf Gewährung von Bedarfszuweisungen mitwirkt. Die Damen und Herren, die dem Punkt drei zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Punkt drei hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche nun die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft sich zur Beratung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1835/1, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung für eine stille Beteiligung der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH., 8020 Graz, Nikolaiplatz 2 an der Firma Heissenberger & Pretzler Beteiligungs GmbH., 8045 Graz, Pfanghofweg 48a in Höhe von 1,250.000 Euro in den Rittersaal zu begeben.

Im Anschluss an die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft findet die 57. Sitzung des Steiermärkischen Landtages statt.

Gegenstand dieser Sitzung ist der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die genannte Regierungsvorlage.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 18.30 Uhr.)